

PROTOKOLL

Begrüßung

Körber

Um von vornherein ein Mißverständnis auszuschließen, möchte ich versichern, daß der Bergedorfer Kreis nicht bemüht war, das vor drei Tagen beendete Genfer Gipfeltreffen in einen so engen Zusammenhang mit unserer heutigen Tagung zu bringen. Dennoch glaube ich, daß die zeitliche Nähe eine gute Inspiration für unsere Diskussion bietet.

Ich hoffe vor allem, daß es uns gelingt - trotz des hohen Ranges und der damit verbundenen Verantwortung, die einige Gesprächsteilnehmer wahrzunehmen haben;- , ein konstruktives Gespräch zu führen. Der Bergedorfer Gesprächskreis ist glücklicherweise weder auf amtliche Förderung angewiesen, noch unterliegt er Bedingungen oder Abhängigkeiten, die irgend jemanden hier veranlassen müßten, im Stil offizieller Verhandlungen anstatt von Person zu Person zu sprechen.

Wir sind nicht zusammengekommen, um uns zu einigen, sondern um unser gegenseitiges Verständnis zu vertiefen. Damit meine ich, daß wir uns nicht nur auf die diplomatische Höflichkeit des Zuhörens beschränken sollten. Ich bin überzeugt, daß wir ungeachtet aller politischen und gesellschaftlichen Gegensätze eine gemeinsame Verantwortung für die Risiken einer Zivilisation tragen, die uns über die Grenzen hinweg verbindet.

Im Entspannungsfrühling sprach man hoffnungsvoll vom "Geist von Helsinki". Ob es einen Geist von Genf geben wird, können wir heute noch nicht eindeutig beantworten. Wir wissen, daß sich die weltpolitische Lage seit diesen 70er Jahren verändert, teilweise verdüstert hat. Dennoch ist es nützlich, an dem Konsens von damals festzuhalten. Die Probleme, die seither auf dem Verhandlungstisch liegen, sind zum großen Teil die gleichen geblieben, wenn man sie nicht nur aus der Sicht der Machtpolitik betrachtet, sondern in der Perspektive der Zivilisation sieht.

Dabei will ich den Horizont nicht zu weit ziehen: Die Vereinigten Staaten und Kanada, die Sowjetunion und die Europäer sind ja nicht die ganze Welt. Aber Gemeinsamkeiten der kulturellen Tradition verbinden sie. Wenn ich Tradition sage, meine ich damit nicht nur Kultur im engen Sinn, sondern eine wechselvolle Geschichte, die letztlich in der griechisch-römischen Zivilisation wurzelt. Nicht erst seit heute sind diese Gemeinsamkeiten in tiefe Interessengegensätze auseinandergerissen. Im Blick auf die Vergangenheit allein würde es uns deshalb auch nicht gelingen, unser Gespräch fruchtbar zu machen.

Statt die Unvereinbarkeiten zu demonstrieren, könnte es uns helfen, nach dem Gemeinsamen in dieser heutigen von Wirtschaft, Technik und Wissenschaft bestimmten Zivilisation zu suchen. Dabei sind das Aufhalten des drohenden Verfalls und der Mut zum Fortschritt nicht voneinander zu trennen. Ich sage das ohne Pathos. Denn wir wissen ja, daß auch die atomare Sicherheit eine Versicherung auf Gegenseitigkeit ist.

Diese Gegenseitigkeit auf breiter Ebene zu aktivieren, sie Schritt für Schritt zum Gestaltungsprinzip unserer Beziehungen zu machen, so, wie wir es in unseren sozialen Beziehungen praktizieren, heißt, die Basis des Friedens zu festigen. Ich bin überzeugt, daß dies in den Augen der Menschen der Geist von Helsinki gewesen ist.

"Alles verstehen, heißt alles verzeihen", sagt ein Sprichwort. So weit soll es hier nicht kommen. Manchmal wiegt aber ein kleines, leises "Ja", vielleicht sogar eine nachdenkliche Nachfrage, mehr als das imposante "Nein" einer zu Stein gewordenen Überzeugung.

Wir haben sechs gewichtige Persönlichkeiten aus drei westlichen und drei östlichen Ländern gebeten, mit kurzen Einleitungsstatements in unsere Diskussion einzuführen. Ich danke den Herren Botschafter Burt, Professor Tichwinskij, Dr. Szueroes, Botschafter Professor Ferraris, Professor Dobrosielski und Ministerialdirektor Teltschik, die in dieser Reihenfolge zu uns sprechen werden, für ihre Bereitschaft.

Die Gesprächsleitung, Regie und Moderation, haben wir Herrn Dahrendorf anvertraut. Wir alle, lieber Ralf Dahrendorf, werden Ihnen helfen, dieses Gespräch in Maß und Form zu halten.

Dahrendorf

Vielen Dank, lieber Herr Körber, auch dafür, daß Sie wieder einmal in der Ihnen eigenen Großzügigkeit einen Kreis zusammengebracht haben, der zu einem wichtigen Thema anderthalb Tage lang intensive und informelle Gespräche führen kann. Auch wenn Sie es leugnen, Sie müssen mit dem Ihnen eigenen Spürsinn früher als alle anderen gewußt haben, wann der Genfer Gipfel stattfindet, und daher diesen Gesprächskreis zeitlich so gelegt haben.

Für Bergedorf ist es ein ungewöhnliches Verfahren, daß wir sechs einleitende Statements haben; aber es schien denen, die den heutigen Gesprächskreis geplant haben, nützlich, doch eine ganze Reihe von Perspektiven gleich zu Beginn in die Diskussion einzubringen.

Darf ich zunächst Botschafter Burt um seinen Beitrag bitten.

Burt

Ich habe hier wohl die schwierigste Aufgabe, weil ich der erste Redner bin. Es ist nicht gerade von Vorteil, wenn man nicht die Freude hat, mit vorherigen Rednern unterschiedlicher Meinung zu sein. Ich bin aber erfreut zu hören, daß der Bergedorfer Gesprächskreis nicht vom Staat subventioniert wird; ich begrüße diese Praxis freien Unternehmertums.

Wie Ralf Dahrendorf möchte ich zunächst bemerken, daß wir diese Diskussion natürlich nicht führen können, ohne auf das erste amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen seit sechs Jahren Bezug zu nehmen, und ich will einige Bemerkungen dazu machen, insbesondere in welcher Weise der Gipfel unser heutiges Thema berührt. Aus amerikanischer Sicht sind wir mit den Ergebnissen des Genfer Treffens zufrieden. Wir hoffen, wie der Präsident gesagt hat, daß damit ein neuer Beginn in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gesetzt ist. Es gab bescheidene Fortschritte bei einer Reihe von Themen, die auf dem Gipfel angesprochen wurden, obgleich es, wie wir alle wissen, zu keinem Durchbruch in den Hauptproblemen gekommen ist.

Ich will nicht versuchen, die Kernpunkte des Gipfels, die Sie alle kennen, hier zusammenzufassen. Ich möchte jedoch auf zwei oder drei Dinge hinweisen, die zwar weniger greifbar, aber vielleicht wichtiger sind, wenn wir den künftigen sowjetisch-amerikanischen Dialog ins Auge fassen.

Der erste Punkt aus amerikanischer Sicht ist, daß die beiden Staatsmänner einen persönlichen Kontakt zueinander entwickelt haben. Sie verbrachten einen guten Teil der Zeit zusammen und schienen über die Begegnung erfreut zu sein. Nach meiner eigenen Erfahrung sollte man die Bedeutung eines persönlichen Miteinanderkönnens in diesem Dialog keinesfalls unterschätzen.

Der zweite Punkt ist, daß trotz der Unterschiede in vielen Fragen beide Seiten ihren Willen zum Ausdruck gebracht haben, das Genfer Gipfeltreffen zu einem Erfolg zu machen. Beide Seiten haben klargemacht, daß sie den Dialog auf hoher Ebene fortsetzen wollen.

Drittens. Beide Staatsmänner haben in ihrer gemeinsamen Erklärung und in Erklärungen, die dem Gipfel folgten, ausdrücklich anerkannt, daß Differenzen in den Beziehungen bestehenbleiben, die weitere Gespräche erforderlich machen. Daher kommt es darauf an, die Folgen von Genf realistisch einzuschätzen. Wir denken, daß wir uns in die richtige Richtung bewegen, aber wir haben noch einen langen Weg vor uns. Mit der ausdrücklichen Anerkennung unterschiedlicher Auffassungen kann möglicherweise so etwas wie Weisheit in die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen hineinkommen. Ich meine, die Feststellung, daß es Differenzen gibt, war der Ausgangspunkt der gemeinsamen Erklärung.

Aus unserer Sicht ist die Grundlage für dieses zufriedenstellende Gipfeltreffen durch eine fünfjährige feste und stetige Politik des Westens gelegt worden. Dies gilt insbesondere für die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, ihre politische, ökonomische und militärische Stärke wiederzuerlangen. Ich möchte hinzusetzen: und aufgrund eines wieder gestärkten westlichen Bündnisses. So war der Dialog in Genf, wie der Präsident betont hat, auf Realismus und Stärke gegründet.

Dies ist unverkennbar, wenn man den Hintergrund des Genfer Gipfels betrachtet. Nur zwei oder drei Jahre zuvor wurde von manchen Beobachtern gesagt, daß die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa zu einem vollständigen Zusammenbruch der Ost-West-Gespräche führen würde. Und es ist erst sechs Monate her, daß man argumentierte, die Strategie Defense Initiative (SDI) würde einen Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion unmöglich machen. Offenkundig haben sich die düsteren Prognosen über Mittelstreckenwaffen und SDI nicht

erfüllt. Ich würde sogar behaupten, daß sich insbesondere SDI als ein Hauptanreiz für die Sowjetunion erwiesen hat, ihren Dialog mit den Vereinigten Staaten zu intensivieren und nach Genf zu gehen.

Wir ziehen aus all dem die Schlußfolgerung, daß die amerikanische Politik aus Realismus und Stärke fortzusetzen ist, um die Sowjetunion und andere östliche Länder weiterhin an einem Dialog zu interessieren.

Lassen Sie mich in dieser Runde ein Wort zu den westlichen Teilnehmern sagen. Ich möchte darauf hinweisen, daß immer dann, wenn sich ein Gespräch mit dem Osten anbahnt, unsere Standfestigkeit und unser Zusammenhalt auf dem Prüfstand stehen. Es fällt nicht schwer, den Zusammenhalt im Westen zu behaupten, wenn die Beziehungen zum Osten angespannt sind. Wenn jedoch der Dialog mit dem Osten wieder beginnt und Verbesserungen möglich erscheinen, zeigen sich interne Differenzen im Westen.

Ich wende mich nun dem spezifischen Thema KSZE zu. In den vergangenen zwölf Jahren ist die KSZE zunehmend als ein nützliches diplomatisches Instrument bei dem Versuch, die Spaltung Europas zu überwinden, angesehen worden. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Instrument dafür eine Reihe von Vorzügen bietet. Erstens schafft es eine Plattform, auf der die Menschenrechte mit unbestrittener Legitimität auf die Tagesordnung gesetzt werden können.

Zweitens bietet die KSZE ein Forum für 35 Nationen. An diesem Prozeß sind ja nicht nur westliche und östliche Staaten, sondern auch neutrale und nicht gebundene Länder mit ihren unterschiedlichen Auffassungen beteiligt.

Drittens verbindet die KSZE die Frage der Menschenrechte mit den Sicherheitsaspekten des Ost-West-Dialogs. Wie Präsident Reagan kürzlich gesagt hat: Die Menschenrechte sind eine Frage des Friedens. So machen Verbesserungen im Umgang mit den Menschen seitens der Sowjets einen sehr wichtigen Punkt des umfassenden Normalisierungsprozesses der Ost-West-Beziehungen aus, die wir voranzubringen suchen.

Der KSZE-Prozeß enthält neben diesen wichtigen Vorzügen aber auch eine Reihe möglicher Gefahren. Erstens gibt es immer die Versuchung, diesem Prozeß eine größere Last aufzubürden, als er imstande ist zu tragen. Mit anderen Worten, ich glaube nicht, daß der KSZE-Prozeß sich allzusehr außerhalb der allgemeinen Ost-West-Beziehungen beziehungsweise des amerikanisch-sowjetischen Dialogs bewegen kann.

Zweitens besteht beim KSZE-Prozeß die Tendenz, durch umfangreiche Treffen hochrangiger Vertreter, von Außenministern beispielsweise und mitunter sogar der Staatsführer, den Eindruck zu erwecken, daß ein Fortschritt stattfindet, was aber in Wirklichkeit gar nicht zutrifft. Das kann zu einem falschen Sicherheitsgefühl in Europa führen.

Drittens besteht die Gefahr, wenn die Bedeutung des KSZE-Prozesses übertrieben wird, daß die wirklichen Ursachen der Unsicherheit in Europa und die Möglichkeiten, damit umzugehen, verkannt werden. Nach meiner Auffassung sind die Ursachen der unsicheren Lage in Europa offensichtlich. Dazu gehört die militärische Aufrüstung seitens der Sowjets, die innere und unvermeidliche Instabilität des sowjetischen Herrschaftsbereichs in Osteuropa und - was ich betonen möchte - das sowjetische Verhalten in Regionen außerhalb Europas, was einen unmittelbaren Einfluß auf die europäische Sicherheit haben kann.

Wenn wir es also ernst meinen mit der KSZE, müssen wir die Gefahr erkennen, daß der Prozeß nur zu einem sich selbst verewigenden Mechanismus führt, zu einer - wie einmal jemand gesagt hat - "konferenzbildenden" Maßnahme. Die Verbreitung von Konferenzen mit hochrangigen Vertretern ist für sich gesehen noch kein Beitrag zur europäischen Sicherheit. Es ist auch nicht notwendig, daß jedes KSZE-Treffen mit gemeinsamen Dokumenten abschließt, die wiederum zu weiteren Treffen führen, selbst wenn in der Sache nichts erreicht wird. Mitunter dürfte es durchaus von Nutzen sein, wenn diese Treffen keine gemeinsamen Papiere produzieren, sondern nur zum Ausdruck gebracht wird, daß Unterschiede bestehenbleiben.

Wenn man die Vor- und Nachteile abwägt, muß man fairerweise sagen, daß die KSZE in diesen 12 Jahren gar nicht so schlecht abschneidet. Zu Anfang war die KSZE mit dem Berliner Viermächteabkommen und der sowjetischen Zustimmung, die Gespräche in Wien über gegenseitige Truppenreduzierung (MBFR) aufzunehmen, verbunden. Allerdings ist die Bedeutung der KSZE seit ihrem Beginn gewachsen.

Die Belgrader Konferenz blieb ohne Ergebnis und wurde von vielen als ein Fehlschlag betrachtet. Dies braucht aber, wie ich gerade gesagt habe, durchaus nicht von Nachteil zu sein. Es macht lediglich deutlich, daß nicht jedes KSZE-Treffen mit einer glanzvollen Bestätigung der Verhandlungen

zu Ende gehen muß. In Madrid zum Beispiel wurde auf die Verhandlungen Druck ausgeübt, um etwas Substantielles zu erreichen. In der Tat haben wir in Madrid einen Fortschritt in der Frage der Menschenrechte und natürlich bei der Übereinkunft, die KVAE in Stockholm abzuhalten, gemacht. Die KVAE hat 1983 gute politische Dienste geleistet, als die Sowjets die bilateralen Rüstungskontrollgespräche in Genf über die Stationierung der Mittelstreckenwaffen abbrachen. Sie stellte in jenen schwierigen Tagen ein fortdauerndes Gesprächsforum dar und vermittelte die Sicherheit, daß der Ost-West-Dialog nicht vollständig unterbrochen war.

Der KSZE-Prozeß bot dem Westen auch die Möglichkeit zu signalisieren, daß wir über das sowjetische Verhalten gegenüber Polen besorgt sind. Sie werden sich an die tiefe Kluft erinnern, die darüber bei der Madrider Konferenz aufbrach. Zudem hat sich die KSZE als eine dauerhafte, wenn auch bescheidene Plattform erwiesen, den Dialog über die Menschenrechte aufrechtzuerhalten. Dabei diente die KSZE nicht nur als ein multilaterales Forum zum Thema Menschenrechte, sondern sie hat auch bilaterale Kontakte möglich gemacht. Für den Westen wurde es dadurch leichter, Fälle von Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem Osten zur Sprache zu bringen, und für den Osten ist es schwieriger geworden, diese Klagen einfach beiseite zu schieben.

Auf der Negativseite der Bilanz ist es klar, daß die KSZE nicht das grundlegende Ziel erreicht hat, die Teilung Europas zu überwinden. Die sowjetische Herrschaft über Osteuropa hat nicht merklich nachgelassen. Zweifellos hat sich die sowjetische Behandlung ihrer eigenen Bürger in den letzten Jahren noch verschlechtert, und wenn unser Ziel die Überwindung der Teilung Europas ist, dann kann nur eine veränderte Haltung der Sowjets gegenüber ihren eigenen Bürgern, gegenüber den Osteuropäern und in der alles übergreifenden Frage der Gewaltanwendung Fortschritte bringen. Die KSZE kann das nicht aus sich selbst heraus leisten.

Zusammengefaßt möchte ich also feststellen: Insgesamt gesehen hat sich der KSZE-Prozeß in den vergangenen zwölf Jahren als ein diplomatisches Instrument von bescheidenem Nutzen erwiesen. Zugleich ist es nicht gelungen, große Fortschritte in Richtung auf die angestrebte Überwindung der Teilung Europas durch einen Wandel in der sowjetischen Haltung zu erreichen. Eine Veränderung in der sowjetischen Einstellung muß weiterhin unser Hauptziel in den Beziehungen zum Osten sein. Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen, dieses Ziel trotz der bestehenden Schwierigkeiten durch eine Kombination von Realismus, Stärke und Gesprächsbereitschaft zu verfolgen.

In ihrer gemeinsamen Erklärung haben Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow die große Bedeutung unterstrichen, die sie der Stockholmer Konferenz beimessen. Sie erklärten ihre Absicht, zusammen mit anderen teilnehmenden Staaten einen frühzeitigen und erfolgreichen Abschluß der Arbeit dieser Konferenz zu fördern. In diesem Sinne bekräftigten sie die Notwendigkeit eines Dokumentes, das beiderseitig annehmbare Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen einschließt, und sie bekannten sich zum Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt.

In dem gleichen Dokument stimmten der Präsident und der Generalsekretär auch darin überein, daß humanitäre Fragen im Geiste der Zusammenarbeit gelöst werden müssen. Weiter hat der Präsident in seinen Gesprächen mit dem Generalsekretär zum Ausdruck gebracht, daß die Achtung des Individuums und der Gesetze von ebenso grundlegender Bedeutung für den Frieden sind wie die Rüstungskontrolle. So sind auf dem Gipfel die Sicherheitsaspekte des KSZE-Prozesses in gleichem Maße angesprochen worden wie die Menschenrechte.

Niemand weiß natürlich, wie die wirklichen Ergebnisse aussehen werden, aber es ist klar, daß wir in der Folge des Gipfels die Balance von Sicherheitselementen und humanitären Elementen des KSZE-Prozesses bewahren müssen. Wichtiger noch ist, daß wir weiterhin auf einen Wandel in der sowjetischen Haltung drängen müssen, weil wir nur Fortschritte bei der Überwindung der Teilung Europas machen werden, wenn sich die sowjetische Einstellung grundsätzlich ändert.

Tichwinskij

Zuerst möchte ich meinen Dank an Herrn Körber, den Gründer des Bergedorfer Gesprächskreises, richten, sowie ihm und allen Teilnehmern unseres heutigen Treffens Grüße des Vorsitzenden des Sowjetischen Friedenskomitees, Georgi Shukow, übermitteln.

Am 1. August 1975 waren wir Zeugen der Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch die Teilnehmerstaaten. Darin wurden die Wege aufgezeigt, um die aus dem Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen in der Vergangenheit resultierende Konfrontation zu überwinden und ein besseres gegenseitiges Verständnis zu erzielen. Durch die kollektiven Anstrengungen der Staaten wurden Grundlagen der Entspannung geschaffen, die ihre unbestreitbaren Vorzüge und Vorteile für alle deutlich gemacht hat.

Diese Konferenz, deren 10. Jahrestag wir unser heutiges Gespräch widmen, ist ohne Übertreibung ein Ereignis von Weltbedeutung. Sie faßte die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zusammen und bestimmte die Richtung einer langfristigen Tätigkeit der Staaten, um Europa, auf dessen Feldern in diesem Jahrhundert blutige Vernichtungskriege tobten, in einen Kontinent des dauerhaften Friedens und gegenseitiger Zusammenarbeit zu verwandeln. Europa wurde zu einer Wiege der Entspannung in den siebziger Jahren, als sich eine Wende zum Besseren in den Ost-West-Beziehungen bemerkbar machte, und zwar auf der Grundlage der Anerkennung des Prinzips der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung durch alle Teilnehmer der Konferenz. An den von den europäischen Ländern begonnenen Entspannungsprozeß schlossen sich die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada an.

Es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß die Helsinki-Konferenz, was die Beteiligung angeht, nicht ihresgleichen auf der Welt hat. In dieser Hinsicht läßt sie sich mit den Konferenzen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges in Teheran, Jalta und Potsdam vergleichen. Die stürmischen Ereignisse der seit Helsinki vergangenen zehn Jahre haben die Bedeutung dieser Konferenz nicht beeinträchtigt, im Gegenteil, sie unterstreichen nach wie vor, wie wichtig es ist, den in Helsinki begonnenen Prozeß fortzusetzen.

Ich erlaube mir, mich aufs entschiedenste von den Ausführungen des US-Botschafters in Bonn zu distanzieren, der offenbar die Bedeutung der Helsinki-Konferenz und deren Schlußakte herabsetzen möchte, indem er von den zehn grundlegenden Helsinki-Prinzipien nur ein Prinzip absondert: das Prinzip der Menschenrechte.

Nach Helsinki hat die weitere Entwicklung dieses Prozesses zu wichtigen Ereignissen geführt. Erinnert sei an die Konferenzen in Belgrad und Madrid, die den in Helsinki begonnenen Prozeß fortsetzten. Auf dem jetzt in Budapest stattfindenden Forum zu Fragen der kulturellen Zusammenarbeit erfolgt nach unserer Meinung ein intensiver und sehr fruchtbarer Meinungs-austausch über die kulturellen Beziehungen. Über 200 Vorschläge wurden schon von den Teilnehmern dieser Konferenz eingebracht, um den europäischen Prozeß im Bereich der Kultur, Kunst und Architektur weiterzuentwickeln und dadurch das gegenseitige Verständnis und die Entspannung zu fördern.

Es ist Ihnen sicher bekannt, daß die Sowjetunion mit allem Ernst an den in Helsinki begonnenen Prozeß herangeht. Beredtes Zeugnis dafür ist die Tatsache, daß die Sowjetunion die Helsinki-Beschlüsse ganz konkret auffaßte, indem sie alle zehn Prinzipien der Schlußakte, die die zwischenstaatlichen Beziehungen regeln, in ihr Grundgesetz - die 1977 angenommene Verfassung - aufgenommen hat.

Den Teilnehmern unseres heutigen Treffens sind die sowjetischen Initiativen gut bekannt, die im Laufe der letzten zehn Jahre unternommen wurden, um den Geist von Helsinki weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang sei an folgendes erinnert: Der XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unterbreitete im Februar 1981 ein neues Friedensprogramm für die achtziger Jahre. Dieses Programm beinhaltete unter anderem den Vorschlag über die Einführung eines Moratoriums für die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa, und zwar sowohl durch die NATO als auch durch die Sowjetunion. 1982 hat sich die Sowjetunion einseitig verpflichtet, auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zu verzichten. Dadurch wurde noch einmal der Verteidigungscharakter - ich möchte das besonders betonen: der Verteidigungscharakter - unserer sowjetischen Militärdoktrin bewiesen.

Dank der Initiative der Sowjetunion gelang es, das Madrider Treffen mit der Verabschiedung eines Abschlußdokuments im Mai 1983 erfolgreich zu beenden. Am 28. Juni 1983 wurden durch den Politischen Beratenden Ausschuß auf dem Treffen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags Vorschläge unterbreitet, wie sich Europa in einen Kontinent des Friedens verwandeln läßt, der frei von Kernwaffen sowohl mittlerer Reichweite als auch von taktischen Atomwaffen ist, um die Gefahr eines Kernwaffenkrieges von Europa abzuwenden. Auf der im Januar 1984 eröffneten Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung in Europa setzte sich die Sowjetunion konsequent für die Festigung des Vertrauens in den zwischenstaatlichen Beziehungen sowohl auf politischem als auch auf militärischem Gebiet ein.

Am 8. April dieses Jahres verkündete M. S. Gorbatschow die Einführung eines einseitigen Moratoriums bis November dieses Jahres für die Stationierung von Mittelstreckenraketen sowie die Einstellung anderer Gegenmaßnahmen in Europa, die nach der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent ergriffen werden mußten. Darauf zielte auch der Vorschlag der Sowjetunion ab, ein zweiseitiges Moratorium zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumangriffswaffen einzuführen sowie ihre strategischen Offensivwaffen für den Zeitraum der Verhandlungen in Genf einzufrieren.

Um ein günstiges Klima für das Treffen mit dem Präsidenten Reagan in Genf zu schaffen, stellte die Sowjetunion schon im Sommer dieses Jahres einseitig alle Kernwaffenversuche ein und erklärte sich bereit, Verhandlungen über den vollständigen Stopp von Kernwaffentests unverzüglich wiederaufzunehmen. Sie bestätigte das einseitige Moratorium für die Erprobung von Antisatellitenwaffen und unterbreitete einen Vorschlag für eine radikale - fünfzigprozentige - Reduzierung der Kernwaffenarsenale. All das wurde begleitet von Vorschlägen über eine breite internationale Zusammenarbeit zur friedlichen Erforschung und Nutzung des Kosmos zum Wohle aller Völker und der ganzen Menschheit.

Wir gehen in der Sowjetunion an die Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt sehr ernsthaft heran. Davon legt auch der Entwurf der Neufassung des dritten Programms der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Zeugnis ab, der bei uns im Lande breit diskutiert wurde und der von dem im Februar 1986 bevorstehenden XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion angenommen werden soll.

In der Erklärung der führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Sofia vom 23. Oktober 1985 wurde die besondere Aufmerksamkeit betont, die die Warschauer Vertragsstaaten der Lage in Europa zu widmen haben. Ich werde dieses umfassende Dokument nicht zitieren; ich bin sicher, daß alle Teilnehmer unseres heutigen Treffens, denen die Interessen des Friedens und der Sicherheit naheliegen, den zweiten Abschnitt dieses Dokuments aufmerksam studiert haben, der die von den Warschauer Vertragsstaaten getroffenen Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens und zur Minderung der Gefahr für Europa beinhaltet.

In dem Abschnitt, wo es um die Schlußakte von Helsinki geht - es ist zu betonen, daß in der Erklärung die Bedeutung des Helsinki-Prozesses besonders hervorgehoben wird;- , wird unterstrichen, daß wir diesen Prozeß würdigen. Dort heißt es, daß die Hauptrichtung des Kampfes zur Abwendung der nuklearen Gefahr gerade darin liegt, den gegenwärtigen gefährlichen Lauf der Geschichte zu stoppen und das Niveau der militärischen Konfrontation in Europa zu verringern. Die europäische Sicherheit, wie auch die internationale Sicherheit im ganzen, ist nicht mit Kriegsmitteln und nicht durch Gewalt zu gewährleisten. Ein dauerhafter Frieden auf dem Kontinent ist nur durch Entspannung, Abrüstung, Festigung des Vertrauens und Ausbau der internationalen Zusammenarbeit zu erzielen. Eine ganze Reihe anderer Vorschläge der Sowjetunion zielen ebenfalls darauf ab.

Das jüngste Treffen M. S. Gorbatschows mit dem US-Präsidenten Reagan hat dem in Helsinki begonnenen Prozeß neue Impulse verliehen. Die Welt legte große Hoffnungen auf dieses historische Treffen. Seit dem vorigen Treffen der führenden Männer beider Länder waren über sechs Jahre vergangen. Die Sowjetunion war sich bewußt, daß dieses Treffen in einer sehr komplizierten und angespannten internationalen Situation verlief. Wir gaben uns keinen Illusionen hin, was die Politik der USA angeht. Wir haben gesehen, wie weit die Militarisierung der Wirtschaft der Vereinigten Staaten und der ganzen politischen Gesinnung in diesem Lande gegangen ist. Trotzdem glaubten wir, daß unsere Politik, die Politik der Sicherheit, die Politik, die auf Beseitigung der Kriegsgefahr gerichtet ist, ihre offensichtlichen Vorzüge gegenüber der amerikanischen Gewaltpolitik besitzt, einer Politik, die ihr Diktat der Sowjetunion aufzuzwingen versucht.

Bedauerlicherweise klang in dem heutigen Diskussionsbeitrag des amerikanischen Botschafters wieder dieselbe alte Note an: "Wir müssen die Sowjetunion zwingen, ihr Gebaren zu ändern", sagte er. Mir scheint, die Aufgabe unseres heutigen Treffens liegt nicht darin, irgendwelche Blöcke zu schaffen, um auf die Sowjetunion Druck auszuüben. Das wird nicht gelingen!

Die Erklärung, die in Genf von M. S. Gorbatschow und Präsident Reagan unterzeichnet wurde, geht in eine ganz andere Richtung. Darin wird gesagt, daß die beiden Leiter ein besseres Verständnis für ihre Positionen gewonnen haben. Sie haben die Notwendigkeit unterstrichen, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern und die internationale Situation im ganzen zur Gesundung zu bringen. Sie bestätigten die Wichtigkeit eines ständigen Dialogs, der ihr ernsthaftes Bestreben widerspiegeln soll, Berührungspunkte bei der Lösung vorhandener Probleme zu suchen.

Der amerikanische Botschafter dagegen ruft hier zu etwas anderem auf, nämlich Druck auf die Sowjetunion auszuüben! Unseres Erachtens hat die Gemeinsame Erklärung der Leiter beider Mächte eine äußerst wichtige und prinzipielle Bedeutung. Sie bestätigt die These, die in Helsinki verkündet wurde: Trotz aller Verschiedenheiten der gesellschaftlich-politischen Systeme unserer beiden Länder und ungeachtet des unterschiedlichen Herangehens an die jeweiligen internationalen Ereignisse, sehen sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion ein, daß beiden Ländern eine besondere Verantwortung obliegt, den Frieden zu erhalten. Sie erklärten, daß der Kernwaffenkrieg niemals entfesselt werden darf, daß es in einem solchen Krieg keine Sieger geben kann. Sie gaben zu, daß jeder Konflikt zwischen der Sowjetunion und den USA katastrophale Folgen haben könnte.

Dabei haben sie betont, wie wichtig es ist, jede Art von Krieg zwischen ihnen zu verhüten, sei es ein nuklearer oder ein konventioneller Krieg.

Ich denke, der amerikanische Botschafter kann nicht vergessen haben, daß die beiden Leiter entschieden erklärten, ihre Länder werden keine militärische Überlegenheit anstreben. Sie wissen, wieviel andere gute und nützliche Vereinbarungen auf dem Gipfeltreffen in Genf erzielt wurden. Es wurde den Teilnehmern der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf ein Mandat gegeben, um das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und auf der Erde einzustellen sowie die nuklearen Rüstungen zu begrenzen und zu reduzieren, um die strategische Stabilität zu festigen. Auch den Teilnehmern der Konferenz in Stockholm wurde ein Mandat erteilt. Eine ganze Reihe anderer positiver Beschlüsse und Deklarationen wurden in Genf angenommen und finden sich im Abschlußdokument über das Treffen M.S. Gorbatschows und Präsident Reagans wieder.

Da unsere Redezeit hier auf 20 Minuten beschränkt ist, möchte ich nur noch hinzufügen, daß es auf dem Genfer Treffen leider nicht gelungen ist, wichtige Fragen zu lösen, die mit dem Wettrüsten zusammenhängen. Wie M. S. Gorbatschow in Genf ausführte, bleiben zwischen den beiden Leitern große Meinungsverschiedenheiten in prinzipiellen Fragen bestehen. Es wurde aber eine Vereinbarung darüber erzielt, nach für beide Seiten annehmbaren Beschlüssen über diese Fragen weiter intensiv zu suchen. In dieser Hinsicht bin ich der Meinung, könnten alle Teilnehmer des Helsinki-Prozesses einen großen schöpferischen Beitrag zur Sicherung des Friedens, zur Gesundung der internationalen Lage und zur Verhinderung des Wettrüstens leisten.

Personifiziert in den Leitern der beiden größten Staaten der Welt, erkennt die ganze Welt, daß die Menschheit zum erstenmal in ihrer Geschichte vor der Frage des Überlebens steht. Das Problem der Erhaltung des Friedens in der Weltpolitik ist in den Vordergrund gerückt. Alle anderen Fragen haben in dieser Hinsicht zweitrangige Bedeutung. Die Hauptaufgabe des Genfer Treffens lag darin, das Wettrüsten zu stoppen. Die Zukunft wird zeigen, ob es gelingt, diese Aufgabe zu lösen.

Mir scheint, daß der gesunde Menschenverstand in dieser Richtung wirkt. Zahlreiche Briefe und Ansprachen der Staatsmänner und Repräsentanten des öffentlichen Lebens sowohl an Präsident Reagan als auch an M. S. Gorbatschow am Vorabend und während des Genfer Treffens zeigen, wie aktuell diese Aufgabe, den Frieden zu schützen, ist. Hier sind zu nennen die Reden der Leiter von sechs Ländern - Indien, Tansania, Schweden, Mexiko, Argentinien und Griechenland;- die Auftritte der Nobelpreisträger und die Ansprachen der Vertreter der Franziskaner, der Bewegung der Friedensanhänger, der Veteranen des Elbe-Treffens und der Delegation, die unter Leitung von J. Jackson nach Genf aus den USA kam. Allen diesen Menschen geht es darum, ein günstiges Klima in der Welt zur Verhütung der Gefahr eines Nuklearkrieges zu schaffen.

Es ist zu hoffen, daß das Genfer Treffen Impulse verleihen wird, um die westlichen Staaten zu veranlassen, zur Entspannungspolitik zurückzukehren. Das Genfer Treffen hat gezeigt, daß es im nuklearen Zeitalter im Falle eines kriegerischen Konflikts keine Sieger geben kann, daß nur die Politik einer friedlichen - ich wiederhole: einer friedlichen - Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung den Frieden und die Entwicklung auf unserem Planeten zu sichern vermag. Darin besteht die historische Bedeutung des Genfer Treffens.

Der in Helsinki begonnene Prozeß in Europa muß zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen in Stockholm, Wien und Genf beitragen. Es stehen in Europa die Konferenzen über Umweltschutz, über Transport und über Energie sowie über eine ganze Reihe anderer wichtiger Fragen bevor, wie es in der in Sofia am 23. Oktober dieses Jahres angenommenen Erklärung zum Ausdruck kam. Das Genfer Treffen war auf die Wiederherstellung des Entspannungsprozesses gerichtet. Aber es wäre naiv zu glauben, daß über diese Fragen nur die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika zu entscheiden haben.

Dieser Prozeß geht alle Länder an, vor allem die europäischen Länder. Sie müssen deshalb alles tun, um zur Verwirklichung der Genfer Vereinbarungen beizutragen und diese nicht zu stören. Sie sollen nach Wegen zur Abschwächung und nicht zur Anheizung der Spannungen suchen und die Handels-, Wirtschafts- und kulturellen Verbindungen mit allen europäischen Ländern entwickeln und keine Diskriminierungs- und Embargopolitik im Handel mit dem Osten betreiben. Des weiteren müssen sie dazu beitragen, daß das mächtige Potential der europäischen Wissenschaft, die Finanz- und anderen Ressourcen Europas nicht zur Vorbereitung von Sternenkriegen, sondern zu Friedenszwecken genutzt werden, wie zum Beispiel zur Lösung der Aufgaben, die Kernenergie zu nutzen, den Weltraum friedlich zu erschließen, die Krebs- und Herzkrankheiten zu bekämpfen, die gefährdeten Wälder und Gewässer zu retten und die wichtigsten sozialen Probleme zu lösen, um den Wohlstand und die Gesundheit der Menschen zu verbessern und ihre geistige Kultur zu bereichern. In dieser Hinsicht sehen wir in der Sowjetunion gewaltige Möglichkeiten des Helsinki-Prozesses.

Szueroes

Eine bestimmende weltpolitische Realität unserer Zeit ist die gleichzeitige Existenz des sozialistischen und des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Infolge der in vieler Hinsicht voneinander abweichenden oder gar kontroversen Wertordnungen der beiden Systeme besteht zwischen ihnen ein zwangsläufiges Wettstreiten, das die Bereiche Wirtschaft, Politik, Ideologie und Kultur umfaßt und sich auch auf die Frage der Militär- und der Sicherheitspolitik erstreckt. Es ist bereits offensichtlich, daß der Sozialismus heute nicht mehr mit militärischen Mitteln vernichtet werden kann, doch es wäre ebenfalls eine Illusion, wenn wir mit dem baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus rechnen würden. So muß man also davon ausgehen, daß Sozialismus und Kapitalismus auf historisch lange Sicht eine ganze Epoche hindurch nebeneinander bestehenbleiben.

Es ist eine Tatsache, daß die Gefahr des Wettstreitens alle Völker betrifft. Der Ausgang der historischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus kann beim heutigen Entwicklungsstand der Militärtechnik, der Waffen und Rüstungen nicht mit militärischen Mitteln entschieden werden. Lenin bemerkte Anfang 1918, daß die moderne Kriegstechnik, die immer mehr den vernichtenden Charakter des Krieges begünstigt, doch einmal einen Punkt erreichen wird, an dem die Vernichtungskraft des Krieges selbst den Krieg unmöglich macht. Wir sehen, daß sich diese Voraussicht im wesentlichen bereits heute bewahrheitet. Im Atomzeitalter würde ein Weltkriegskonflikt zwangsläufig die Vernichtung der Menschheit bedeuten. Dies läßt sich nur durch gemeinsame Anstrengungen der sozialistischen und kapitalistischen Länder vermeiden. Ebenso können wir die Folgen der Umweltverschmutzung nur durch internationalen Zusammenschluß abwenden, und auch zur langfristigen Sicherung der Versorgung der Menschheit mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie bedarf es des gemeinsamen Handelns.

Infolge des zunehmenden Gewichts der globalen Probleme sind die Länder mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung immer mehr aufeinander angewiesen. Aus all dem folgt, daß das heutige System der internationalen Beziehungen durch das spezifische Verhältnis der Länder mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung durch ihre Kontroverse und gleichzeitig ihr Aufeinander-angewiesen-Sein gekennzeichnet ist.

Die Konfrontation ist vor allem auf dem europäischen Kontinent gefährlich. Hier in Europa grenzen die beiden Gesellschaftsordnungen - und fügen wir noch hinzu: die beiden größten militärisch-politischen Bündnissysteme - unmittelbar aneinander. Im Vergleich zur früheren sozusagen "privilegierten" militärischen Lage unseres Kontinents ist jedoch zweifellos eine Veränderung eingetreten. Mit den Interkontinentalraketen und den Langstreckenflugzeugen, die in der Lage sind, die Entfernungen zwischen den Erdteilen zu überwinden, werden die militärischen Mittel von größter Vernichtungskraft nicht mehr oder nicht in erster Linie auf unserem Kontinent stationiert. Doch selbst die hier deponierten nuklearen Mittel reichen aus, um unseren Kontinent mehrfach zu vernichten. Neben dem Bewußtsein und dem Gefühl, einer historischen Schicksalsgemeinschaft anzugehören, und angesichts der gemeinsamen kulturellen und historischen Wurzeln hat auch dieser Umstand, nämlich die damit zusammenhängende Erkenntnis, daß wir notwendigerweise zusammenleben müssen, wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Entspannung vornehmlich in Europa entwickelte, daß gerade hier ein in seiner Art einmaliges institutionelles System zur Steuerung der gesamteuropäischen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit entstanden ist.

Auch die praktischen Erfahrungen der zehn Jahre seit Unterzeichnung der Schlußakte der Helsinki-Konferenz bestätigen, daß beide Seiten durch objektive Interessen mit dem Prozeß der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit verbunden sind. Dazu gehört vor allem die Erkenntnis, daß ein von hier ausgehender bewaffneter Konflikt unvermeidlich einen Weltbrand auslösen würde, in dem Ost- und Westeuropa gleichermaßen untergingen. Dies zu verhindern, liegt also im objektiven Interesse beider Seiten.

Für uns sind natürlich auch die anderen Körbe der Schlußakte nicht weniger wichtig. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West kann die Krise der kapitalistischen Wirtschaft zwar nicht lösen und auch für die sozialistische Wirtschaft bedeutet sie keine ausschließliche Existenzgrundlage, auf jeden Fall dient sie aber gemeinsamen Interessen. Und die Vorteile des dritten Korbes, der humanitären Zusammenarbeit, des Kulturaustausches, des Tourismus und der Bewegungsfreiheit, kann jeder Bürger Tag für Tag spüren.

All dies habe ich vorausgeschickt, um zu veranschaulichen, daß Helsinki auf Realitäten basiert wurde. Seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre müssen sich die führenden politischen Kreise des Westens mit der Tatsache abfinden, daß die Sowjetunion die Fähigkeit zur globalen Parität erreicht hat und auf der Basis des relativen militärischen Gleichgewichts eine Weltmacht geworden ist, die von keinem verantwortlichen politischen Faktor außer acht gelassen werden kann. Wir betrachten die

Fähigkeit der Sowjetunion, das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, als eine historische Errungenschaft und als Garantie für den Weltfrieden und halten es für selbstverständlich, daß sie unter keinen Umständen bereit ist, darauf zu verzichten.

Die Erfahrungen der vergangenen Periode haben gezeigt, daß jeder Versuch, das Gleichgewicht einseitig zu verändern, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Die einzig mögliche vernünftige Lösung ist also, das Niveau der militärischen Konfrontation zu reduzieren, das heißt, nach einer politischen Lösung zu suchen, bei der das Gleichgewicht auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau der Rüstungen gewährleistet wird.

Immanuel Kant, diese herausragende Gestalt der klassischen deutschen Philosophie, schreibt in seinem Werk "Zum ewigen Frieden", daß eines schönen Tages der dauerhafte Frieden kommen wird, und zwar entweder durch die moralische Einsicht der Menschen oder als Folge der ständigen Zunahme der Gewalt, die den Frieden schließlich zur praktischen Notwendigkeit macht. In unserer heutigen Situation erscheint dies nicht mehr als eine Alternative; denn die ständige Zunahme der Gewalt macht die moralische Einsicht des dauerhaften Friedens zwingend notwendig. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Herstellung des militärischen Gleichgewichts ohne Zweifel wesentlich dazu beigetragen hat, den Weltfrieden und die Sicherheit zu garantieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf zwei weitere Eckpfeiler des KSZE-Prozesses verweisen. Einerseits war es gerade die positive Entwicklung der Kräfteverhältnisse, die das Zustandekommen des Systems der sogenannten Ostverträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den sozialistischen Ländern ermöglichte. Mit dem Erstarken der Sowjetunion und der sozialistischen Länder wurde nämlich für jeden offensichtlich, daß der Versuch, die Prozesse wieder umzukehren und den Status quo zu verändern, ohne Aussicht auf Erfolg ist. Die Ostverträge bedeuten die Anerkennung der neuen Realitäten. Der andere Punkt ist, daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auf neuen Grundlagen geregelt wurden. 1972 wurde SALT I unterzeichnet sowie eine Deklaration über die Grundprinzipien des Verhältnisses der beiden Staaten zueinander verabschiedet, deren Sinn gerade in der Anerkennung der Gleichheit und der gleichen Sicherheit bestand.

Wir halten die Einberufung der Helsinki-Konferenz und die Verabschiedung der Schlußakte vor zehn Jahren für ein Ereignis von historischer Bedeutung. In diesem Dokument wurden die Veränderungen, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg vollzogen haben, umfassend niedergelegt. Gemäß dem Gebot der friedlichen Koexistenz wurden darin die Leitprinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen festgeschrieben, die - auch wenn sie nicht zu völkerrechtlichen Normen wurden - von ihrer politischen Kraft her wichtige Ordnungsprinzipien der internationalen Beziehungen darstellen. Die in politischen, ökonomischen, kulturellen und humanitären Fragen gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen bedeuten ein langfristiges Programm für die Vertiefung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit, für die nicht-militärische kollektive Sicherheit in Europa.

Zweifellos hat dieser Prozeß Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre einen Rückschlag erlitten. Unseres Erachtens ist diese Stockung vor allem darauf zurückzuführen, daß es nicht gelungen ist, die politische Entspannung durch substantielle Fortschritte auf dem Gebiet der militärischen Entspannung zu ergänzen. Im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis - und damit auch in der internationalen Arena im allgemeinen - wurden die Elemente der Entspannung in den Hintergrund gedrängt, und die Spannungen nahmen zu. Vor allem die Steigerung des Wettrüstens wirkte sich ungünstig auf den Entspannungsprozeß aus; doch die europäische Zusammenarbeit wurde zunehmend auch durch außereuropäische Faktoren belastet. Hier denke ich vor allem an die ungünstigen Auswirkungen der Krisenherde und Konflikte in der dritten Welt sowie der negativen Entwicklung in der Weltwirtschaft.

Trotz der genannten Faktoren kann niemand behaupten, der Geist von Helsinki gehöre der Vergangenheit an, ist doch der mit dem Namen Helsinki verbundene Prozeß - wenn auch mit Stockungen, Widersprüchen und Konflikten beladen bestehengeblieben und sind doch auch seine Institutionen funktionsfähig. Der Geist von Helsinki lebt weiter, und von der Schlußakte geht nach wie vor eine positive Wirkung aus. All dies läßt sich dadurch belegen, daß die Prinzipien und Empfehlungen der Schlußakte in immer stärkerem Maße bewußt werden und das institutionelle System funktioniert.

In Madrid wurde das gesamteuropäische Treffen mit substantiellen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit dienenden Vereinbarungen abgeschlossen, obwohl es unter ungünstigeren und schwereren Bedingungen stattfand als die Nachfolgekonferenz in Belgrad. Dies beweist, daß auch unter ungünstigen Bedingungen die Möglichkeit zu einer Einigung und zum Vorankommen besteht, wenn der notwendige politische Wille vorhanden ist. Im Sinne der in Madrid getroffenen Vereinbarung wird in Stockholm über vertrauensbildende und vertrauensfördernde Maßnahmen beraten. Trotz der

bekanntem Differenzen und Meinungsunterschiede kam es in Ottawa beziehungsweise beim Budapester Kulturforum zu nützlichen Expertenberatungen.

Die positive Wirkung der verschiedenen Foren im Rahmen des KSZE-Prozesses zeigte sich in der Situation, die sich Ende 1983 eingestellt hatte. Wie wir noch wissen, führte damals der Beginn der Stationierung der amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen in Westeuropa zunächst zum Abbruch der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung dieser Rüstungen und später auch der Gespräche über den Abbau der strategischen Waffensysteme sowie zur einstweiligen Einstellung der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstungen in Mitteleuropa. In dieser Situation war es von besonders großer Bedeutung, daß es im Januar 1984, bei der Eröffnung der Stockholmer Konferenz, auch zu einer Begegnung zwischen den Außenministern Gromyko und Shultz gekommen ist. Auf diese Weise wirkt sich der KSZE-Prozeß sogar auf die bilateralen Beziehungen der beiden Führungsmächte - und natürlich auch anderer Länder - positiv aus.

Eine wichtige Erfahrung der letzten Jahre ist auch die Tatsache, daß die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und den USA nicht zu einem allgemeinen und totalen Rückgang der Ost-West-Beziehungen geführt hat. Die gesamteuropäischen Beziehungen haben die Abkühlung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht automatisch nachvollzogen. In den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den meisten europäischen sozialistischen Ländern sind ebenfalls keine - mit den im Verhältnis zwischen den Großmächten vergleichbare Rückschläge eingetreten. Obwohl die gesamteuropäische Zusammenarbeit vom Verhältnis zwischen den Großmächten nicht losgelöst werden kann, müssen wir feststellen, daß das während der Entspannungsperiode ausgebaute institutionelle System in starkem Maße dazu beigetragen hat, die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Ländern hinüberzuretten.

Es ist also eine wichtige Erfahrung, daß in der Entwicklung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit - neben der grundlegenden Bedeutung der Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen - auch die kleineren Mitgliedsstaaten der beiden Bündnissysteme sowie die neutralen und nichtpaktgebundenen Länder Europas eine bedeutsame Rolle spielen. All dies trug dazu bei, auf unserem Kontinent den Anbruch einer zweiten Periode des kalten Krieges zu verhindern.

Die erhöhte Aktivität der kleinen und mittleren Länder erklärt sich vor allem aus ihrem Interesse am Entspannungsprozeß und ihrer geopolitischen-geostrategischen Lage. Es ist leicht einzusehen, daß für die USA mit ihren globalen Interessen und ihrer Fähigkeit, eine globale Politik zu betreiben, ganz andere Prioritäten für die Entspannung gelten als für die europäischen Länder. Letztere sind aufgrund ihrer objektiven Lage und von ihrer Verletzbarkeit her auf die Zusammenarbeit zwischen Ost und West angewiesen und können sich nicht mit der passiven Rolle begnügen, nach dem Motto: "die Geschichte nicht zu gestalten, sondern über sich ergehen zu lassen".

In der ungarischen Außenpolitik nehmen die Fragen des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa einen besonderen Platz ein. Die Ungarische Volksrepublik gehörte zu den Initiatoren der Helsinki-Konferenz. Bekanntlich wurde der Budapester Appell, mit dem die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auf die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz drängten, im Budapester Parlamentsgebäude verabschiedet. Die ungarische Diplomatie entfaltete bei den Vorbereitungskonferenzen in Genf und in Helsinki eine rege Aktivität.

Die Schlußakte von Helsinki enthält alles, was auch wir Ungarn in unseren Beziehungen zu Ländern anderer Gesellschaftsordnung anstreben. Die gesellschaftliche und ökonomische Realität in Ungarn bietet eine geeignete Grundlage zur Erfüllung der in Helsinki übernommenen Verpflichtungen: Um die Grundprinzipien und Empfehlungen der Schlußakte zu verwirklichen, mußten wir weder in unserer Innenpolitik noch in der Außenpolitik substantielle Veränderungen durchführen. Wir arbeiten an der Entwicklung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit, an der Realisierung der Empfehlungen der Schlußakte von Helsinki. Zur Förderung der Realisierung haben wir beispielsweise zweimal, 1976 und 1979, 17 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada konkrete Vorschläge unterbreitet.

Im Ergebnis des KSZE-Prozesses konnten sich auch die Beziehungen der Ungarischen Volksrepublik voll entfalten und sich unsere gegenseitig vorteilhaften Kontakte mit Ländern anderer gesellschaftlicher Ordnung auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet gleichermaßen erweitern; auch der Tourismus hat sich in starkem Maße entwickelt. Wir sind überzeugt, daß die Entspannung in Europa für alle Völker vorteilhaft ist. Dennoch können wir sagen, daß so offene und kleine Länder wie Ungarn wohl am meisten davon profitieren konnten. So ist zum Beispiel das Ungarnbild, das in der Welt - auch in Westeuropa entstanden war, durch den KSZE-Prozeß wesentlich umfassender und realitätsnäher geworden.

Wir halten die Wahrung und Stabilisierung der bisher erzielten Ergebnisse des Entspannungsprozesses sowie die Garantierung seiner Unumkehrbarkeit für eine Frage von grundlegender Bedeutung. Dazu ist es nach unserer Überzeugung unumgänglich, auf dem Gebiet der militärischen Entspannung voranzukommen. Die in Stockholm über Vertrauens- und sicherheitsfördernde sowie Abrüstungsmaßnahmen laufende Konferenz eröffnete die Möglichkeit, den Prozeß der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit um eine neue Dimension, nämlich um den Kreis der politischen Maßnahmen zur Förderung der militärischen Entspannung, zu erweitern. Es wäre besonders wichtig, in diesem Rahmen eine Vereinbarung über den Verzicht auf militärische Gewalt zu erzielen.

Die andere grundlegende Voraussetzung für die Weiterführung des Entspannungsprozesses in Europa ist die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Ohne einen substantiellen Fortschritt auf diesem Gebiet kann auch im Prozeß der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit keine wesentliche Verbesserung erwartet werden. Wie ich bereits erwähnte, trug die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Großmächten in bedeutendem Maße dazu bei, daß die gesamteuropäischen Beziehungen zum Aufschwung gebracht werden konnten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in bestimmten Bereichen weitere bescheidene Fortschritte erzielt werden können; doch eine radikale Änderung, eine Rückkehr zur Entspannung, ist ohne eine positive Entwicklung in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen natürlich undenkbar.

Insbesondere ein Fortschritt bei den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen über Rüstungsbegrenzung würde die Aussichten für die Zusammenarbeit in Europa positiv beeinflussen. Ohne den Abschluß von Vereinbarungen über den Abbau der Rüstungen können wir auch in den politischen, ökonomischen und anderen Bereichen der Entspannung nicht mit dauerhaften Fortschritten rechnen.

Eine besonders wichtige Frage für Ungarn ist, ob in dieser Situation die kleinen und mittleren Länder überhaupt etwas bewirken können. Und wenn ja, worin ihre Rolle bestehen könnte. Wir sind überzeugt, daß die kleinen und mittleren Länder sehr wohl eine Rolle, ja sogar eine zunehmende Rolle spielen können. Wenn sie eine konstruktive Politik betreiben, können sie durchaus zur Schaffung der politischen und psychologischen Bedingungen der Entspannung beitragen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang erwähnen, daß die Ungarische Volksrepublik auch in der gespannten internationalen Lage initiativ für die Erhaltung der Kontinuität des politischen Dialogs, für den Wiederaufbau des Vertrauens und für die Förderung des gegenseitigen Verständnisses eingetreten ist. 1984, in einer Periode der Verschärfung der Spannungen, kam es zwischen führenden Repräsentanten Ungarns und der westeuropäischen Staaten zu mehr Begegnungen auf höchster Ebene als in der ganzen Zeit zwischen den beiden Weltkriegen insgesamt.

Die sozialistischen und die kapitalistischen Länder Europas können auch durch Entwicklung der funktionellen Zusammenarbeit sehr viel für die Gewährleistung der politisch-psychologischen Bedingungen der Entspannung tun. Dafür bieten die in der Schlußakte niedergelegten Prinzipien und Empfehlungen einen geeigneten Rahmen. Diesen Rahmen, die damit gegebenen Möglichkeiten mit Inhalt zu füllen, dies liegt wiederum an den einzelnen Staaten.

Um wieder mein eigenes Land als Beispiel anzuführen: Ungarn hat ein vitales Interesse an einer Festigung des internationalen Handelssystems, das von jeglichen Diskriminierungen, die bestimmten politischen oder ökonomischen Zielen dienen, frei ist und auf gutwilliger Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen beruht. Wir sind daran interessiert, daß die negativen Erscheinungen in der Weltwirtschaft beseitigt und die gemeinsamen Aktivitäten, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet verstärkt werden. Dazu bedürfte es jedoch auch seitens der westlichen Länder einer konstruktiveren Haltung. Neben den bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Staaten könnte die Entwicklung der Zusammenarbeit auch durch die Kontaktaufnahme zwischen RGW und EG einen neuen Aufschwung erhalten.

Auch auf dem Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit gibt es einiges zu verbessern, wo gegenwärtig noch keine Rede von Gegenseitigkeit sein kann: Ungarn und die sozialistischen Länder im allgemeinen sind, was die gegenseitige Übernahme der kulturellen Werte angeht, eindeutig in einer nachteiligen Lage gegenüber den kapitalistischen Staaten.

Die Teilnehmer der Konferenz in Helsinki haben vor zehn Jahren die Verpflichtung übernommen, die Schlußakte in allen Bereichen der Zusammenarbeit ausgewogen zu realisieren. Die Herausforderung von Helsinki sehe ich heute im wesentlichen darin, daß auf beiden Seiten erhöhte Anstrengungen unternommen werden müssen, um die bisher erreichten, nicht geringen Ergebnisse zu schützen. Dies

ist unter den gegenwärtigen Bedingungen keine leichte Aufgabe, da die Entspannung ins Stocken geraten ist.

Graf Ferraris

Als Teilnehmer am KSZE-Prozeß von Anfang an möchte ich einige Bemerkungen zum Inhalt und zur Bewertung dieses Prozesses machen und dabei zunächst auf die historischen Voraussetzungen eingehen.

Die Voraussetzungen für die Einberufung und den erfolgreichen Abschluß der Konferenz von Helsinki sind Ihnen allen hinlänglich bekannt. Zu diesen Voraussetzungen gehörten die Einbeziehung der USA und Kanada - was von der Sowjetunion eigentlich nie ernsthaft bestritten worden war;-, eine vorherige Regelung der Lage in und um Berlin und die Zustimmung zu einer ausführlichen Erörterung von Fragen im Bereich der menschlichen und kulturellen Beziehungen. Eine weitere Voraussetzung war im Grunde auch die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und die allmähliche Anerkennung der Tatsache durch den Osten, daß die EG eine unabänderliche Realität in Europa geworden war und bleiben würde.

Ein wesentlicher Punkt für den KSZE-Prozeß in Genf und Helsinki, um den die Hauptauseinandersetzung innerhalb der KSZE ging, war und bleibt der Zusammenhang zwischen zwei Begriffen, nämlich Status quo und Veränderungen in Europa. Es ist sicher wenig sinnvoll, eine endlose Debatte darüber zu führen, was wir unter Entspannung verstehen und wie die verschiedenen Interpretationen in Ost und West von Entspannung und friedlicher Koexistenz aussehen. In der UdSSR bedeutet Entspannung oder friedliche Koexistenz zweierlei: die Erhaltung des Status quo einerseits und die allmähliche, geschichtlich bedingte Entwicklung in Richtung auf den Aufbau des Sozialismus in ganz Europa andererseits.

Ohne die alte Debatte wieder aufzunehmen, kann man festhalten, daß für den Westen etwas anderes wichtig war: Die KSZE als Teil der Entspannung sollte in die Beziehungen zwischen Ost und West in Europa eine neue Dynamik einführen, um die Qualität dieser Beziehungen selbst zu verändern und zu verbessern.

Die Diskussion über die Unverletzbarkeit der Grenzen dreht sich nicht, wie immer wieder behauptet wird, lediglich um die deutsche Frage, sondern um ein Prinzip: Einerseits ging es um die Abschaffung der Vorschrift in der Satzung der Vereinten Nationen in bezug auf die ehemaligen Feindstaaten, andererseits stellte man sich gegen das Verlangen der Sowjetunion nach absoluter Sicherheit des Ostens und gegen den Versuch, in diesem Rahmen das gegenwärtige territoriale und politische Gleichgewicht in Europa zu bewahren als Voraussetzung für den Schutz dieser Sicherheit.

Wenn man diesem Punkt mehr Aufmerksamkeit widmen würde, könnte man besser verstehen, was der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die sogenannte Entspannung in Europa eigentlich zugrunde liegt. Wenn heute behauptet wird, daß jeder Staat berechtigt ist, seine inneren Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken zu regeln, so folgt dieses Recht nicht etwa nur aus dem einen oder anderen Prinzip der Schlußakte über die Freiheit, sondern darin kommt logischerweise das Recht zum Ausdruck, in Europa Veränderungen zu vollziehen, ohne daß irgend jemand sich beklagen könnte, dadurch sei seine Sicherheit bedroht oder gefährdet.

Das erklärt, warum die Sowjetunion immer zäh und beharrlich versucht hat, den Zusammenhang herzustellen zwischen den Prinzipien des ersten Korbes und der Präambel des dritten Korbes, wo eine Reihe von Möglichkeiten für weitgehende und schwerwiegende Änderungen eindeutig zum Ausdruck kommt.

In der Schlußakte und in dem engen Rahmen des KSZE-Prozesses wurden die Möglichkeiten des Dialoges stärker betont als die Irreversibilität der Entspannung. Versuche der Sowjetunion in diese Richtung schlugen fehl, da die anderen Teilnehmer begriffen oder zumindest gefühlt hatten, daß die Entspannung kein Prinzip, sondern nur eine Methode sein konnte.

Es ist sicher möglich, und man sollte es auch versuchen, eine Theorie der Entspannung zu erarbeiten. Dabei darf man aber keine großen Illusionen hegen: Es ist zutreffend, wenn man zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die Entspannung lediglich ein "Crisis-Management" ist. Auch die verschiedenen Elemente des militärischen Gleichgewichts, die Regelung von Konflikten ohne Krieg, der friedliche Interessenausgleich sind letztlich Teil dieser Methode, die Krise zu beherrschen. Um so theoretischer sind alle Überlegungen über eine Teilbarkeit der Entspannung.

Alle diese Theorien werden immer wieder mit der politischen und diplomatischen Realität in Konflikt geraten; denn die Entspannung ist nicht etwas Überschaubares, Greifbares - sie kann es auch nicht

sein;- , sondern sie beschreibt lediglich einen Zustand der Beziehungen zwischen Ost und West nach 1955 bis heute. Dieser Zustand hat sicher gegenüber der vorherigen Periode des kalten Krieges einige Vorteile, aber inhaltlich und substantiell unterscheidet er sich davon nicht wesentlich.

Ein weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang zu beachten: Das Modell der Gesellschaft, das die Schlußakte beschreibt, entspricht im Grunde dem westlichen Modell des Pluralismus, des Austausches von Ideen, der Mobilität der Menschen, der Freizügigkeit von Wirtschaft und Handel. Insofern kann die Annahme und Anwendung der Schlußakte in den östlichen Ländern nicht im Einklang mit der Loyalität zu den dortigen Regimen stehen.

Es ist auch interessant festzustellen, daß die europäische Linke, die sehr kritisch gegenüber der Sowjetunion geworden ist, es nicht wagt, sie mit der Schlußakte zu konfrontieren.

Der Osten verweist auf der Verhandlungsebene beharrlich auf das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Die dadurch aufgebaute Barriere mag als Beweis dafür erscheinen, daß die Unterschiede zwischen den beiden politischen und gesellschaftlichen Systemen anerkannt werden. In Wirklichkeit handelt es sich hier jedoch um die täglich auch auf ideologischer Ebene - zum Beispiel in der Polemik gegen den sogenannten Eurokommunismus - wiederholte Weigerung zu akzeptieren, daß die Schlußakte unumgänglich eine Entwicklung im Sinne einer wenn nicht kapitalistischen, so doch pluralistischen Gesellschaft westlicher Prägung aufzeigt.

Für die Diskussion möchte ich einige Punkte festhalten, die nach zehn Jahren eine Bewertung des KSZE-Prozesses möglich machen.

1. Die KSZE hat nicht die Legitimität der staatlichen Strukturen im Osten bestätigt. Im Gegenteil, sie hat es den östlichen Regimen nicht ermöglicht, in diesem Punkt einen unangefochtenen Konsens zu erreichen.
2. Wie vom Osten gewünscht, wurde die Unverletzbarkeit der Grenzen in dieser Phase der europäischen Geschichte bestätigt. Doch diese Anerkennung war mit einer Gegenleistung verbunden, nämlich mit der Einführung des Prinzips des friedlichen Wandels.
3. Die KSZE hat sich als ein dynamischer Prozeß erwiesen und nicht als eine statische, feierliche Erklärung des Status quo.
4. Diese Dynamik hat nicht die territorialen Fragen in Bewegung gebracht, sondern sie hat auf eine Anerkennung der Legitimität demokratischer Gesellschaften nach westlichem Muster hingewirkt, das der KSZE-Schlußakte zugrunde liegt.
5. Die Nichteinmischung als Schutz der östlichen Gesellschaften und als Vorbedingung für die Entspannung wurde im Ergebnis abgeschwächt und die Möglichkeit eröffnet, auf die geschlossenen Gesellschaften des Ostens Einfluß auszuüben.
6. Die Legitimität des vom Osten geführten ideologischen Kampfes - oder die Interpretation der friedlichen Koexistenz als zwischenstaatliche Beziehung, die den ideologischen Kampf nicht ausschließt - wurde in dieser Form nicht akzeptiert. Die Folge war, daß dem ideologischen Kampf ein großer Teil seiner Überzeugungskraft sogar im Osten entzogen wurde.

Auf der Grundlage dieser Bemerkungen über den Inhalt von Helsinki läßt sich auch die Frage beantworten, welches die Herausforderungen von Helsinki für eine europäische Politik sind.

1. In erster Linie geht es darum, sich dem Aktivismus einer sowjetischen Führung zu stellen, die heute viel flexibler und artikulierter ist als die vorangegangene und die zudem eher in der Lage ist, der - tatsächlichen oder vermuteten - Autonomie der europäischen Staaten gegenüber den USA Vorschub zu leisten.
2. Wir müssen die Illusion aufgeben, daß der Ost-West-Gegensatz eines Tages hinfällig würde; er bleibt auf absehbare Zeit die fundamentale Dimension der internationalen Beziehungen. Die Entspannung ebenso wie andere Beziehungsformen, die im Verlaufe der achtziger Jahre entstehen können, werden im Grunde - um ein Wort von Clausewitz abzuwandeln - lediglich die Fortsetzung der Containment-Politik mit anderen Mitteln sein.
3. Die westlichen Länder müssen zu einer einheitlichen Interpretation der KSZE gelangen, die vor allem den in diesem Prozeß für die europäische Situation enthaltenen dynamischen und evolutiven Elementen Rechnung trägt. Wichtigster Punkt hierbei ist die Zurückweisung der sowjetischen Konzeption - die beim Gipfel des Warschauer Paktes in Sofia erneut bekräftigt worden ist - eines politisch-territorialen Status quo. Dabei enthält der Bindestrich eine ähnliche Verfälschung wie jener im Begriff des Marxismus-Leninismus. Das heißt, es ist darauf hinzuwirken, daß im Osten das Prinzip

anerkannt wird, demzufolge die politische Ordnung eines jeden Landes von dem souveränen Willen des Volkes bestimmt werden muß.

4. Die Achtung der Menschenrechte ist nicht nur in juristischer oder humanitärer Hinsicht zu fordern, sondern als fundamentales Prinzip, um die Dynamik in der Entwicklung der östlichen Gesellschaften und des Friedens in Europa zu wahren.

5. Damit den Regierungen Osteuropas, insbesondere jedoch der Sowjetunion, keine Vorwände geliefert werden, die Dynamik in ihren Gesellschaften abzubremsen, muß die Annahme der aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangenen Grenzen in klaren Buchstaben bekräftigt werden. Wie einige Abgeordnete im Deutschen Bundestag es formuliert haben, dürfen diese Grenzen, damit sie irrelevant werden können, zunächst einmal nicht politisch umstritten sein.

6. Man muß den Hebel bei der kulturellen Identität ansetzen. Sie ist der mit dem anderen Teil Europas gemeinsame Bereich, der sich - dank der KSZE - in den vergangenen Jahren verstärkt hat und der nicht nur von der öffentlichen Meinung, sondern auch von der politischen Elite partiell geteilt wird. Das Budapest Forum ist ein Beweis dafür.

7. Wir dürfen jenen eigenständigen gesellschaftlichen Kräften im Osten nicht den Eindruck vermitteln, daß sich Europa nicht für sie interessiert. Deshalb kommt es darauf an, nach dem richtigen Gleichgewicht und der Ausgewogenheit zu suchen zwischen den Beziehungen der Staaten einerseits und den Kontakten zu den jeweiligen Komponenten der Gesellschaften im Osten andererseits, eine Frage, die in vielen Fällen, etwa gegenüber Polen, in regelmäßigen Abständen aufgeworfen wird.

8. Das wirksamste Mittel jedoch, um auf die Herausforderung von Helsinki von europäischer Seite zu antworten, ist die Schaffung einer vitalen und demokratischen Gesellschaft in Westeuropa, die den östlichen Ländern als Modell für das Zusammenleben und für die politische Elite als angemessener Gesprächspartner, neben den beiden Supermächten, dienen kann. Aus diesem Grunde ist der Versuch, die europäische Einigung im Westen voranzubringen, eine der Grundvoraussetzungen für die Verwirklichung der Ziele von Helsinki.

Dobrosielski

Ich bin froh, nach Botschafter Ferraris zu sprechen, mit dem ich die Ehre und das Vergnügen hatte, während der zweiten Phase der KSZE-Konferenz eng zusammenzuarbeiten, und der persönlich einen großen Beitrag zur Ausarbeitung der Schlußakte geleistet hat. Er ist sicher einer der besten und gründlichsten Kenner der Praxis und Theorie des KSZE-Prozesses, dem er ein ausführliches, sachliches Buch gewidmet hat.

Die im Titel "Zehn Jahre Helsinki - die Herausforderung bleibt" enthaltene Behauptung klingt wie ein kategorischer Imperativ. Wird aber die erwähnte Herausforderung von allen dafür verantwortlichen Politikern mindestens ähnlich verstanden? Oder sind eher gegensätzliche, ja oft sich widersprechende Interpretationen ausschlaggebend? Was ist eigentlich noch von oder nach Helsinki geblieben? Und für wie lange? Ist der "Geist von Helsinki", den Herr Körber erwähnt hat, noch spürbar und lebensfähig? Oder ist er nur noch eine Erinnerung, sehnsüchtig melancholisch vielleicht für manche und wie ein Alptraum für andere? Ist aus der damaligen Euphorie nur Enttäuschung geworden, oder gibt es noch Hoffnung?

Solche und ähnliche Fragen drängen sich auf, wenn man heute auf Helsinki zurückblickt, aus der Perspektive der ungemein komplizierten und gefährlichen Entwicklung in Europa und in der Welt. Diese Perspektive genügt jedoch nicht, wenn man Helsinki möglichst objektiv zu beurteilen versucht. Man darf die KSZE und den von ihr eingeleiteten, vielschichtigen Prozeß nicht isoliert von ihrem geschichtlichen und zukunftsbezogenen Kontext betrachten. So gesehen geben sie Gründe für Zuversicht und Hoffnung.

Die KSZE war ein präzedenzloses Ereignis in der tausendjährigen Geschichte Europas. Zum ersten Mal haben sich auf ihr höchste Vertreter von 35 Staaten versammelt, nicht um als Sieger über Besiegte zu entscheiden, nicht um einen bestimmten Glauben oder eine Ideologie, ein wirtschaftliches oder sozialpolitisches System anderen aufzuzwingen, nicht um die Teilung von Staaten und die Unterjochung von Völkern oder über die Erschließung neuer Märkte zu feilschen. Diese Konferenz war gegen kein Land und gegen kein Volk gerichtet. Es war die erste gesamteuropäische Konferenz, an der alle Staaten gleichberechtigt teilnahmen. Die Konferenz erschloß die reale Möglichkeit eines wahren qualitativen Umbruchs in der Geschichte der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten. Sie arbeitete ein realistisches, langfristiges Programm einer friedlichen und schöpferischen Entwicklung Europas aus. Die Ausarbeitung der Schlußakte war von einer neuen politischen Kultur der Konfliktregelung, der interessenausgleichenden Kompromisse, des nicht nur Neben-, sondern

auch Miteinanderlebens von Staaten und Völkern mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen gekennzeichnet.

Ja, könnte man sagen, wenn es so gut und schön war, warum sieht es dann jetzt so schlecht und gefährlich aus? Der Gründe gibt es allzu viele. Ich will nur auf einige meines Erachtens wesentliche Gründe hinweisen, nicht um eine unnötige Polemik anzufachen oder um zu versuchen, die Diskussion nur auf die Analyse der Ursachen der heutigen Lage zu konzentrieren. Im Gegenteil, mir scheint es zu nichts Positivem zu führen, darüber zu streiten, wer oder was die Zuspitzung der Spannung verursacht hat oder die Schuld daran trägt. Wir sollten eher versuchen, von einer Analyse der gegenwärtigen Situation ausgehend, in Anlehnung an die Schlußakte und die positiven Erfahrungen des KSZE-Prozesses - ja, solche gibt es eine Menge;- Wege und Mittel vorzuschlagen, die, gemeinsam unternommen, zu einem friedlicheren, sichereren, kooperativeren Europa führen könnten. Wenn ich trotzdem auf einige Ursachen der Deterioration des KSZE-Prozesses hinweise, so nur, um vielleicht einige von Ihnen anzuregen, darüber nachzudenken, und damit wir in Zukunft mindestens einiges davon vermeiden können.

1. In den sechziger Jahren wurde vielerorts die Illusion gehegt, daß man langfristig, parallel und unabhängig voneinander, gleichzeitig eine Politik der Entspannung und des Rüstungswettlaufs betreiben könne. Schon damals gab es viele weise Warnungen, daß dies auf die Dauer nicht möglich sei; der Rüstungswettlauf werde die Entspannung ersticken, vernichten. Heute ist es evident, daß die Mahner recht hatten. Es ist auch klar, daß wir vor allem radikale Fortschritte auf dem Gebiet der kooperativen Rüstungsbegrenzung und verifizierbaren Abrüstung benötigen. Sie würden bestimmt die politische Entspannung erheblich beleben. Nur solche Verständigungen können vor allem anderen eine solide Basis für eine dauerhafte, authentische Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in der Welt bilden.

2. Unmittelbar nach Helsinki haben bestimmte politische Kräfte und manche Regierungen den Versuch unternommen, der bis heute andauert, die Schlußakte im Widerspruch zu ihren Buchstaben - um vom Geiste überhaupt nicht mehr zu sprechen - einseitig und selektiv zu interpretieren. Dies wurde - in krasser Verletzung einer ganzen Reihe von Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte - als ein Instrument von Angriffen und des Druckes auf die sozialistischen Staaten benutzt. In den letzten Jahren hat man sich neben der Sowjetunion insbesondere Polen zum Ziel dieses Druckes gewählt. Ich will hier darauf nicht näher eingehen, nur meine tiefste Überzeugung - gestützt auf eine über 30jährige politische Erfahrung - aussprechen, daß derartige Mittel zwecklos sind und meistens Wirkungen erzielen, die den proklamierten oder vielleicht wirklich beabsichtigten Zielen genau entgegengesetzt sind.

Als Beispiel diene hier die viel umstrittene Frage der Menschenrechte. Die Erfahrung lehrt eindeutig, daß in Zeiten der Spannung in den Ost-West-Beziehungen die Einschränkung der Menschenrechte im Osten und im Westen eine der ersten und schmerzlichsten Folgen ist. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Entspannung der siebziger Jahre Millionen von Menschen im Osten und im Westen eine beträchtliche Erweiterung ihrer Menschenrechte gebracht hat. Es ist eine durch die Erfahrung erhärtete Wahrheit, daß für die Förderung der Menschenrechte die Erweiterung, Vertiefung und Stabilisierung des Entspannungsprozesses eine notwendige, wenn auch allein nicht immer ausreichende Bedingung ist.

3. Die Tendenz zur immer stärkeren Ideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Ost und West, die schon in der von Jimmy Carter initiierten Menschenrechtskampagne ihren ausgeprägten Ausdruck und in dem totalen antikommunistischen Kreuzzug nach der ersten Wahl Ronald Reagans ihren Gipfel fand, hat nichts Gutes gebracht und konnte auch nichts Gutes bringen. Die Zeit der Kreuzzüge und Glaubenskriege ist längst vorbei. Sie sind ein äußerst gefährliches, anachronistisches Relikt der europäischen Geschichte, welches aus den gegenwärtigen zwischenstaatlichen Beziehungen ein für allemal verbannt werden sollte. Eine der größten Errungenschaften der Schlußakte ist meiner Ansicht nach die darin implizit enthaltene, aber eindeutige Eliminierung der Ideologie aus den zwischenstaatlichen Beziehungen.

Ich will Sie darauf aufmerksam machen, daß die sozialistischen Staaten sich seit Jahren bemühen, ideologische Fragen von den Problemen der zwischenstaatlichen Beziehungen zu trennen. Das wurde unter anderem in der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages in Sofia am 24. Oktober dieses Jahres klar bestätigt: "Ideologische Unterschiede sollten nicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen übertragen werden und deren Stabilität untergraben dürfen."

Man könnte noch viele andere Aktionen und Reaktionen erwähnen, die die gegenwärtige prekäre Lage bewirkt haben, wie zum Beispiel Versuche, eine eindeutige militärische Überlegenheit zu erreichen, wirtschaftliche Embargos, Diskriminierungen und "Sanktionen" als politische Waffen zu

benutzen. Versuche, unter anderem durch einen psychologischen Krieg die interne Lage verschiedener Länder, wie zum Beispiel Polens, zu destabilisieren. Dies soll aber genügen.

Trotz aller Rückschläge, Enttäuschungen und Frustrationen hat sich der KSZE-Prozeß als wichtiger und positiver Faktor der gesamteuropäischen Beziehungen erwiesen. Sogar in den krisenhaftesten Situationen wagte kein Staat, nicht einmal der mächtigste, diesem Prozeß ein Ende zu setzen. Schon das ist eine außerordentliche Errungenschaft, die bewahrt und verstärkt werden soll. Erfreulich und sehr wichtig ist auch, daß kleinere und mittlere europäische Staaten der beiden Bündnisse, wie auch Neutrale und Nichtgebundene einen bedeutenden positiven Einfluß auf den KSZE-Prozeß und die gesamteuropäischen Beziehungen ausgeübt haben und weiter ausüben. Die KSZE kann nicht als ein Einzelergebnis betrachtet werden. Sie hat eine Eigendynamik entwickelt und einen vielschichtigen Mechanismus auf allen Gebieten der internationalen Beziehungen in Gang gebracht. Sie ist ein Mittel, die konfrontative und feindliche Einstellung durch eine sachliche und kooperative zu ersetzen.

Ich will noch ein wichtiges, positives Element der KSZE und ihrer Schlußakte erwähnen, das selten erkannt wird. Sie haben den einst klaren Begriff "Europa", der in den Jahren des kalten Krieges und auch heute vielerorts von Politikern, Journalisten und Propagandisten in einer beschränkten (in jedem Sinne des Wortes) Art und Weise gebraucht wurde und wird, seine ursprüngliche, authentische Bedeutung wiedergegeben. Europa bedeutete damals für viele und auch heute noch für manche einen begrenzten, kleineren Teil unseres Kontinents. Danach gehören die sozialistischen Staaten nicht mehr zu Europa. Sie sind der Osten, im besten Falle Osteuropa.

Es ist leider wahr, daß Europa heute künstlich in zwei gegensätzliche Militärböcke gespalten ist. Dies stellt allen Europäern um so mehr die dringliche Aufgabe, diese Spaltung zu überwinden, nicht aber sie kulturell-zivilisatorisch noch mehr zu vertiefen. Europa reicht nicht nur geographisch vom Atlantik zum Ural. Unser Kontinent bildet auch eine geschichtliche, kulturelle, ja sogar wirtschaftliche Einheit. Eine Einheit, die sich seit dem Altertum bis zum heutigen Tage unter anderem durch ethnische, religiöse und gegenwärtig auch politisch-gesellschaftliche Unterschiede auszeichnet. Diese Unterschiede, ja oft Gegensätze und Konflikte auf verschiedensten Gebieten waren und sind nicht nur die Schwäche, sondern auch die Stärke unseres Kontinents. Es ist klar, daß trotz dieser Unterschiede und Kontroversen, die leider zu oft in der geschichtlichen Erziehung der meisten europäischen Länder zu stark betont und zur Errichtung von Feindbildern genutzt wurden, das, was die Europäer gemeinsam haben, das, was sie einigt, viel reicher und bedeutender ist als das, was sie teilt und trennt.

Die Völker der sozialistischen Staaten westlich vom Ural sind nicht minder Europäer als die Völker westlich der Elbe. Die Schlußakte betont mit vollem Recht, ich zitiere: "die Solidarität zwischen den Völkern Europas", "ihre gemeinsame Geschichte", "gemeinsame Elemente ihrer Traditionen und Werte". Sie fordert die europäischen Völker auf, "unter voller Berücksichtigung der Eigenart und Vielfalt ihrer Standpunkte und Auffassungen... ihre Bemühungen zur Überwindung des Mißtrauens zu vereinigen, die Probleme, die sie trennen, zu lösen und zum Wohl der Menschheit zusammenzuarbeiten". Die Befolgung und Verwirklichung dieser Richtlinien in Politik und Erziehung würde erheblich zum Abbau der Feindschaft beitragen.

In Polen hat man Europa, dessen integraler, organischer und lebendiger Bestandteil wir seit über tausend Jahren sind und bleiben werden, immer so verstanden. Polen hat sich oft und insbesondere seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges unablässig darum bemüht, zum Frieden, zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beizutragen. Eine der Grundvoraussetzungen unserer Außenpolitik seit mehr als vierzig Jahren war und ist es, die Sicherheit Polens in enger Verbindung mit der Sicherheit ganz Europas zu sehen. Polen hat sich immer der Teilung Europas in feindliche politischmilitärische Gruppierungen entgegengestellt, und als dies Tatsache wurde, sich gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten um ihre Überwindung bemüht.

Der Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa dienen zahlreiche polnische Vorschläge und Initiativen wie zum Beispiel der Rapacki- und Gomulka-Plan, der Vorschlag - schon 1964 - zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Teilnahme der Vereinigten Staaten (was damals für viele nicht so selbstverständlich war), sowie der neutralen und nichtverbundenen Staaten, der Vorschlag eines Normalisierungsvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland, der aktive und konstruktive Anteil Polens an der Ausarbeitung der Schlußakte, wie auch am ganzen KSZE-Prozeß. Das werden wir in Polen nicht vergessen. Es wundert uns aber, daß man das im Westen anscheinend so schnell vergessen hat. Es ist wahr, Polen braucht Europa, aber es ist nicht minder wahr, daß auch Europa Polen braucht.

Zum Schluß will ich einen sicher nicht allzu originellen Vorschlag machen. Die Herausforderung, die uns Helsinki stellt und die heute dringender denn je ist, besteht meines Erachtens darin, daß wir in Ost

und West, in Nord und Süd immer mehr versuchen, nicht nur in den Kategorien Sicherheit und Zusammenarbeit, sondern vor allem in den Kategorien Sicherheit durch Zusammenarbeit zu denken und dementsprechend zu handeln.

In der heutigen Welt kann Sicherheit nicht mehr gegeneinander erreicht werden. Sie muß als ein gemeinsames Problem betrachtet werden, das nur miteinander, durch Zusammenarbeit gelöst werden kann. Die Herausforderung von Helsinki besteht vor allem darin, daß wir alle die Schlußakte wieder in ihrer integralen Ganzheit ernst nehmen und in die Praxis umzusetzen versuchen. Die Ergebnisse des Gipfeltreffens in Genf scheinen einen guten Anfang in diese Richtung gemacht zu haben. Wenn alle Teilnehmerstaaten alle Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte beachten und verwirklichen würden, müßten wir um die Zukunft nicht allzu besorgt sein.

Teltschik

Thema und Zeitpunkt des 78. Bergedorfer Gesprächskreises könnten nicht glücklicher gewählt sein, und zwar aus zwei Gründen. Erstens findet unser Gespräch unmittelbar nach dem erfolgreichen Ost-West-Gipfel zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Genf statt, was sich gewiß auch auf unser Gespräch auswirken wird. Zweitens wächst damit die Herausforderung gerade für uns Europäer in West und Ost, den nun schon zehn Jahre dauernden KSZE-Prozeß fortzuentwickeln, an dem beide Weltmächte maßgeblich beteiligt sind.

Wir wissen aus der Vergangenheit und werden es auch in der Zukunft erfahren, daß zwischen beiden Entwicklungen eine enge Wechselwirkung besteht. Gerade in der ersten Hälfte der 80er Jahre hat sich die KSZE als stabilisierender Rahmen, als Forum der Begegnung und eines umfassenden Dialogs erwiesen, der sicherlich auch zum Zustandekommen des erfolgreichen Genfer Gipfels beigetragen hat. Wir hoffen jetzt darauf, daß von dem bilateralen Dialog, von den Verhandlungen und der nun beginnenden Zusammenarbeit der beiden Weltmächte wichtige Impulse auch für den KSZE-Prozeß ausgehen und weitere Fortschritte auf allen anderen Ebenen möglich werden. Heute besteht unsere Aufgabe darin, daß alle Staaten in Ost und West die Chancen nutzen, die sich gegenwärtig abzuzeichnen beginnen.

Trotz dieser erfreulichen Erfahrung soll nicht verheimlicht werden, daß die bisherigen Ergebnisse des KSZE-Prozesses hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Es hat ernste Rückschläge und Enttäuschungen gegeben, und der von der Schlußakte gesetzte Rahmen harret in vielen Bereichen noch der Ausfüllung. Dennoch - und hier möchte ich Bundeskanzler Helmut Kohl mit seiner Erklärung anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zitieren - "ist mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte eine wichtige Grundlage für die Gestaltung der Ost-West-Beziehungen geschaffen, die auch schwierige Phasen überdauert hat". Ein intensiver Dialog auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene hat sich entwickelt, an dem auch die mittleren und kleinen Staaten Europas, die Mitglieder der Bündnisse ebenso wie die neutralen und ungebundenen Staaten teilhaben, und der somit die ganze Breite des Ost-West-Verhältnisses erfaßt. Mit der Schlußakte von Helsinki haben die Menschen in Europa ein konkretes Dokument, das ihnen die Durchsetzung ihrer täglichen Anliegen erleichtern kann.

Zu Recht hat Außenminister Genscher in seiner Rede anlässlich des Jubiläumstreffens in Helsinki darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland seit 1975 dem KSZE-Prozeß immer wieder neue Impulse gegeben und nachdrücklich auf die Einhaltung der in der Schlußakte übernommenen Verpflichtungen gepocht habe.

Was zeichnet den KSZE-Prozeß besonders aus? Erstens: Er ist ein multilateraler Prozeß, an dem 35 souveräne westliche, östliche, neutrale wie ungebundene Staaten gleichberechtigt teilnehmen. Beschlüsse werden nach dem Konsensprinzip gefaßt. Dies hat bereits erfreuliche Auswirkungen gehabt. Die mittleren und kleinen Staaten Europas haben verstärkt Einfluß auf die Politik der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen West und Ost insgesamt nehmen können. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben ihre Politik regelmäßig koordiniert und gemeinsam vertreten. Die neutralen und ungebundenen Staaten haben in kritischen Phasen konstruktiv eingegriffen und zwischen West und Ost mit Erfolg vermittelnd wirken können. Die Staaten Europas und Nordamerikas sind beteiligt. Damit ist sichergestellt, daß Versuche, Westeuropa von den USA abzukoppeln, scheitern müssen. Die Staaten Nordamerikas bleiben in den entscheidenden Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingebunden.

Zweitens: Die KSZE ist ein systemübergreifender Prozeß. Er kann und darf aber nicht die machtpolitischen und ideologischen Gegensätze verwischen. Er wird auch nicht den Antagonismus der Systeme überwinden. Die Schlußakte weist jedoch Verhaltensregeln, Absichtserklärungen sowie praktische Empfehlungen aus; Instrumente also, die dazu beitragen können, Konflikte zu regeln, zu

kontrollieren und zu begrenzen. Sie stellen den konkreten Versuch eines rationalen Interessenausgleichs zwischen den 35 Staaten von Ost und West dar, der den Dialog und die Zusammenarbeit fördern soll.

Drittens: Die KSZE ist ein dynamischer Prozeß. Dies beweist schon die Reihe von Folgetreffen und Expertenzusammenkünften in Belgrad, Madrid, Stockholm, Ottawa und Budapest. Dies ist ein deutlicher Unterschied, wenn man diesen Vergleich überhaupt wählen kann, beispielsweise zum Wiener Kongreß von 1815, der zwar nicht alles restaurieren, jedoch den freiheitlichen und nationalen Bestrebungen der Völker durch das Zusammenwirken der nach gesamteuropäischen Erwägungen handelnden monarchischen Mächte Beschränkungen auferlegen wollte. Dagegen haben die 35 KSZE-Mitglieder 1983 auf der Madrider Folgekonferenz ausdrücklich festgelegt, daß die beschlossenen Konferenzdokumente nicht dauerhaft festgeschrieben, sondern Ausgangspunkt für nachfolgende Konferenzen sind. Die Akzeptanz des Prinzips regelmäßiger Folgetreffen in Madrid war deshalb von großer Bedeutung.

Viertens: Die KSZE-Schlußakte von Helsinki umfaßt praktisch alle Ebenen der Zusammenarbeit, beschränkt aber den Bereich der Sicherheit auf vertrauensbildende Maßnahmen in Korb 1. Sie unterstreicht den komplementären Charakter der politischen und militärischen Aspekte der Sicherheit. Damit erhöht sich die Chance, die unterschiedlichen Interessenschwerpunkte der einzelnen Teilnehmerstaaten durch das Agieren auf mehreren Ebenen auszugleichen und damit insgesamt die Kompromißfähigkeit und -bereitschaft aller Beteiligten zu erhöhen.

Ein Beispiel dafür war die Folgekonferenz in Madrid, die zur Einberufung der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa geführt hat. Die KVAE bleibt eingebunden in den Gesamtprozeß der KSZE und wird deshalb Gegenstand der Folgekonferenz 1986 in Wien sein. Ein Erfolg der KVAE könnte und sollte Bewegung auf anderen Ebenen erleichtern.

Es war deshalb vor allem die Bundesregierung, die 1983 auf einen erfolgreichen Abschluß der Madrider Folgekonferenz hingewirkt hat, um die Eröffnung der KVAE-Konferenz in Stockholm zu ermöglichen. Es sollte sich fügen, daß die KVAE im Januar 1984 zu einem Zeitpunkt eröffnet wurde, als gerade in Genf die sowjetisch-amerikanischen START- und INF-Verhandlungen abgebrochen wurden. Ein Forum zerbrach, ein neues entstand, auf dem auch die Weltmächte sich weiter begegnen, auf dem sie agieren, auf dem sie das Gespräch fortführen konnten.

Was ist die Herausforderung der KSZE? Die Schlußakte von Helsinki ist das Fundament des KSZE-Prozesses. Sie umfaßt die bekannten drei Körbe, deren Inhalte zwar für die Unterzeichnerstaaten völkerrechtlich nicht verpflichtend sind, die jedoch Maßstäbe gesetzt haben, an denen sich die Politik der 35 Staaten nach innen wie nach außen messen lassen muß. In diesem Zusammenhang darf die Gewichtung der drei Körbe nicht unterschiedlich je nach augenblicklicher Interessenlage ausfallen. Die Sowjetunion hat anläßlich des Jubiläumstreffens in Helsinki beklagt, daß der Westen insbesondere Korb 3 hervorhebe. Außenminister Schewardnadse hat demgegenüber die Bedeutung von Korb 2 unterstrichen. Wir sollten uns jedoch einig sein, daß sich der gute Wille der Beteiligten bei allen drei Körben beweisen muß.

Korb I umfaßt die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten sollen, Fragen ihrer Verwirklichung und vertrauensbildende Maßnahmen. Alle Teilnehmerstaaten haben sich darin verpflichtet, sich in ihren gegenseitigen wie in ihren internationalen Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt wie jeglicher Gewaltmanifestation zu enthalten. Gleichzeitig wird die Unverletzlichkeit der Grenzen aller Staaten in Europa und die territoriale Integrität eines jeden Teilnehmerstaates bekräftigt. Diese Prinzipien sind auch in den bilateralen Ostverträgen der Bundesrepublik Deutschland enthalten.

Es ist eigentlich überflüssig, daraufhinzuweisen, daß sich die Bundesregierung selbstverständlich an diese Prinzipien gebunden weiß und ihre Deutschlandpolitik deshalb nur mutwillig mißverstanden werden kann.

Korb I bestätigt auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es heißt, die Teilnehmerstaaten bekräftigen die universelle Bedeutung der Achtung und der wirksamen Ausübung der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Gleichzeitig bekennen sie sich zu der Auffassung, daß ihre Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können.

Dieses Bekenntnis zum friedlichen Wandel weist auch, so Bundesminister Genscher in der erwähnten Rede, eine Zukunftsperspektive für einen Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, wie das die Bundesregierung bei Abschluß der

Ost-Verträge erklärt hat. Es war bemerkenswert, daß Generalsekretär Gorbatschow in seiner Antwort auf die Frage eines italienischen Journalisten nach den Auswirkungen des Gipfels auf die Wiedervereinigung Deutschlands in seiner Pressekonferenz am Donnerstag letzter Woche in Genf auf den Helsinki-Prozeß verwies, der auch Antwort auf diese Fragen gäbe.

Korb 1 bleibt auch deshalb bedeutsam, weil er in Prinzip 7 ausdrücklich alle Teilnehmerstaaten auf die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle verweist. Wir haben keine Illusion, daß sich die Auffassungen über Menschenrechte in West und Ost nach wie vor fundamental unterscheiden. Dennoch wurde durch die KSZE-Schlußakte der Anspruch auf die materielle Geltung dieser individuellen Rechte erneut legitimiert, ihre internationale Kontrolle anerkannt, und sie wurden den anderen Völkerrechtsprinzipien gleichgestellt. Damit sind die Menschenrechte für alle Teilnehmerstaaten festgeschrieben und nicht mehr verhandelbar. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß das Expertentreffen von April bis Juni 1985 in Ottawa ohne Schlußdokument zu Ende ging.

Es ist offensichtlich, daß der KSZE-Prozeß die Bedeutung der Menschenrechte und die Forderung ihrer Verwirklichung stärker ins Bewußtsein der Völker in Europa gebracht hat. Dies ist eine positive Entwicklung. Die Einforderung der Menschenrechte steht nicht in Widerspruch zu der Aussage der Schlußakte in Prinzip 6, daß sich die Teilnehmerstaaten jeder direkten oder indirekten, individuellen oder kollektiven Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten enthalten sollen. Schließlich haben alle Teilnehmerstaaten die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkannt und sie als wesentlichen Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen bezeichnet sowie ihre Förderung zugesagt.

Es war deshalb von ganz großer Bedeutung, daß auch Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow ausführlich darüber geredet haben. Darüber muß auch in Zukunft zwischen West und Ost gesprochen werden. Eine wichtige Rolle werden dabei vor allem gesellschaftliche Organisationen und Gruppen, die Medien sowie multilaterale Organisationen, etwa die Vereinten Nationen, zu spielen haben. Es darf hier aber niemandem daran gelegen sein, propagandistische Vorteile zu suchen oder andere auf die öffentliche Anklagebank zu setzen. Dies kann nur zu neuen Verhärtungen führen. Andererseits darf jedoch auch nicht der Mantel des Schweigens und Vergessens über Vorgänge gebreitet werden, wenn Menschen, die ihre Rechte und Pflichten einfordern und ausüben wollen, wie ihnen diese in der Schlußakte ausdrücklich zuerkannt wurden, verfolgt und bestraft werden.

Korb 2 enthält umfassende Vorschläge auf zahlreichen Gebieten zur Entwicklung der Beziehungen. Sie harren in den meisten Fällen noch ihrer Ausfüllung. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Umwelt und Verkehr bis hin zum Tourismus sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Eine solche Zusammenarbeit würde den Interessen in Ost und West entsprechen. Sie wäre ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Vertrauensbildung auf beiden Seiten, der auch in schwierigen politischen Phasen stabilisierend wirken könnte.

Ich erinnere an den Vorschlag der Bundesregierung vom August 1983 während der schwierigen Debatte um den Doppelbeschluß der NATO, eine internationale Umweltschutzkonferenz in München durchzuführen. Dieser Vorschlag war die Folge des Gespräches von Bundeskanzler Helmut Kohl mit Generalsekretär Andropow im Juli 1983, bei dem das gemeinsame Interesse an einer verstärkten Kooperation im Bereich des Umweltschutzes erkennbar geworden war. Die Konferenz kam im Juni 1984 zustande, und trotz der damaligen schwierigen Ost-West-Lage aufgrund der begonnenen Nachrüstung nahmen alle ECE-Staaten teil. In der gemeinsamen Selbstverpflichtung zur Drosselung von Schadstoffemissionen wurde auch ein erster bescheidener Erfolg möglich.

Dieser Prozeß hat seine Fortsetzung auch bilateral gefunden. So hat die Bundesregierung mit der Tschechoslowakei und mit der DDR praktisch unterschriftsreife Umweltschutzabkommen ausgehandelt.

Die Zusammenarbeit auf allen diesen Feldern kann aber nur vertrauensbildend wirken, wenn sie verstetigt wird und frei von Repressionen und Sanktionen bleibt. Eine solche Zusammenarbeit kann das politische Klima verbessern. Es gilt aber auch umgekehrt: Wer das politische Klima durch Drohungen und Kampagnen vergiftet, kann nicht erwarten, daß dies die Bereitschaft für Unternehmungen besonders fördert, Zusammenarbeit zu suchen beziehungsweise zu intensivieren. Der Westen wird sich auch nicht zur Zusammenarbeit verführen lassen, wenn damit der Preis verbunden ist, auf die Durchführung sicherheitspolitischer Maßnahmen verzichten zu müssen, die im eigenen nationalen Sicherheitsinteresse wie in denen des Bündnisses liegen. Zusammenarbeit auf den Gebieten von Korb 2 muß frei von allen Bedingungen bleiben, mit einer Ausnahme: sie müssen beiden Seiten zum Vorteil gereichen.

Korb 3 befaßt sich mit der Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen. Verständigung und Zusammenarbeit zwischen West und Ost setzen auf Dauer mehr Kontakte, regelmäßige Begegnungen, verstärkte Information und Austausch im Bereich der Kultur, Bildung und Wissenschaft voraus zwischen Personen, Institutionen und Organisationen. Die Möglichkeiten von Korb 3 sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Manches ist in Gang gekommen. Konkrete Vorschläge, wie der Frankreichs für eine Konferenz über die Familienzusammenführung, liegen auf dem Tisch. Es mangelt nicht an Initiativen und Vorschlägen; es mangelt ausschließlich am politischen Willen, am Mut, konkrete Schritte, wenn auch nur kleine, voranzugehen. Wie wollen wir aber Waffen abbauen, wenn häufig schon der Mut fehlt, Menschen sich frei begegnen zu lassen - Jugendliche, Sportler, Künstler, Wissenschaftler?

Wir sprechen häufig von der europäischen Identität, die sich vor allem in der gemeinsamen Geschichte und Kultur widerspiegelt. Das Kulturforum in Budapest war ein Anfang. Die kulturelle Identität Europas basiert jedoch auf Pluralismus als Reichtum, auf Einheit in der Vielfalt, auf Freiheit von Gedanke und Ausdruck, wie dies Professor Jeanne Hersch als Schweizer Delegationsleiterin in Budapest ausgedrückt hat. Die Schlußakte stellt deshalb auch den Zusammenhang her zwischen Menschenrechten und Freiheit der Kulturen, zwischen Frieden und Zusammenarbeit. Die Kultur ist es, so Jeanne Hersch, die Begriffe wie Frieden und Staat mit Sinn, Substanz und Wert erfüllt.

Das ist mehr als Austausch von Orchestern, Kunstausstellungen, worauf sich zwischenstaatliche Kulturabkommen häufig beschränken. Günter Graß hat einmal gesagt, er möchte seinen Schriftstellerkollegen, mit dem er ein Gespräch in der DDR oder in Polen oder in der CSSR führen will, selbst auswählen können, ohne staatliche Einmischung. Er hat die Gründung einer europäischen Kulturstiftung, die Bundesregierung die Einrichtung von Kulturinstitutionen vorgeschlagen.

Wenn Generalsekretär Gorbatschow von Europa als "unser gemeinsames Haus" spricht, dann muß die Zusammenarbeit, die Begegnung auf allen Ebenen, möglich sein. Ost und West stehen vor der Herausforderung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien. Diese Herausforderung kann nicht durch mehr Abgrenzung bestanden werden, wie sie die Sowjetunion seit längerem im Rahmen der UNESCO anmahnt, sondern in der schrittweisen Ausdehnung von Feldern gemeinsamen Interesses und gemeinsamen Nutzens. Sie darf nicht am Antagonismus der Systeme scheitern, sondern muß Mittel und Wege suchen, trotz des Antagonismus zu einem Modus vivendi auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu kommen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, vom 12. März 1985 in Moskau erinnern, in der beide festgestellt haben, daß Fortschritte zum Wohle der Menschen im beiderseitigen Verhältnis in hohem Maße geeignet seien, zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Vertrauensbildung in den West-Ost-Beziehungen beizutragen.

Für die Bundesregierung bleibt die KSZE ein wichtiges Instrument ihrer Friedenspolitik. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Bemühungen um Verständigung und Zusammenarbeit mit allen Teilnehmerstaaten. Wir sind bereit, alle Bestimmungen zu beachten und alle Vereinbarungen einzulösen. Wir erwarten dies aber auch von allen anderen Beteiligten.

Unser Ziel bleibt eine europäische Friedensordnung, die nicht auf Furcht, sondern auf Vertrauen und gemeinsamen Interessen aufbaut, die den einzelnen Bürgern unabhängig von der Gesellschaftsordnung ihre in der Schlußakte verbürgten Rechte garantiert; die das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewährleistet und die die Folgen der Teilung Europas mildert und langfristig dazu beiträgt, diese Teilung zu überwinden.

Dahrendorf

Ich möchte zunächst allen sechs Sprechern danken, die uns reiches Material für unsere Diskussion ausgebreitet haben.

Ich selbst habe in Vorbereitung auf diesen Gesprächskreis etwas Geschichtsforschung betrieben, weniger über Helsinki als über Bergedorf. Dies ist der 78. Bergedorfer Gesprächskreis. Fast auf den Tag genau vor neun Jahren fand der 55. Bergedorfer Gesprächskreis in Hamburg statt. Er hatte das Thema: "Entspannungspolitik nach Helsinki - eine Zwischenbilanz". Damals sprach Herr Arbatow für die Sowjetunion und sagte, daß es in der heutigen Welt keine ernsthafte Alternative zu den in Helsinki festgelegten Grundsätzen gäbe. Er beklagte dann mangelnde Fortschritte im Bereich der Abrüstung und zeigte sich besorgt über regionale Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt, die diesen Prozeß erschwerten. Er begrüßte aber ausdrücklich die neue Richtung der Politik, die durch Helsinki eingeleitet worden war.

Ein weiterer Sprecher war damals Herr Sommer. Er meinte, daß Helsinki eher ein Schlußpunkt als ein Neubeginn sei. Die KSZE habe einen Modus vivendi kodifiziert; sie habe militärisch kaum etwas bewirkt; vieles, was im Handel geschehen sei, hätte auch ohne die KSZE geschehen können. Allerdings habe es, wenngleich begrenzte, Fortschritte im Bereich von Korb 3 gegeben.

Der Diskussionsleiter hieß auch damals Ralf Dahrendorf, und er stellte an einem bestimmten Punkt der Diskussion fest, daß eine gewisse Desillusionierung im Hinblick auf Helsinki nach 16 Monaten festzustellen sei. Es sei auffällig, daß Helsinki von den sozialistischen Staaten positiver gesehen werde als von den westlichen Ländern. Am positivsten aber werde es von den Neutralen und Nichtgebundenen bewertet.

Ich meine, es ist ganz nützlich, sich noch einmal zu vergegenwärtigen, wie die Stimmung vor neun Jahren gewesen ist, und es scheint mir wichtig, daß wir uns in unserer Diskussion auf die Prozesse konzentrieren, die seitdem stattgefunden haben. Wir sollten uns also fragen, wie sich uns heute, neun Jahre später, der Helsinki-Prozeß darstellt.

Ich bin sehr froh, daß die sechs Sprecher den Bezug zu Genf hergestellt und zum Teil schon die Wandlungen erwähnt haben, die nach ihrer Auffassung insbesondere in den letzten fünf Jahren stattgefunden haben. Ich meine, wir sollten uns auf diese Entwicklungen der jüngeren Zeit und auf die Zukunft konzentrieren.

Wenn es Ihnen recht ist, beginnen wir mit einer allgemeinen Diskussion; denn es ist nach meiner Erfahrung nicht ratsam, das Gespräch von Anfang an zu stark einzuengen.

In einem zweiten Abschnitt sollten wir uns dann speziellere Fragen stellen. Dazu zählt zum Beispiel die Frage, ob eigentlich der Helsinki-Prozeß der geeignete Ort ist, um die Probleme der Abrüstung in den Griff zu bekommen. Dieser Punkt wurde bereits angesprochen und auch darauf hingewiesen, daß gerade in dieser Hinsicht weniger Fortschritte zu verzeichnen sind als auf anderen Gebieten.

Jakobson

Ein Wort ist hier immer wieder erwähnt worden: das Wort "Prozeß". Es ist heutzutage zu einer Art Modebegriff auf internationalen Konferenzen geworden. Seit mehreren Jahren sprechen wir vom "Helsinki-Prozeß"; seit einiger Zeit ist die Rede vom "Friedens-Prozeß" im Mittleren Osten, und wahrscheinlich werden wir jetzt den "Gipfel-Prozeß" erleben.

Ich würde "Prozeß" als eine diplomatische Aktivität definieren, die ihren Wert in sich selbst hat, unabhängig von ihren konkreten Ergebnissen. Ich sage das ohne Ironie; denn ich bin der Meinung, dies ist in der Tat ein Synonym für die traditionelle Diplomatie, die die Regelung der Beziehungen zwischen Staaten mit friedlichen Mitteln bedeutet. Dabei geht man von der Tatsache aus, daß es Interessenkonflikte in nationalen und anderen Bereichen gibt, die nicht mit Hilfe der Diplomatie gelöst werden können, außer möglicherweise in einem sehr langen Zeitraum, innerhalb dessen sich die Perzeptionen nationaler Interessen geändert haben mögen. Die Welt ist heute voll von Konflikten, die seit 20, 30 oder 40 Jahren bestehen und die zwar nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt haben, aber mit den Mitteln der Diplomatie nicht lösbar sind.

In Europa gibt es heute zwei Bündnisse und zwei Systeme, aber wir haben es auch, worauf Botschafter Ferraris hingewiesen hat, mit zwei verschiedenen Sicherheitskonzepten zu tun. Einerseits Sicherheit durch Erhaltung der Stabilität und des Status quo und andererseits Sicherheit durch Wandel, der zu größerer Offenheit zwischen den beiden Systemen beitragen soll. Wir alle wissen, daß die offensten Grenzen die sichersten sind. Aber solche Grenzen kann es nur zwischen Staaten oder Nationen geben, die sich gegenseitig voll vertrauen auf der Grundlage gemeinsamer Werte. Im geteilten Europa ist das nicht der Fall. Hier gibt es keine übereinstimmenden Werte, und deshalb besteht auch kein volles gegenseitiges Vertrauen.

Angesichts dieser Situation stellt das Verhältnis von Wandel und Stabilität das Schlüsselproblem dar. Sich jedem Wandel zu widersetzen, würde die Stabilität und damit die Sicherheit untergraben; aber auch das Drängen auf einen beschleunigten Wandel kann zu gleicherweise negativen Ergebnissen führen. Dabei wissen wir, daß Veränderung unvermeidlich ist; dies ist eine Lehre der Geschichte, die wir nicht ignorieren können.

Es hat ein erheblicher Wandel in den zehn Jahren seit der ersten Helsinki-Konferenz stattgefunden. Man könnte natürlich behaupten, daß dieser Wandel zum einen Teil ohnehin stattgefunden hätte und zum ändern Teil in Helsinki gar nicht beabsichtigt war. Aber gleichwohl hat es große Veränderungen gegeben. Es könnte interessant sein zu analysieren, welche Art von Veränderung seitdem eingetreten ist, aber das würde hier zu weit führen. Dieser Wandel ist jedenfalls für uns alle erkennbar, und ich bin

sicher, daß er sich fortsetzen wird. Die Frage ist nicht, ob es Wandel geben wird oder nicht; die Frage ist vielmehr, ob es ein friedlicher, evolutionärer Wandel sein wird oder ein Wandel, der durch einen Zusammenbruch der Stabilität mit unkontrollierbaren Konsequenzen erfolgt.

Ich bin nun der Meinung, daß der KSZE-Prozeß einen institutionellen Bezugsrahmen für evolutionären Wandel schafft und in der Lage ist, einen solchen Wandel zu fördern, solange die Mitgliedstaaten dies wünschen.

Botschafter Burt meinte, der Prozeß sollte nicht zu einem sich selbst verewigenden Mechanismus werden. Ich stimme da nicht ganz mit ihm überein. Der KSZE-Prozeß sollte durchaus zu einem solchen Mechanismus werden, und das ist in der Tat auch der Fall. Solange es in Europa keine wirkliche Katastrophe gibt, können wir den KSZE-Prozeß als eine Dauerinstitution betrachten, als eine Art von UNO des weißen Mannes.

Das ist von besonders großer Bedeutung für die kleineren Staaten in Europa, aus den Gründen, die unser ungarischer Kollege genannt hat. Herr Dahrendorf hat gerade darauf hingewiesen, daß dies für die neutralen und nichtgebundenen Staaten in Europa aus einem sehr einfachen Grunde äußerst wichtig gewesen ist. Denn für diese Staaten gibt es kein anderes Forum, an dem sie beteiligt sind, um über die zentralen Probleme Europas zu beraten. Die Vereinten Nationen stellen heute kein solches Forum dar; sie sind hauptsächlich mit Nord-Süd-Problemen befaßt. Die wichtigen Fragen der europäischen Sicherheit werden dort nicht behandelt. Deshalb ist für die europäischen Länder, die keinem Bündnis angehören, der KSZE-Prozeß der einzige Ort, wo sie einen Beitrag zur Behandlung der europäischen Probleme leisten können. Ich bin sicher, daß diese Gruppe von Staaten weiterhin eine sehr aktive Rolle in diesem Prozeß spielen wird.

Wenn ich also der Meinung bin, daß der KSZE-Prozeß eine dauerhafte Institution geworden ist und als solche auch erhalten werden sollte, so stimme ich doch mit Botschafter Burt darin überein, daß er nicht mit übermäßigen Erwartungen belastet werden sollte, wie das häufig der Fall ist. Der KSZE-Prozeß kann als ein Kanal für den friedlichen, evolutionären Wandel in Europa funktionieren, wenn wir nicht erwarten, daß er Dinge vollbringt, die er gar nicht leisten kann.

Sir Bullard

Zunächst möchte ich unterstreichen, was Herr Jakobson eben ausgeführt hat, daß man Helsinki nicht mit übermäßigen Aufgaben belasten soll. Das ist vielleicht eine nützliche Lehre, der man in einer Woche eingedenk sein sollte, da sich die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages vor 60 Jahren jährt. Dieser Vertrag sollte den Frieden in Europa für unbegrenzte Zeit sichern: Er tat dies kaum zehn Jahre lang. Und ich bezweifle, ehrlich gesagt, ob Helsinki das richtige Forum ist, um, sagen wir, den Krebs zu bekämpfen oder die Vergiftung unserer Wälder zu verhindern.

Auch ein Wandel der sowjetischen Einstellung, um ein Wort von Herrn Burt aufzunehmen, ist nach meiner Beurteilung eine zu hohe Hürde, um von dem Helsinki genannten Pferd genommen zu werden. Ich weiß nicht, ob jemand 1975 erwartet hat, daß sich die Natur des sowjetischen Staates sofort ändern würde oder sogar, daß die Schlußakte unmittelbar und vollständig in der gesamten Sowjetunion und in Osteuropa realisiert würde. In London erwartete man dies jedenfalls nicht. Schon die vollständige Veröffentlichung der Schlußakte wurde als ein durchaus dramatisches Ereignis angesehen.

In einem Land von der Größe der Sowjetunion gehen Veränderungen langsam vor sich, langsamer als in den osteuropäischen Ländern. Das ist auch durch die Reden, die wir hier gehört haben, deutlich geworden. Die Funktion von Helsinki entsprach sehr genau dem, was Herr Burt und Herr Jakobson angedeutet haben, nämlich bescheideneren Zielen zu dienen während einer Zeit, als sich gewisse Regierungen ganz anders verhalten haben, als einige von uns es sich gewünscht hätten. Und daß die Möglichkeiten, den Helsinki-Prozeß weiterzuentwickeln, keinesfalls ausgeschöpft sind, hat das Budapest-Treffen veranschaulicht. Ich hoffe, daß in diesen Tagen ein Abschlußdokument in Budapest vorbereitet wird, das die 200 und mehr Vorschläge, auf die Herr Tichwinskij sich bezog, beinhaltet. Das heißt keineswegs, daß ich mich von dem Ziel abwende, das Herr Burt gekennzeichnet hat, sondern ich bin lediglich der Meinung, daß der Helsinki-Prozeß nicht das geeignete Instrument ist, um dies zu erreichen.

Dann ein aktuellerer Punkt, der auch einen europäischen Aspekt hat. Herr Burt und Herr Tichwinskij haben beide erwähnt, daß Genf das erste Gipfeltreffen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten seit sechs Jahren gewesen ist, wobei Herr Tichwinskij offenbar unterstellt, daß die Verzögerung Schuld der Vereinigten Staaten sei. Während dieser sechs Jahre hat sich eine Reihe von Leuten recht unwohl gefühlt angesichts der fehlenden Kontakte zwischen den beiden

Supermächten. Das gilt nicht nur für Indien und die anderen Staaten, die vor einigen Monaten einen entsprechenden Appell unterzeichnet haben. Einige dieser Länder, die ihren Namen unter diesen Appell gesetzt haben, hätten überlegen können, ob sie dem Frieden in der Welt nicht besser mit einer Unterzeichnung des Nonproliferationsvertrages gedient hätten, unter dem noch einige Unterschriften fehlen.

Aber auch in Europa, gewiß in Westeuropa, aber wohl ebenso in Osteuropa, war man über die fehlenden Kontakte sehr beunruhigt. Diese Besorgnis hat sich nun durch das Genfer Treffen erledigt. Aber ich bin sicher, sowohl in Washington wie in Moskau hat man durchaus verstanden, daß die Verbündeten auf beiden Seiten recht beunruhigt sind, wenn die Supermächte nicht miteinander reden. Auf der anderen Seite sind die Europäer aber auch beunruhigt, wenn die Großen miteinander reden; denn diese Gespräche enthalten ja möglicherweise Optionen, die die Interessen der Verbündeten berühren könnten. Es gibt Konsultationen auf beiden Seiten. Wenn mein ungarischer Kollege mit den Konsultationen im Warschauer Pakt so zufrieden ist, wie ich es mit denen im nordatlantischen Bündnis bin, dann ist es um diesen Teil des Prozesses nicht so schlecht bestellt.

Ich sehe hier eine weitere Aufgabe für den Helsinki-Prozeß, nämlich sicherzustellen, daß das gesamte Gebiet der Ost-West-Beziehungen regelmäßig überprüft und neu belebt wird. Dies geschieht nicht in erster Linie durch Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, auch nicht durch die vielfältigen bilateralen Kontakte in ganz Europa, sondern durch ein breites Forum, das verhindern hilft, daß die Interessen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf der einen und ihrer europäischen Verbündeten auf der anderen Seite abgekoppelt werden. Damit will ich aber nicht unterstellen, daß beide Bündnisse den gleichen Charakter aufweisen.

Was die Zukunft betrifft, so kann ich nichts besonders Originelles über die britische Politik sagen. Sie ist dem sehr ähnlich, was Herr Teltschik ausgeführt hat. Die Notwendigkeit weiterer Treffen im Rahmen des Helsinki-Prozesses wird durch eine Bemerkung von Herrn Dobrosielski unterstrichen. Die gegenwärtige Situation ist nämlich dadurch gekennzeichnet, daß Europa keine Einheit bildet, sondern im Gegenteil: Europa ist gespalten sowohl physisch als auch durch sehr unterschiedliche Wertvorstellungen, was sich auf dem Budapester Kulturforum erneut bestätigt hat.

Ich gebe durchaus zu, daß Europa eine gemeinsame Vergangenheit hat, und ich kann mir vorstellen, daß es auch eine gemeinsame Zukunft hat, obgleich ich Vorbehalte habe, Rußland durchweg mit der Vergangenheit und die Sowjetunion ganz und gar mit der Zukunft in einem europäischen Sinne in Verbindung zu bringen. Aber für die Zukunft ist es wesentlich, eine gemeinsame europäische Gegenwart zu bauen. Daran müssen sich alle jene Regierungen beteiligen, die einen Anspruch auf den Titel "europäisch" erheben. Sie sollten ihre Angelegenheiten sowohl gegenüber dem Ausland als auch im Innern in einer Weise führen, die die großen Europäer der Vergangenheit als "europäisch" anerkannt hätten. Die KSZE ist aus meiner Sicht weniger ein Forum oder ein Hebel, mit dem jene in dieser Hinsicht zurückgebliebenen Regierungen gezwungen werden könnten aufzuholen, sondern mehr ein Ort, wo jene Regierungen, die etwas schneller vorangehen wollen, aber ein wenig ängstlich sind, das auch zu tun, die Ermutigung finden, so zu handeln. Das ist nicht das geringste Verdienst des KSZE-Prozesses.

Anderson

Herr Dahrendorf hat einige Anmerkungen zu einem früheren Bergedorfer Gesprächskreis gemacht, auf dem sich Theo Sommer etwas skeptisch über die KSZE geäußert hat. Als ich mich auf dieses Treffen vorbereitet habe, war ich zuvor in Washington, New York und Boston - wo ich zur Zeit lebe;- , um herauszufinden, was man in Amerika über die Helsinki-Vereinbarungen zehn Jahre später denkt. Theo Sommer wird sicher erfreut sein zu hören, daß viele Leute seine damaligen Ansichten teilen. Diejenigen, die sich an die Helsinki-Vereinbarungen erinnern - viele tun es nicht;- , sind in bezug auf den KSZE-Prozeß sehr skeptisch. Der Prozeß - um auf Herrn Jakobson einzugehen - und die Serie von Folgetreffen scheinen zumindest den Amerikanern, soweit sie einiges über die Helsinki-Vereinbarungen wissen - das hat nichts mit Demokraten oder Republikanern zu tun;- , nur sehr wenig zustande gebracht zu haben.

Ich hatte bei meinen Nachforschungen - das Ergebnis war wirklich recht dünn - den Eindruck, daß die meisten Amerikaner dabei nur an eine Sache dachten, nämlich an Korb 3, an die Menschenrechte. Das übrige hatten sie völlig vergessen. Vor einem Monat fand in Washington eine große Tagung statt, auf der Andreas Meyer-Landrut eine brillante Rede über die deutsch-amerikanischen Beziehungen hielt, in der er auch auf den Wert der Sicherheitskonferenz einging. Ein sehr prominenter Amerikaner, den Sie alle kennen, dessen Namen ich jetzt nicht nennen will, lehnte sich am Ende der Rede zu

seinem Nachbarn hinüber und sagte: "Was redet der da für ein Zeug über die Sicherheitskonferenz? Warum ist die so wichtig?"

Ich kann also nur berichten, daß zumindest im Osten der Vereinigten Staaten die Leute so gut wie alles über Helsinki vergessen haben. Über die gegenwärtige Konferenz in Budapest zum Beispiel wird in den größeren amerikanischen Tageszeitungen, aber auch in den anderen Medien so gut wie gar nicht berichtet. Und wenn solche Treffen nur lange genug ignoriert werden, dürfte sich in weiteren zehn Jahren kaum noch jemand überhaupt des Beginns des Helsinki-Prozesses erinnern.

Das ist eine recht niederschmetternde und pessimistische Feststellung über etwas, das von den meisten Europäern in Ost und West sehr ernst genommen wird. Meine eigene Einschätzung ist etwas skeptischer als die von Herrn Jakobson, was das Thema "Prozeß" angeht. Ich finde nichts Besonderes an "Prozessen". Sie haben keine magische Wirkung - vor allem dann nicht, wenn es sich um Gipfeltreffen handelt. Ich hoffe, niemand unter uns wird von der Idee überwältigt sein, daß ein weiteres Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow automatisch einen Schritt nach vorn ergeben wird. Es kann gut sein, daß es dann drei Schritte zurückgeht.

Wir haben es mit einer ganzen Geschichte von Gipfeltreffen zu tun. Es gab das Treffen 1959, von dem angenommen wurde, daß es zu etwas führen würde. Es hat zu etwas geführt, aber das Resultat war bescheiden. Das Treffen von 1960 war ein Reinfall. Deshalb würde ich um einige Vorsicht bitten im Hinblick auf die gesamte Gipfeldiplomatie.

Und was für die Gipfeltreffen gilt, läßt sich auch auf die KSZE anwenden. Als jemand, der sich nun über zehn Jahre diesen Prozeß angesehen hat, kann ich wirklich nur sehr geringe Fortschritte ausmachen. Das Gebiet, von dem ich mir persönlich vor zehn Jahren viel versprochen habe, nämlich das Feld der vertrauensbildenden Maßnahmen, scheint mir dem zeitlichen Prüfstein nicht zu genügen. Ich will gar nicht auf die Fälle in Europa eingehen, wo sogar große Truppenbewegungen nicht wie vorgesehen angemeldet wurden.

Lassen Sie mich mit einer kleinen Empfehlung abschließen. Die meisten westeuropäischen Länder, insbesondere aber auch die Vereinigten Staaten, sollten wirklich damit beginnen, die Idee der KSZE als einer Plattform für die kleineren Staaten zu fördern. Nicht die Supermächte, sondern die kleineren Staaten haben damit ein Forum, auf dem sie europäische Fragen weiterdiskutieren können.

Dahrendorf

Ich will nur festhalten: Während Sir Julian die Bedeutung des KSZE-Prozesses darin sieht, daß eine Abkoppelung der kleinen und mittleren Staaten von den Supermächten vermieden wird, könnte man Mr. Anderson fast so verstehen, als sei Helsinki vornehmlich eben für diese kleinen und mittleren Staaten gut. Das ist sicher eines der Themen, auf das wir noch zurückkommen werden.

Voigt

Die Enttäuschung über den KSZE-Prozeß vermag ich nicht zu teilen. Das mag daran liegen, daß ich von Anfang an der Auffassung war und auch weiter bin, daß der Prozeß der gesamteuropäischen Politik nicht Jahre, sondern Jahrzehnte dauern, ja weit über meine Lebenszeit hinausreichen wird, bevor er im Ergebnis zu der Europäischen Friedensordnung führt, auf die auch meine heute bereits möglichen politischen Schritte langfristig abzielen.

Erstens: Man kann die Bedeutung des KSZE-Prozesses gar nicht hoch genug einschätzen. Er hat eine gesamteuropäische Zukunft definiert, und zwar weitaus umfassender, als sie in den nächsten 10, 20, 30 Jahren Realität sein wird. Damit hat er eine gemeinsame Perspektive von Osteuropäern und Westeuropäern, einschließlich der Vereinigten Staaten und Kanadas eröffnet, die einen Orientierungs- und Bezugspunkt auch für unsere heutige Tagespolitik darstellt.

Zweitens hat der KSZE-Prozeß Prinzipien und Verhaltensregeln definiert, wie man in diese Zukunft gelangen kann, nämlich durch Kooperation und Interessenausgleich. Die KSZE-Schlußakte ist eine vorweggenommene Verfassung eines zukünftigen "gesamteuropäischen Europas". Das Gute daran ist, daß bereits jeder Schritt in Richtung auf dieses Ziel positiv zu bewerten ist, nicht erst das Ziel selbst.

Drittens: Die in Helsinki definierten Prinzipien und die Verhaltensregeln bestimmen nicht nur den KSZE-Prozeß im staatlichen Rahmen, sondern sie beeinflussen auch nichtstaatliche Organisationen bis hin zum Verhalten von Personen und Personengruppen. Deshalb wäre es falsch, den KSZE-Prozeß nur anhand der staatlichen Treffen und Folgetreffen zu bewerten. Diese sind auch wichtig;

aber beim KSZE-Prozeß geht es in erster Linie um einen gesamtgesellschaftlichen und um einen staatlichen Prozeß.

Viertens: Wenn man sich die Bilanz der sogenannten Abrüstungspolitik seit der KSZE-Schlußakte ansieht, stellt man fest, daß dort an faktischer Substanz nicht mehr, sondern weniger herausgekommen ist als beim KSZE-Prozeß. In diesem Bereich gibt es eine traditionelle Überschätzung der sogenannten Hardware durch die Vereinigten Staaten und zugleich eine Unterschätzung der gesellschaftlichen Prozesse durch sie. Abgesehen vom ABM-Vertrag, den ich explizit aus dieser Bewertung ausnehme, haben bisher alle Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West, die bilateral zwischen den beiden nuklearen Weltmächten erzielt worden sind, im Ergebnis faktisch nicht mehr an Substanz gebracht als der KSZE-Prozeß. Das galt auch für den SALT-Prozeß, der ebenfalls nur die Parität sanktioniert und beschrieben hat, ohne tatsächlich eine relevante Abrüstung im Detail zu bewirken. Und was jetzt auf dem Genfer Gipfel erreicht wurde, ist ja noch weniger als beim KSZE-Prozeß. Sicher, das Klima war gut, und es sind einige Prinzipien für die Zukunft genannt worden, aber was die Prinzipien der Ost-West-Beziehungen im Detail angeht, ist das Ergebnis von Genf viel weniger präzise als die KSZE-Schlußakte.

Ich bewerte diesen Gipfel durchaus positiv wegen der psychologischen Folgen und weil er die politischen Voraussetzungen verbessert, um in der Abrüstungspolitik, aber auch in anderen Bereichen voranzukommen. Aber man sollte die psychologischen Folgen und die gesamtpolitischen Prozesse, die vom KSZE-Prozeß und von der Schlußakte ausgehen, ebenfalls nicht gering achten.

Beide nuklearen Weltmächte, insbesondere die USA, neigen dazu, ihre bilateralen Beziehungen häufig zu isoliert zu sehen und zu überschätzen, während sie die Prozesse, die sich bei den kleineren und mittleren Staaten vollziehen, unterschätzen. Wir Europäer wiederum neigen zur Überschätzung der Rolle der kleinen und mittleren Staaten.

Die Unterschätzung der KSZE-Schlußakte durch große Teile der amerikanischen Öffentlichkeit aber auch der US-Regierungspolitik ist sowohl Ausdruck einer Unterschätzung gesellschaftlicher Prozesse im Ost-West-Verhältnis als auch einer Überschätzung des Bilateralismus zwischen Weltmächten.

Fünftens: Der KSZE-Prozeß beinhaltet eine große Chance für die kleineren und mittleren Staaten in Europa. Er ist in gewisser Weise Ausdruck einer Demokratisierung der internationalen Beziehungen auf unserem Kontinent. Europa war in der Nachkriegszeit weithin von den beiden nuklearen Weltmächten allein geprägt. MB FR hat bereits deutlich gemacht, daß es mindestens zwei Blöcke sind, die miteinander verhandeln. KSZE zeigt, daß es eine über die Bipolarität des Sicherheitssystems, die Europa heute und auf lange Zeit noch prägen wird, hinausweisende Zukunftsperspektive gibt, nämlich eine gesamteuropäische Identität, die diese Bipolarität überwölbt und schließlich ersetzt.

Sechstens: Die kleinen und mittleren Staaten Europas haben stabilisierend auf das Ost-West-Verhältnis eingewirkt. Sie sind jetzt aufgrund des verbesserten Klimas als Folge des Genfer Gipfels in der Lage, auch eigenständige auf einen Interessenausgleich und eine vermehrte Kooperation abzielende Initiativen zu entfalten, von denen sie behaupten können - ich hoffe, daß es sogar de facto so ist;- , sie stünden in Übereinstimmung mit dem Gesamttrend der Politik der beiden Großmächte. Sie brauchen also nicht nur passiv, um mit Herrn Szueroes zu sprechen, eine bestimmte Politik der beiden Großen nachzuvollziehen, sondern sie können im Rahmen der Politik der Großen eigene Initiativen zur Verbesserung der europäischen Beziehungen entwickeln.

Siebtens: Status quo und Wandel. Der Status quo der Grenzen als Grundlage ist anerkannt worden; der Status quo der gesellschaftlichen Ordnungen und Beziehungen nicht. Im Unterschied zu den Äußerungen von Herrn Ferraris geht es dabei nicht um gesellschaftspolitische Einflüsse von außen, sondern beide Gesellschaftsordnungen in Ost und West haben ihre Gesellschaftsordnung selbst als dynamisch definiert. Insofern ist es Ausdruck ihres eigenen Wunsches zum Wandel und zur Reform, wenn sie sich verändern. Daß durch die Entspannungspolitik und die Kooperation zwischen Ost und West dieser Wandel begünstigt und beschleunigt wird, ist eine Tatsache.

Aber es ist ein prinzipieller Unterschied, ob man Veränderungen im Osten als Ergebnis eines westlichen Einflusses ansieht, beziehungsweise ob man glaubt, daß der in einigen westlichen Ländern entstandene Reformdruck Ergebnis sowjetischer Einflüsse ist, oder ob man voraussetzt, daß die Entspannung eigenständige dynamische Kräfte des gesellschaftlichen Wandels freisetzt. Ich meine nicht, daß die Entspannungspolitik in Ost und West Reformkräfte im Sinne einer Manipulation von außen freisetzt. Vor allem im Falle Polens ist diese Auffassung vertreten worden. Nicht eine Manipulation von außen, sondern innergesellschaftliche Widersprüche erzeugten einen innergesellschaftlichen Reformdruck. Die Entspannungspolitik schafft ein Klima, das innenpolitisch

Reformkräfte begünstigt. Deshalb haben auch diejenigen, die in ihren Gesellschaften in Ost und West für Reformen eintreten, ein besonders großes Interesse an einer zweiten Phase der Entspannungspolitik.

Ich gehe davon aus, daß im Verlaufe dieses entspannungspolitischen Prozesses einige Gesellschaften und Staaten ihre bisherigen Interessen neu definieren. Ulbricht zum Beispiel hat seinerzeit das Interesse der DDR im Widerspruch zur Entspannungspolitik definiert, Honecker definiert seine Interessen in Übereinstimmung mit der Entspannungspolitik. Insofern hat in der DDR ein Definitionswandel der eigenen Interessen stattgefunden, den ich begrüße. Dieser Wandel vollzog sich aber nicht als Ergebnis einer westlichen Manipulation.

Achtens: Ich bin kein Anhänger der Vorstellung, daß man Ideologie und Außenpolitik völlig trennen kann. Man muß versuchen, rational auf der staatlichen Ebene miteinander umzugehen. Aber auch die Metternichs des 20. Jahrhunderts werden scheitern. Leute, die glauben, daß man den gesellschaftlichen Status quo festschreiben und den ideologischen Wettbewerb völlig ausklammern kann oder muß, sind mit dem Charakter der zwischenstaatlichen Politik im 20. Jahrhundert nicht vertraut. Für die Politik des 20. Jahrhunderts ist symptomatisch, daß auch ideologische Konflikte eine Rolle spielen. Man darf sie nicht leugnen, sondern sollte versuchen, konstruktiv mit ihnen umzugehen.

Es ist ein großer Unterschied, ob man ideologische Konflikte zur psychologischen Kriegsführung mißbraucht oder ob man den ideologischen Gegensatz zwischen Ost und West konstruktiv zu wenden versucht. Die Wahrnehmungen beider Seiten werden auch durch ideologische Grundhaltungen mitgeprägt. Die Fähigkeit und Bereitschaft zur Kooperation wird auch durch Wertorientierungen beeinflusst.

Es gibt Politiker, links wie rechts, die einem rein etatistischen Charakter von Außenpolitik das Wort reden. Zwischen einem rationalen politischen Verhalten und der Berücksichtigung ideologischer Faktoren und Wertorientierungen in der Außenpolitik braucht kein Gegensatz zu bestehen. Dies halte ich denen entgegen, die irrtümlich meinen, Ideologien oder Wertorientierungen seien prinzipiell antirational. Das ist nicht der Fall. In Wirklichkeit handeln die meisten Politiker, ja die meisten Menschen überhaupt, aufgrund eingestandener oder nicht eingestandener Wertorientierungen. Wir müssen im Macht- und Systemkonflikt zwischen Ost und West lernen, rational miteinander umzugehen, ohne die eigenen Wertorientierungen zu leugnen.

Rovan

Wenn ich es recht sehe, bin ich in dieser Runde der erste Sprecher, der nicht einem Regierungsapparat oder einer größeren Meinungsgruppe angehört, die ihrerseits ein gewisses Blockphänomen darstellt. Ich beanspruche also bis zu einem gewissen Grade universitäre Narrenfreiheit und spreche nur im eigenen Namen.

Mir scheint, daß sich in Helsinki zwei Systeme zu einem gewissen Waffenstillstand, zu einer Übergangszeitregelung bereitgefunden haben, die beide davon überzeugt sind, das andere System sei durch den konsequenten Lauf der Geschichte zum Verschwinden verurteilt; man selbst sei im Besitz der richtigen Auslegung der Geschichte. Das steht sogar explizit in der Verfassung der Sowjetunion, wie sie unter Breschnew redigiert wurde. Das glauben wir im Westen natürlich umgekehrt ebenso, wenn es auch bei uns nicht in Verfassungen steht.

Helsinki liegt also die Überzeugung zugrunde, die Auseinandersetzung der Systeme der Geschichte und ihrer Entwicklung zu überlassen und nicht wie früher mit kriegerischen Mitteln durchzuführen. Man gesteht sich gegenseitig zu, in gewissem Sinne abzuwarten, bis der erwartete Zusammenbruch des anderen Systems erfolgt. Man wird sich zwar weiter bemühen, diesen Prozeß aktiv zu fördern, aber dieser Aktivismus hat in der gegenwärtigen Phase der Menschheitsgeschichte seine Grenzen.

Damit ist gleichzeitig die Begrenzung dafür aufgezeigt, was in Helsinki und auf anderen derartigen Konferenzen erreicht werden kann. Solche Konferenzen sind sicher notwendig, aber jede Seite sollte um die wahren Überzeugungen der anderen Seite wissen. Das reduziert übrigens auch die hier mehrfach betonte Rolle der Neutralen und Nichtgebundenen. Jene Länder haben zwar einen völkerrechtlichen Status der Neutralität, dennoch sind sie meist, was die Auslegung der zukünftigen Geschichte angeht, auf der einen oder der anderen Seite verankert.

Eine zweiter Punkt. Frankreichs Einstellung zur Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki unterschied sich von der in den anderen Ländern. Damals hat eine große innenpolitische Debatte stattgefunden, und ein beträchtlicher Teil der französischen Öffentlichkeit war der Meinung, die Schlußakte sollte nicht unterzeichnet werden, weil man die westlichen Vorleistungen für so fundamental ansah, daß die Möglichkeiten, die eventuell der dritte Korb enthielt, diese Vorleistungen

nicht aufwiegen würden. Natürlich hat man in Frankreich so wenig wie in den USA oder sonstwo daran gedacht, die im Osten Europas entstandenen Grenzen militärisch zu revidieren. Daß man aber ohne erkennbare Gegenleistung das getan hat, was unseren östlichen Partnern so sehr wichtig schien, nämlich diese Grenzen juristisch zu bestätigen - zum Beispiel die völkerrechtlich in keiner Weise vertretbare Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion; oder die Rumänien aufgezwungene Abtretung von Bessarabien und der Bukowina als Folgen des Hitler-Stalin-Paktes;- , das wurde nicht verstanden. Diese Dinge de facto anzuerkennen, war nicht das Problem, sondern daß wir es juristisch anerkannt haben, ist ohne Zweifel ein großer Vorteil für unsere östlichen Vertragspartner gewesen.

Die Frage stellt sich in der Tat, ob diejenigen recht hatten, die meinten, man müßte Helsinki trotzdem unterzeichnen und sich daran beteiligen wegen der Möglichkeiten, die Lage der Menschen und der Völker in Osteuropa zu verändern. Das hat jedenfalls in der französischen Öffentlichkeit eine heftige Diskussion ausgelöst, wenn dann auch die Entscheidung für die Unterzeichnung positiv ausgefallen ist.

Mein dritter Punkt betrifft die Frage nach der Einheit Europas, die sich, zumindest theoretisch, in Helsinki manifestiert haben soll. Für uns war ohne Zweifel von ausschlaggebender Bedeutung - das war die Vorbedingung für jede Unterzeichnung;- , daß die Vereinigten Staaten von Amerika an diesem Prozeß beteiligt waren. Denn man kann zu Europa sagen, was man will, solange es nicht einen Ozean von 6000 km Breite zwischen der Ostgrenze Polens und der Westgrenze der Sowjetunion gibt, ist die Lage in Europa nicht äquidistant. Deshalb ist es gefährlich und sinnlos, die Argumentation von der europäischen Einheit wieder aufzuwärmen.

Ich habe unlängst eine Rede des bekannten Leiters der sowjetischen Zeitschrift "Kommunist", Richard Kossolapow, gehört, der ein begeistertes Plädoyer für die Einheit Europas gehalten hat, soweit dieses Europa aus Russen, Deutschen, Franzosen, Italienern und anderen Europäern besteht; zugleich wies er aber auf die Andersartigkeit der USA und ihre Nichtzugehörigkeit zu Europa hin. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ihm zufolge ein für Europa gefährliches und feindliches Land. Demgegenüber sollten wir betonen, daß für uns Europa nur in ganz enger Anlehnung an seine Tochter, die Vereinigten Staaten, einen Sinn hat. Von diesem Europa können wir sagen, daß die Vereinigten Staaten dazugehören, die Sowjetunion aber nicht. Wenn ich sehe, wie die sowjetische Politik heute mit dem Argument der europäischen Gemeinsamkeit umgeht, werde ich an ähnliche Argumentationen erinnert, die ich im Jahre 1942 in Paris in den Presseorganen einer anderen totalitären Großmacht gelesen habe ...

Dann zur Rolle der Kleinen. Ich habe mit Interesse die Anteilnahme festgestellt, die an diesem Tisch Vertreter der Supermächte während der Intervention der kleineren Mächte an den Tag gelegt haben, wenn sie eine Zeitung lasen. Es ist für Frankreich, das ja keine Großmacht mehr ist, ohne Zweifel von großer Bedeutung, daß die kleinen und mittleren Staaten die Möglichkeit haben, auf die Gestaltung der Politik in Europa einzuwirken, soweit sie dabei tatsächlich eine gewisse Autonomie genießen. Ich darf daran erinnern: Als General de Gaulle beschlossen hatte, Frankreich aus der NATO zu lösen, und die amerikanischen Truppen bat, unser Land zu verlassen, hat dies keine Folgen der Art gezeitigt, die ein ähnliches Ersuchen der Ungarn im Jahre 1956 von Seiten der Sowjetunion hervorgerufen hat: Die Amerikaner sind kampfflos abgezogen. Infolgedessen freuen wir uns gewiß über alles, was die Eigenständigkeit der kleineren und mittleren Staaten in Europa stärkt, aber wir wollen uns nicht durch die Gleichartigkeit der Worte zu falschen Hoffnungen verführen lassen, wenn die Wirklichkeiten so verschieden sind.

Das gilt natürlich auch in bezug auf die Menschenrechte. Das Argument, das die französische Öffentlichkeit besonders bewegen hat, Helsinki positiv zu beurteilen, war ohne Zweifel die Hoffnung, daß bei aller Skepsis über die Art und Weise, wie Menschenrechte in totalitären Regimen respektiert werden, es doch eine gewisse Legitimierung auf einer höheren Ebene gibt, auf die sich die Menschen berufen können, die immer wieder, selbst in dunkelster Zeit, die Notwendigkeit dessen entdecken, was die Märtyrer der Freiheit seit Jahrtausenden getan haben. Das ist auch für mich persönlich das Positivste an den Folgen von Helsinki.

Aber es ist ungemein leicht, das zu verwischen, was uns als zentral erscheint, nämlich die Möglichkeit für einen jeden einzelnen, das auszudrücken, was ihm am Herzen liegt - nicht nur im Politischen, sondern auch im Religiösen;- , wenn zum Beispiel die Manifestation dieses Willens zur freien Äußerung in der Sowjetunion, in Polen und in anderen Staaten Osteuropas aufgrund von juristischen Interpretationen mit Qualifikationen kriminalisiert werden, die mit dem, was wir unter Menschenrechten verstehen, nichts mehr zu tun haben. Man kann jeden Vertreter von Menschenrechten als einen Irren

und als einen Verräter an den nationalen Interessen darstellen. Ob man das tut oder nicht, ist eines der Kriterien, die es uns erlauben, die Wirklichkeit eines Staates zu beurteilen.

Ein Wort zur Entideologisierung. Es ist leicht, zu behaupten, daß die Ideologie in den zwischenstaatlichen Beziehungen keine Rolle zu spielen habe. Einer meiner früheren Staatschefs, General de Gaulle, hat einmal gesagt: Frankreich unterhält keine Beziehungen zu Völkern, es unterhält nur Beziehungen zu Staaten; und ob ein Staat wie Griechenland von einem faschistischen Oberst oder von Herrn Papandreou regiert wird, das ist für die diplomatischen Beziehungen zu diesem Land nicht relevant. Gewiß, aber es ist natürlich ein Unterschied, ob die Ideologie der jeweiligen Gesellschaft - soweit es überhaupt eine einheitliche gibt, und das ist ja bei uns im Westen durchaus in Frage zu stellen - von einzelnen Menschen und privaten Organisationen vertreten wird, oder innerhalb eines Systems, bei dem der Unterschied zwischen Öffentlichkeit und Privatheit nicht existiert.

Es ist nicht das gleiche, ob wir es mit Leuten zu tun haben, von denen wir wissen, daß sie - in welchem Namen und für welchen Verband sie auch immer sprechen, der oft dieselbe Bezeichnung tragen kann, wie ein Verband bei uns - keine Gesprächspartner sind, die sich freiwillig mit uns zusammensetzen, sondern Vertreter eines totalitären Systems. In diesem Sinne ist der Unterschied zwischen der Ideologie, die aus den zwischenstaatlichen Beziehungen verbannt werden soll, und der Ideologie, die unterhalb der zwischenstaatlichen Ebene wieder eine Rolle spielen soll, im Grunde bereits ein Instrument des ideologischen Kampfes, der vom Osten gegen uns geführt wird.

Ich bin davon überzeugt, daß die Fragen der strategischen und der wirtschaftspolitischen Beziehungen, so wie sie in der Schlußakte formuliert sind, nicht isoliert von der Frage der Menschenrechte behandelt werden können. Die zentrale Frage bleibt: Was haben wir in bezug auf die Menschenrechte erreicht? Was können wir in Zukunft erreichen? Nach meiner Vorstellung sollten wir zumindest darauf hinwirken, daß in den Ländern des europäischen Ostens in Zukunft Menschen und Gruppen, die mit der Führung des Staates nicht übereinstimmen, dieselben Rechte besitzen wie die kommunistischen Parteien in Frankreich und in Italien.

Bogdanow

Ich habe diese Diskussion sehr aufmerksam verfolgt, und ich frage mich: Wodurch unterscheidet sich eigentlich dieses 78. Bergedorfer Gespräch von den vorhergegangenen? Gibt es überhaupt Unterschiede? Jeder von uns hat tausende Kilometer zurückgelegt, um hierherzukommen. Hat sich das gelohnt? Zweifellos ist dieses Treffen insofern ungewöhnlich, als es nur wenige Tage nach dem Genfer Gipfel stattfindet. Ich verhehle nicht, daß wir uns auch gefragt haben, ob es für dieses Gespräch hier nicht noch zu früh ist, ob also das Genfer Treffen bereits ausreichend verarbeitet werden konnte, oder ob es nicht besser gewesen wäre, sich ein wenig später zu treffen. Aber die Tatsache, daß wir uns jetzt hier versammelt haben, ist aufschlußreich, weil jeder, der hier spricht, bewußt oder unbewußt der Bedeutung des Genfer Treffens Rechnung trägt.

Die Besonderheit des Genfer Treffens im Unterschied von allen anderen Begegnungen, die es vorher auf höchster Ebene gab, besteht darin, daß es auf dem Höhepunkt der Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten stattgefunden hat. Während die vorhergehenden Treffen dadurch charakterisiert waren, daß die sowjetisch-amerikanischen Spannungen nur gering waren, die Treffen also in einer angenehmen Atmosphäre stattfanden, verschlechterten sich vor dem Treffen in Genf die Beziehungen sozusagen von Tag zu Tag und damit auch die Atmosphäre für das Gipfeltreffen. Die Schwierigkeiten, die auf den Schultern der Delegationsleiter lagen, waren erheblich, ja, man muß sagen: außergewöhnlich, insbesondere der psychologische Druck für die beiden Staatsmänner.

Ich möchte Ihnen gegenüber ebenso aufrichtig sein wie Botschafter Burt zu Beginn unseres Gesprächs. Als ich hörte, daß Botschafter Burt auf dieser Tagung das Wort ergreifen wird, rief das bei mir ein großes Interesse hervor. Ich bin Amerikanist von Beruf und weiß natürlich seit vielen Jahren, daß Herr Burt, der erst kürzlich Botschafter in Bonn geworden ist, seit langem ein namhafter Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums ist und dort eine wichtige Rolle spielt. Er ist aktiv an der Gestaltung der amerikanischen Politik beteiligt. Wir haben auch die von ihm noch vor seiner Zeit im Außenministerium verfaßten Schriften aufmerksam verfolgt. Wir kennen ihn also recht gut, auch wenn damit bisher noch keine persönliche Bekanntschaft verbunden war.

Wir haben uns überlegt, was Herr Burt wohl sagen wird. Welchen Tonfall wird er anschlagen, wenn er als erster spricht? Wie wird er die Gesprächsrunde einstimmen? Der Botschafter der USA in der BRD ist eine beachtenswerte Persönlichkeit. Da das Genfer Treffen erst ein paar Tage her ist, haben seine Ausführungen doppeltes Gewicht. Bei der Frage, wie er auftreten würde, gingen unsere Meinungen

auseinander. Recht behielten diejenigen, die meinten, Herr Burt werde so auftreten, wie er es früher auch getan hat. Er werde auch das gleiche sagen wie früher.

Ich habe mir bei seiner Ansprache die Frage gestellt: An wen ist diese Rede adressiert? An die Verbündeten der USA, an die NATO-Partner? Dann hätte Botschafter Burt allerdings vergessen, daß auch wir hier anwesend sind; in dem Falle würden wir für ihn gleichsam nicht existieren. Oder waren seine Worte sowohl an die eigenen Verbündeten als auch an die Sowjetunion gerichtet? Wir haben seine Rede also in zweifacher Hinsicht als Signal aufgefaßt. Was die Alliierten der USA betrifft, so ist das ihre eigene Sache: "Macht das unter Euch aus!" Aber wie haben wir sein Signal zu verstehen, was wollte er uns sagen? Die Rede von Herrn Burt ist ein weiterer Beleg dafür, mit wie vielen Zungen in der amerikanischen Administration gesprochen wird, wie schwer es für uns ist, wenn wir es mit den Amerikanern zu tun haben.

Obwohl ich mich nun seit zwanzig Jahren beruflich mit den Problemen der USA beschäftige, höre ich nicht auf, mich immer wieder zu wundern, welche großen Meister sie doch darin sind, uns in die Irre zu führen, uns in schwierige Situationen zu manövrieren. Sie geben uns Rätsel auf und nötigen uns, darüber nachzudenken. Wenn ich Herrn Burts Ansprache richtig interpretiere, dann wollte er uns zu verstehen geben: "Wir Amerikaner haben euch Russen gezwungen, nach Genf zu kommen. Wir haben sie mit unserer Politik der Stärke dazu gebracht." Die USA, sagte Herr Burt, haben in den letzten Jahren ihre Wirtschaft ausgebaut; sie sind politisch und militärisch stärker geworden und haben damit die Sowjetunion gezwungen. Daraus wird dann geschlossen: Wenn wir die Sowjetunion weiterhin unter Druck setzen, werden wir von ihr bekommen, was wir wollen. Also drängt sie nur in die Ecke. Ich meine, so muß man die Ausführungen von Herrn Burt hier verstehen.

Herr Burt äußert sich ja nicht das erste Mal in dieser Weise. Schon als Mitarbeiter des Außenministers hat er bei seinen Europabesuchen häufig solche Aussagen gemacht. Im Grunde hat er also nichts Neues gesagt; das muß man jetzt allerdings vor dem Hintergrund der Genfer Gespräche sehen.

Mit welchen Mitteln wurde die Sowjetunion genötigt, nach Genf zu gehen? Antwort: mit dem SDI-Programm. Herr Burt sagt, wie recht haben doch die Amerikaner gehabt, das SDI-Programm anlaufen zu lassen, um die Sowjetunion nach Genf zu bringen. Ich kann dem Argument nicht folgen und möchte hier über Tatsachen sprechen. Die Idee zu SDI entstand im März 1983. Im Dezember 1983 unterbrach die Sowjetunion aus Protest gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa die Genfer Abrüstungsverhandlungen, bis ein Gleichgewicht wiederhergestellt ist. Welche Logik soll darin liegen? Wenn SDI uns zwingen sollte, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, warum haben wir dann wegen SDI die Verhandlungen verlassen? Niemand sollte daran zweifeln, daß dieses Problem nach wie vor ungelöst ist. Dies ist noch nicht von der Tagesordnung abgesetzt.

Unsere Vorschläge dürften allgemein bekannt sein. Oberst Batenin aus dem Generalstab wird sich hier zum Inhalt dieser Vorschläge noch ausführlicher äußern. Die Realisierung der Vorschläge hängt davon ab, ob die Tür zur Militarisierung des Weltraums geöffnet wird oder nicht. Das bleibt weiter gültig. In dieser Frage ist bisher kein Fortschritt zu erkennen, mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Herr Burt hat an die Teilung Europas und an die Menschenrechte erinnert. Ist die Sowjetunion etwa für die Teilung Europas? Nein. Niemand sollte uns unterstellen, wir seien für die Teilung. Wenn die Absicht besteht, die Teilung Europas zu überwinden, gibt es dafür eine gute Voraussetzung: Lassen Sie uns die beiden Militärblöcke abschaffen. Das haben wir schon immer vorgeschlagen. So, wie Herr Burt die Überwindung der europäischen Teilung sieht, kommt das einer Einverleibung des anderen Teils Europas gleich und nicht einer Aufhebung der Teilung. Das sind zwei grundverschiedene Dinge. Gegen diese Einverleibung haben wir uns gewehrt und werden wir uns immer zur Wehr setzen. Dazu wird es niemals kommen. Sie sollten uns hier nicht falsche Absichten unterstellen. Natürlich hat die Sowjetunion ihre eigenen nationalen Interessen; auch Sie haben ja mehr als genug davon.

Dann zu den Menschenrechten. Ich stimme mit Herrn Burt und mehr noch mit Präsident Reagan überein, daß die Frage der Menschenrechte in unmittelbarer Beziehung zu den Problemen der Sicherheit steht. Wenn Sie zum Beispiel das rassistische Regime in Pretoria unterstützen und sich zu ihm als Ihrem engsten Freund bekennen, wenn es infolgedessen zu einer Explosion in Südafrika kommt, so destabilisieren Sie damit die Situation im ganzen Süden Afrikas, ohne die Folgen absehen zu können. Natürlich bedeutet das eine Gefährdung der Sicherheit. Ich könnte noch weitere Beispiele anführen. In dieser Sache bin ich mit Ihnen einer Auffassung. Bitte, unterstellen Sie uns nicht, daß wir diese Probleme nicht diskutieren wollen. Sie wissen sehr gut, was Generalsekretär Gorbatschow Ihren Senatoren und dem amerikanischen Präsidenten zu diesen Fragen gesagt hat. Wir sind bereit, mit

Ihnen darüber zu diskutieren. Im übrigen haben wir dabei unsere eigene Rechnung vorzulegen, aber wir erlauben Ihnen nicht, diesen Punkt zu einem politischen Spekulationsobjekt werden zu lassen.

Im übrigen kennen Sie auch viele Beispiele dafür, daß über diese Fragen gesprochen wurde, solange dies nicht im Sinne der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen geschah und keine politische Spekulation damit getrieben wurde. Wir sind bereit, mit Ihnen zu diskutieren und haben auch etwas einzubringen. Angesichts all der Schwierigkeiten und trotz der erheblichen Spannungen muß man doch seine Gedanken austauschen. Ich verstehe nicht, warum Sie das heutige Gespräch in ein Feld der Konfrontation verwandeln, ja, den Versuch machen, über die Sowjetunion zu Gericht zu sitzen. Dazu werden Sie hier keine Partner finden.

Alles, was Ihre Regierung in den letzten sechs Jahren unternommen hat, hat zu keinem Ergebnis geführt. Warum wollen Sie diesen Versuch heute fortführen, wo doch die Möglichkeit besteht, zumindest parallel vorzugehen; ich will ja gar nicht soweit gehen zu sagen: gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Warum ein Konfrontationsfeld schaffen, auf dem es keinen Sieger und keinen Besiegten geben wird. Das wissen Sie sehr gut. Schließlich ist von grundsätzlicher Bedeutung, was wir aus Genf machen. Ihrer Logik zufolge haben die Vereinigten Staaten in Genf über die Sowjetunion einen Sieg errungen. Das ist eine sehr gefährliche Sichtweise. Das würde die Hoffnungen schon im Ansatz zerstören, ohne daß überhaupt etwas Positives zustande käme. Präsident Reagan hat treffend gesagt: "Laßt uns diese Hoffnungen hegen." Warum sollen sie gleich zerstört werden, noch bevor sie Wurzeln schlagen konnten?

Stellen Sie sich vor, wir wären hierher gekommen, um unseren Sieg zu feiern, etwa mit den Worten: "Sie wissen, wie wir die Amerikaner und Präsident Reagan besiegt haben. Wir machen alles richtig." Was soll denn dabei herauskommen? Wir haben Verstand genug; wir haben vieles gelernt und unsere Erfahrungen im Umgang mit den Amerikanern gemacht. Vielleicht können wir von Ihnen wenigstens eine ehrliche Einstellung gegenüber uns als Ihren Partnern erwarten, wenn Sie uns schon nicht wohlgesonnen sind. Vielleicht können wir erwarten, daß Sie Ihren Partner nicht zu einem Monstrum machen, das man in eine Ecke drängt, dort festhält, um ihm mit kernwaffenbewehrten Händen den Kopf abzdrehen. Auf eine solche Haltung gibt es nur eine Antwort: Das wäre die allgemeine Katastrophe.

Ich meine, wir sollten uns gemeinsam bemühen, diesem Gespräch eine positive Wendung zu geben. Zeit genug haben wir noch, um konstruktiv zur Sache zu sprechen.

Dahrendorf

Ich darf daran erinnern, daß dies natürlich keine Regierungskonferenz ist. Als ein häufiger Teilnehmer des Bergedorfer Gesprächskreises möchte ich hinzufügen: Kein Teilnehmer an diesen Gesprächen hatte jemals Grund, sich so zu fühlen, als stünde er hier vor Gericht. Alle Teilnehmer um diesen Tisch haben das gleiche Recht, ihre Ansichten mitzuteilen.

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen. Ich sehe das größte Verdienst von Genf darin, daß beide Staatsmänner einig waren, daß zwischen ihnen und ihren Ländern grundsätzliche Differenzen bestehen, daß man aber auch gemeinsame Interessen hat. Diese Einsicht macht es möglich, eine offene und vernünftige Diskussion über diese Unterschiede zu führen. In diesem Sinne hoffe ich, daß unser Gespräch hier den Geist von Genf fortsetzt.

Kornblum

Nachdem ich Herrn Bogdanow gehört habe, bin ich sicher, daß wir bisher in unserer Diskussion den wichtigsten Punkt ins Auge gefaßt haben, den man für die künftige Entwicklung des KSZE-Prozesses unbedingt in Betracht ziehen muß. Herr Bogdanow sagt, daß er Herrn Burt kennt - aber wir kennen auch Herrn Bogdanow; er ist ein kluger, gut informierter und angesehener Kollege, den wir sehr schätzen. Daß die Erklärung von Herrn Burt so viel an Emotionen bei ihm ausgelöst hat - dabei haben andere westliche Teilnehmer ungleich härtere Formulierungen gebraucht;- zeigt, daß wir einen äußerst diffizilen Punkt berührt haben.

Die entscheidende Frage ist: Soll die KSZE darin bestehen, wie einige ihrer Befürworter vor zehn Jahren argumentiert haben, daß die westliche Seite zustimmt, der Westen sei der Westen und der Osten der Osten und umgekehrt, und man werde die bestmöglichen Übereinkünfte zwischen Regierungen zu erreichen suchen? Das werde dann langsam zu einer Verringerung der Spannungen und zum Abbau von Hindernissen führen. Oder soll man die KSZE, wie die Beziehungen zwischen Ost und West im allgemeinen, als einen Prozeß zwischen Menschen ansehen? Ich glaube zu wissen, welche Antwort die meisten westlichen Länder geben, und ich meine auch, die Antwort der meisten

östlichen Länder zu kennen. Beide werden gleichermaßen sagen: Es handelt sich um Beziehungen zwischen Menschen und nicht zwischen Regierungen.

Wenn wir einmal zurückdenken: Jimmy Carters Menschenrechtspolitik wurde kritisiert. Ich war während der Amtszeit Präsident Carters im State Department mit der KSZE betraut. Ich war, nebenbei, nicht immer einverstanden mit dem, was da getan wurde. Aber vergegenwärtigen wir uns einige der Gründe, warum dies so gewesen ist. Bekanntlich wurde die Schlußakte in den östlichen Ländern veröffentlicht, was nicht in gleicher Weise in den USA geschah; das will ich ohne weiteres einräumen. Wir konnten die "New York Times" nicht dazu veranlassen, sie insgesamt abzudrucken. Sie hatten an dem Tag zu viele Anzeigen oder was immer.

Nachdem das Papier in den östlichen Ländern veröffentlicht worden war, steckten es Hunderttausende sorgsam in ihre Taschen. In einigen östlichen Ländern ging die Zahl der Menschen, die um Auswanderung oder um dies oder jenes baten, um Rechte, die in der Schlußakte standen, schlagartig von Zehntausenden auf Hunderttausende in die Höhe. Ich kann Ihnen das so sagen, weil ich buchstäblich persönlich mit der Sache befaßt war. Die Politisierung der Frage der Menschenrechte in den Vereinigten Staaten im Herbst 1976 kam zustande, weil sie uns durch die Öffentlichkeit in den osteuropäischen Ländern präsentiert wurde und nicht umgekehrt.

Dies legte uns den Gedanken nahe - und heute noch mehr als damals;-, daß es sich bei der KSZE, wie Karsten Voigt gesagt hat, sowohl um einen gesellschaftlichen als auch um einen staatlichen Prozeß handelt. Als das Dokument unterzeichnet wurde, begriffen alle unsere Regierungen und in ihrem Namen alle unsere Menschen, vielleicht nur unbewußt, daß wir dabei waren, einen Prozeß des Wandels einzuleiten. Dieser hoffnungsvolle Prozeß sollte langsam, friedlich und positiv vor sich gehen, aber er sollte zu Veränderungen führen. Dieser Wandel sollte sowohl in den Vereinigten Staaten wie der Sowjetunion stattfinden, und mir scheint, daß dieser Wandel tatsächlich stattgefunden hat.

Einige der Gründe für die Schwierigkeiten, die wir im KSZE-Prozeß hatten, waren dadurch bedingt, daß dieser Wandel genau in die Widersprüche innerhalb unserer Gesellschaften und zwischen unseren Gesellschaften hineinstieß, was wiederum den Kontext, der zum Erfolg dieser Politik führt, schwächte. Hier war vorhin beispielsweise von "Vertrauen" die Rede. Jemand erwähnt die Sicherheitsaspekte im Sinne der vertrauensbildenden Maßnahmen. Aber letztlich ist die gesamte Schlußakte eine vertrauensbildende Maßnahme. Dadurch soll das Vertrauen zwischen Ost und West entstehen, das uns dazu befähigt, Veränderungen vorzunehmen, die jedermann als bedeutsam ansieht; und um die Sowjetunion in die Lage zu versetzen, sich ohne Befürchtungen öffnen zu können.

Herr Bogdanow hat sehr emotional gesagt, die Sowjetunion säße auf der Anklagebank, und der Osten sei dabei, geschluckt zu werden. Niemand hat diese Absicht. Aber es ist klar, wenn wir über bestimmte wichtige Dinge sprechen - Herr Rovon erwähnte einiges in dieser Richtung;-, die von grundlegender Bedeutung für unsere Gesellschaften sind, dann fühlen sich manche Leute, zumindest in der Sowjetunion, bedroht.

Zugleich gab es in den Vereinigten Staaten in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren einen Vertrauensverlust im Entspannungsprozeß und bei der KSZE. Dies hatte verschiedene Gründe. Ein Grund war, daß die Verhältnisse innerhalb der Sowjetunion unserer Bevölkerung das Vertrauen nahm. Die Menschen waren nicht davon überzeugt, daß es länger gerechtfertigt sei, mit der Sowjetunion Abkommen zu schließen oder Fortschritte anzustreben, weil sie nicht den Eindruck hatten, daß solche Fortschritte zufriedenstellende Ergebnisse bringen würden angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion.

Das heißt doch aber nicht, daß irgend jemand in den Vereinigten Staaten die Auffassung vertritt, wir sollten das sowjetische System überwinden oder dergleichen. Es bedeutet allerdings, wenn wir den Prozeß verstehen wollen, in dem wir uns befinden, daß jede Gesellschaft, auch die Vereinigten Staaten, begreifen muß, daß ihre innere Ordnung und ihr Verhalten in der Welt indirekt zur Stärkung oder Schwächung dieses Prozesses beiträgt. Das ist ein sehr verwickelter, dialektischer Prozeß, und wir Amerikaner sind nicht sehr gut in Dialektik. Vielleicht kann uns irgend jemand in dieses Problem einführen.

Es ist deshalb etwas überraschend, wenn Herr Bogdanow wirklich glauben sollte, dieses sei das Ziel. Es ist jedoch verständlich, sofern wir uns diese inneren Widersprüche vergegenwärtigen, die den KSZE-Prozeß wahrscheinlich für lange Zeit verlangsamen werden. Ich hoffe es nicht. Ich habe zu Anfang gesagt, es handle sich hierbei um das bedeutsamste Problem, das wir diskutieren, weil es nicht gut möglich ist, in das Jahr 1972 zurückzugehen und beim ursprünglichen Entspannungsprozeß

wieder anzufangen, wo jeder für all die positiven Dinge eintritt, von denen Herr Tichwinskij gesprochen hat. Jedermann ist dafür. Das bedarf keiner Wiederholung. Die Frage ist nur: Wie erreichen wir das? Wir müssen verstehen, daß wir es hier sowohl mit einem sozialen, innergesellschaftlichen als auch mit einem internationalen Prozeß zu tun haben. Diese Fragen aufzuwerfen bedeutet keineswegs, irgend jemandes Gesellschaft zu bedrohen oder zu versuchen, ein Bündnis zu schlucken oder dergleichen.

Schmidt

Wenn es im zweiten Teil unserer Thematik heißt: "Die Herausforderung bleibt", dann soll damit offensichtlich ausgedrückt werden, daß der Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß er uns voll zufriedenstellt. Es ist also noch viel zu tun, um die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weiter zu festigen. In diesem Sinne habe ich aus den einleitenden Statements eine ganze Reihe unterschiedlicher Anregungen bekommen, positiver wie negativer.

Ich möchte im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß zu vier Problemen Stellung nehmen. Erstens: Welche Bedeutung hat das Genfer Treffen für den Prozeß der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit? Ich halte es für ein wesentliches Ergebnis dieses Treffens, daß Sachlichkeit und positive Bewegung in die zentrale Achse der internationalen Beziehungen gekommen ist, nämlich in die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA. Diese zentrale Achse verläuft aber nun einmal über Europa und hat insofern Einfluß auf den Prozeß der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit. Aus diesem Grunde kann ich Botschafter Burt in seiner etwas negativen Bewertung des KSZE-Prozesses nicht folgen, weil ich eine objektive Verbindung zwischen diesen Entwicklungsprozessen sehe.

Was ist inhaltlich von dem Genfer Treffen ausgegangen? Wir stimmen wohl alle darin überein, daß die Bedeutung zunächst im Atmosphärischen, im Psychologischen liegt, nämlich eine positive Bewegung in die Beziehungen hineinzubringen, um von Spannungen weg und bei der Suche nach übereinstimmenden Lösungen voranzukommen. In diesem Sinne ist auch die Fortsetzung der Gipfelgespräche fest vereinbart. Die von Botschafter Burt gegebene Bewertung des Treffens erscheint mir ein wenig einseitig, weil sie die positiven Perspektiven vernachlässigt. Im Kommuniqué kommt zum Ausdruck, daß es einen ernsten Meinungs austausch gegeben hat im Bewußtsein der Verantwortung vor der Welt, angesichts der Tatsache, daß man nur gemeinsam überleben kann oder gemeinsam untergehen wird.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für außerordentlich wichtig, daß in Genf ein sehr wesentliches politisches Prinzip bekräftigt wurde, das am Beginn der siebziger Jahre in ein amerikanisch-sowjetisches Dokument aufgenommen wurde, daß nämlich beide Seiten das Streben nach militärischer Überlegenheit verneinen. Dieses Prinzip gilt nicht nur für die Beziehungen der beiden Weltmächte untereinander, sondern ebenso für uns in Europa. Ich sehe das Bekenntnis zu diesem Prinzip auch als Ausdruck eines Lernprozesses auf der amerikanischen Seite an; denn ich kann mich durchaus entsinnen, daß wir in den vergangenen Jahren manch andere Stimme zu diesem Komplex gehört haben.

Oder ich nehme die Aussage, daß ein nuklearer Krieg zwischen den beiden Mächten nicht Sieger und Besiegte kennen würde. Damit sind in diesem Dokument wesentliche Erkenntnisse von Naturwissenschaftlern und Technikern aus den letzten Jahren zusammengefaßt worden, Erkenntnisse, die zum Teil in gemeinsamen Studien zwischen Ost und West erarbeitet wurden, aus denen jetzt politische Einsichten gezogen worden sind. Ich sehe hier in gewissem Sinne die Anerkennung gemeinsamer Sicherheitsinteressen, wobei die unterschiedlichen gesellschaftlichen, ideologischen und weltanschaulichen Positionen klar betont werden.

Ich bin mir natürlich darüber im klaren, daß es in den entscheidenden Fragen auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in Genf noch zu keinem Ergebnis gekommen ist. Das konnte man wohl auch nicht erwarten. Ich betrachte es allerdings als einen wesentlichen Fortschritt, daß beide Staatsmänner die Formel vom 8. Januar 1985 bekräftigt haben. Es liegt nun nicht nur die Unterschrift der Außenminister vor, sondern die beiden Staatsführer haben ihren Delegationen beschleunigte Verhandlungen auf der Basis der beiden Seiten vorliegenden Vorschläge aufgetragen. Insofern werte ich das Dokument und das Ergebnis des Genfer Treffens als einen für beide Seiten erfolgreichen Tatbestand.

Deshalb sehe ich es auch als wenig sinnvoll an, wenn jetzt bereits begonnen wird, die Frage zu stellen, wessen Gipfel denn dies gewesen sei; wer der eigentliche Sieger war; wer Abstriche oder Zugeständnisse gemacht hat. Ich meine, wir haben alle gewonnen, wenn in dem Geiste gearbeitet wird, wie er in den von mir erwähnten Punkten zum Ausdruck kommt, nämlich im Hinblick auf die

Verhinderung des Nuklearkrieges, der Ablehnung militärischer Überlegenheit und des Auftrages an die Verhandlungsdelegationen, beschleunigt zu verhandeln. Man kann nur hoffen, daß danach vorgegangen wird.

Ich darf daran erinnern, daß auch der Prozeß der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit im Atmosphärischen begonnen hat, ehe er in konkrete institutionelle Formen umgesetzt worden ist. Ehe die Schlußakte von Helsinki zustande kam, mußte er in die Köpfe vieler Menschen hinein, nicht nur der Staatsmänner. Auch der Bergedorfer Gesprächskreis hat in mancher Diskussion in Hamburg, Leningrad oder wo immer mit dazu beigetragen. Ich verstehe auch unsere Aufgabe hier und heute so, für die Wiederbelebung der Entspannung, für ihre zweite Phase, für die Fortsetzung friedlicher Koexistenzpolitik, wie man es auch bezeichnen will, Anstöße zu geben. Es geht darum, einen Beitrag für ein neues Denken, für ein neues Herangehen an die Probleme der Sicherheit zu leisten.

Damit komme ich zu meinem zweiten Punkt, die Frage der Bewertung der Schlußakte und der weiteren Entwicklungen. In einigen Beiträgen hier wurde bereits versucht, die bisherigen Erfahrungen aufzuarbeiten. Dazu möchte ich noch einiges ergänzen. Ich halte es für ein wesentliches Ergebnis, nicht nur der KSZE-Schlußakte und der folgenden Verhandlungsebenen, sondern des ganzen Prozesses - sowohl des institutionellen wie des politischen Denkens und Handelns der Menschen; -, daß wir etwas zustande gebracht haben, was ich als Infrastruktur der friedlichen Koexistenz in Europa bezeichnen möchte, die, wie hier gesagt wurde, auch in bestimmten Krisensituationen Bestand gehabt hat. An sie gilt es anzuknüpfen.

Diese Infrastruktur ist beileibe kein vollkommenes Gebilde, aber sie weist politische und rechtliche Elemente auf, sie beinhaltet die ökonomische Zusammenarbeit und ihre starke Dynamik, und auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen hat sie sich in Form eines breiter gewordenen Austausches positiv ausgewirkt. Zu dieser Infrastruktur gehört auch das Denken der Menschen, das auf friedliche Beziehungen, auf Fortschritte in der Zusammenarbeit, auf militärische Entspannung gerichtet ist. Dieses Denken hat sich im Vorfeld des Genfer Treffens in einer Art und Weise manifestiert, wie wir es auch in historischer Sicht noch bei keinem früheren Treffen in dieser globalen Form von Ost bis West, von Nord bis Süd, erlebt haben. Ich halte diese Infrastruktur für außerordentlich wichtig.

Wir haben aber auch andere Erfahrungen gemacht. Eine wesentliche Erfahrung ist, daß die Unterschiede in unseren gesellschaftlichen Systemen und in den Weltanschauungen, die nicht zu übersehen sind, eine Zusammenarbeit nicht verhindert haben. Ich denke auf westlicher Seite etwa an den Bericht der Palme-Kommission, dem zufolge unterschiedliche Ideologien kein Hinderungsgrund für die Zusammenarbeit sind. Ähnliches kommt in dem Dokument führender Staatsmänner, die in Aspen, Colorado, zusammenkamen, zum Ausdruck. Es gibt eine Erklärung der katholischen Bischöfe der USA, in der steht, daß auch ideologische Gegner ein Interesse haben zu überleben und deshalb verhandeln müssen. Ich könnte auf seiten der sozialistischen Länder ähnliche Zitate und Beispiele bringen.

Es ist hier gesagt worden, die ideologischen Meinungsverschiedenheiten sollten nicht in die zwischenstaatlichen Beziehungen getragen werden. Das wirft ein komplexes Problem auf. In manchem, was Rarsten Voigt dazu gesagt hat, stimme ich mit ihm überein; in einigen Punkten möchte ich es präzisieren, und dies ist der dritte Teil meiner Bemerkungen.

Erstens: Jede Außenpolitik hat eine ideologische Komponente, weil sie ökonomische und Klasseninteressen widerspiegelt, die sich über Ideologien in die Außenpolitik vermitteln. Daran kann man nichts ändern.

Zweitens: Trotz der Beziehungen auf der Grundlage friedlicher Koexistenz im zwischenstaatlichen Bereich wird es auch weiterhin ideologische Unterschiede und Gegensätze geben. Sie sind auf diese Weise nicht aus der Welt zu schaffen.

Drittens: Die zwischenstaatlichen Beziehungen sollen und dürfen aber nicht das Feld sein, um diese Unterschiede und Gegensätze auszutragen.

Viertens: Frieden geht vor Ideologie. Damit greife ich ein Wort von Egon Bahr und von Willy Brandt auf, die das mehrfach betont haben. Das heißt, wenn es zu einem nuklearen Inferno kommt, können wir hinterher nicht mehr über unterschiedliche Weltanschauungen streiten.

Fünftens: Es gehört auch die Bereitschaft zum ideologischen Streit dazu, den wir zwischen unseren Weltanschauungen weiter führen werden, den wir aber, wie gesagt, nicht in die zwischenstaatlichen Beziehungen tragen dürfen.

Lassen Sie mich zum letzten noch auf eine weitere Erfahrung hinweisen. Wir gehen davon aus, daß die Zugehörigkeit zu den bestehenden Bündnissen nicht in Frage gestellt wird, wenn wir über

gesamteuropäische Prozesse und über zwischenstaatliche Beziehungen verhandeln, ob es dabei nun um die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten oder um andere geht. Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Verbündeten haben nicht die Absicht, wenn sie Beziehungen zur Bundesrepublik unterhalten, diese etwa aus der NATO, aus dem westlichen Bündnis herauszulösen. Das ist in der letzten Zeit mehrmals *expressis verbis* zum Ausdruck gebracht worden. Umgekehrt verlangen wir die Respektierung der Realitäten in bezug auf die Existenz unseres Staates und seiner Zugehörigkeit zum Warschauer Vertragssystem. Ich antworte damit auch noch einmal auf Herrn Teltschik. Solche Erfahrungen sollten wir nicht nur aufarbeiten, sondern auch zu nutzen versuchen.

Auf der einen Seite hat der KSZE-Prozeß in Form der Schlußakte bestimmte Gegebenheiten fixiert und insofern auch einen gewissen Abschluß erreicht. In dieser Hinsicht stimme ich dem zu, was Herr Sommer damals in Bergedorf gesagt hat. Das vierseitige Abkommen über Berlin, die Verträge zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Staaten und anderes sind zustande gekommen. Diese Akte gilt es nicht zu wiederholen. Auf der anderen Seite haben wir es mit einem dynamischen Prozeß zu tun, der sich über eine lange Periode hinzieht. Dabei geht es dann, wie hier gesagt wurde, um die Ausgestaltung des Prozesses. Für diesen Teil, bei dem wir schon einen Schritt zurückgelegt haben und jetzt vor einem neuen Beginn stehen, müssen wir die gemachten Erfahrungen berücksichtigen. Es gibt keine einfache Rückkehr etwa zur Entspannungsperiode der ersten Hälfte der siebziger Jahre, weil erhebliche Aufgaben dieser Periode gelöst sind. Doch es kommt darauf an, in diesem Geiste die neu zu lösenden Probleme anzugehen.

Ein Begriff ist hier bisher nicht erwähnt worden, der sich in den letzten Jahren besonders in Europa herausgebildet hat. Es gibt so etwas wie eine Vernichtungsabhängigkeit, die uns unumgänglich zu einer Sicherheitsabhängigkeit zwingt. Sicherheit läßt sich nur noch im gemeinsamen Vorgehen gewinnen. Herr Dobrosielski hat dazu gesprochen. Er weiß, daß wir auf diesem Gebiet bereits einige Arbeiten geleistet haben. Diesen Geist der gemeinsamen Sicherheit sollten wir vertreten, ob man es nun friedliche Koexistenz oder Sicherheitspartnerschaft oder wie auch immer nennt. Dies gilt es, auf der Verhandlungsebene praktisch umzusetzen, sei es zwischen den beiden großen Mächten, sei es bei dem Prozeß der multilateralen Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa oder in den bilateralen Beziehungen. Wir gehen davon aus, daß dies auch in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten der Fall ist.

Herr Teltschik, die Antwort von Herrn Gorbatschow auf die Frage des italienischen Journalisten würde ich etwas anders interpretieren, nämlich in dem Sinne, daß nach Helsinki das Bestehen zweier deutscher Staaten Bestandteil der europäischen Nachkriegsordnung und in Zukunft wohl auch der europäischen Friedensordnung ist. Daran sollte man nicht rütteln. Alle europäischen Staaten und Völker können mit diesem Zustand sehr gut leben. Das in Frage zu stellen hieße, vieles in Frage zu stellen. In dem Sinne interpretiere ich auch - das darf ich Ihrem Zitat aus der Erklärung von Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker hinzusetzen- die Bekräftigung des Prinzips der Gültigkeit der in Europa bestehenden Grenzen.

Weidenfeld

Wenn ich es recht sehe, haben der Genfer Gipfel und die KSZE ein Problem gemeinsam, nämlich wie sich eine große Geste in den anschließenden politischen Alltag umsetzen läßt. Denn das Deklaratorische ist offenbar bei allen schwierigen Stücken des Ost-West-Konflikts immer noch das einfachste. Es zeigt sich dann allerdings relativ bald, wie schwer das in die kleine Münze des politischen Alltags zu übersetzen ist.

Auch der Genfer Gipfel bewegt sich auf diesem schmalen Grat. Auf der einen Seite findet er zunächst seine Substanz im Atmosphärischen und setzt damit Schubkräfte frei, die Aktivitäten auf anderen Ebenen möglich machen. Auf der anderen Seite könnte er auch ein erster Schritt zu neuen Frustrationen gewesen sein. Solche emotionalen Wellenbewegungen zwischen neuer Hoffnung und sich anschließender neuer Enttäuschung kennzeichnete den Pulsschlag der Ost-West-Beziehungen in den letzten Jahrzehnten.

Bei näherem Hinsehen wird man feststellen, daß weder Genf noch die KSZE die zentralen Interessen der Beteiligten verändert und auch nicht den bestehenden Antagonismus korrigiert haben. Die eigentliche Bedeutung beider Ereignisse liegt in der Dimension unterhalb dieser spektakulären Ebene, nämlich in dem Versuch, den Antagonismus in die Disziplin des Dialogs hineinzunehmen, also den Ost-West-Konflikt nicht eskalieren zu lassen, sondern einen Modus internationaler Kommunikation zu finden.

Deshalb sehe ich die eigentliche Substanz des Genfer Gipfels auch nicht nur im Atmosphärischen, sondern darin, weitere Verfahren vereinbart zu haben. Man kann es durchaus als eine Erfahrung aus

der internationalen Politik ansehen, daß sie offenbar immer wieder der Dynamik eines spektakulären Vorganges bedarf, damit überhaupt etwas in Bewegung kommt.

Ein zweiter Gesichtspunkt, den ich ansprechen möchte: Ist eigentlich mit der KSZE ein politischer Konstellationswandel verbunden? Fast alles, was wir heute gehört haben, spricht eher dagegen, auch meine These, daß es sich ja nur um die Disziplinierung des Antagonismus und nicht um seine Überwindung handelt. Dabei sollte man sich in Erinnerung rufen, daß der KSZE-Prozeß weder die weitreichenden Befürchtungen, noch die weitreichenden Hoffnungen - je nach politischem Standort - erfüllt hat, die vor Beginn der KSZE diskutiert wurden. Man hoffte oder fürchtete, daß mit der KSZE eine neue politische Superstruktur in Europa eingerichtet würde, eine neue gesamteuropäische Organisationsstruktur, ein System kollektiver Sicherheit, das die bestehenden regionalen Integrationssysteme politisch austrocknen könnte, indem es die Aufmerksamkeit auf die gesamteuropäische Ebene lenkt. Wenn dies tatsächlich eingetreten wäre, hätten sich die bestehenden machtpolitischen Asymmetrien in Europa zweifellos wesentlich verschärft. Aber das hat sich nicht realisiert.

Ein anderer Konstellationswandel aber ist wahrscheinlich unbeabsichtigt eingetreten. Die KSZE bildete im gewissen Sinne das erste große Objekt für die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ). Man kann sagen, daß in den ersten Jahren der KSZE-Prozeß und die EPZ das Tandem einer gemeinsamen Erfolgsgeschichte waren. Hier wurde, auf Westeuropa gewendet, ein Beweis dafür geliefert, daß dieses Westeuropa jenseits dogmatischer Integrationsmodelle mit einer flexiblen neuen Struktur durchaus erfolgreich sein kann. Über die EPZ hinaus ist dieser Gedanke einer flexibleren Integration in Westeuropa auch auf andere Ebenen übertragen worden; ich denke an das Europäische Währungssystem, aber auch an EUREKA. Die westeuropäischen Staaten haben sich also im Verfolg des KSZE-Prozesses mit einem neuen flexiblen Instrument ein Stück weit außenpolitisch homogenisiert.

Den osteuropäischen Staaten dagegen ist es, wenn auch nur in Nuancen, gelungen, eigenständigere europolitische Positionen ins Spiel zu bringen. Sie haben sich im Umfeld des KSZE-Prozesses ein wenig pluralisiert. Auf diesem Umweg hat die KSZE wahrscheinlich auch dazu beigetragen, daß der RGW jetzt die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft aufnehmen und vertiefen möchte. In diesem Kontext steht auch das Wort vom "gemeinsamen Haus Europa", das Gorbatschow gebraucht hat.

Zusammengefaßt heißt dies für eine geschichtliche Würdigung der KSZE: Ich plädiere dafür, gerade die Umwege und Nebeneffekte der KSZE nicht aus den Augen zu verlieren. Möglicherweise liegt hier sogar ihre eigentliche Leistung und ihr eigentlicher Wert.

Dobrosielski

Ich stelle mit Genugtuung fest, daß ich sehr vielen Äußerungen von Teilnehmern aus den westlichen Ländern zustimmen kann. Das gilt etwa für Herrn Ferraris und Herrn Teltschik; das gilt insbesondere für das, was Herr Voigt ausgeführt hat. Es gab aber auch einige recht konfrontative Beiträge, die vielleicht auf Mißverständnissen beruhten.

So sprach Herr Kornblum über die Menschenrechtskampagne unter Carter. Ich sehe das ein wenig anders. Diese Kampagne begann mit dem Wahlkampf von Carter, war also zunächst eine rein innenpolitische Angelegenheit. Als Carter dann sah, daß er damit in der Innenpolitik Erfolg hatte, meinte er, dieses Instrument würde sich auch für die Außenpolitik eignen. Dort wurde es aber zu einem Instrument des kalten Krieges.

Sie sprechen von Vertrauen, Herr Kornblum. Ich stimme Ihnen durchaus zu; auch ich sehe die ganze Schlußakte als eine vertrauensbildende Maßnahme an. Deshalb hat es mich immer gestört, daß der Begriff der vertrauensbildenden Maßnahmen in der Schlußakte im Grunde nur auf weniger bedeutende militärische Maßnahmen beschränkt wurde. Ich lege viel größeren Wert auf die nicht-militärischen vertrauensbildenden Maßnahmen.

Wenn wir aber von Vertrauen sprechen, und da richte ich mich vor allem an Herrn Rovon, dann bleibt festzuhalten, daß Vertrauen auf Gegenseitigkeit beruht. Wer mir kein Vertrauen schenkt, dem gegenüber werde auch ich kein Vertrauen empfinden können. Ich habe an vielen Verhandlungen teilgenommen, wo sich der Westen so verhalten hat: Wir im Westen sind von vornherein vertrauenswürdig, aber ihr im Osten müßt erst beweisen, daß ihr vertrauenswürdig seid. Eine derartige Einstellung führt zu nichts. Vertrauen ist eine Frage der Gegenseitigkeit.

Mir scheint, daß Herr Rovon hier wirklich Elemente des kalten Krieges einführt. Ich betrachte die KSZE nicht als einen Kuhhandel - ich war an diesem Prozeß viele Jahre lang direkt beteiligt;- bei dem

man fragt: Wer verliert und wer gewinnt? Hier ging es um ein gemeinsames Unternehmen, das allen Beteiligten zum Vorteil gereichte; insofern stellt die Schlußakte einen allen gemeinsamen Sieg dar. Man kann nicht sagen, der Osten habe den territorialen Status quo gewonnen, wir im Westen sind zu weit gegangen und haben etwas verloren. So kann man nicht an die Dinge herangehen.

Ich habe vorhin von gemeinsamen Werten gesprochen. Bei Herrn Bullard hatte es den Anschein, als ob nur die westlichen Werte allgemeingültige Werte seien. Außer von Herrn Voigt habe ich niemanden auf westlicher Seite sagen hören, daß es auf einen Wandel in beiden Gesellschaftsordnungen ankommt.

Herr Bullard sprach von großen Europäern. Auch Marx war ein großer Europäer. Die von ihm vertretenen Werte sind auch europäische Werte. Die Geschichte Europas ist doch immer ein Spiel von Gegensätzen gewesen, von Thesen und Antithesen, die man in eine Synthese zu bringen versuchte. Empirismus und Rationalismus; Stabilität, Sicherheit und Wandel, Evolution, Revolution; individuelle Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Das sind Gegensätze, die, solange Europa bestand, auch bestanden haben und bestehen. Es kann hier nicht einfache, einseitige Lösungen geben. Wir müssen uns bemühen, eine Synthese dieser Gegensätze, eine Überwindung im marxistischen oder - wenn das Ihnen lieber ist - im hegelschen Sinne zustande zu bringen.

Dann noch ein Wort zur Frage der Ideologie. Herr Schmidt hat sich dazu schon in meinem Sinne geäußert. Ich wäre der letzte, der die Bedeutung der Ideologie geringschätzen wollte. Kein Mensch lebt ohne eine Ideologie. Nur sollte niemand glauben, seine Ideologie sei die einzig wahre, die einzig richtige; er habe das Monopol auf das Wahre, das Gute, das Schöne. Das Gute und Schöne, und sie sind für Ideologien ausschlaggebend (da die Wahrheit die Domäne der Wissenschaft ist), sind relative Werte, für die es keine allgemein anerkannten und allgemein verbindlichen Kriterien gibt.

Die Wissenschaft versucht die Wirklichkeit, so wie sie ist, zu erkennen, zu verstehen und zu erklären. Die Ideologie versucht die soziale Wirklichkeit aufgrund einer Vision, wie sie sein soll, zu gestalten. Sobald wir den Bereich der Dinge, Tatsachen und der Beziehungen zwischen ihnen verlassen und den Bereich der moralischen, ästhetischen, politischen Werte betreten, verlassen wir den Bereich objektiver Kriterien wissenschaftlicher Wahrheit. Wir können also von einer Ideologie sagen, daß sie edel, realistisch oder abscheulich und utopisch, nicht aber, daß sie wahr oder falsch ist im logischen Sinne des Wortes. Ich wiederhole: Keine Ideologie kann den Anspruch auf absolute, allgemeingültige Wahrheit erheben. Welche Ideologie die bessere und edlere ist, darüber sollen ein friedlicher Wettbewerb und die Geschichte entscheiden.

Die nukleare Bedrohung und das kosmisch-absurde Wettrüsten stellen eine viel größere Gefahr für die ganze Welt und einzelne Staaten dar, als alle anderen wirklichen und imaginären Bedrohungen, die sich aus den Unterschieden, Kontroversen, Gegensätzen der gesellschaftspolitischen Systeme, Ideologien, Religionen ergeben, zusammengenommen.

Ich glaube, und das wird Sie vielleicht ein wenig erstaunen, die entscheidende Frage der letzten 15 Jahre des 20. Jahrhunderts ist nicht die, ob der Sozialismus über den Kapitalismus siegt oder vice versa. Meine Hoffnung ist, daß in diesem Zeitraum keines der Systeme siegen wird; denn das könnte nur durch einen Krieg geschehen. Mir ist es völlig gleichgültig, ob nach einem Nuklearkrieg der Sozialismus oder der Kapitalismus gewonnen hat. Ich möchte in einer derartigen Welt nicht mehr leben. Niemand könnte unterscheiden, ob die Asche nun kapitalistisch oder sozialistisch ist.

Das Hauptproblem unserer Tage ist, ob beide Systeme, ob beide Gesellschaftsordnungen die Gefährdungen, die für das Überleben der ganzen Menschheit bestehen, mit Umsicht verringern werden. Dabei geht es nicht nur um den Rüstungswettlauf, sondern auch um Umweltschutz, demographische Fragen, Energieprobleme und anderes mehr. Entscheidend wird sein, wie wir gemeinsam an diese Probleme herangehen und das Überleben der Menschen sichern. Dann können wir über Ideologie weitersprechen.

Burt

Eine Reihe von Stellungnahmen hier veranlaßt mich, einige Punkte im Hinblick auf die Frage zu diskutieren, wie man in Zukunft den Helsinki-Prozeß zu einem produktiveren Unternehmen machen könnte. Dabei geht es mir um fünf Leitlinien, die man verfolgen könnte.

Erstens bin ich der Meinung, daß der KSZE-Prozeß nicht in einem Vakuum vorankommen kann. Genauer gesagt, sein Erfolg hängt zum großen Teil vom Erfolg des breiteren politischen Ost-West-Dialogs ab.

Herr Kornblum hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß man die amerikanische Perspektive der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht verstehen kann, ohne auf die Enttäuschung und Desillusionierung Bezug zu nehmen, die sich in den Vereinigten Staaten in den späten siebziger Jahren breit machten. Es geht nicht darum, daß es an Unterstützung einer echten Entspannung fehlt; es ist eher die Skepsis, was die Fähigkeit anlangt, echte Entspannung zu erreichen.

Das ist auch der Grund, warum wir in den Vereinigten Staaten und vielleicht auch anderswo in der Welt nicht so euphorisch auf das Genfer Treffen reagieren. Deshalb spricht auch der Präsident nicht von einem Höhepunkt in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, sondern von einem neuen Anfang. Wir hoffen, daß es zu Fortschritten in den Beziehungen führen wird. Aber wir werden in den achtziger Jahren sehr viel realistischer und vielleicht sogar skeptischer in der Verfolgung dieses Prozesses sein.

Diese nüchterne Einstellung, die wir gegenüber dem sowjetisch-amerikanischen Dialog einnehmen, ist wahrscheinlich am besten geeignet, besonders in einem pluralistischen und demokratischen Land wie den Vereinigten Staaten, diesen Dialog zu sichern. Das schlimmste, was wir in diesem Stadium tun könnten, wäre, die Möglichkeiten, die jetzt in amerikanisch-sowjetischen Beziehungen bestehen, zu übertreiben. Um sowohl den amerikanisch-sowjetischen Dialog als auch den Helsinki-Prozeß zu bewahren, müssen wir uns selbst gegenüber ehrlich sein, was die bestehenden Differenzen angeht, und dürfen keine Erwartungen hegen, die leicht enttäuscht werden könnten.

Dann ein zweiter Punkt, auf den ich eingehen will. Eine Bedingung dafür, daß der Helsinki-Prozeß auf lange Sicht erfolgreich sein wird - und ich verstehe unter Erfolg, daß die Differenzen zwischen Ost- und Westeuropa überwunden werden;- ist, daß die Vereinigten Staaten und Kanada als wichtige Partner an diesem Prozeß beteiligt sein müssen. Das Europakonzept ist recht verzwickelt; denn es bietet der Sowjetunion in der Tat einen bequemen Ansatz, um an die Westeuropäer zu appellieren mit dem Argument, es komme darauf an, die Nicht-Europäer aus Europa loszuwerden. Zumindest liefert es Argumente für die Europäisierung Europas. Damit wird irgendwie suggeriert, die Vereinigten Staaten und Kanada seien keine geeigneten Teilnehmer in diesem Prozeß, um die Differenzen zu überwinden.

Ich möchte aber - drittens - über die Verbreiterung des Helsinki-Prozesses, der die Vereinigten Staaten und Kanada einschließt, noch hinausgehen. Genauso wichtig wie die Entspannung in Europa - und einige Referenten haben unterstrichen, daß die Entspannung in Europa ihren Ausgang nahm - ist der Umstand, daß die europäische Entspannung nicht losgelöst von Ereignissen in anderen Teilen der Welt sein kann. Mit anderen Worten: Entspannung ist nicht teilbar. Um die Probleme zu verstehen, die zwischen den späten siebziger Jahren und heute im Helsinki-Prozeß aufgetaucht sind, muß man die Differenzen und Konflikte in der dritten Welt ins Auge fassen. Sie mögen sich nicht unmittelbar auf den Helsinki-Prozeß auswirken, aber langfristig beeinflussen sie ihn in verhängnisvoller Weise.

Viertens sollten die Ergebnisse des Helsinki-Prozesses möglichst konkret sein. Bei der KVAE in Stockholm gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen den Ergebnissen eines Abkommens über die Nichtanwendung von Gewalt und konkreten sicherheits- und vertrauensbildenden Maßnahmen, die auf sehr wirkungsvolle Weise das Konfliktrisiko in Europa mindern könnten.

Ich war gespannt, als unser sowjetischer Diskussionspartner hier eine lange Liste sowjetischer Rüstungskontrollvorschläge durchging, die nahezu ohne Ausnahme keinen wirklichen Einfluß auf das Niveau militärischer Kräfte hatten. Es waren Vorschläge wie: nicht als erste Nuklearwaffen einzusetzen, atomwaffenfreie Zonen zu schaffen oder die Zahl der Atomwaffen auf dem jetzigen Stand einzufrieren sowie Moratorien über Atomtests. Keiner der Vorschläge bezog sich auf eine quantitative oder qualitative Reduzierung des Waffenniveaus in Europa oder der auf Europa gerichteten Waffen. Wir sollten uns aber sowohl beim Helsinki-Prozeß als auch in dem weiter gefaßten Ost-West-Dialog, wenn es geht, auf konkrete Rüstungskontrollmaßnahmen konzentrieren und uns daran erinnern, daß im Helsinki-Prozeß Quantität, das heißt die Zahl der eingebrachten Vorschläge, nicht gleich Qualität heißt.

Ein fünfter Punkt. Wir sollten eine Redeweise gebrauchen, die wir in den Vereinigten Staaten verwenden, nämlich daß Fortschritte im Helsinki-Prozeß ausgewogen sein sollten. Das bedeutet, daß er nicht zu einer Veranstaltung werden darf, die sich nur auf die militärischen Sicherheitsaspekte der Entspannung konzentriert, ohne auch die humanitären Fragen zu berücksichtigen. Ich möchte ebenfalls unterstreichen, was andere Teilnehmer hier zum sozialen Prozeß in Hinsicht auf Helsinki gesagt haben. Mir geht es darum, daß wir nicht nur über Abkommen von Regierung zu Regierung sprechen und Diskussionen führen, sondern ich habe die Hoffnung, daß wir darüber hinausgehen werden und über humane Schritte reden, um Hindernisse abzubauen.

Schließlich möchte ich meine Übereinstimmung mit Herrn Ferraris zum Ausdruck bringen, daß der Ost-West-Dialog und die Stärkung Westeuropas sich keineswegs ausschließen. Ich vertrete in der Tat die Auffassung, daß der Prozeß der europäischen Einigung und damit der westeuropäischen Einheit und der transatlantischen Einheit einen sehr wichtigen Bezugspunkt für Fortschritte in Helsinki darstellt. Ich bin fest davon überzeugt, daß auf lange Sicht ein vereinigtes Westeuropa ein faszinierendes dynamisches Modell für ganz Europa bieten wird. Ich hoffe, niemand wird behaupten, daß die westeuropäische oder die transatlantische Einheit ein Hindernis für Ost-West-Kontakte seien. Ich würde genau umgekehrt argumentieren.

Mehrfach wurde hier die berechtigte Frage gestellt: Was hat sich in der Zeit geändert, seit vor acht oder neun Jahren im Bergedorfer Kreis über Helsinki gesprochen wurde? Was sich seitdem geändert hat, ist die Technologie. Die politischen, sozialen und ökonomischen Implikationen der neuen Technologien könnten tiefgreifende Auswirkungen für die Ost-West-Beziehungen haben. Das betrifft insbesondere die Tatsache, daß die neuen Technologien es wesentlich leichter machen, pluralistische Bestrebungen in unserem Leben zu organisieren; sie begünstigen einen Trend zur Dezentralisierung und steigern die Produktivität. In vielem enthält die neue Technologie ein demokratisches Element, das heute allmählich sichtbar wird. Das birgt vielleicht einige interessante Perspektiven für die Ost-West-Beziehungen und sogar für den Helsinki-Prozeß, etwa was Meinungs- und Kommunikationsfreiheit angeht oder was die Frage betrifft, wie zentralisiert beziehungsweise dezentralisiert Gesellschaften sein können und sollen.

Batenin

Ich bin kein Politiker und Diplomat, sondern ein Berufsmilitär und Fachmann im Generalstab des Verteidigungsministeriums der UdSSR. Ich gehöre vor allem zu jener Kategorie von Menschen, die politisch Optimisten sind, auch was die Militärpolitik angeht. Wenn man den zehnjährigen Prozeß betrachtet, der im Jahre 1975 begonnen hat, als das in der Geschichte beispiellose Dokument der Schlußakte von Helsinki angenommen wurde, so ist festzustellen, daß diese Institution der Zusammenarbeit insbesondere zwischen den europäischen Staaten gedient hat. In diesen zehn Jahren ist es dank der KSZE in dem von Waffen starrenden Europa nicht zu den schlimmsten aller denkbaren Auseinandersetzungen gekommen: dem atomaren Konflikt. Nicht nur Europa, die ganze Welt ist von einem solchen Konflikt verschont geblieben.

Ich bin der Meinung, daß die Schlußakte von Helsinki und der sich anschließende Prozeß insgesamt einen positiven Einfluß auf das internationale politische Klima ausgeübt haben. Der Helsinki-Prozeß wäre noch günstiger verlaufen, wenn bestimmte politische Kräfte, die am Wettrüsten und an der militärischen Konfrontation interessiert sind, diese Entwicklung nicht gehemmt hätten.

Hier wird nun der Eindruck erweckt, Ursache der heutigen Kriegsgefahr in Europa und in der ganzen Welt sei das Sowjetimperium. Es mag Ihnen etwas kühn erscheinen - deshalb ist es nicht weniger wahr;- , wenn ich darauf antworte: Die sowjetische Militärmacht ist zwar nicht die Ursache der Kriegsgefahr, aber sie löst gewisse Ängste bei den Europäern aus. Nicht weniger gefährlich für die Europäer und für die ganze Welt ist aber die Rüstung der anderen Supermacht. Wenn nun zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten ein militärstrategisches Gleichgewicht besteht, was übrigens auch von vielen Militärs der USA bestätigt wird, so bedeutet das, die mögliche Bedrohung ist angesichts der Parität letztlich aufgehoben; beide Pole gleichen sich wie Plus und Minus in der Elektrizität gewissermaßen aus. Natürlich wäre es besser, wenn, wie es die Sowjetunion vorschlägt, in Europa und in der ganzen Welt die bestehende atomare Konfrontation abgebaut würde, die durch die übermäßigen Vorräte an Massenvernichtungswaffen verursacht wird.

In dieser Hinsicht baut die Schlußakte von Helsinki auf drei Fundamenten auf. Wenn man die drei Körbe betrachtet und ihren Inhalt kräftig mischt und wieder verteilt, werden Sie feststellen, daß es drei Komponenten gibt, die alle zu einem gesellschaftlichen Strukturmodell gehören. Erstens die militärpolitische Komponente. Die Militärpolitik ist fester Bestandteil der Außenpolitik, in der sich wiederum die Innenpolitik eines Landes widerspiegelt. Zweitens die wirtschaftliche Komponente, die wir auch als technologische oder wissenschaftlich-technische Komponente bezeichnen können. Auf diesem Bereich beruht die Lebensfähigkeit eines jeden Staates, seiner wirtschaftlichen und sozialen Struktur. Drittens die humanitäre Komponente, auf die sich die beiden anderen beziehen. Die Schlußakte von Helsinki ist nicht nur im Hinblick auf Sicherheit und Zusammenarbeit zustande gekommen, sondern auch für den vernünftig denkenden Menschen. Das macht Korb 3 aus.

Aufgrund dieser engen Zusammenhänge ist es wenig sinnvoll, die eine Komponente in den Vordergrund und alles andere in den Hintergrund zu stellen. Das kam auch bei den anderen Sprechern hier, selbst bei unseren Antagonisten, den Vertretern der Vereinigten Staaten, zum

Ausdruck. Natürlich hat die militärpolitische Komponente einen dominierenden Einfluß; denn Sicherheit und Zusammenarbeit basieren auf der Militärpolitik, in diesem Falle zweier antagonistischer Bündnisse oder zweier sie repräsentierender Staaten. Hier liegt der eigentliche Hund begraben.

Der Katalog einseitiger Schritte der Sowjetunion, die auf eine Verringerung der militärischen Spannungen auf dem europäischen Kontinent gerichtet sind, ist offenbar für den einen oder anderen unangenehm. Das ruft mein Erstaunen hervor. Wenn ich als Militär vorschlage, die Atomversuche einzustellen, dann bedeutet dies, daß ein solcher Teststopp das Anwachsen des Atomwaffenpotentials sowohl qualitativ wie quantitativ verhindert. Ich verstehe nicht, weshalb man mir dafür mit dem Knüppel auf den Kopf schlägt, statt mir auf die Schulter zu klopfen.

Wenn wir die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa stoppen, heißt es, dies sei zu wenig. Dann schlagen wir vor, die uns gegenseitig bedrohenden Kernwaffen um 50 Prozent zu reduzieren. Wir meinen, eine reale Halbierung der auf beiden Seiten stationierten Atomwaffen sei doch schon etwas. Darauf hören wir: "Das ist schlecht; unsere Vorschläge sind besser."

Wir sind der Meinung, daß der Verzicht auf eine Politik der Stärke als Resultat der Genfer Gespräche die positive Entwicklung des Helsinki-Prozesses schneller voranbringen kann. Wenn beide Staaten darauf verzichten, gegeneinander die Politik der Stärke und der Drohgebärden zu führen - eine Politik, die einen Atomkrieg zum Ziel hat und den Sieg über den Gegner anstrebt - und statt dessen der Dialog zwischen Ost und West fortgesetzt wird, in diesem Fall zwischen den USA und der Sowjetunion als den zwei Staaten mit den größten Kernwaffenarsenalen, dann kann ein solcher Schritt dazu beitragen, das politische Klima insgesamt zu verbessern, was auch unserem Gespräch hier zugute kommen würde.

Ich wiederhole, daß ich in politischer Hinsicht ein Optimist bin. Ich bin sicher, daß zukünftige Bergedorfer Gespräche noch produktiver sein werden, wenn es uns gelingt, nicht nur unsere gegenseitigen Beziehungen zu verbessern und unsere Einschätzung von jenen internationalen Ereignissen, die vor unseren Augen stattgefunden haben und an denen wir als Politiker, Diplomaten oder Militärs beteiligt sind, zu klären, sondern wenn wir uns bei der wichtigen Aufgabe nähern, die internationale und europäische Sicherheit auf Dauer herzustellen. Dies entspricht jedenfalls dem Geist von Helsinki.

Sommer

Zunächst, Herr Dahrendorf, ich bleibe bei meiner skeptischen Einschätzung des Helsinki-Prozesses von vor neun Jahren.

Herr Szueroes hat vorhin gesagt, der Prozeß der Entspannung habe in Helsinki begonnen. Ich halte das historisch für falsch. Der Prozeß der Entspannung in seinem wesentlichen ersten Abschnitt ist in Helsinki zwar registriert und kodifiziert worden, aber die eigentliche Arbeit wurde anderswo geleistet. Helsinki war letztlich nicht das entscheidende Forum. Auch alles, was inzwischen an Folgekonferenzen stattgefunden hat, war nicht wirklich entscheidend. Das Hervorbringen von Papieren bedeutet wenig; was zählt, ist allein die Umsetzung ins Konkrete.

Auch das Verhandeln, sogar das Verabreden von vertrauensbildenden Maßnahmen, wie wir es in den letzten Jahren erlebt haben, bedeutet sehr wenig. Ich werde Herrn Dobrosielski nicht überraschen, wenn ich feststelle, daß die Verhängung des Kriegsrechtes in Polen, wie immer gut oder schlecht sie begründet war, an einem einzigen Tage mehr an Vertrauen zerstört hat, als all die Entscheidungen darüber, ob Manöver nun ab 25000 Mann beteiligter Truppen oder von welcher Größenordnung auch immer zur gegenseitigen Inspektion freigegeben werden.

Ob vertrauensbildende oder vertrauenszerstörende Maßnahmen: Entscheidend ist letztlich, was in der Politik passiert, nicht was auf dem Papier beschlossen wird. Wenn David Andersen etwas klagend sagt: Diese ganzen Folgekonferenzen, diese endlosen bürokratischen Mammutveranstaltungen, "über sie wird nicht einmal berichtet". David: Sie sind nicht berichtenswert. Es wird deswegen nicht darüber berichtet, weil sie eigentlich nichts Berichtenswertes produzieren. Aber vielleicht ist das ein zu journalistischer Standpunkt.

Dennoch messe ich dem Helsinki-Prozeß durchaus Wert und Bedeutung bei, und zwar in dreierlei Hinsicht. Zum ersten ist dieser Prozeß ein flankierendes Manöver für das, was in der Ost-West-Politik allgemein geschieht. Wie man bei einem Auto, das auf einem abschüssigen Hang parkt, einen Holzkeil unter die Hinterräder schiebt, um zu verhindern, daß es zurückrutscht, so kann auch der Helsinki-Prozeß ein Zurückgleiten erschweren. Aber vorangebracht werden muß die Entspannung anderswo.

Zweitens bietet die Helsinki-Schlußakte eine Art von Appellationsinstanz; sie liefert uns Maßstäbe und Ziele. Sie läßt uns auch dort Hoffnung, wo der Gang der Politik nicht sehr hoffnungsfroh stimmt.

Drittens: Helsinki gibt uns ein Legitimationsinstrument in die Hand. Ich meine das nicht nur im Sinne der Menschenrechte, die von einzelnen Bürgern mit dem Hinweis auf die Schlußakte eingefordert werden können, hüben wie drüben. Ich meine es vor allem für die kleineren Staaten in Europa. Sie können sich mit dem Hinweis auf das Fernziel, das in dieser Akte definiert wird, sicher und legitimiert fühlen in ihrem Bestreben, die Verhältnisse zwischen Westeuropa und Osteuropa, auch zwischen den Bündnisländern und den ungebundenen Ländern zu verbessern.

Die KSZE bringt also einerseits Absegnung dessen, was sowieso erreicht wird; zum anderen bietet sie in dem spezifisch europäischen Bestreben, hier in Europa Entspannung zu bewirken, eine Absicherung auch gegen unsere jeweiligen Schutz- und Vormächte in Zeiten, in denen diese Schutz- und Vormächte entweder dialogunfähig oder dialogunwillig sind. Das hat nichts mit Äquidistanz zu tun, sondern mit der Einschätzung unserer eigenen hautnahen Interessen. Ich glaube nicht, daß dies in Europa, in West oder Ost, sehr viel anders gesehen wird. Ich bin also dafür, daß wir diesen Dialog fortsetzen.

Das Entscheidende ist nicht der KSZE-Prozeß, sondern zweierlei. Erstens: Das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion. Hier muß es weitergehen, damit es in Europa weitergehen kann. Es muß zum einen weitergehen auf dem Felde der Rüstungskontrolle und der Abrüstung, ohne daß ich das überbewerten will. Rüstungskontrolle ist nicht alles, aber ohne Rüstungskontrolle ist alles nichts. Zum anderen muß es weitergehen bei der Festlegung von Verfahren, welche Haltung die Supermächte gegenüber Konflikten in der außereuropäischen Welt einnehmen sollen.

Ich bin in diesem Punkt etwas anderer Ansicht als Richard Burt. Wenn er sagt, "Entspannung ist unteilbar", dann heißt das auf der anderen Seite eben auch: "Spannung ist unteilbar". Ich meine, Spannung muß teilbar bleiben. Ich halte es geradezu für die Aufgabe der Diplomatie, Spannung teilbar zu halten und dafür zu sorgen, daß nicht jede kleine Faschoda-Krise zwischen Amerikanern und Russen irgendwo in der Welt auf das durchschlägt, was wir mit Mühe in Europa und für Europa erreicht haben.

Zweitens ist entscheidend für den wirklichen Fortgang im KSZE-Prozeß, wie sich das Verhältnis der westeuropäischen zu den osteuropäischen Ländern gestaltet. Das gilt besonders für das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR und zu Polen. Darauf kommt es vor allem an.

Deswegen ist es für uns, das darf ich an die Adresse der Freunde aus der DDR sagen, nicht nur eine Art von gesellschaftlich "fashionablem" Rätselraten, ob Erich Honecker nun in die Bundesrepublik kommt oder nicht. Ich gönne ihm ja, daß auch er von dem Besuchsrecht, das jeder andere Rentner in der DDR hat, persönlich Gebrauch machen kann, um seine Heimat Wiebeiskirchen zu sehen. Aber der Punkt ist: Wenn er käme, so wäre das der Beweis, daß sich nach Genf unter dem Dach des sich anbahnenden Dialogs der Supermächte auch zwischen den beiden deutschen Staaten wieder etwas in Bewegung setzen könnte im Hinblick auf konkrete weitere Abmachungen. Das wäre das Unterfutter, das die beiden deutschen Staaten manifest machen könnten für etwas, was sich auf höchster Ebene zwischen den Supermächten erst noch mühsam über Monate hinweg herauskristallisieren muß.

Es scheint mir also immer noch, daß man mit Skepsis an die Dinge herangehen muß. Ich sehe den Wert des KSZE-Rahmens; aber die Ausfüllung dieses Rahmens muß anderswo geschehen, und zwar sehr energisch.

Szueroes

Herr Sommer hat mir unterstellt, ich hätte in meinem Referat behauptet, der Entspannungsprozeß habe mit Helsinki begonnen. Journalisten passiert es natürlich, daß sie nicht genau zitieren. Deshalb wiederhole ich im Wortlaut, was ich gesagt habe: "Wir halten die Einberufung der Helsinki-Konferenz und die Verabschiedung der Schlußakte vor 10 Jahren für ein Ereignis von historischer Bedeutung. In diesem Dokument wurden die Veränderungen, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg vollzogen haben, umfassend niedergelegt." Ein anderes Zitat lautet: "Trotz der genannten Faktoren kann niemand behaupten, der Geist von Helsinki gehöre der Vergangenheit an, ist doch der mit dem Namen Helsinki verbundene Prozeß - wenn auch mit Stockungen, Widersprüchen und Konflikten beladen, bestehengeblieben und sind doch auch seine Institutionen funktionsfähig."

Sommer

Ich bedanke mich für diese Korrektur. Ich hatte mich auf einen Satz bezogen, der in meinen Notizen heißt: "Es ist daher kein Zufall, daß hier der Ursprung der Entspannung liegt." Das "hier" hatte ich auf Helsinki bezogen. Aber als guter Journalist hätte ich natürlich diesen Satz nie gedruckt, ohne mich vorher am Original vergewissert zu haben.

Kastl

Für jemanden, der für drei Monate nach Madrid gehen sollte und dort dann drei Jahre lang verhandelt hat und der nun seit zwei Jahren als Botschafter in Moskau wirkt, ist es verlockend zu vergleichen, wie die Ausgangslage bei Unterzeichnung der Schlußakte war, und wie die Situation heute ist.

1975 hatten wir auf den meisten Gebieten mit erheblichen Differenzen zu tun. Beispielsweise in Fragen der Ideologie, wie Herr Rovon dargelegt hat. Auch die Sicherheitsvorstellungen in West und Ost waren so gegensätzlich, daß gleich nach der Unterzeichnung der Schlußakte im Osten der Ruf ertönte, die politische Entspannung müsse durch die militärische ergänzt werden. Es gab den Gegensatz, von dem Herr Ferraris und Herr Teltschik gesprochen haben: Auf der einen Seite Status quo, Unverletzbarkeit der Grenzen, auf der anderen Seite friedlicher Wandel, friedliche Veränderung von Grenzen, Selbstbestimmungsrecht. Auch in den Körben gab es Gegensätze in der Akzentsetzung. Die Interpretation der Menschenrechte orientierte sich an unterschiedlichen Werten der offenen oder der geschlossenen Gesellschaft.

Damals ist ein Kompromiß geschlossen worden, und zwar auf der Basis, die Herr Teltschik in Übereinstimmung mit wiederholten Äußerungen des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bereits erwähnt hat: dem Grundaxiom internationaler Diplomatie des beiderseitigen Vorteils. Jeder glaubte, etwas herausholen zu können. Das ist der Sinn eines Kompromisses.

Diese Gegensätze bestehen fort. Selbstverständlich haben wir keine ideologiefreie Außenpolitik. Dabei hat sich allerdings gezeigt, daß die Ideologie, die von Seiten des Ostens in Richtung Westen gestrahlt wurde und wird, bei den Empfängern inzwischen eine Art Hornhaut bewirkt hat. Die ideologischen Botschaften des Westens in den Osten ertönten für viele Jahre nicht so laut; als sie dann an Lautstärke zunahm, riefen sie auf der anderen Seite gewisse Irritationen hervor.

Herr Dobrosielski hat daraufhingewiesen, daß im Warschauer Pakt kein Monopolanspruch auf die Wahrheit bestehe. Wenn Sie sich aber die neue Fassung des Parteiprogramms der Kommunistischen Partei der Sowjetunion anschauen, werden Sie wieder tief beeindruckt sein von dem Monopolanspruch auf die Wahrheit. Daran hat sich nichts geändert. Damit werden wir leben müssen. Genauso glauben natürlich auch wir, daß unser System nicht allzu schlecht ist. Aber wir haben im Westen immerhin gewisse pluralistische Bonusse.

In Fragen der Sicherheit, die weiterhin gefährdet bleibt, werden wir durch den KSZE-Prozeß wahrscheinlich keine direkten Fortschritte machen können. Wir sollten diesen Prozeß nicht überfrachten. Der KSZE-Prozeß kann nützlich sein, Herr Sommer hat darauf hingewiesen, wenn die beiden Großmächte entweder gesprächsunfähig oder gesprächsunwürdig sind.

Mit einem besonderen Problem des Sicherheitsaspektes bin ich als Botschafter in Moskau sehr direkt konfrontiert. Die Sowjetunion macht ihr Verhältnis zu anderen Staaten, insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland, ausschließlich von der Berücksichtigung ihrer eigenen Sicherheitsvorstellungen abhängig. Wir sind seit 1970 bei Abschluß des Moskauer Vertrages von unterschiedlichen Sicherheitsvorstellungen ausgegangen und haben dennoch Felder der Zusammenarbeit gefunden, sonst wäre es wohl kaum weitergegangen. Heute verkümmert die Zusammenarbeit etwas, angesichts der einseitigen Interpretation des Sicherheitsfaktors durch die Sowjetunion.

Eine weitere Schwierigkeit für einen Bürger der Bundesrepublik Deutschland bei der Beurteilung des KSZE-Prozesses besteht bei der Frage, wie der Kompromiß in der Schlußakte: Anerkennung des friedlichen Wandels auf der einen und Status quo, Unverletzbarkeit der Grenzen, Anerkennung der Souveränität auf der anderen Seite - ein Kompromiß, den es schon bei Abschluß des Moskauer Vertrages gegeben hat, ich denke an den Brief zur deutschen Einheit - gehandhabt wird. Auch in diesem Punkt erleben wir eine einseitige Interpretation zugunsten der Unveränderbarkeit, der Nicht-Infragestellung politischer Entwicklungen.

Schließlich zum Stichwort Menschenrechte. Die Menschenrechte sollen den Helsinki-Prozeß für jeden Bürger in Europa attraktiv machen. Es ist schwer für Skeptiker des Helsinki-Prozesses, diesen Prozeß als attraktiv anzusehen, wenn beispielsweise - aus der Sicht eines Bürgers der Bundesrepublik - die Zahl der Familienzusammenführungen seit 1975 in geradezu geometrischer Reihe zurückgegangen

ist und heute einen Tiefstand erreicht hat. Das macht es schwer, den Helsinki-Prozeß den Bürgern verständlich und attraktiv zu machen.

Welche Bilanz ziehe ich aus all dem? Herr Sommer hat von den Absicherungen gesprochen, die der Helsinki-Prozeß gebracht hat. Dem würde ich zustimmen. Ich denke etwa an die Erfahrungen von 1980. Daß es zu einem Madrider Treffen gekommen ist, war eine schwere Entscheidung angesichts der vorangegangenen Geschehnisse in der Weltpolitik. Die Tatsache, daß wir uns drei Jahre lang durchgewürgt haben und es schließlich doch zu einem Kompromiß gebracht haben, der dann die KVAE in Stockholm ermöglicht hat, deren Nutzen heute mehrfach unterstrichen wurde, zeigt: Ganz umsonst war die Arbeit von 35 Delegationen während der drei Jahre nicht. Hierbei haben die kleineren und mittleren Staaten, auch wenn ihre Abhängigkeit oder Unabhängigkeit von den Großen unterschiedlich ist, eine bedeutende Rolle gespielt, besonders die Neutralen und die Nichtgebundenen. Ich würde das als den Stoßdämpfereffekt der KSZE bezeichnen. Daher ist er nützlich, und deshalb sollte er weiter gefördert werden.

Lewis

Ich möchte mich noch einmal kurz auf die Äußerung von Theo Sommer aus dem Jahre 1976 beziehen. Stellte das Helsinki-Treffen den Höhepunkt der Entspannung dar, und ging es anschließend nur noch bergab, oder hat Helsinki bewirkt, wie andere meinen, daß die Entspannung während der schlimmen Zeit überhaupt am Leben blieb? Wie auch immer, es ist jedenfalls klar, daß Helsinki für jedermann mit der Entspannung verbunden ist. Es sieht so aus, als ob wir nun in eine neue Phase eintreten, die, wenn man nicht von Entspannung sprechen will, doch mehr oder weniger die gleiche Sache meint. Die Entwicklung wird etwas anders verlaufen, aber sich in diese Richtung bewegen.

In diesem Zusammenhang stellt sich mir eine wichtige Frage: Nach meinem Verständnis waren die Hauptgewinner in Helsinki die osteuropäischen Länder. Was können wir jetzt erwarten? Mein Eindruck ist, daß die Sowjetunion, während sie nach Entspannung drängt, gleichzeitig gegenüber Osteuropa äußerst hart vorgeht. Ist das Absicht? Diese Frage richte ich an die osteuropäischen und sowjetischen Kollegen ebenso wie an die anderen Teilnehmer. Ist es bei einer neuen Phase der Entspannung möglich, in dieser Weise selektiv vorzugehen?

Rocard

Da ich keine offizielle Position bekleide, kann ich hier nicht für meine Regierung sprechen, selbst wenn es in Frankreich so etwas wie einen allgemeinen Konsens in außenpolitischen Fragen gibt.

Vorweg eine Bemerkung zu Botschafter Burts Ausführungen, wenn diese auch etwas neben dem Thema liegen mag. Es ist für einen Europäer, zufälligerweise einen Franzosen, aber vermutlich gilt für Italiener und Deutsche das gleiche, nicht ohne Interesse zu hören, daß ein amerikanischer Botschafter von Rang auf die Bedeutung der europäischen, der westeuropäischen Einheit verweist und sie mit den Sicherheitsinteressen vereinbar sieht. Dies ist sehr wichtig, weil wir alle wissen, daß die Stärkung der westeuropäischen Einheit, selbst wenn man dabei unterstellt, daß damit eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den osteuropäischen Ländern gewährleistet ist, in bestimmten Situationen, insbesondere was die Handelspolitik angeht, mitunter zu unterschiedlichen Interessenlagen gegenüber unseren amerikanischen Partnern führen kann. Deshalb ist für mich diese klare Aussage gerade im Bewußtsein der genannten Schwierigkeiten äußerst wichtig. Ich würde Herrn Burt gern um die Erlaubnis bitten, seine Erklärung zitieren zu dürfen, wenn wir in einigen Wochen mit dem amerikanischen Handelsvertreter Yeutter, wie ich hoffe, nützliche Gespräche führen werden.

Damit komme ich zu unserem Hauptthema. Dieses Treffen ist hochinteressant. Ich gehöre zu jener Kategorie von Leuten, die gegenüber dem Helsinki-Prozeß nicht pessimistisch sind, wahrscheinlich aus dem gleichen Grunde wie Karsten Voigt oder Theo Sommer. Ich hatte mir zu Beginn der Konferenz nicht so viel davon versprochen. Ich würde deshalb auf die Frage von Frau Lewis antworten: Je länger der Prozeß dauert, desto wahrscheinlicher wird es, daß der Gewinner nicht derjenige sein wird, den wir vermuten. Denn der Helsinki-Prozeß ist gewissermaßen ein Management von Ungleichgewichten.

In den bisherigen Diskussionsbeiträgen wurde mehrfach deutlich, daß es keine ideologiefreie Außenpolitik gibt. Dennoch können wir, um noch einmal Karsten Voigt zu zitieren, auf beiden Seiten ein rationales Management unter Einschluß der Ideologie betreiben. Der Helsinki-Prozeß wäre dann so etwas wie ein gemeinsames Ost-West-Management der kontrollierten Heuchelei. Letztlich würde es wiederum der Sicherheit und dem Frieden dienen, wenn man Schritt für Schritt diese unausgesprochene Heuchelei aufklären und dabei Mißverständnisse beseitigen würde, aber die gegensätzlichen Standpunkte als solche akzeptierte.

Um es etwas klarer zu sagen: Helsinki meint einen freien Austausch von Waren, Menschen und Ideen. Was den freien Warenverkehr angeht, so kommen wir sogleich in die Schwierigkeit bei den strategischen Produkten. Freier Verkehr für Menschen: aber für welche? Für Touristen, Soldaten, Flüchtlinge, Wissenschaftler? - Abgrenzungen sind schwer in diesen Kategorien unterzubringen. Ideen: Um welche wissenschaftlichen Ideen geht es beiden Seiten, und von welchen erhofft man sich einen schnellen Austausch? Für kulturelle Ideen einschließlich ihrer praktischen Seite wird das wohl etwas weniger gewünscht. Meine Hoffnung ist, daß die Schranken, die wir gegenwärtig beim Umgang mit den Unterschieden unserer beiden Systeme akzeptieren, nicht allzu dauerhaft sein werden.

Der Helsinki-Prozeß ist in der Tat nicht viel mehr als eine permanente Infrastruktur, um die Entwicklung dieses Prozesses zu kontrollieren. Helsinki bedeutete eine Anerkennung von Grenzen. Dies ist der sowjetische Gewinn, wie Frau Lewis sagte. Dabei bestand aber auf der westlichen Seite die Hoffnung, diese Grenzen durchlässiger zu machen. Helsinki drückt den Wunsch nach wachsender wirtschaftlicher und technischer Zusammenarbeit aus. Doch können wir uns eine wachsende wirtschaftliche und technische Kooperation vorstellen ohne den Austausch von Menschen, die Träger dieser Technik und dieser Ideen sowie auch ihrer Kultur sind? Bei alledem haben wir in der Tat ein gewisses Maß an kontrolliertem Mißverständnis akzeptiert. Wir haben einige Festlegungen in die Schlußakte aufgenommen, die bestimmt nicht dauerhaft sein können, weil, wie Herr Burt sagte, vor allem ein Wandel in den Technologien stattfinden wird.

Was ist an Helsinki Heuchelei? Ich will nicht behaupten, daß die Schlußakte von Helsinki in Korb 3 die westlichen Prinzipien enthält. Aber wir haben zugestanden, daß die östlichen Vertreter vortäuschen, an diese Prinzipien zu glauben, und wir tun so, als glaubten wir daran, daß sie daran glauben. Wir wissen alle, daß dies aufgrund der unterschiedlichen Struktur unserer Gesellschaften gar nicht möglich ist. Da wir anerkennen, daß unsere Gesellschaftssysteme unterschiedlich sind, und wir ausschließen, diese Unterschiede auf militärischem Wege zu überwinden, frage ich mich, warum wir uns diese akzeptierten Mißverständnisse nicht klarmachen. Das ist es, was ich die anerkannte Heuchelei des Prozesses nenne. Wir sind jetzt dabei, beides miteinander zu verbinden. Einige Ergebnisse in diesem Prozeß, zum Beispiel was die Arbeit der Journalisten, die Familienzusammenführung oder die gegenwärtig stattfindende Kulturkonferenz in Budapest betrifft - all dies ist bereits eine Art von kontrolliertem Management im Hinblick auf die Entwicklung der Differenzen.

Die fantastischen neuen Möglichkeiten auf dem Felde der Kommunikation mittels Satelliten, aufgrund aller Arten von Bild- und Tonübertragung wird uns neue Probleme bringen, was leicht zu neuen Hindernissen führen kann. Da bedarf es dann wiederum gemeinsamer Diskussionen und eines gemeinsamen Managements, um diese Barrieren in Bewegung zu bringen.

Deshalb würde ich Frau Lewis folgendes antworten: Falls der Prozeß lang genug andauert, was ich denke und hoffe, und wir akzeptieren, daß es dabei nur in sehr kleinen Schritten vorangeht, werden wir einige Veränderungen gemeinsam zustande bringen. Dies kann erweitert werden, etwa durch bilaterale Gespräche zwischen den beiden deutschen Staaten, zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und zwischen anderen Ländern. Bei einem Gespräch wie diesem sollten wir unser Hauptaugenmerk darauf richten, die Verbindung von Waren, Menschen und Ideen realistischer und präziser anzugehen.

Können wir alles ohne Bedingungen akzeptieren? Natürlich nicht. Welche Bedingungen das sind - das ist genau der Weg, auf dem Jahr für Jahr einige wenige Dinge verändert werden können. Allgemeiner gesprochen, wir müssen auf der einen Seite mit der völligen Gegensätzlichkeit unserer Regime und mit der Tatsache, daß der Helsinki-Prozeß diese Gegensätzlichkeit widerspiegelt, fertig werden und auf der anderen Seite die Notwendigkeit gewisser gegenseitiger Beziehungen anerkennen. Und im Umgang miteinander müssen wir die Unterschiede zwischen unseren beiden Systemen in Rechnung stellen.

Niemand, der einen klaren Kopf hat und friedlich gesonnen ist, würde auf die Idee kommen, den osteuropäischen Ländern abzuverlangen, ihr System zu ändern. Dies kommt nicht in Betracht. Aber es gibt auch in den östlichen Ländern ein vitales Interesse an Waren und Technologien, und es kann keinen Waren- und Technologieaustausch ohne Menschen geben. Mit den Menschen jedoch kommen Kultur und Ideen. Dies ist es, was wir gemeinsam abstimmen müssen, um den Grad von Heuchelei zu verringern und um Schritt für Schritt ein menschliches Klima zu entwickeln, das sich wiederum positiv auf den politischen und militärischen Entspannungsprozeß auswirken kann.

Helsinki ist nicht die Plattform für entscheidende Fortschritte auf militärischem Gebiet. Das gilt zumindest solange, als es kein vereinigtes Europa gibt, das strategisch für sich selbst sprechen kann. Das aber ist in naher Zukunft nicht absehbar. Deshalb ist es beim Helsinki-Prozeß wichtig, daß daran

andere Nationen neben den Supermächten teilnehmen und daß in der Helsinki-Charta auch Maßnahmen genannt werden, die die Menschen und nicht nur die Staaten betreffen. Dies sind die Tatbestände, deren Fortschritte den Entspannungsprozeß zwischen den Supermächten begleiten können. So sehe ich das. Selbst die an diesem Tisch gegebenen sachlichen Informationen lassen zumindest einen gewissen Fortschritt im gegenseitigen Verstehen zu, was ja allemal eine gute Sache ist.

Dobrosielski

Ich möchte nicht die Frage von Theo Sommer unbeantwortet lassen. Es mag sein, daß die Einführung des Kriegsrechtes in Polen zur Verunsicherung beigetragen hat. Nun ist "Kriegsrecht" ein schreckliches Wort. Als unsere Verfassung ausgearbeitet wurde, glaubte man, daß es im Sozialismus keinen Notstand geben könne; wir kennen in unserer Verfassung nicht den Begriff des Notstandes, sondern nur den des Kriegszustandes. Deshalb heißt es bei uns Kriegsrecht; aber es war eigentlich ein Notstand oder, wenn Sie wollen, ein Kriegsrecht auf polnische Weise.

Ich will offen bekennen, daß ich nie ein Befürworter der Einführung des Kriegsrechtes in Polen war. Aber ich bin überzeugt, daß es in der Situation, die im Dezember 1981 in Polen entstanden war - und für diese Situation mache ich nicht nur die extremen Flügel der Solidarnosc, sondern auch die Führung der Partei und der Regierung verantwortlich;-, eine Notwendigkeit war. Damals ging es eben um die Alternative: Entweder Einführung des Kriegsrechtes oder Bürgerkrieg. Und niemand weiß, ob der in polnischen Grenzen geblieben wäre. Vielleicht ist dadurch etwas Vertrauen zerstört worden. Für uns Polen war es eine schmerzliche, bittere, demütigende Maßnahme. Sie hat aber zur Sicherheit in Europa beigetragen und nicht, wie es auf der Madrider Konferenz und seitens der NATO behauptet wurde, die Sicherheit Europas gefährdet.

Wenn wir schon von zerstörtem Vertrauen sprechen, dann hat die Einführung von Pershings und Cruise missiles in die westeuropäischen Länder sehr viel mehr an Vertrauen zerstört als alle Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen, die in Madrid gefaßt wurden oder in Stockholm gefaßt werden sollen.

Wo ich mit Theo Sommer voll übereinstimme, ist, daß man nicht von einer Unteilbarkeit der Entspannung, aber von der Teilbarkeit der Spannung sprechen kann. Von Unteilbarkeit der Entspannung können wir erst dann sprechen, wenn der Entspannungsprozeß die ganze Welt umfaßt. In der Schlußakte ist die Rede von einer Vertiefung und Verbreitung der Entspannung. Es gab zu keiner Zeit einen Zustand auf der Welt, wo überall Entspannung herrschte. Wir sollten uns bemühen, Spannungsherde zu beseitigen.

Bei einigen Sprechern hier hat man den Eindruck, als betrachteten sie den KSZE-Prozeß weiterhin als ein Nullsummenspiel mit Siegern und Verlierern. Das halte ich für falsch. Sie sollten endlich damit aufhören zu sagen, die Festlegung der territorialen Gegebenheiten Europas in der Schlußakte, die übrigens auch in den Verträgen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, Polen und anderen Staaten gesichert ist, sei ein Gewinn für den Osten gewesen. Das war ein Gewinn für ganz Europa. Damit wurde ein Herd von Kontroversen und Konflikten beseitigt. Der Westen hat uns wirklich nichts gegeben, was wir nicht schon hatten. Was haben wir denn gewonnen? Können diese Grenzen anders als durch Gewalt geändert werden? Und was Gewalt in diesem Teil Europas bedeutet, wissen wir alle. Sprechen wir also nicht von Gewinn und Verlust, sondern versuchen wir gemeinsam, europäische Sicherheit durch Dialog, Zusammenarbeit, Verhandlungen zu gestalten.

Jakobson

Ich möchte kurz Stellung nehmen zu dem bereits diskutierten Thema Status quo und Wandel. Herr Rocard hat vom gegenseitigen Management der Heuchelei gesprochen. Ich anerkenne, daß ein bestimmtes Maß an Heuchelei für den zivilisierten Umgang zwischen Personen ebenso wie für Staaten wichtig ist. Wir könnten dafür auch ein netteres Wort gebrauchen - zum Beispiel Takt. Auf der anderen Seite muß es aber auch einen Grad von Wahrhaftigkeit geben. Die Wahrheit ist: Während wir hauptsächlich von der ideologischen Spaltung Europas gesprochen haben, wissen wir doch alle, daß diese ideologische Teilung eine Funktion der auf militärischer Macht beruhenden Teilung ist.

Die Machtverhältnisse in Europa haben sich seit 1945 nicht wesentlich verändert. Die einzigen Veränderungen, die eingetreten sind, waren der österreichische Staatsvertrag und Jugoslawiens Wechsel vom Verbündeten zum Nicht-Paktgebundenen. In jeder anderen Hinsicht ist die militärische Struktur, die Ende des Zweiten Weltkrieges begründet wurde, unverändert geblieben. Diese Struktur entspricht auch der ideologischen Teilung.

Dieser Tatsache muß man sich bewußt sein, wenn wir über Wandel sprechen; denn jene, die Veränderungen verlangen, sind in der angenehmen Lage, nicht mit den möglichen Konsequenzen des Wandels fertig werden zu müssen. Das wurde auch in dem kurzen Disput zwischen Theo Sommer und Herrn Dobrosielski über die polnische Situation deutlich, der uns an die potentiell explosive Qualität dieser Spannung zwischen Status quo und Wandel, zwischen Sicherheit und Menschenrechten erinnert.

Teltschik

Ich finde es doch sehr aufschlußreich, wie sich hier die Vertreter der sogenannten Weltmächte geäußert haben. Ich möchte Herrn Anderson sagen, es hat uns nicht überrascht, daß der KSZE-Prozeß in den amerikanischen Medien kaum Erwähnung findet. Die europäischen Angelegenheiten werden in den amerikanischen Medien ja überhaupt sehr vernachlässigt. Ein Problem, das wir ständig mit unserem amerikanischen Bündnispartner haben, ist, daß wir ihm gelegentlich sagen müssen, welche Bedeutung der KSZE-Prozeß für uns Europäer hat.

Auf der anderen Seite war es auch nicht überraschend, daß Herr Bogdanow sich unmittelbar an die Adresse von Richard Burt wandte; Weltmacht sprach eben zu Weltmacht. Europa fand bei Herrn Bogdanow, übertrieben gesagt, nicht statt. Wenn die sowjetischen Kollegen uns vorwerfen, wir würden zuviel über Menschenrechte sprechen, so kann man erwidern, daß wir mitunter den Eindruck haben, die Sowjetunion wolle die Entwicklung der Ost-West-Beziehung vor allem durch das Nadelöhr sicherheitspolitischen Wohlverhaltens zwingen. Herr Kastl hat daraufhingewiesen.

Genausowenig hat mich erstaunt, daß die europäischen Vertreter, nämlich Herr Szueroes aus Ungarn, Herr Dobrosielski aus Polen, Herr Rocard aus Frankreich und Herr Schmidt aus der DDR - für die bundesdeutschen Vertreter gilt das wohl auch besonders positiv über den KSZE-Prozeß gesprochen haben. Die Weltmächte können es sich in der Tat eher leisten, auf die Entwicklung ihrer Beziehungen zeitweise zu verzichten und in einer Phase der Sprachlosigkeit zu verharren, während wir Europäer unmittelbar von einer Vereisung der Beziehungen betroffen sind. Uns ist deshalb sehr viel mehr daran gelegen, daß sich die Beziehungen zwischen Ost und West konstruktiv entwickeln.

Der KSZE-Prozeß ist für uns in der Tat auch ein Instrument, den Entspannungsprozeß wachzuhalten und das Gespräch zwischen Ost und West, auch zwischen den beiden Weltmächten, nicht abreißen zu lassen, sondern in der einen oder anderen Form fortzusetzen.

Aus diesem Grunde ist für uns die zentrale Frage: Was bringt Genf, also das Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Reagan, für die Europäer in Ost und West? Die Frage von Herrn Sommer, ob Honecker kommt oder nicht, ist keineswegs zweitrangig. Als 1984 das Gespräch zwischen den beiden Weltmächten und das Gespräch zwischen Ost und West insgesamt abgekühlt war, haben wir die Erfahrung machen müssen, daß auch das Gespräch zwischen der Bundesregierung und einigen Gesprächspartnern in Warschauer-Pakt-Staaten ins Stocken geriet. Die Frage ist also: Welcher Spielraum entwickelt sich nach Genf für uns? Für die Bundesrepublik, für die Westeuropäer und für ihre osteuropäischen Partner? Wir wollen keine Möglichkeit versäumen, sondern die Chancen, die Genf eröffnet, sehr rasch nutzen. Wir erwarten das auch von unseren Partnern in Osteuropa.

Bogdanow

Herr Teltschik hat zwei wichtige Aussagen gemacht. Er sagte zunächst in seinem Referat, Genf habe einen direkten Bezug zu Helsinki. Offenbar meinte er, daß das Genfer Treffen sich positiv auf den Helsinki-Prozeß auswirken werde. Das ist im wesentlichen auch unsere Sichtweise.

Herr Teltschik behauptete dann, daß die Sowjetunion Europa ignoriere. Ich möchte ihm darauf antworten, daß wir uns hier in einer eigenartigen, geradezu paradoxen Situation befinden: Kaum aktiviert die Sowjetunion ihre Europapolitik, taucht sofort der Einwand auf, sie betreibe eine Politik der Abtrennung Westeuropas von den Amerikanern. Wenn dagegen nach Meinung der Westeuropäer die Europapolitik der Sowjetunion nicht aktiv genug ist, heißt es, sie schenke Westeuropa zu wenig Aufmerksamkeit.

Da fragen wir uns natürlich: Wie muß unsere Politik denn aussehen, damit Westeuropa zufriedengestellt wird? Was unternimmt die Sowjetunion eigentlich in der für Westeuropa so schrecklichen Frage, ob sich die Amerikaner aus Europa zurückziehen? Lassen die Amerikaner Westeuropa im Stich, oder gelingt es der Sowjetunion, Europa von den Vereinigten Staaten zu trennen? Ich denke, daß es sich in einem Kreis von so informierten Persönlichkeiten erübrigt, darüber zu diskutieren. Es gibt Dinge, die möglich und solche, die unmöglich sind. Vermutlich wird niemand

annehmen, daß in Moskau derartig leichtgläubige Leute versammelt sind; vielmehr sind wir Realisten, die imstande sind, sich ein klares Bild von der Situation zu machen.

Wenn jemand in Westeuropa glauben sollte, daß es in Moskau einen besonderen Stab gibt - ich habe so etwas schon gehört;- , der sich nur mit der Ausarbeitung von Plänen befaßt, wie man die Amerikaner aus Europa herausdrängen und zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten einen Keil treibt, so kann ich mir keinen größeren Unsinn vorstellen. Wir haben klare Vorstellungen über die Rolle der Vereinigten Staaten in Europa und über die Beziehungen, die sich zwischen den Kontinenten in den letzten vierzig Jahren gebildet haben.

Im Gegensatz zu dem, was einige Teilnehmer hier sagen, möchte ich betonen, daß wir die amerikanischen Interessen in Europa anerkennen. Wir kennen auch die Grenzen dieser Interessen. Wir erkennen ebenso die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bindungen an, die zwischen Europa und den Vereinigten Staaten bestehen. Da wir Realisten sind, sind wir uns der Tatsache bewußt, daß sich während der vierzig Nachkriegsjahre durch die amerikanische Präsenz auf dem europäischen Kontinent eine bestimmte Ordnung herausgebildet hat, die wir anerkennen. Vor allem, ich möchte es noch einmal unterstreichen, erkennen wir die amerikanischen Interessen in Europa an.

Zu diesem Punkt liegen entsprechende Erklärungen des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU vor, die er in einem Interview mit der Zeitschrift "Time" als Antwort auf die Frage gab: "Was haben Sie mit den Vereinigten Staaten in Westeuropa vor?" Leider habe ich ähnliche Stellungnahmen - man kann mich korrigieren, wenn ich mich irren sollte - seitens der Vereinigten Staaten nie gehört, und sei es auch nur die schlichte Anerkennung dessen, daß die Sowjetunion, die ja nicht 10000km von Europa entfernt ist, bestimmte eigene Interessen in diesem Teil der Welt hat.

Dahrendorf

Herr Burt hat soeben die Nachricht erhalten, daß in einem amerikanischen Einkaufszentrum in Frankfurt eine Bombe explodiert ist, die mindestens sieben amerikanische Soldaten oder ihre Familienangehörigen verletzt hat. Es gehört zu seinen Pflichten als Botschafter, darauf sofort zu reagieren. Er hat mich gebeten, Ihnen ausdrücklich zu sagen, daß er es sehr bedauert, an unserem Gespräch nicht weiter teilnehmen zu können.

Stürmer

Ich möchte einige Bemerkungen aus der Sicht des Historikers machen. Erstens: Zu einem nicht unbeträchtlichen Teil ist der KSZE-Prozeß durch die Deutschlandpolitik ermöglicht worden, die er umgekehrt wiederum gefördert hat, indem er sie in einen größeren Rahmen stellte. Das erklärt viele der Beurteilungsunterschiede zwischen Bonn und Washington, aber auch im Ost-West-Verhältnis. Die deutsche Frage hat mit Helsinki zwar nicht die Antwort eines Friedensvertrags und auch nicht den großen europäischen Rechts- und Friedensrahmen erhalten, aber sie hat doch eine kleine Abschlagszahlung in der letzteren Richtung gewonnen. Deshalb war in der Bundesrepublik das Interesse an Helsinki so groß, und deshalb ist auch die Enttäuschung über den weiteren Verlauf dieses Prozesses so groß gewesen. Dies sollte man illusionslos feststellen, gerade dann, wenn man der Meinung ist, daß es darauf ankommt, diesen Prozeß mit Geduld und sogar einer Spur Leidenschaft wiederzubeleben.

Zweitens: Dieser Prozeß hat den Antagonismus, der zwischen Ost und West besteht, definiert und ihn prozedural ein wenig überwölbt, ohne ihn jedoch zu überwinden. Das war gewissermaßen die Geschäftsgrundlage, ohne die Helsinki überhaupt nicht zustande gekommen wäre. Der Antagonismus aber ist natürlich nicht nur in den Ideologien begründet - dieser Eindruck konnte in der bisherigen Diskussion mitunter entstehen;- , sondern er hat seine eigentlichen Wurzeln in klassischer Machtpolitik. Das heißt Bildung von Glacis, Schutzzonen, Schaffung von Absprungbasen und so weiter. Dieser klassische Antagonismus bleibt bestehen, und er wird durch die Ideologie verschärft.

Ironischer- und tragischerweise steht dabei der Begriff des Friedens im Zentrum der Auseinandersetzung. Die Sowjetunion vertritt ja seit Lenins Tagen - das berühmte Telegramm "An alle" - die Idee, daß der Weg zum Weltfrieden in der Weltrevolution liege. Diese Konzeption setzt sie heute mit ihrer eigenen absoluten Sicherheit gleich, obwohl sie uns immer wieder predigt, es gäbe keine absolute, sondern nur eine gemeinsame Sicherheit - was ja im Prinzip auch richtig ist. Nur, man kann nicht beides zugleich haben.

Dritter Punkt: Zur KSZE, die den Modus operandi des Ost-West-Konflikts in Europa disziplinieren sollte, gehört die KVAE. Ich halte sie für das wichtigste und zugleich bescheidenste Folgetreffen, das aber - trotzdem und deswegen - auch potentiell am ehesten weiterführt. Dabei geht es vor allem um

die vertrauensbildenden Maßnahmen. Im Grunde ist der ganze Prozeß selber ja eine vertrauensbildende Maßnahme. Aber wenn er zu lange dauert und zu wenig Erfolge bringt, kann das leicht ins Gegenteil umschlagen und Mißtrauen produzieren. Irgendwann kommt der Punkt, wo im Westen und wahrscheinlich auch im Osten gefragt wird: Was kommt dabei heraus?

Die Stockholmer Konferenz hat bisher auf der sowjetischen Seite eine Unmenge an Friedensrhetorik über Nuklearverzicht gebracht; aber wenn es um konkrete Maßnahmen geht, etwa den Vorschlag der N- und N-Gruppe, so ist dieser zwar nicht unter die Dornenbüsche gefallen, aber er hat doch auch zu keinem Agreement geführt, obwohl er für beide Seiten entscheidende Vorteile bietet. Das ist auch ein Test für den Friedenswillen an einer Stelle, wo sich offensichtlich Interessen überlappen. Aber vielleicht meint man es gar nicht so ernst mit dieser Art von konventioneller Konfliktbegrenzung, wie sie in dem N- und N-Vorschlag vorgesehen ist? Die Gefahr besteht, daß der konventionelle Konflikt ent-diszipliniert wird, indem der nukleare arretiert wird.

Vierter Punkt: Wir werden den Antagonismus durch noch so viele Folgekonferenzen immer nur ein wenig überwölben und eingrenzen können; auch das wäre schon ein Gewinn. Es muß aber Substanz hinzukommen. Helsinki ist kein deutscher Friedensvertrag, und auch als Skizze einer europäischen Zukunftsverfassung ist Helsinki nur mit Vorsicht zu bewerten. Helsinki enthält zumindest in der Theorie einige wichtige Elemente, vor allem natürlich für uns die Garantierolle der Vereinigten Staaten. Sodann die Berufung auf die westliche Vorstellung der Menschenrechte. Ich sehe übrigens auch bei Marx kein anderes Bild der Menschenrechte - das möchte ich als Nicht-Marxist ausdrücklich betonen. Schließlich wirtschaftlichen Austausch sowie die Unverletzlichkeit der Grenzen und ihre friedliche Veränderbarkeit.

Das alles sind Elemente, die in einer europäischen Friedensordnung nicht fehlen dürfen. Nur ist dies im besten Falle die erste Abschlagszahlung darauf. Hier muß man weitergehen, ohne Illusionen zu hegen. Man muß einerseits - hierin stimme ich mit Herrn Burt voll überein, und das ist besonders für die Bundesrepublik außerordentlich wichtig - über die westeuropäische Einigung nachdenken als Widerlager für den KSZE-Prozeß, als Grundlage auch für unsere Deutschlandpolitik und einer sich vielleicht entwickelnden westeuropäischen Ostpolitik.

Auf der anderen Seite müssen wir intensiv darüber nachdenken, was das aufgeklärte Selbstinteresse der östlich von uns lebenden Mitteleuropäer und jenseits davon der Sowjetunion ist. Diese Denkformel haben wir ja auch in der Deutschlandpolitik gelegentlich mit Erfolg angewandt. Es käme darauf an, dies ebenso etwa in Fragen wie der Rüstungskontrolle, selbst in Fragen wie SDI, gründlich zu durchdenken. Dieses aufgeklärte Selbstinteresse der Sowjetunion müßte sich von einer unaufgeklärten und durch Ideologie überwölbt und aktivierten Machtpolitik grundsätzlich unterscheiden. Die Frage ist, wie wir das mit friedlichen Mitteln beeinflussen können, und ob das überhaupt möglich sein wird.

Helsinki war ein Versprechen und ist auch heute noch eine schwierige Aufgabe. Das Versprechen ist nur zum Teil gehalten, die Aufgabe nur zum Teil erfüllt worden. Gerade wenn man dies nüchtern und auf dem Hintergrund des bleibenden Antagonismus sieht, gilt es, da fortzufahren, wo Helsinki in Schwierigkeiten, in Krisen, in Zweifel geriet als eine notwendige Vision, die aber erst zum geringsten Teil erfüllt wurde.

Bildt

Es ist hier verschiedentlich über das Verhältnis von Ideologie und zwischenstaatlichen Beziehungen gesprochen worden. Natürlich gibt es ein solches Wechselverhältnis. Ich komme aus einem Land, das sich als eines seiner Ziele gesetzt hat, sich die Fähigkeit zu erhalten, seine Neutralität in Kriegszeiten zu bewahren. Aus unserer Sicht möchte ich sagen, daß es möglich sein muß, diese beiden Elemente in kritischen Zeiten vollkommen zu trennen.

Nun liegt die Bedeutung von Helsinki aber eben darin, daß es in das Konzept staatlicher Beziehungen ein bestimmtes ideologisches Element eingeführt hat. Denn in Helsinki wurden die traditionellen Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verbunden mit bestimmten Werten und Idealen, die die interne Funktionsfähigkeit dieser Staaten betrifft. Wir können diese Ideale "westlich" nennen in einem sehr weiten Sinne dieses Begriffs, einschließlich, wie Herr Stürmer sagte, einer Reihe von Dingen, die Karl Marx seinerzeit geschrieben hat.

Dies ist das einzigartige europäische Friedenskonzept, das Mitte der siebziger Jahre eingeführt wurde; und bei der Umsetzung dieses sehr langen und schwierigen historischen Prozesses stehen wir heute. Ich war sehr beeindruckt von unserem ungarischen Referenten, der in seinem Beitrag das kleine Werk von Immanuel Kant "Zum ewigen Frieden" erwähnte. Darin umreißt Kant das Konzept des wahren

Friedens in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Es hat nahezu 200 Jahre gebraucht, bis jene Prinzipien des Verhältnisses zwischen der inneren Ordnung unserer Gesellschaften und den äußeren Bedingungen des Friedens auf unserem Kontinent in einem politischen Dokument niedergelegt worden sind. Es bleibt zu hoffen, daß es nicht noch einmal so lange Zeit braucht, bis es in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Herr Voigt sprach von einer Demokratisierung der Außenpolitik in Verbindung mit Helsinki. Lassen Sie mich als Parlamentarier ein Wort zu einem sehr wichtigen Aspekt von Helsinki sagen. Wenn wir einmal die Zeit analysieren würden, die westeuropäische Parlamentarier dem Helsinki-Prozeß gewidmet haben, dann würde sich zeigen, daß sie sich, was die wirklich diskutierten Themen angeht, wohl zu 70, 80, vielleicht sogar 90 Prozent mit verschiedenen Teilen von Korb 3 über die Aspekte der Menschenrechte beschäftigt haben. Das sollte nicht überraschen; denn Parlamentarier repräsentieren Menschen und haben mit Menschen zu tun. Für die große Mehrzahl der normalen Abgeordneten bedeutet Außenpolitik eine Beziehung zu Menschen in anderen Ländern, die sich von der normalen Beziehung zu Menschen im eigenen Land unterscheidet. Dies ist berechtigterweise ein Aspekt der europäischen Außenpolitik geworden.

Wenn wir also darüber diskutieren, was auf dem Felde der Menschenrechte in den letzten zehn Jahren geschehen ist, so ist das nicht vorrangig eine Frage organisierter Kampagnen - auch solche hat es gegeben;- , sondern wirklicher Anliegen. Das ist durch ein wachsendes europäisches Identitätsgefühl in der öffentlichen Meinung angeheizt worden, insbesondere in Westeuropa und unter den Politikern allgemein, nicht begrenzt auf ein Land oder bestimmte Regierungen. Nach meiner Auffassung ist das etwas, was bleiben wird.

Diese Einflüsse wirken sich auch auf andere Aspekte der Beziehungen aus. Wir sprechen häufig von Mißtrauen und Furcht, welche den Rüstungswettlauf antreiben und die weitere Entwicklung der Beziehungen verhindern. Aber gleichzeitig ist es offenkundig, wenn man sich nur die politischen Realitäten in einer Reihe von Ländern anschaut, daß diese Verdächtigungen und Ängste, die das Wettrüsten anheizen, von einer Mißachtung dieser westlichen Prinzipien herrühren, ebenso wie man umgekehrt sagen kann, daß Vertrauen durch ihre Beachtung verstärkt wird. Dies ist wirklich nicht nur Ansichtssache, und man kann nicht sagen, daß es gut oder schlecht sei, was wir beeinflussen oder wozu wir etwas tun können. Es handelt sich dabei vielmehr um eine politische Tatsache in Westeuropa. In dieser Hinsicht gibt es auch keinen Weg zurück.

Helsinki hat in das politische Leben Westeuropas und in dem Umgang mit außer- und innereuropäischen Angelegenheiten ein völlig neues Element eingeführt, das erhalten bleiben muß. Wir sollten es nutzen, um den Friedensprozeß voranzubringen, solange wir in einer Nachkriegsperiode leben. Wenn wir dieses Element wieder eliminieren, fürchte ich, daß wir uns dann von einer Nachkriegsperiode in eine Vorkriegsperiode hineinbewegen. Und gerade das soll der ganze KSZE-Prozeß ja verhindern.

Eickhoff

Nach den historischen und philosophischen Perspektiven, die wir über den KSZE-Prozeß gehört haben, möchte ich etwas über die Realität und Praktikabilität der KSZE sagen, so wie sie sich heute darstellt. Ich berufe mich dabei auf das Zitat des Bundeskanzlers, das Herr Teltschik angeführt hat, daß die KSZE für uns eine wichtige Grundlage für die Gestaltung des Ost-West-Prozesses ist. Für uns liegt der Wert in ihrer praktischen Anwendbarkeit; wir überfordern sie nicht mit überzogenen Erwartungen.

Ich sehe eine wesentliche Qualität des Prozesses in der vielzitierten Rolle der neutralen und nichtgebundenen Länder, die einen wichtigen Faktor bei der erstrebten Annäherung zwischen Ost und West darstellen. Das hat sich bei allen Verhandlungsrunden deutlich gezeigt.

Von ähnlicher Bedeutung ist natürlich auch die Einbeziehung der Vereinigten Staaten und Kanadas in den Prozeß, die ja in vieler Hinsicht mit zur europäischen Familie gehören. Das wird dieser Tage in Budapest in dem Gespräch über die kulturellen Gemeinsamkeiten Europas besonders augenfällig. Wenn Herr Dobrosielski sagte, in der KSZE komme es mehr auf die Gemeinsamkeiten an als auf jene Dinge, die uns trennen, dann erlebt man in Budapest, wie sehr die Teilnehmer in ihren verschiedenen Sprachen von gemeinsamen Inhalten sprechen. Die Erwähnung eines Stichworts, eines Namens, eines Werkes genügt, und jeder weiß, wovon die Rede ist. Nirgendwo sonst in der Welt könnte in einer so großen Gruppe von Staaten ein solches gemeinsames Gespräch geführt werden wie zwischen den 35 Teilnehmern der KSZE.

Hinzu kommt, daß die KSZE manches bewirkt, was nach außen nicht so sichtbar wird; denn sie hat ja keine ständigen Organe. Von den vielen Foren, den Expertentreffen, den bilateralen Vorbereitungen, die in Zusammenhang mit diesen Treffen stehen, geht eine Fülle von Anregungen und Anstößen aus, die dann auf anderen Ebenen bilateral oder vor allem multilateral verwirklicht werden, zum Beispiel in der ECE.

Das trifft auch für den gesamten Sicherheitsbereich zu. Die KVAE in Stockholm und die vorbereitenden Konsultationen dazu, bilateral und multilateral, innerhalb des Westens und innerhalb des Ostens sind ein sehr wichtiges Agens, um uns mit den Lebensinteressen unserer Partner und mit ihren Argumenten vertraut zu machen. Diese Praxis trägt zweifellos zur Stabilität bei. Denn Sicherheit betrifft ja nicht nur das Verhältnis der militärischen Potentiale, sondern sie hat auch mit den Perzeptionen solcher Potentiale zu tun. Der ständige Umgang mit diesen Auffassungen und mit den Argumenten der anderen Seite ist dabei ein wesentliches Element, zumal auch die Vereinigten Staaten mit einbezogen sind, unabhängig davon, ob die amerikanischen Medien die KSZE nun ausreichend zur Kenntnis nehmen oder nicht.

Was die Menschenrechte angeht, wäre es zweifellos eine Illusion zu erwarten, daß man um des Fortschritts auf anderen Sektoren willen unsere Gespräche über die Menschenrechte aussetzen könnte. Herr Schmidt sagte, daß zur Normalität dieser Gespräche auch die ideologische Auseinandersetzung gehört. Es muß nicht das marxistische Verständnis der Menschenrechte sein, mit dem wir uns auseinandersetzen, aber sicher die Frage des Verhältnisses zwischen dem Staat und dem einzelnen. Darüber muß das Gespräch genauso weitergehen wie über die anderen Themen der KSZE. Dieses für uns zentrale Thema darf jedenfalls nicht ausgespart werden.

Terechow

Ich habe den Eindruck, daß wir diese Diskussion um einiges besser fortsetzen, als wir sie begonnen haben. Das ist ein weiterer Beleg dafür, daß der Dialog letztlich doch nützlich ist. Dieser Eindruck entsteht zumindest - ich glaube: nicht zufällig;- , weil wir uns im Laufe dieses Gesprächs der Wahrheit immerhin nähern, wenn wir sie auch nicht finden.

Die Diskussion hat noch einmal die Richtigkeit der Auffassung belegt, daß die Politik der Entspannung ihre eigene Philosophie und ihre eigene Sprache hat, was umgekehrt allerdings auch für die Politik der Konfrontation gilt. Heute gab es Beispiele in beiden Richtungen. Leider wurde in etlichen Fällen die Philosophie und Sprache einer Politik der Konfrontation verwendet. Das ist bedauerlich, weil wir uns hier ja versammelt haben, um über ein Thema zu sprechen, daß eher das Gegenteil erwarten ließe. Praxis und Theorie einer Sprache der politischen Konfrontation stammt aus den alten Vorurteilen, aus den Mißverständnissen der Vergangenheit, ja, aus dem Glauben, man könne der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern die eigenen Vorstellungen der historischen und der internen Entwicklung aufzwingen. Das ist unmöglich, heute noch weniger, als es früher vielleicht der Fall war.

Wir müssen uns alle daran gewöhnen, daß die gegenwärtige Situation durch die strategische Parität zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten bestimmt wird. Auf dieser Grundlage entwickeln sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Wir sind uns darüber im klaren, daß die Sowjetunion weder den USA oder irgendwelchen europäischen Staaten, die einem anderen sozialen System angehören, ihre Ansichten aufzwingen kann, wenn sie das nicht wollen. Umgekehrt wird es aber auch anderen Staaten nicht gelingen, ihre Vorstellungen der Sowjetunion aufzuzwingen, wenn wir das nicht wollen.

Ich möchte auf einige Argumente eingehen, die hier vorgebracht wurden. Bei Herrn Rován bin ich froh, daß er nur seine eigene Meinung zum Ausdruck bringt und damit etwas aus dem Rahmen fällt. Ich kann mir nämlich schwer vorstellen, daß einer konstruktiven Entwicklung des Dialogs Aussagen dienlich sind wie, die Sowjetunion habe die baltischen Staaten oder Bessarabien annektiert. Da könnte ja auch jemand auf den Gedanken kommen zu behaupten, Frankreich habe das frühere Elsaß Lothringen annektiert. Eine solche Behauptung wäre genauso absurd wie Ihre, Herr Rován. Deshalb lassen sie uns nicht solche Rhetorik verwenden, sondern in Ruhe miteinander über die Probleme diskutieren, die auf der Tagesordnung dieses Treffens stehen, darunter, wenn Sie wollen, auch über die Menschenrechte.

Normalerweise rufen Versuche, uns über die Menschenrechte zu belehren, bei uns nur ein Lächeln hervor, weil die Erfahrung zeigt, daß solche Belehrungen vor allem von Vertretern jener Länder besonders heftig vorgebracht werden, die in ihrer Geschichte und in ihrer Gegenwart krasse Beispiele von Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben. Aber wir sollten uns hier nicht auf eine solche Diskussion einlassen.

Hier wurde Enttäuschung darüber geäußert, daß der Helsinki-Prozeß nicht zu den Ergebnissen geführt habe, die viele der Teilnehmer erwartet hatten. Aber die Gründe dafür werden ausschließlich aus der vermeintlichen Praxis in den sozialistischen Ländern Osteuropas angeführt und ungern auf die Politik der westlichen Länder Bezug genommen. So verweist man etwa - Herr Dobrosielski ist schon darauf eingegangen - auf die Einführung des Kriegsrechts in Polen und vergißt, politischen Druck, Sanktionen und Wirtschaftsblockaden westlicherseits zu erwähnen. Aber der wahre Grund der Enttäuschung liegt woanders. Die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages wurde in den USA zum Scheitern gebracht, auf dem Territorium Westeuropas wurden Mittelstreckenraketen stationiert, ohne daß man den Ausgang der Genfer Verhandlungen abgewartet hat, die daraufhin unterbrochen wurden. Dies hat die Atmosphäre merklich vergiftet.

Worin besteht der Sinn des Helsinki-Prozesses? Uns und vielen anderen stellt er sich so dar, daß es darum geht, in Europa eine Ordnung zu schaffen, die es ermöglicht, unter den gegebenen Bedingungen zwischen zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen friedliche und kooperative Beziehungen aufzubauen. Das war der Grundgedanke der Schlußakte von Helsinki, und danach muß man streben. Das entspricht dem Geist der friedlichen Koexistenz.

Natürlich gehört zu den grundlegenden Prinzipien - das wurde ebenfalls in die Schlußakte aufgenommen;- , die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa und die territoriale Integrität der Staaten zu respektieren. Es ist richtig, daß in der Schlußakte auch die Möglichkeit vorgesehen wurde, die Grenzen auf friedlichem Wege zu verändern, worüber Herr Kastl gesprochen hat. Aber alle diese Prinzipien muß man in ihrem wechselseitigen Zusammenhang, also insgesamt betrachten und darf nicht ein Prinzip isoliert sehen und andere vernachlässigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber darauf hinweisen, daß die Äußerungen von Herrn Kastl, die teilweise auch bei Herrn Teltschik anklangen, in bezug auf die Frage der Grenzen nicht ganz korrekt sind. Solche einseitige Interpretation des Moskauer Vertrages im Zusammenhang mit dem sogenannten Brief zur Deutschen Einheit belastet unsere Beziehungen. Wir akzeptieren diese einseitige Interpretation nicht. Der Moskauer Vertrag, in dem die Positionen festgelegt sind, die von beiden Seiten vereinbart und akzeptiert wurden, ist ein zweiseitiges Dokument. Der Brief zur Deutschen Einheit dagegen gibt nur eine einseitige Position der Regierung der BRD wieder.

Herr Kastl hat dann von gewissen Schwierigkeiten gesprochen, die angeblich dadurch entstehen, daß die Sowjetunion eine bedingungslose Anerkennung ihrer Sicherheitsinteressen als Hauptvoraussetzung für eine normale Entwicklung in der Welt fordert. Auch dies ist eine sehr einseitige Interpretation, die von unserem Standpunkt stark abweicht. Für uns ist die Respektierung der Sicherheit der zentrale Punkt, gewissermaßen das Rückgrat aller bilateralen und internationalen Beziehungen. Aber das gilt für die Sicherheitsinteressen beider Seiten, nicht nur der Sowjetunion. Wir sind bereit, auch die Sicherheit der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Englands und der Bundesrepublik Deutschland zu achten. Aber wir erwarten, daß diese Staaten ebenso unsere Sicherheitsinteressen achten und nichts unternehmen, was diesen widerspräche. Das ist der Punkt.

Herr Kastl sprach davon, das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion würde ein Wahrheitsmonopol enthalten. Wenn man unter diesem Wahrheitsanspruch versteht, daß wir an das glauben, was dort geschrieben steht, dann dürfte es schwer sein, dagegen etwas vorzubringen. Glauben Sie denn nicht an Ihre eigene Ideologie? Ich denke, Sie tun das. Wenn Sie Anhänger Ihrer Ideologie respektieren, warum wollen Sie uns das Recht bestreiten, an unsere ideologischen Prinzipien zu glauben? Zehn Jahre nach Helsinki kann man wohl sagen, daß dies eine wichtige Voraussetzung für die Normalisierung des politischen Klimas auf unserem Kontinent ist.

Das atomare Wettrüsten bleibt eines der Hauptprobleme. Und diese Frage ist heute noch aktueller als vor zehn Jahren. Das Wettrüsten kann eine Form annehmen, die, wenn erst einmal eine bestimmte Grenze überschritten ist, eine Umkehr praktisch unmöglich macht. Schon jetzt ist es sehr schwer, einen produktiven Dialog über Fragen der Abrüstung zu führen; aber morgen wird es noch schwieriger sein, weil das Wettrüsten auf den Weltraum überzugreifen droht. Wenn das geschieht, werden wir vor einer Wand stehen, die kaum zu überwinden sein wird. So wichtig auch immer die Problematik der vertrauensbildenden Maßnahmen sein mag - das sind alles wichtige und notwendige Fragen, die man lösen muß;- , das Wichtigste ist, das Wettrüsten auf der Erde einzustellen und im Weltraum nicht zu beginnen. Deshalb zielen unsere wichtigsten Vorschläge gerade in diese Richtung.

Das Treffen in Genf wurde vor drei Tagen beendet; es wurde überall als bedeutendes Ereignis positiv bewertet. Die Ergebnisse dieses Treffens sind nicht nur eine Verpflichtung für die unmittelbaren Teilnehmer, sondern auch für andere Staaten, die sich zu Recht ebenfalls als Beteiligte betrachten und zu einer positiven Lösung beitragen können. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland hat übrigens die richtigen Worte gefunden, wie es in westdeutschen Zeitungen stand: Das Genfer

Ergebnis dürfe jetzt nicht zerredet werden. Man müsse sich an die Arbeit machen, um jede Möglichkeit zu nutzen. Ich möchte hinzufügen: an die konstruktive Arbeit.

Mißtrauen, Spannung und Konfrontation entwickeln sich schnell; sie zu überwinden, ist eine schwierige, anstrengende und langwierige Sache. Darum ist es die Pflicht aller, nicht nur der direkten Teilnehmer dieser Gespräche, diesen Prozeß nicht zu stören, sondern ihm zu helfen, ihm - wie man bei Ihnen sagt - "flankierenden Schutz" zu geben. Es sollte größte Zurückhaltung an den Tag gelegt und nichts getan werden, was zu neuen Schwierigkeiten auf der internationalen Bühne führen und den Weg zu neuen Verhandlungen in Genf erschweren würde. Wer Abrüstung und Entspannung in Europa will, wer für Dialog eintritt, darf nicht gleichzeitig Aktivitäten entwickeln, die in eine entgegengesetzte Richtung führen. Der Genfer Gipfel hat eine Chance eröffnet. Es wäre sehr schade, diese Chance nicht zu nutzen.

Rovan

Ich freue mich darüber, daß ich bescheiden dazu beitragen konnte, Herrn Terechow zu den Bemerkungen zu veranlassen, die er eben machte. Diese haben ohne Zweifel direkter dem entsprochen, was ich mir von einem Vertreter der Sowjetunion erwartete, als manches, was wir bisher hier gehört hatten. Ich möchte ihm aber eine Illusion nehmen. Er sagte, mich zitierend, richtig, ich sei kein offizieller Vertreter Frankreichs. Gewiß, aus einem demokratischen Land kommen eben zu Veranstaltungen wie der hiesigen keine "Vertreter". Aber er würde sich irren, wenn er annähme, meine Meinung sei in Frankreich sehr isoliert.

So fand in den letzten Tagen eine Meinungsbefragung statt, deren Ergebnisse mit einer Umfrage von 1968 verglichen wurden. Auf die Frage: Sind die Interessen Frankreichs weitgehend mit denen der Vereinigten Staaten von Amerika identisch? antworteten in diesem Jahr 56 Prozent mit ja; 1968 waren es nur 13 Prozent gewesen. Auf die Frage: Halten Sie die Interessen Frankreichs mit denen der Sowjetunion für identisch? haben nur vier Prozent mit ja geantwortet. Diese Entwicklung ist natürlich auch darauf zurückzuführen, was sich in Osteuropa, im Herrschaftsgebiet der Sowjetunion, in den letzten Jahren zugetragen hat.

Kastl

Ich möchte Herrn Terechow, dem Gesandten der sowjetischen Botschaft, kurz antworten; denn ich finde es auch für seine Berichterstattung wichtig, daß er weiß, warum ein Deutscher so denkt, wie er denkt.

Wir haben etwas über die theoretischen Schwierigkeiten gehört, die Menschenrechte zu definieren, auch in ihrer klassenmäßigen Ausprägung. Jemandem, der in der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau lebt, fällt es nicht schwer zu sagen, was Menschenrechte sind. Ein Sowjetbürger will die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland betreten und sich erkundigen, ob er ausreisen kann. Er wird am Zugang gehindert. Andere Menschen wenden sich an uns, weil ihr Antrag auszureisen zum zehnten Mal abgelehnt worden ist. Das sind ernste und bittere Fakten. Ich erinnere nur an die Verhandlungen in Madrid, wo wir lange um eine Klausel gerungen haben, in der der freie Zugang zu ausländischen Vertretungen in den Teilnehmerstaaten festgelegt wird.

Uns geht es in den Menschenrechtsfragen nicht um irgendwelche Kampagnen. Was wir erwarten, sind auch keine humanitären Gnadenakte; wir wollen nur wissen, ob unseren Partnern im Warschauer Pakt die Entspannung so wichtig erscheint, daß sie den hohen Preis zahlen, die feierlichen Verpflichtungen einzuhalten, die in Helsinki und Madrid von ihnen übernommen worden sind. Natürlich weiß ich, daß sie nicht einklagbar sind.

Herr Terechow und ich sprachen dann über die Frage, die in der Kompromißformel steckt: auf der einen Seite Anerkennung der Souveränität, der Unverletzlichkeit der Grenzen, auf der anderen Seite friedlicher Wandel, die friedliche Veränderung von Grenzen. Wir Deutsche haben verständlicherweise Schwierigkeiten, wenn uns die Berufung auf das uns auf das Grundgesetz verpflichtende Ziel einer Überwindung der deutschen Teilung als Revanchismus ausgelegt wird und dies von einer Nation, die auf der anderen Seite beispielsweise die Einheit Koreas fordert und die auch die gewaltsame Vereinigung von Nord- und Südvietnam gebilligt hat. Wir fühlen uns an das langfristige Ziel in der Schlußakte gebunden - das ist keine exklusive Interpretation der Prinzipien;- , daß die Grenzen der Teilnehmerstaaten in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung geändert werden können. Das ist ein sehr moderates Ziel, das keinesfalls als Revanchismus hingestellt werden kann.

Schließlich weisen unsere Gesprächspartner aus dem Warschauer Pakt immer wieder daraufhin, daß die Sicherheitsbedürfnisse die Kernfrage seien; danach müßte sich alles andere ausrichten. Wir sollten nach Genf eigentlich froh darüber sein, daß bei diesem Thema, das von der Sowjetunion immer betont wird - so als stünde der Nuklearkrieg unmittelbar bevor-, eine gewisse Beruhigung eingetreten ist. Ich zitiere aus der Erklärung von Genf: "Both sides have agreed that a nuclear war cannot be won and must never be fought"; und "they emphasize the importance of preventing any war between them whether nuclear and conventional. They will not seek to achieve military priority".

Diese Aussagen beruhigen ungemein und können möglicherweise auch die Debatte in der Sowjetunion über die Neufassung des Parteiprogramms beflügeln, wo es nämlich in einem Satz heißt, die Hauptbastion der internationalen Reaktion sei der USA-Imperialismus; er sei es, von dem vor allem die Kriegsgefahr ausgehe. Das können wir nach Genf vielleicht etwas anders sehen.

Terechow

Ich möchte in einigen Punkten auf die Ausführungen von Botschafter Kastl eingehen. Zunächst können Sie sicher sein, daß wir in der sowjetischen Botschaft in Bonn uns ebenso auskennen, wie es um die Menschenrechte in der Bundesrepublik steht, wie Sie es aufgrund Ihres Aufenthaltes in Moskau tun. Uns würde es auch nicht schwerfallen, einige Beispiele anzuführen. Ich könnte Sie etwa daran erinnern, warum bei Ihnen Menschen entlassen werden, die bei der Post oder bei der Eisenbahn beschäftigt sind; von Lehrern, die einer bestimmten Partei angehören, will ich gar nicht sprechen. Es wäre uns auch ein leichtes, daran zu erinnern, was 2,5 Millionen Arbeitslose bedeuten.

Der zweite Punkt betrifft das Grundgesetz der BRD, den Brief zur deutschen Einheit und die These zur Änderung der Grenzen. Wir halten den Vertretern der BRD keineswegs vor, sie seien Revanchisten, weil sie ihrem Grundgesetz treu sind. Eine solche Erklärung ist zu keiner Zeit von irgend jemandem in der Sowjetunion abgegeben worden. Woran wir erinnern wollen, ist, daß es eine internationale Verpflichtung gibt, die im Moskauer Vertrag von beiden Seiten akzeptiert wurde, von uns und von der Bundesrepublik. Auch die Schlußakte von Helsinki enthält eine Verpflichtung, die deutlich zum Ausdruck bringt, daß die Grenzen unverletzlich sind und eine territoriale Integrität der Staaten besteht. Es wird dort allerdings auch die Möglichkeit einer friedlichen Änderung der Grenzen erwähnt. Aber all diese Prinzipien müssen in ihrer Beziehung zueinander betrachtet werden; man kann nicht das eine Prinzip hervorheben und das andere vergessen.

Wenn Sie sich auf das Grundgesetz berufen und sagen, daß dieses Sie verpflichte, die These der deutschen Einheit zu vertreten, dann möchte ich Sie daran erinnern, daß in Ihrem Grundgesetz außer der Präambel auch noch der Artikel 25 steht, in dem es heißt: "Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes." Das besagt, daß die Verpflichtungen, die im Moskauer Vertrag fixiert sind, unmittelbares Recht und unmittelbare Verpflichtung für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bewohner sind.

Ich meine, wenn die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland sich an die Verpflichtungen, die in diesem Vertrag verankert sind, also auch an die Unverletzbarkeit von Grenzen und die territoriale Integrität erinnern würden und nicht immer nur die friedliche Veränderung von Grenzen in den Vordergrund rückten, würden unsere Beziehungen durch eine solche objektive Einschätzung nur gewinnen.

Was unser Parteiprogramm angeht, sind wir bereit, so umfassend, wie es gewünscht wird, auf alle Fragen einzugehen. Allerdings dürfte es kaum der richtige Weg sein, aus diesem Programm einige Sätze herauszugreifen und darüber dann eine Diskussion zu beginnen.

Schmidt

Herr Kastl, zweifellos kann man eine gewisse Beruhigung über die in der Erklärung des Genfer Gipfels enthaltenen Grundsätze empfinden, die Sie zitiert haben. Nur ist mir die Schlußfolgerung, die Sie daraus ziehen, etwas zu einfach und ein wenig naiv. Denn die Gefahr eines Nuklearkrieges wird natürlich nicht mit einer solchen Erklärung aus der Welt geschafft.

Wir haben uns darüber verständigt, daß in Genf der Beginn einer Verbesserung der Beziehungen eingeleitet worden ist, daß man aber, was die Substanz vornehmlich in Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung angeht, noch keinen Durchbruch erzielt hat. Die materielle Entwicklung der Waffensysteme und alles, was damit zusammenhängt, geht nach wie vor weiter.

Bertolt Brecht hat einmal gesagt: "Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorangeht." Wir sind jetzt, so meine ich, an einer bestimmten Schwelle der Entwicklung angelangt, wo

wir alle gefordert sind, neu an die Fragen der Sicherheit, der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung heranzugehen. Ein neues Denken ist gefordert, das sich aus der Logik des Nuklearzeitalters ergibt und nicht nur eine Fortschreibung dessen sein kann, was wir vor 15, 10 oder vor 5 Jahren gedacht und geschrieben haben. Die Bedrohung des Friedens ist so ernst, daß dieses neue Denken auf jeder Seite notwendig wird.

Das Problem ist nicht nur eine Frage des Wollens oder Nichtwollens, sondern es liegt auch in der Zahl und der Qualität der angehäuften Massenvernichtungsmittel. Es ist eine Tatsache, daß weitere technologische Entwicklungen bevorstehen, die diesen militärischen Komplex politisch immer schwerer beherrschbar machen. Dabei müssen wir vor allem davon ausgehen, Sicherheit nicht nur als militärische Sicherheit zu sehen, sondern die politische Dimension des Sicherheitsbegriffes zu erfassen.

Deshalb haben die verschiedenen Ebenen, auf denen heute in der Welt über Sicherheit, Rüstungsbegrenzung, Abrüstung verhandelt wird, ihre Berechtigung, und das neue Denken muß auf allen Ebenen Platz greifen. In diesem Sinne sollten wir auch den KSZE-Prozeß nutzen, um ein neues Sicherheitsdenken in politischen Dimensionen zu fördern. Der Grundgedanke dabei ist, daß wir heute, ob wir es wollen oder nicht, in Ost und West defacto in einer Art Sicherheitspartnerschaft leben müssen. Wir sind in unserer Sicherheit voneinander abhängig. Um dieses Bewußtsein zu schaffen, haben der KSZE-Prozeß und seine verschiedenen Ebenen eine ungeheure Bedeutung.

In dem Zusammenhang, Herr Stürmer, eine Antwort auf Ihre Bemerkung zur Machtpolitik: Weltfrieden durch Weltrevolution. Auch unser Denken entwickelt sich. Sie werden in jüngerer Zeit wohl kaum irgendwo eine solche Aussage finden. Die Politik im Nuklearzeitalter stellt die Fragen neu und läßt die historische Dimension der Friedenssicherung erkennen. Die wichtigste Aufgabe ist heute für jeden, der in der revolutionären Arbeiterbewegung tätig ist, die Sicherung des Friedens. Ohne den Frieden geht nichts. Das finden Sie auch in dem neu formulierten Parteiprogramm der KPdSU in dieser Prägnanz formuliert.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Stockholmer Beratung für diesen Gedanken gemeinsamer Sicherheit und eines entsprechenden Verhaltens. Was wir erreichen müssen, ist ein Kompromiß im Hinblick auf die Bekräftigung und Konkretisierung des Gewaltverzichtes, verbunden mit konkreten militärischen vertrauensbildenden Maßnahmen. Hier sehe ich auch die Bedeutung der Vorschläge der neutralen und nichtgebundenen Staaten, die seit dem 15. November auf dem Tisch liegen. Ich halte sie für einen Weg, um einen Kompromiß zu erreichen.

Wenn es in Stockholm in dem Sinne zu einem bestimmten Kompromiß kommt, bedeutet das, für eine zweite Phase der Stockholmer Konferenz weitergehende Fragen und Punkte auch im Hinblick auf die Wiener Verhandlungen im nächsten Jahr zu formulieren und zu bestimmen, welche Problemkreise man sich aus dem Bereich der Sicherheit und Abrüstung vornehmen will.

Richard Burt hat von den Herausforderungen der neuen Technologien gesprochen. Ich stimme ihm zu. Dies ist ein ganz wichtiges Problem sowohl in strategischer wie in ökonomischer Hinsicht, das die Entwicklung der internationalen Beziehungen und natürlich auch die Wohlfahrt der Völker in den einzelnen Ländern betrifft. Ich möchte aber ganz entschieden davor warnen, an eine technologische Lösung der anstehenden Sicherheitsprobleme zu glauben. Ich lese manches in dieser Richtung aus den Begründungen für SDI heraus. Es ist gewissermaßen die Hoffnung, die Sicherheitsprobleme nicht politisch, sondern technologisch lösen zu können. Dies ist nach meiner Beurteilung der falsche Ansatz. Ein solches Denken würde uns letztlich in eine totale Abhängigkeit von der Technologie bringen und die Dinge auf lange Sicht unbeherrschbar machen.

Zur Frage nach dem Einfluß Europas auf außereuropäische Faktoren möchte ich nur darauf hinweisen, daß die KSZE-Schlußakte, ja der ganze Prozeß der Entspannung in den siebziger Jahren, erheblich dazu beigetragen hat, allererste Schritte zur Lösung mancher Probleme der Entwicklungsländer zu machen. Ich drücke das einmal ganz vorsichtig aus. Während dieser Zeit wurden wesentliche Dokumente sowohl in der UNO als auch in anderen Organisationen formuliert und angenommen, die die ökonomische Selbständigkeit dieser Länder betreffen. Ich denke weiter an Verhandlungen über die Frage des Waffentransfers der Großmächte in bestimmte regionale Konfliktgebiete und anderes mehr. Die Entspannung, die von Europa ausgeht, wirkt sich also in gewisser Weise auch in anderen Bereichen aus, wie umgekehrt die erneute Verschärfung der Spannung dazu geführt hat, daß viele positive Ansätze wieder abgebrochen wurden.

Jenkins

Mich hat besonders der Beitrag von Herrn Szueroes interessiert, weil hier ein führender Mann aus einem der sozialistischen Länder in sehr klarer Weise jene Anliegen und Wünsche artikuliert hat, die man in den letzten fünf, sechs Jahren in den westeuropäischen Ländern hören konnte. Besonders beeindruckt hat mich sein Bezug auf die außereuropäischen Faktoren, die uns in Europa berühren, weil mir dies eine andere Ausdrucksweise dafür zu sein scheint, daß Entspannung nicht unteilbar ist.

In diesem Punkt gehe ich völlig einig mit Ted Sommer und widerspreche Richard Burt; denn was die Mitglieder des atlantischen Bündnisses in den letzten fünf Jahren am meisten betroffen hat, war die Furcht, daß das, was wir in Europa "Entspannung" nennen und das hier etwas sehr Reales ist, durch einen globalen Wettstreit der Supermächte aufs Spiel gesetzt wird. Mit anderen Worten, wir sehen die europäische Entspannung durchaus als etwas Autonomes an, das den Zusammenbruch der Entspannung auf der Ebene der Supermächte überlebt hat.

Ich fand es auch sehr aufschlußreich, daß Herr Teltschik in der durch Genf vermittelten Atmosphäre seine Betonung auf "nun laßt uns wieder weitermachen" legte, in dem Sinne, daß die Supermächte nun wieder zur Tagesordnung übergehen. Den Europäern eröffnet es einen größeren Handlungsspielraum, die Entspannungspolitik weiterzuverfolgen, natürlich im Rahmen der Beziehungen der beiden Weltmächte.

Möglicherweise steckt hier der Schlüssel zur Beantwortung der von Herrn Dahrendorf zu Beginn gestellten Frage über die Rolle der Rüstungskontrolle in Helsinki. Ich vermute, daß Helsinki auf diesem Gebiet keine unmittelbare und nicht eine sehr wichtige Rolle spielt. Vielleicht aber entsteht auf diese Weise ein Raum für politische Entspannung in Europa, was wiederum starken Druck auf die Supermächte ausüben könnte, sich bei der Rüstungskontrolle einander anzunähern. Mit anderen Worten, es besteht eine indirekte Beziehung zwischen Helsinki und Rüstungskontrolle.

Hier fiel mehrfach der Ausdruck "gesamteuropäisch". Ich halte diesen Begriff für etwas zu hoch gestochen für einige Regungen des europäischen Bewußtseins, die sich in den letzten Jahren seit der Helsinki-Schlußakte gezeigt haben. Sicher denkt man bei "gesamteuropäisch" nicht in erster Linie an mein Land. Aber lassen Sie mich einmal das Argument aufnehmen und überlegen, welche Faktoren in Westeuropa zum Wachsen des europäischen Bewußtseins beigetragen haben könnten.

Ich möchte auf drei Tendenzen in den letzten neun Jahren eingehen. Zum ersten erleben wir meiner Meinung nach einen Niedergang der sozialistischen Idee in Westeuropa. Das betrifft etwa den sichtbaren Verfall der kommunistischen Parteien in jenen Ländern, in denen diese einen bedeutenden Faktor bei Wahlen darstellten, was jetzt einigen Druck von den Regierungen genommen hat. Gleichermäßen wichtig scheint mir jedoch, daß die Intelligenz in diesen Ländern in erheblichem Maße von der sozialistischen Idee abgerückt ist, mit dem Ergebnis, daß immer weniger Apologeten des sowjetischen Modells des Sozialismus in den westeuropäischen Ländern zu finden sind. Das hatte Konsequenzen für die Art, wie die öffentliche Meinung im Westen auf Ereignisse im sozialistischen Lager, in Polen oder anderswo, reagiert hat.

Eine zweite Tendenz, obwohl ich das nicht überzeichnen will, sehe ich in der nachlassenden Begeisterung für die Europäische Gemeinschaft. Die Desillusionierung bezieht sich weniger auf die Europäische Gemeinschaft, wie sie ist, sondern darauf, was sie nicht in der Lage ist zu werden. Anders ausgedrückt, die Europäische Gemeinschaft ist im Bewußtsein der Bevölkerungen nicht in ausreichendem Maße ein Träger der europäischen Idee. Dies mag einer der Gründe dafür sein, warum in Westeuropa teilweise die Vorstellung eines größeren Europas im Entstehen begriffen ist.

Als eine dritte Tendenz, die die Entwicklung erklären könnte, sehe ich die sogenannte "Politik der Werte" oder die "postmaterialistischen Werte" an, zu denen auch die Freiheit gehört, und Freiheit ist zur Zeit eher als Sozialismus die intellektuelle Mode in unseren Ländern. Freiheit, sich gegen unsere eigenen Regierungen in jeder Form zu behaupten, Aktionen für die Freiheit der Information und für demokratischere Strukturen hat das Bewußtsein für die Probleme der Freiheit in anderen Teilen Europas geschärft.

Es gab einen eindrucksvollen Austausch zwischen der europäischen Bewegung für nukleare Abrüstung - in Großbritannien ist E. P. Thompson die führende Figur - und entsprechenden Gruppen in der CSSR und in Ungarn. Zur Überraschung einiger entdeckte man, daß es unter den betreffenden Leuten in Budapest oder Prag keineswegs als selbstverständlich galt, daß das nukleare Ungleichgewicht das einzige Problem sei, das die Stabilität Europas bedroht. In der Weise über den Status quo zu sprechen, wie es die westlichen Befürworter einer atomaren Abrüstung taten, war recht bequem, weil sie einen Status quo guthießen, der ihre Freiheit sicherte, und zwar zugleich auf Kosten jener, für die der Status quo in ihren Augen keine Freiheit bedeutet. Es wurde E.P.Thompson von

jenen Leuten entgegengehalten, daß der Status quo auch durch das Fehlen politischer Freiheit in den anderen Ländern aufs Spiel gesetzt wird.

Noch ein anderer Aspekt ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, der durch die Schriften von Kundera und Konrad in unseren Ländern bewirkt wurde. Sie haben uns daran erinnert, daß Europa mehr ist als Westeuropa, daß nämlich Osteuropa dazugehört, und nicht so zu tun, als ob Osteuropa eine zurückgebliebene Welt sei, gewissermaßen ein Europa zweiter Klasse. Sie haben uns ins Gedächtnis gerufen, daß das Zentrum Mitteleuropas die gesamte kulturelle Tradition dessen birgt, was wir Europa und europäische Zivilisation nennen. Vielleicht lernen wir, von den Europäern, die im kommunistischen Teil Europas leben, nicht mehr von Osteuropäern in einem abwertenden Sinne zu sprechen.

Dies alles hat Einfluß auf die grundlegende Frage nach dem Verhältnis von Status quo und Wandel. Ich möchte in diesem Punkt nicht mißverstanden werden. Mir ist sehr wohl bewußt, daß wir im Schatten der Atomwaffen leben. Wir sind uns auch der politischen Machtstrukturen bewußt, in denen die Teilung Europas eher wurzelt als in der ideologischen Spaltung. Was diese Dinge angeht, sind wir sehr realistisch.

Ich würde aber erwarten, wenn der Geist von Genf von einiger Dauer sein sollte und sich die Beziehungen zwischen den Weltmächten jetzt verbessern, daß in den westeuropäischen Gesellschaften der Wunsch nach politischen Veränderungen in den kommunistischen Ländern Europas stärker und klarer zum Ausdruck gebracht wird, auch nach einer offeneren Anerkennung der Werte, die wir Freiheit nennen.

Vielleicht kann man die zehn Jahre seit der Helsinki-Konferenz so zusammenfassen: Helsinki hat die politischen Grenzen in Europa geordnet, aber was auch erreicht werden muß, ist, die moralischen Grenzen in Europa aufzubrechen.

Anderson

Ich möchte auf den Zusammenhang von KSZE und Rüstungskontrolle zurückkommen und dabei zunächst auf Äußerungen unseres polnischen Kollegen, Herrn Dobrosielski, und dann auf Herrn Bogdanow eingehen.

Es hat mich etwas gewundert, daß es keinerlei Reaktion auf die Feststellung von Herrn Dobrosielski gab, der meinte, die Entspannung sei im Jahre 1979 gescheitert aufgrund der Entscheidung des NATO-Doppelbeschlusses zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen. Ich möchte mit unseren östlichen Kollegen wirklich keinen Streit vom Zaun brechen, aber man kann natürlich lang und breit darüber diskutieren, wann die Entspannung zu Ende ging. Von unseren sowjetischen Freunden habe ich in der Vergangenheit gehört, sie sei schon sehr viel früher als 1979 am Ende gewesen. Mit dem Inkrafttreten des Jackson-Vanik-Amendments von 1974, mit der angeblichen amerikanischen Beteiligung am Sturz Allendes sei es mit der Entspannung vorbei gewesen. Die Amerikaner ihrerseits führen Ogaden, Angola und Moçambique an. Ich will in diese Debatte nicht einsteigen, abgesehen von der Frage, ob die Entspannung überhaupt verschwunden ist.

Ein weiterer Punkt hat mit der Rüstungskontrolle und der europäischen Frage zu tun. Mir scheint, und dabei beziehe ich mich auf die Äußerung von Richard Burt, daß zumindest die Amerikaner die Entspannung jetzt sehr viel nüchterner auffassen. Den wirklichen Grund für diese nüchterne Einstellung auf amerikanischer Seite sehe ich darin, die Amerikaner haben um 1975/76 realisiert, daß zu der Zeit, als der gesamte Entspannungsprozeß lief und man dabei war, die Dokumente von Helsinki zu unterzeichnen, die Sowjets in Mitteleuropa ihre SS-20-Raketen aufgestellt haben.

Dies mehr als irgend etwas anderes, mehr als Angola oder Afghanistan, hat den Amerikanern klargemacht, daß Worte über Entspannung und das Unterzeichnen der Dokumente alles schön und gut ist. Der Helsinki-Prozeß mag durchaus weitergehen, aber es gibt da noch einige häßliche Tatsachen außerhalb der Konferenzräume. Die Stationierung der SS 20 im Herzen Europas war eine dieser häßlichen Tatsachen.

Deshalb, Herr Dobrosielski, war es nicht die Reaktion des westlichen Bündnisses im Jahre 1979, die den Niedergang der Entspannung mit sich brachte. Es war diese schlichte Maßnahme, der offenkundig ein Gutteil Forschung und Entwicklung seitens der Sowjets schon vor 1975 vorausgegangen war, die den Westen zu den Schritten veranlaßt hat, die er dann unternahm.

Was kann die KSZE im Hinblick auf die Rüstungskontrolle leisten? In dem Punkt muß ich offen gestehen, bin ich sehr skeptisch. Ich will jetzt meine früher geäußerten Zweifel nicht wiederholen. Ich glaube wirklich nicht, daß ein Forum von 35 Staaten in Europa einschließlich des Vatikans, Maltas,

Irlands und einer Reihe anderer Staaten, die meist keine Erfahrungen mit und manche auch wenig Interesse an Rüstungskontrollverhandlungen haben, der rechte Ort ist, um ernsthafte Verhandlungen zu führen. Ich greife ein Argument von Peter Jenkins auf, daß der KSZE-Prozeß, sofern er fort dauert, recht gut ein Forum abgeben könnte, um Druck nicht nur auf die Supermächte, sondern auf die beiden Bündnissysteme auszuüben, damit man zu vernünftigen Lösungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle kommt.

Der Konsultationsprozeß ist gut entwickelt, so daß die beiden Bündnisse in der Lage sind, ihre Meinungsunterschiede zu diskutieren. Offensichtlich lassen sich Supermächte oft nur widerstrebend auf Rüstungskontrollverhandlungen ein; sie kommen meist mit den falschen Vorschlägen und Ideen; häufig haben sie ihre Vorstellungen korrigiert oder zumindest modifiziert unter dem Druck einiger ihrer Verbündeten. Ich will hier die Briten, die Deutschen und unsere unausgesprochenen Partner, die Franzosen, in diesen gesamten Konsultationsprozeß einschließen.

Wenn ich aber als amerikanischer Vertreter spreche, so muß ich sagen, wird es sehr schwer fallen, irgend jemand auf amerikanischer Seite davon zu überzeugen, daß wirklich ernsthafte Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der KSZE durchgeführt werden können. Wir Amerikaner haben Mühe genug, mit den letzten Schritten des Budapester Forums fertig zu werden. Gott weiß, was geschehen würde, wenn wir die KSZE in die Debatte über Mittelstreckenwaffen einbeziehen würden.

Dahrendorf

Ich fand unsere bisherige Diskussion sehr subtil und anregend. Vielleicht ist der Vergleich nicht ganz zutreffend, aber ich sehe doch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem, was wir 1976 miteinander besprochen haben. Wir reden hier über ein außerordentlich schwieriges Thema, nämlich über die Frage, wie man die Definition gemeinsamer Interessen von Ländern mit sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Systemen voranbringen kann. Wie können diese gemeinsamen Interessen formuliert und in Politik umgesetzt werden, ohne daß auf der einen oder auf der anderen Seite ein Gefühl der Unsicherheit ausgelöst wird, indem vielmehr das Gefühl der Sicherheit verstärkt wird. Das ist, machen wir keinen Hehl daraus, gewissermaßen die Quadratur des Kreises.

Herr Rocard sprach vom Management der Heuchelei. Das ist ein recht zutreffender Ausdruck für ein bestimmtes Stadium in dem Prozeß, von dem wir hier sprechen. Es bedeutet, daß man in irgendeiner Weise mit den Unterschieden und Gegensätzen fertig werden muß. Dafür reicht es weder aus, daß man diese Gegensätze und Unterschiede einfach verschweigt und so tut, als würden sie nicht existieren, noch reicht es aus, daß man sich gegenseitig diese Gegensätze und Unterschiede immerfort und in ganz unreflektierter Weise vorhält und sich darüber streitet. Man muß also etwas Drittes suchen. Mein Eindruck war, daß Herr Ferraris dazu einige wichtige Hinweise gegeben hat, als er über das Verhältnis von Status quo und Veränderung sprach, die beide im Helsinki-Prozeß angelegt sind.

Für den weiteren Ablauf unserer Diskussion würde ich erstens vorschlagen, daß wir die Frage weiterverfolgen, inwieweit der Helsinki-Prozeß einen nützlichen Beitrag zur Rüstungskontrolle und Abrüstung leisten kann und wo möglicherweise seine Grenzen liegen. Mit anderen Worten: Ist die KSZE der geeignete Ort, um in dieser Thematik, die, wie alle Redner gesagt haben, als vordringlich erscheint, voranzukommen?

Ein zweites wichtiges Thema betrifft die Frage der ideologischen Auseinandersetzung und der Menschenrechte. Wessen Menschenrechte? Wer definiert sie eigentlich? Was verstehen wir darunter?

Drittens: Ist die KSZE vornehmlich ein Instrument der kleinen und mittleren Staaten Europas - wie es hier mitunter den Anschein hatte;- , um vielleicht sogar die großen, manchmal wurden sie auch Schutzmächte genannt, zu bewegen? Welche Konsequenzen deuten sich daraus an?

Viertens: Wie lassen sich Systemdifferenzen fruchtbar austragen, das heißt, daß man sie nicht verschweigt, sich aber auch nicht in steriler Konfrontation ergeht? Auch dies wäre ein Beitrag zu dem Generalthema "Status quo oder Veränderung". Es geht dabei um den berühmten ideologischen Konflikt, aber auch um die subtileren und schwierigeren Fragen, wie die Garantie von Grenzen mit der Möglichkeit ihrer friedlichen Veränderung verbunden werden kann.

Fünftens: Eher formalen Charakter hat die Frage, ob der Helsinki-Prozeß an sich schon so wichtig ist, daß es sich lohnt, ihn fortzuführen, auch wenn auf kurze Sicht keine greifbaren Resultate zu erkennen sind.

Sechstens schließlich: Wie steht es mit der "Vision Europa", die am Ende dieses Prozesses, sei es auch vage, erkennbar wird? Was bedeutet sie, nicht in historischer Perspektive, sondern für unser aktuelles politisches Handeln?

Das sind einige Fragen, die wir weiterbehandeln könnten. Ich würde es beispielsweise für nützlich halten, wenn wir ohne sterile Konfrontation die Menschenrechtsproblematik etwas genauer zu definieren versuchten, damit wir wissen, worüber wir reden.

Poppe

Ich hatte ohnehin die Absicht, zum Thema Menschenrechte aus sozialistischer Sicht einige Anmerkungen zu machen. Ich werde ein wenig deutlicher sagen, von welchen Menschenrechten wir sprechen und wer sie definiert, wie Sie es eben formuliert haben, Herr Dahrendorf.

Ich halte es für einen Fehlschluß, wenn hier von einigen Rednern davon ausgegangen wird, der KSZE-Schlußakte beziehungsweise dem KSZE-Prozeß, den ich für einen dynamischen Prozeß halte, liege die westliche Menschenrechtskonzeption zugrunde. Das ist ebenso falsch, als würden die sozialistischen Staaten anmaßend sagen, der Korb I verkörpere ausschließlich die sozialistische Friedens- und Abrüstungsidee. Herr Stürmer meinte sogar, auch Marx sei ein Anhänger der westlichen Menschenrechtskonzeption gewesen. Das dürfte wohl etwas schwierig sein; denn Marx konnte ja von einem Ost-West-Gegensatz noch nichts wissen.

Wovon Marx aber wußte, waren die unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen von Bourgeoisie und Proletariat, und er ironisierte die Freiheitsprüche der einen und verfocht die Rechtsansprüche der anderen. Seine Konzeption der Menschenrechte ist in der "Judenfrage" und im "Kapital" dargelegt. Dazu gehörten - und das ist heute noch genauso aktuell - das Recht auf Arbeit, auf Bildung und Ausbildung, auf Koalitions- und Versammlungsfreiheit und viele andere für die Arbeiterklasse unverzichtbare Freiheits- und Persönlichkeitsrechte.

Um der Klarheit der Standpunkte willen ist es mir dann schon lieber, wenn Herr Teltschik davon sprach, daß es in der Auffassung von Menschenrechten zwischen Ost und West fundamentale Unterschiede gibt. Das ist mir lieber, als wenn Marx zum Kronzeugen westlicher Menschenrechtskonzeption angerufen wird, es sei denn, es soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die westliche Menschenrechtskonzeption sich auf die marxistische zubewegt; aber das war wohl nicht das Motiv der Aussage.

Nun stellt sich die Frage, ob der KSZE-Prozeß von einer definierten, objektivierbaren Menschenrechtskonzeption ausgeht. Das möchte ich bejahen. Diese ist aber nicht nur aus Korb 3 der Schlußakte ableitbar. Es gibt über 20 Konventionen der Vereinten Nationen zu den Menschenrechten. Darunter sind die beiden 1966 per Akklamation von der Vollversammlung angenommenen Konventionen über politische, zivile, sozialökonomische und kulturelle Rechte, denen inzwischen über 80 Staaten beigetreten sind, meines Wissens alle europäischen KSZE-Staaten, jedoch nicht die USA.

Wenn sich die KSZE-Schlußakte im Prinzipienkatalog auf die Menschenrechte bezieht, ist wohl primär das Menschenrechtskonzept der Vereinten Nationen gemeint. Dies sehe ich als einen objektiven und objektivierbaren Maßstab an, nämlich das eigenständige Menschenrechtskonzept der Völker- und Staatengemeinschaft, das sich über viele Kompromißformen herausgebildet hat, auf das man sich dann aber gemeinsam verständigt hat. Die relativ große Akzeptanz konnte natürlich nur durch Kompromisse von jeder Seite erreicht werden.

Der Korb 3 der Schlußakte setzt dieses Konzept der Staatengemeinschaft entsprechend den Interessen und Bedürfnissen der KSZE-Staaten um. Natürlich hätten sich die sozialistischen Staaten eine weitere inhaltliche Ausgestaltung des Konzepts gewünscht, und sie werden sie weiter anstreben. Wir würden es gern sehen, wenn Helsinki die sozialökonomischen, aber auch die kulturellen Rechte der Menschen deutlicher akzentuiert hätte. Dynamischer KSZE-Prozeß bedeutet für uns auch, daß die Herausforderung bleibt, diese sozialökonomischen und kulturellen Rechte weiter zu substantiieren und zu materialisieren.

Der Sinn der Menschenrechte, dem Individuum Freiheit, Würde und Entfaltung zu garantieren und den einzelnen zu schützen, wird nicht allein mit Meinungs-, Informations-, Gewissens- und Glaubensfreiheit erfüllt, so unverzichtbar diese Rechte sind. Ebenso unverzichtbar aber ist das Recht auf Arbeit und einen Arbeitsplatz, auf Bildung entsprechend den Fähigkeiten des Individuums, auf demokratische Mitgestaltung in der Wirtschaft und im Betrieb. Insofern stimmen wir voll überein mit der Formulierung der Vereinten Nationen von 1977, in der es heißt: "Die volle Verwirklichung der Bürgerrechte und politischen Rechte ist ohne die Ausübung ökonomischer, sozialer und kultureller Rechte unmöglich."

Um es ganz offen zu sagen: Wer anhaltende Massenarbeitslosigkeit duldet, Zehntausende von Jugendlichen ohne Ausbildung und sinnvolle Lebensziele läßt, begeht Menschenrechtsverletzungen, die das Leben der Betroffenen für immer deformieren können. Meine Hoffnung ist, daß im KSZE-Prozeß eine gewisse Einäugigkeit überwunden wird, die Menschenrechte nur nach westlicher Konzeption definieren zu wollen und dabei außer acht zu lassen, daß seit der amerikanischen und der französischen Revolution mit ihren großen Verdiensten um die Menschenrechte 200 Jahre vergangen sind. Die Oktoberrevolution und schließlich auch die Vereinten Nationen haben ein neues Menschenrechtskonzept und -verständnis geprägt. Die Arbeiterbewegung hat seit Marx elementare Menschenrechte formuliert, die dem Bürgertum bei seiner Interessenlage wohl suspekt waren, die aber legitim zum KSZE-Prozeß gehören, vermittelt über die UNO-Dokumente.

Wenn sich die sozialistischen Staaten so vehement auf Frieden und Abrüstung hin orientieren - wobei sie sich den Kollegen aus der westlichen Welt durchaus verbunden wissen;- , so soll uns niemand ein gebrochenes Verhältnis zum Korb 3 oder zu den Menschenrechten unterstellen. Wir alle wissen, daß nicht erst ein Krieg alle Menschenrechte auslöschen kann. Durch die ungeheure Belastung mit Rüstungs- und Verteidigungsausgaben wird die Verwirklichung der Menschenrechte in Ost und West gebremst, etwa im Hinblick auf so elementare Rechte wie das Recht auf Gesundheit, auf Wohnung und viele andere.

Das gegenseitige Mißtrauen und Belauern beeinträchtigt die internationalen Beziehungen und die Menschlichkeit in diesen Beziehungen. Auch das ist eine Frage der Verwirklichung der Menschenrechte. Zudem helfen wir denen nur unzureichend, die noch nicht einmal ihre Basisbedürfnisse eines menschenwürdigen Daseins erfüllen können. Was nützt schon einem hungernden Analphabeten - die Welt zählt nahezu eine Milliarde Hungernde und Analphabeten - die Pressefreiheit?

Es gibt das Menschenrecht auf ein Leben in Frieden, wie es von der Schlußakte maßgeblich mitgeformt wird. Frieden und deshalb Abrüstung sind nicht nur Gebot dieses Menschenrechts, sondern auch der elementare Weg zur Menschenrechtsverwirklichung im Sinne der Schlußakte. Ich verstehe die Diskussion hier so, daß die Herausforderung von Helsinki auch für das Gebiet der Menschenrechtsverwirklichung für uns alle gilt und an uns alle gerichtet bleibt.

Stürmer

Da die Frage der Menschenrechte zwischen uns leider offenbar kontrovers ist, geht es darum, sie auf das Wesentliche einzugrenzen. Dabei kann man die drei Körbe von Helsinki nicht in der Weise trennen, daß man in dem einen Korb alle Substanz findet und in den beiden anderen überhaupt keine. Man kann auch nicht den Prozeß als solchen so hoch bewerten, daß er sich nur noch als Prozeß fortbewegt, aber Grundlagen und Inhalt der Ausgangsposition keine Berücksichtigung mehr finden.

Ohne in eine Debatte über Marx eintreten zu wollen, wird man doch sagen müssen, daß auch Marx und Engels ohne die Menschenrechtskonzeptionen älterer christlicher Prägung, der Amerikanischen Revolution, der Französischen Revolution und der 48er Revolution in Deutschland nicht denkbar sind. Marx geht auf etwas zurück, was heutzutage sehr modern ist. Der berühmte Schrei der Anhänger Babeufs: "Was nützen uns die Menschenrechte, wenn der Brotpreis steigt?" bildete den Kern der Marxschen Kritik an der bürgerlich-liberalen Menschenrechtsvorstellung von 1789. Darauf bezieht sich aber nicht nur die heutige östliche Menschenrechtskonzeption, sondern gleichermaßen auch die westliche: nur zieht sie reformistische und nicht gewalttätige Folgerungen.

Im Westen haben wir die Antwort auf diese Herausforderung mit unserem Sozialstaat gegeben. Auf den groben Klotz, den Herr Poppe hier hereingewuchtet hat, könnte man den groben Keil setzen und fragen, warum denn, wenn die Arbeit im Osten so schön und die Arbeitslosigkeit im Westen so schlimm ist, die Kommunisten auf die Mauer nicht verzichten, die mitten durch Deutschland geht? Mancher im Osten könnte sich ja geradezu fragen, was denn angenehmer sei, im Westen arbeitslos sein oder anderswo eine Arbeit haben.

Weiter hat Herr Poppe die Koalitions- und Versammlungsfreiheit als einen Kernbestandteil der Menschenrechtskonzeption genannt. Das kann ich nur loben - und die Frage stellen: Was ist denn aus ihr geworden im "real existierenden Sozialismus"?

Bei der Debatte über die Konzeption der Menschenrechte geht es im Kern um das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Darüber hinaus geht es dann nicht nur um die Frage der Menschenrechte, so wichtig sie bleibt, sondern im zwischenstaatlichen Bereich auch um die Frage der Glaubwürdigkeit, der Berechenbarkeit, der moralischen Kreditwürdigkeit. Hier zeigt sich der direkte Zusammenhang von Korb 3 zu den Körben 1 und 2.

Wenn man den KSZE-Prozeß als einen sich lang fristigentwickelnden Prozeß sieht, hat er zweifellos Wert im Ost-West-Verhältnis. Er ist in seiner Bedeutung aber auch im West-West-Verhältnis und ebenso im Ost-Ost-Verhältnis nicht zu unterschätzen. Vertrauensbildung aber ist mehr als das, was wir in Stockholm zu erreichen versuchen, so wichtig es ist. Vertrauensbildung, die diesen Namen verdient, zielt langfristig auf die innere Friedlichkeit und Legitimität einer Gesellschaft ab und damit auf ihre äußere Berechenbarkeit. Da aber hat das Sowjetimperium noch einen weiten Weg vor sich.

Der KSZE-Prozeß braucht sicher keine Erweiterung durch die großen sicherheitspolitischen Fragen, die schon zwischen den Weltmächten schwierig genug sind und ihn über die Maßen belasten müßten. Es muß aber nach wie vor unser starkes Interesse sein, über den Rahmen der Stockholmer Konferenz hinaus die Frage der Euroraketen der Sowjetunion immer wieder auf den Tisch zu bringen. Dieses Thema beschäftigt uns seit Mitte der siebziger Jahre. Vieles, was in Helsinki schon erreicht schien, ist dadurch in der Tat wieder in Frage gestellt worden.

Schmidt

Was die Frage Marx und die Menschenrechte betrifft, so nehme ich gern zur Kenntnis, Herr Stürmer, daß sich die westlichen Länder, vor allem im Hinblick auf soziale Rechte, ebenfalls auf Marx beziehen, etwa in der Frage der Existenzsicherung. Ich zweifle jedoch, ob Sie Ihre leichthin gemachte Bemerkung "lieber im Westen arbeitslos als anderswo Arbeit haben" in einer Diskussion mit Arbeitslosen Ihres Landes in der Form vertreten könnten.

Rovan

Wenn ich Herrn Poppe recht verstanden habe, hat er eine Kontinuität zwischen den Menschenrechten der Amerikanischen und Französischen Revolution und denen der russischen Oktoberrevolution hergestellt. Die letztere vollendete in seinen Augen gewissermaßen das, was die beiden anderen großen Bewegungen in die Wege geleitet haben. Ich könnte mich mit solchen Vorstellungen durchaus befreunden. Ob die neuen, kollektiven Menschenrechte in den sozialistischen Staaten besser verwirklicht sind als bei uns, das muß allerdings dahingestellt bleiben. Aber es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die politischen Menschenrechte der Amerikanischen und der Französischen Revolution, die wir in schweren und blutigen Kämpfen im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts bei uns weiterentwickelt haben, auf der anderen Seite gegenwärtig nicht in dem Maße vorhanden sind, wie wir es wünschen. Mit anderen Worten, klar gesagt: Sie werden den Einwohnern der Sowjetunion und der anderen kommunistisch regierten Staaten Osteuropas verweigert.

Wir können uns also fragen, ob die Schwierigkeit, uns zu verständigen, nicht zumindest theoretisch so gelöst werden könnte, daß wir gegenseitig anerkennen, die eine Bewegung ist ohne die andere unvollkommen. Das gilt aber für beide Seiten. Ein Fortschritt auf dem einen Wege, zum Beispiel dem der neuen kollektiven Menschenrechte, würde dann nicht ohne die weitgehende weitere Verwirklichung der anderen, der individuellen, persönlichen Rechte möglich sein. Niemand könnte also sagen, wir machen erst das eine und dann das andere.

Die Debatte über die Menschenrechte hat aber zweifellos eine tiefgreifende philosophische, ideologische, ich würde sogar sagen: metaphysische Grundlage. Wir müssen uns dabei mit den beiden vorherrschenden Richtungen auseinandersetzen. Ich sehe seit jeher im Marxismus einen Widerspruch zwischen seinen emanzipatorischen und seinen gnostisch-chilastischen Aspekten. Letztere lassen die Verwirklichung des Sozialismus als das Ende der bisherigen Geschichte erscheinen und in die Vorstellung einmünden, ein neuer Mensch sei machbar. Dort liegt für mich der eigentliche Kern der Debatte.

Wenn ein neuer Mensch, wie er ja in vielen Texten am Beginn der "großen sowjetischen Revolution" erscheint, sozusagen mit einer letzten, endgültigen Anstrengung herstellbar wäre, dann müßten in der Tat auch alle Mittel erlaubt sein, um dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. Dann müßten etwaige individuelle und kollektive Widerstände mit allen Mitteln gebrochen werden. Ein Andersdenkender oder ein Dissident erscheint dann bestenfalls als ein armer Irrer, der psychiatrisch zu behandeln ist.

Demgegenüber vertrete ich, und vielleicht auch einige andere in dieser Runde, eine Vorstellung vom Menschen als Gottesgeschöpf, dessen Essenz aus einer dialektischen Verbindung seiner ewigen Natur und der permanenten Veränderung in der Geschichte besteht. Das bedeutet, daß die Spannung zwischen Herrschaft und Person, zwischen Gewalt und Protest zur Essenz dieses Menschseins gehört. Die Ansprüche, die Rechte des Staates, die Rechte der Gesellschaft und die Rechte des einzelnen sind dann immer wieder in Auseinandersetzungen und Konflikten auszutragen.

Ich habe bei dem Konzept, das Herr Poppe vorgetragen hat, den Eindruck gewonnen, daß für ihn in der sozialistischen Gesellschaft offenbar keine Funktion mehr für Antigone besteht, weil es keinen Kreon geben kann. Ich meine aber, daß in allen Gesellschaften die Entartung der Macht droht, und ich sehe es deshalb als unsere geistige Aufgabe an, immer wieder auf der Seite der Antigone zu stehen; auch in unseren demokratischen, aber ganz besonders in den "sozialistischen" Staaten, das heißt in den Staaten, in denen die kommunistische Partei eine Alleinherrschaft ausübt.

Weidenfeld

Wie lassen sich die Systemdifferenzen konstruktiv austragen? Gegenwärtig haben wir die Situation, daß es zwei Parteien mit einem gegensätzlichen Selbstverständnis in diesem Konflikt gibt - Herr Poppe hat das ja sehr anschaulich gemacht. Es wäre aber sicher unhistorisch, davon auszugehen, daß es auf Dauer immer bei diesen beiden Parteien bleiben muß.

Zu Herrn Poppe möchte ich nur sagen, daß ich sein kollektivistisches Konzept nicht teile. Warum versucht er, anderen vorzuschreiben, wie sie die Menschenrechte aufzufassen haben? Ich bin ein Anhänger der subjektiven Komponente in der Politik. Ich würde es gern der Selbstbestimmung überlassen, die angemessene Interpretation der Menschenrechte zu wählen, zu artikulieren und seitens des Staates Freizügigkeit bei der Realisierung einzuräumen. Dann brauchte man keine Theorie der Menschenrechte. In Westeuropa wurde ja diese Möglichkeit zur subjektiven Realisierung der Menschenrechte eingeräumt, auch indem man Freizügigkeit zwischen Staaten ermöglichte, die früher einmal Krieg gegeneinander geführt haben.

Solange es in diesem Konflikt zwischen Ost und West zwei Parteien mit einem gegensätzlichen Selbstverständnis gibt, stellt sich die Frage, was uns an konstruktiven Möglichkeiten bleibt. Im Grunde nicht mehr, als diesen Konflikt in der Schwebe zu halten und kleine Felder ausfindig zu machen, auf denen man eine konstruktive Konfliktregelung vornehmen kann, also eine Regelung, bei der beide Seiten glauben, einen Vorteil zu erzielen und Versuche zu unternehmen, den Konflikt zu entdramatisieren.

Dort, wo es gelingt, den Konflikt zu entdramatisieren, wird der Blick für zusätzliche Probleme geschärft. Ich erwarte eine solche Entdramatisierung als Konsequenz des Genfer Gipfels, so daß man in Ost und West wieder auf andere Themen verwiesen wird. Ein Beispiel: Die Bindewirkung und der Erklärungswert von Ideologien schwindet im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß. Daraus ergibt sich in Mittel- und Osteuropa ein zusätzlicher Orientierungsbedarf.

In Westeuropa wird sich die Frage der Akzeptanz von Sicherheitspolitik nachhaltiger stellen. Die Form der gesellschaftlich tiefgreifenden Diskussion, wie wir sie im Umfeld des NATO-Doppelbeschlusses geführt haben, wird sich bei den großen Grundsatzfragen der Sicherheitspolitik wiederholen, die sich dann intensivieren, wenn die Entdramatisierung des Ost-West-Konfliktes offenkundig wird. Gerade im Kontext von Akzeptanzfragen wird eine Reduzierung der Diskussion auf waffentechnische Komponenten des Rüstungskontrollproblems immer kurzsichtiger und immer weniger erfolversprechend. Auch von daher wird die KSZE und der vielschichtige Reflexionsprozeß, der sich im Umfeld solcher Foren einstellt, seine besondere Bedeutung behalten und möglicherweise noch steigern.

Dann hat Ralf Dahrendorf gefragt: Ist Helsinki der geeignete Raum für Rüstungskontrollüberlegungen? Die Frage nach der Sicherheit ist ein so vielschichtiges Thema mit militärischen, kulturellen, sozialpsychologischen und ökonomischen Faktoren, daß man dafür auch ein vielseitiges Instrumentarium, das heißt vielfältige und unterschiedlich zugeschnittene Foren und Institutionen benötigt. Von daher hat der Ost-West-Konflikt in den letzten Jahren zu einem sehr differenzierten Instrumentarium gefunden, wobei jedes Instrument seinen spezifischen Ort und seinen spezifischen Wert hat.

Eine Rüstungskontrollpolitik, die nur mit zahlenmäßigen Vergleichen von Waffengattungen arbeiten würde, könnte kaum erfolgreich sein, wenn sie nicht zugleich die komplizierten Fragen des kulturellen und des sozialpsychologischen Umfeldes mit in die Überlegungen einbauen würde. Ich sehe deshalb den spezifischen Wert des KSZE-Forums darin, auf dieser Ebene ein Feld wechselseitiger und differenzierterer Wahrnehmungen zu eröffnen.

Ist vor diesem Hintergrund Helsinki vor allem ein Instrument für die kleinen Staaten? Zweifellos ist es eindrucksvoll festzustellen, wie gerade die kleinen Staaten unter außerordentlich schwierigen politischen Rahmenbedingungen dieses Forum nutzen, zumal ihr Status hier ja nicht davon abhängig

ist, inwieweit sie vorher von der Führungsmacht konsultiert und nachher über Ergebnisse informiert werden.

Aber eine Reduzierung auf dieses wichtige Phänomen des KSZE-Prozesses würde übersehen, daß es gerade auch für die Weltmächte notwendig ist, sich einem dauernden Lernprozeß zu unterziehen. Die Fixierung der Weltmächte auf die Weltmachtperspektive führt doch dazu, daß sie bestimmte Nuancierungen und Schattierungen der politischen Landkarte in ihren Überlegungen gar nicht mit berücksichtigen. Die KSZE bietet also eine Möglichkeit, die Weltmächte in diesen Lernprozeß mit einzubeziehen.

Eickhoff

Was die unterschiedlichen westlichen und östlichen Auffassungen der Menschenrechte angeht, möchte ich vor dem Mißverständnis warnen, daß wir im Westen die bürgerlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte nicht ernst nehmen. Die große Mehrheit der Teilnehmerstaaten der KSZE hat die beiden UN-Pakte, die diese Menschenrechte betreffen, unterzeichnet und ratifiziert. Wir halten diese Verpflichtungen für gültig und bekennen uns zu ihnen.

Was Ost und West in diesem Punkt unterscheidet, ist allein die Frage der Rangfolge. Wir sind der Ansicht, daß die Menschenrechte, die in den entsprechenden Codices der Verfassungen der meisten europäischen und nordamerikanischen Staaten seit Jahrzehnten zu finden sind, nämlich die persönliche Integrität des einzelnen, der Schutz des einzelnen zum Beispiel vor willkürlicher Verhaftung und vor entwürdigender Behandlung, einen besonderen Rang auch deswegen genießen, weil sie vor einem Richter eingeklagt werden können. Das ist bei einer Reihe von Rechten, wie sie in den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen umschrieben sind, entweder nicht möglich oder nur sehr schwer zu erreichen.

Herr Weidenfeld hat darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, bei der praktischen Anwendung der Menschenrechte die subjektiven Interessen des einzelnen in den Vordergrund zu stellen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß uns da entgegengehalten wird: Wie steht es bei euch mit dem Recht auf Arbeit angesichts der Arbeitslosigkeit in den westlichen Ländern? Wie ist das in Übereinstimmung zu bringen mit den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen, zu denen ihr euch bekennt und in denen ausdrücklich das Recht auf Arbeit aufgeführt ist? Die westlichen Staaten haben hier eine Güterabwägung vorgenommen; sie wollen die großen Einschränkungen der persönlichen Entscheidungsfreiheit, die mit einer vollen Regulierung des Arbeitsmarktes verbunden wären, nicht in Kauf nehmen. Der einzelne soll die Möglichkeit der freien Entscheidung im Berufsleben behalten. Dafür bieten wir ihm die sozialen Sicherungen an, die ihm auch als Arbeitslosen einen der Menschenwürde entsprechenden Lebensstandard erhalten.

Zudem tauchen in der weltweiten Erörterung über die Entwicklung der Menschenrechte neue Verpflichtungen auf: beispielsweise das Recht auf ein Leben in Frieden, das Recht auf Entwicklung, also Ansprüche, die - etwa unter dem Aspekt: Wer soll Adressat solcher Rechte sein? - noch schwerer zu fassen sind. An welches Gericht soll sich der Bürger eines unterentwickelten Landes wenden, wenn er für sein Land die Verwirklichung des Rechtes auf Entwicklung fordert? Wir befürchten also, daß eine Flut von immer neuen menschenrechtlichen Verpflichtungen in der Staatengemeinschaft festgeschrieben wird und dabei die primären Rechte des einzelnen, seine menschliche Würde, sein Recht auf persönliche Unversehrtheit und Schutz vor Willkür allmählich verwischt und nicht mehr effektiv verfolgt werden können.

Ich möchte aber deutlich zum Ausdruck bringen, damit es hier kein Mißverständnis gibt, daß alle Teilnehmerstaaten der KSZE in Ost und West die Inhalte der bürgerlichen und zivilen, der kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechte als gültig anerkennen.

Noch ein Wort zur Rolle der KSZE im Abrüstungsbereich. Wir sehen die Verhandlungen in Stockholm durchaus im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Genf und in Wien. Für uns Europäer, speziell für uns Mitteleuropäer, ist die konventionelle Rüstung ein außerordentlich empfindlicher Punkt. Es geht uns darum, in der jetzigen Verhandlungsphase Bedingungen zu schaffen, unter denen die militärischen Entwicklungen in Europa durchsichtiger und berechenbarer werden, und zwar auf allen Ebenen und in allen Bereichen.

Ich habe schon erwähnt, daß Fragen der Sicherheit nicht nur die tatsächlichen Verhältnisse zwischen militärischen Potentialen betreffen, sondern ganz wesentlich die Auffassung, die über solche Verhältnisse bei den Betroffenen bestehen. Man wird unser großes Interesse an den Verhandlungen in Stockholm und in Wien dann würdigen können, wenn man versteht, wie empfindlich die westlichen Länder, die in Mitteleuropa der Trennlinie zwischen den Bündnissen am nächsten stehen, auf das

Mißverhältnis reagieren, das wir im konventionellen Bereich feststellen müssen. Das gilt besonders für die Bundesrepublik, wo dieses Mißverhältnis zu unseren Ungunsten in unserer Beurteilung der militärischen Lage eine gewichtige Rolle spielt. Deshalb ist uns so sehr an Durchsichtigkeit, Berechenbarkeit, verlässlicher Information über die militärischen Potentiale in Europa gelegen.

Terechow

Die Erklärungen von Herrn Eickhoff zum Thema Menschenrechte überzeugen uns nicht ganz, weil man ja wohl kaum annehmen kann, daß diese Rechte auf Arbeit und Leben nur abstrakte Rechte sind, die nicht für den Einzelfall gelten. Ich kann mir kaum vorstellen, daß ein normaler Arbeitsloser so glücklich darüber ist, ein Almosen in Form der Sozialhilfe zu erhalten, ohne sein Leben lang einen Anspruch auf einen festen Arbeitsplatz zu haben. Man könnte hier die Frage stellen, wie es um diese Rechte bestellt ist.

Sommer

Ich bin für Rüstungsbegrenzung und für Abrüstung, aber nicht aus dem Grunde, der hier immer wieder genannt wird, etwa von Herrn Schmidt, den man auch nachlesen kann in Erklärungen des Warschauer Paktes aus der jüngsten Zeit und in Reden von Michail Gorbatschow, die Kriegsgefahr in Europa sei noch nie so groß gewesen wie heute. Ich halte dies für eine unbewiesene These. Mir scheint die Situation in Europa in den letzten Jahren bei aller verbalen Kontroverse durch pragmatisches friedliches Verhalten im Alltag gekennzeichnet zu sein.

Ich bin für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, weil ich es für Wahnwitz halte, daß wir in den Arsenalen immer mehr Waffen anhäufen, die uns immer mehr kosten und uns im Endeffekt immer weniger Sicherheit bringen. Von daher rührt auch meine persönliche Skepsis gegen SDI, ein Thema, das hier erstaunlicherweise kaum erwähnt worden ist, auch von östlicher Seite nicht.

Herr Poppe meinte: Was nützt schon einem hungernden Analphabeten die Pressefreiheit? Herr Poppe, natürlich müssen wir ihm helfen, seinen Hunger zu stillen und zugleich versuchen, ihm Lesen und Schreiben beizubringen. Aber es ist zynisch zu glauben, man könne die Pressefreiheit aufheben, weil jemand hungert. Ich möchte im Gegenteil sagen: Die Pressefreiheit nützt dem hungernden Analphabeten, weil sie eine öffentliche Diskussion darüber ermöglicht, wie ihm geholfen werden kann. Für mich wird Politik überhaupt durch Pressefreiheit, durch Meinungsfreiheit, durch demokratische Diskussion definiert, und sie kann dadurch auch korrigiert werden. Dieser Punkt berührt nicht nur mein journalistisches Eigeninteresse, sondern hier zeigt sich wirklich ein tiefer Gegensatz im Denken zwischen Ost und West.

Abgesehen davon, Herr Poppe, wenn Ihnen die Entwicklungspolitik so sehr am Herzen liegt, darf man ja auch fragen: Warum überlassen Sie sie weithin den kapitalistischen Staaten, anstatt auch selber dafür etwas zu leisten?

Herr Schmidt sprach die politische Dimension des Sicherheitsbegriffes an. Dazu möchte ich doch fragen: Wodurch ist denn der Friede in den vergangenen 35 oder 40 Jahren in Europa gefährdet gewesen? Zweimal durch sowjetische Versuche, den Status quo brachial zu verändern, 1948/49 und 1958/62, beide Male in Berlin. Sonst ist der Friede in Europa immer nur dadurch gefährdet worden, daß sich die Bevölkerungen in den osteuropäischen Ländern auflehnten gegen den Mangel an Freiheit oder gegen eine Auslegung der Menschenrechte, wie sie die dortigen Regime den Völkern zu oktroyieren versuchten - ohne Erfolg.

Man könnte die Geschichte Osteuropas seit 1945 geradezu als eine Geschichte der Freiheitsaufstände schreiben, beginnend 1953 in Berlin, sich fortsetzend 1956 in Ungarn und Polen. Im Jahre 1965 gab es sogar in Bulgarien Aufstände, die Anlaß waren, sowjetische Truppen einzuflieden. Es folgten die Ereignisse 1968 in der Tschechoslowakei und 1980 in Polen. Hier besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Sicherheit und Menschenrechten. Die größte Gefahr für den Frieden und damit auch für die Entspannung in Europa ergibt sich aus den Erschütterungen innerhalb der osteuropäischen Länder und nicht - in diesem Punkt weiche ich von einigen meiner westdeutschen Freunde ab - in der Stationierung von SS 20 oder von Pershings.

Mir scheint also, Wandel zu schaffen in Europa im Sinne von Öffnung, von Lockerung, ist auch eine Frage des Friedens, nicht nur eine Frage der Menschenrechte, die man unterschiedlich auslegen kann.

Herr Dahrendorf fragte dann, welche Vision von welchem Europa der Zukunft wir eigentlich haben? Meine Vision von Europa heißt nicht Anschluß - um es ganz klar zu sagen;- , weder im deutsch-deutschen noch im westeuropäisch-osteuropäischen Verhältnis. Mir geht es darum, daß sich in beiden

Teilen unseres Kontinents Pluralität und Vielfarbigkeit verbreiten können; daß es Offenheit und Freizügigkeit gibt; daß die Kontakte entdramatisiert werden; daß es eine Art von Vernetzung zwischen unseren Gesellschaften gibt.

Damit stellt sich das Problem der Balance. Wieviel Wandel ist jeweils erträglich, wie vielen Wandels bedarf es, um die Dinge zu verändern, ohne sie zu destabilisieren? Das bleibt im Einzelfalle zu entscheiden. Aber nur diese Art von Offenheit zwischen den Ländern beider Hälften Europas - ich würde hinzufügen: auch innerhalb Osteuropas; denn Stacheldraht und ähnliche Dinge an den Grenzen gibt es seltsamerweise auch zwischen sozialistischen, nicht nur zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern; nur diese Art von Freiheit, nur diese Überwindung der Selbstabschottung kann letztlich zu einem Europa führen, in dem wir uns alle selbstverständlicher bewegen und sicherer und freier fühlen dürfen. Dieses zu bewerkstelligen, wird die Agenda der nächsten 15 Jahre sein.

Poppe

Ich möchte kurz auf einige Beiträge eingehen, die mir bei aller Gegensätzlichkeit unserer Positionen auch ein wenig Hoffnung gemacht haben. Offenbar vollzieht sich auch bei Ihnen allmählich ein Wandel, wenn ich etwa an die in Rom abgeschlossene Sozialcharta denke, die bisher in Ihrer Literatur und Öffentlichkeit erst sehr verschämt behandelt wird und die ja die sozialökonomischen und die kulturellen Grundrechte zum Gegenstand hat.

Ich bin Herrn Eickhoff in diesem Zusammenhang dankbar für seine ausgewogene Betrachtungsweise. Die nächsten Jahre werden zeigen, in welchem Umfang die sozioökonomischen und kulturellen Rechte bei Ihnen materialisiert werden. Gegenwärtig habe ich eher den Eindruck, daß das von Ihnen erwähnte Sozialnetz durchlässiger wird, so daß die soziale Sicherung als Gegenpol zu den angeblich rangniedereren sozialökonomischen Rechten für eine große Anzahl von Werktätigen zunehmend problematischer wird. Es werden also die Taten beweisen müssen, wie ernst solche Dinge gemeint sind.

Herrn Weidenfeld möchte ich sagen: Es klingt natürlich sehr freiheitlich, wenn Sie sagen: Lassen wir doch jeden seine Menschenrechte so interpretieren, wie es ihm subjektiv angemessen erscheint. Ich möchte nur daran erinnern, daß die faschistische Partei und Hitler letztlich unter Ausnutzung der Menschenrechte der Weimarer Verfassung zur Macht gekommen sind. Wir meinen, daß bestimmte verfassungsmäßige Begrenzungen unabdingbar sind. Denken Sie auch an die Postulate der Vereinten Nationen, daß Meinungs- und Informationsfreiheit nicht zur Propagierung von Rassenhaß, von Faschismus und Krieg dienen dürfen. Ich bin also skeptisch, unter der Prämisse der Freiheit gleichsam jenen die Freiheit einzuräumen, die sie vernichten wollen. Ich unterstelle das Herrn Weidenfeld natürlich in keiner Weise, aber über Ihre These wird man diskutieren müssen.

Mit Herrn Sommer gehe ich insofern konform, als ich ihm konzedere: Wenn für den hungernden Analphabeten die Pressefreiheit eine Chance bieten würde, wirklich etwas im Sinne einer besseren materiellen Sicherung zu verändern, so bin ich, wie sonst auch, durchaus ein Anhänger der Pressefreiheit. Unter dem Eindruck eines Afrikaaufenthaltes in diesem Jahr muß ich aber sagen: Wenn dort nicht die materiellen, die sozioökonomischen Rechte besser verwirklicht werden, ist das Heil sicher nicht allein in den politischen Rechten zu finden. Herr Sommer hat meine Bemerkung zur Pressefreiheit hungernder Analphabeten zynisch genannt. Zynisch ist meines Erachtens die koloniale und neokoloniale Politik westlicher Industriestaaten und der sogenannten Multis zu nennen, die aus Profitgier bis heute Hunger, Analphabetentum, Rassismus und Unterentwicklung verschulden.

In seiner historischen Reminiszenz zu den letzten 40 Friedensjahren in Europa schien mir Herr Sommer einem antikommunistischen Klischee zu folgen, das ließ den aus der "Zeit" oft zu verspürenden Geist der Entspannung leider vermissen. Im übrigen enthält dieses Klischee so viele - milde ausgedrückt - Ungereimtheiten, daß eine ernsthafte und subtile Erwiderung den Rahmen dieser Diskussion thematisch und zeitlich überschreiten müßte.

Natürlich hat uns Marx bedeutet, Herr Rovon, daß wir die großen Errungenschaften des bürgerlichen Zeitalters für uns in Anspruch nehmen und einführen sollten. Ich stimme Ihnen auch zu, wenn Sie meinen, weder die eine noch die andere Seite dürfe verabsolutiert werden, beide müssen zusammengehen. Ich habe vorhin die von den Vereinten Nationen vertretene Position der Einheit aller Arten von Menschenrechten zitiert. Ich bin kein Anhänger von Diskussionen, die gewissermaßen eine Rangfolge der Menschenrechte postulieren. Darin sehe ich nur Interpretationen aus der jeweiligen gesellschaftlichen Zweckmäßigkeit heraus. Für den Menschen selbst sind alle Grundrechte in gleichem Maße unverzichtbar, wenn er seine Persönlichkeit entwickeln können soll.

Es ist ein Mißverständnis, den Marxisten unterstellen zu wollen, sie seien Vertreter kollektiver Menschenrechte, wenn sie von den sozioökonomischen und kulturellen Rechten sprechen. Wir sehen darin auf das Subjekt bezogene individuelle Rechte, aus denen sich für den einzelnen rechtliche Ansprüche gegenüber dem Staat ableiten. Wir sehen beispielsweise das Recht auf Arbeit nicht als bloßes kollektives Recht an, sondern als einen rechtlichen Anspruch des einzelnen.

Was die metaphysische Grundlage der Menschenrechte angeht, so respektiere ich Ihre Überzeugung, Herr Rován. Aber nach unserer Auffassung sind Grund- und Menschenrechte mit handfesten Interessenkonstellationen verbunden, die sowohl ökonomisch wie politisch bedingt sind. Für uns sind diese Interessen Teil des Inhaltes dieser Rechte. Das hat uns die Entwicklung der Arbeiterbewegung gelehrt.

Marx hat zudem deutlich gemacht, daß auch das Bürgertum den Gleichheitsgrundsatz mit seinem materiellen Interesse verband. Marx ging es darum, den Lohnarbeiter endlich zu einem gleichberechtigten Partner beim Vertragsabschluß zu machen. Ich wende mich also nicht gegen die ideellen Grundlagen der Menschenrechte. Aber sie stellen nur die eine Seite dar. Die andere Seite bildet die soziale Interessenlage des jeweils Betroffenen.

Bogdanow

Zu Herrn Sommer möchte ich sagen: Wie sieht die Welt aus, in der wir heute leben? Wir meinen, es besteht wirklich die Gefahr eines Krieges. Das ist keine Einbildung und entspringt nicht irgendeiner propagandistischen Panikmache. Wir sind davon überzeugt, daß die Spannungen gewachsen sind und uns an den Rand einer weltweiten Katastrophe gebracht haben. Und wenn Herr Sommer meint, daß man diese Gefahr hier nicht spürt, so kann ich Westeuropa nur beneiden. Wir in der Sowjetunion sehen diese Gefahr, die in den letzten sechs Jahren dramatisch zugenommen hat.

Warum spüren wir in der Sowjetunion diese Gefahr stärker als vielleicht Sie in Westeuropa? Ich darf Sie daran erinnern - vielleicht ist es dem einen oder dem anderen nicht angenehm, das zu hören;- , daß die Sowjetunion in den letzten sechzig Jahren zweimal das Objekt westlicher Aggression gewesen ist, während der Westen im gleichen Zeitraum niemals Objekt östlicher Aggression war. Wir waren Objekt der Aggression. Das ist gleichsam zu einem genetischen Code bei uns geworden, daß sich alles, was hier geschieht, in unserer Wahrnehmung gewissermaßen potenziert. Sie sollten verstehen, daß unser Verhalten historische Gründe hat. Wahrscheinlich sind die Westeuropäer deshalb so ruhig, weil sie zu keiner Zeit Objekt einer Aggression seitens der Sowjetunion waren.

Wenn man dies weiter analysiert, was auf militärischem Gebiet geschieht und wie das militärische Gleichgewicht beschaffen ist, so ist festzustellen, daß wir mehr als gewichtige Gründe dafür haben, aufmerksam zu verfolgen, was in der Welt vor sich geht. Das eigentliche Problem liegt darin, daß das Gleichgewicht, wie wir es auffassen, von den Vereinigten Staaten nicht als stabiles Phänomen angesehen wird, sondern als eine Atempause, um eine militärische Überlegenheit zu erreichen. Darin besteht die Hauptdifferenz zwischen uns und den Vereinigten Staaten. Das ist auch der Grund, warum sich die Beziehungen zu den USA verschärft haben. Es wäre gut, wenn Sie das alles realistischer einschätzen würden.

Sicher hat jeder den Gedanken schon einmal durchgespielt: Wo ist die Katastrophe möglich? In welchen Gebieten der Welt ist sie realer? Sind Sie nicht der Meinung, daß Westeuropa die Region ist, in der die Katastrophe im wahrsten Sinne des Wortes am ehesten möglich ist? Obwohl ich auch andere Szenarios kenne, die eher den Nahen Osten oder die dritte Welt betreffen. Aber glauben Sie denn wirklich, daß eine Katastrophe, die in der dritten Welt passiert, nicht innerhalb weniger Stunden auf Westeuropa übergreifen wird - mit allen furchtbaren Auswirkungen für beide Seiten, für den Osten wie für den Westen? Die Analyse wird hinterher keinerlei Bedeutung mehr haben; denn es wird niemanden mehr geben, der in der Lage ist, die Geschichte dieser Katastrophe zu schreiben.

Noch eine Bemerkung zu Herrn Sommer. Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, als ich Ihnen aufmerksam zuhörte, hatte ich den Eindruck, daß ich alles, was Sie über Osteuropa und die Sowjetunion gesagt haben, schon einmal fast wortwörtlich von Leuten gehört habe, deren Namen ich jetzt nicht nennen will. Dem Sinne nach haben Sie erklärt: Solange die Sowjetunion ihren inneren Aufbau, ihre Gesellschaftsordnung nicht ändert, wird die Kriegsgefahr bestehenbleiben. Nicht der Rüstungswettlauf und auch nicht die Stationierung von Pershings und Cruise missiles sei der entscheidende Punkt, sondern daß die osteuropäischen Völker ihrer Freiheit beraubt seien. Von daher ist es dann nur noch ein Schritt zu sagen: Solange Sie nicht bereit sind, sich zu ändern - und ich versichere Ihnen, daß wir das nicht vorhaben;- , ist der Krieg unvermeidbar. Das ist die Philosophie dessen, was Sie, Herr Sommer, hier ausgeführt haben. Ich wäre froh, wenn ich Sie da falsch verstanden hätte.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Als ich Ihnen zuhörte, lief es mir kalt über den Rücken. Ich dachte, wenn unsere Nachbarn hier in der Bundesrepublik Deutschland - und wir sind Nachbarn - so denken, wie Sie es gerade dargelegt haben, steht es um unsere Situation schlecht, sehr schlecht.

Wir denken in anderen Kategorien und möchten hier, bei allem Respekt vor Ihrem Standpunkt und dem unserer westlichen Kollegen, unsere abweichenden Meinungen und Sorgen zum Ausdruck bringen, um deutlich zu machen, was Ihr Standpunkt bedeutet und was sich dahinter verbirgt. Manchmal mögen unsere Sorgen übertrieben sein. Vielleicht überbewerten wir teilweise die Gefahr, die uns von Ihnen droht. Aber das geht nun einmal auf unsere geschichtliche Erfahrung mit Ihnen zurück. Das ist leider das Schicksal meines Volkes; ich wünsche Ihnen so ein Schicksal nicht. Wir haben deshalb allen Grund, vorsichtig zu sein.

Solange sich bei Ihnen diese Denkweise nicht ändert, haben wir keinerlei Veranlassung, unseren Standpunkt zu überdenken. Das bedeutet keineswegs, daß wir mit Ihnen nicht normal leben könnten. Wir haben ja begonnen, normal miteinander zu leben, trotz allem Hin und Her in den vergangenen zehn Jahren seit Helsinki.

Wenn Helsinki hier von einigen so negativ bewertet wurde, möchte ich die Frage stellen: Wenn Helsinki nicht stattgefunden hätte, wenn es keine Verträge und Verpflichtungen geben würde, die Helsinki uns gebracht hat, wäre es dann in der schweren Zeit, die wir gemeinsam durchlebt haben, besser gelaufen? Sie wissen sicher, daß Helsinki großen Einfluß auf unsere inneren Angelegenheiten gehabt hat. Die Prinzipien von Helsinki sind in die Verfassung der Sowjetunion aufgenommen worden. Deshalb hielt ich es für nützlich, wenn wir alle etwas realistischer auf das blicken, was tatsächlich vor sich geht.

Kornblum

Ich finde diese Diskussion außerordentlich interessant, und mir scheint es keine Zeitverschwendung, daß wir uns auf diese Fragen konzentrieren, im Gegenteil. Die Diskussion hat deutlich gemacht, warum es bei der KSZE nicht mehr Fortschritte gegeben hat. Zugleich wird uns jedoch vor Augen geführt, daß es eine praktischere Vorgehensweise im Umgang mit der Schlußakte gibt.

Es wurde hier eine Reihe philosophischer Bemerkungen gemacht. Wie Sie wissen, sind wir Amerikaner keine so guten Philosophen; wir sind eher Praktiker, und uns gelingt es mitunter besser, praktisch an die Dinge heranzugehen. Ich möchte deshalb anregen, vielleicht im gewissen Widerspruch zu dem, was Herr Sommer gesagt hat, daß wir über unsere Erfahrungen mit der Schlußakte in den vergangenen zehn Jahren eigentlich recht zufrieden sein sollten. Den Grund dafür sehe ich darin - ob uns das nun bewußt ist oder nicht;-, daß wir in erheblichem Maße einen Nenner erreicht haben, der uns mit Hilfe der Schlußakte in die Lage versetzt hat, ein Stück voranzukommen. Das wird besonders deutlich, wenn man auf die Zeit vor 1975 zurückgeht. Die Schlußakte hat es uns erleichtert, solche Fragen politisch anzugehen, wie ich es nennen würde.

Was bedeutet das in der Praxis? Im "Wilden Westen" in Amerika hatten wir nicht viele Politiker. Wir hatten unser Schießseisen in der Tasche und haben die Probleme damit gelöst. In den Jahren nach 1945, insbesondere nach 1948, gab es auch in Europa kaum Politiker. Gott sei Dank wurde nicht mehr viel geschossen. Aber das war eigentlich nur Glück; es hätte sehr leicht geschehen können. Es gab nicht nur sehr wenige direkte Kontakte, es bestand auch kaum eine Möglichkeit, die unterschiedlichen Ansichten und Interessenstandpunkte auszutauschen, die, sofern der politische Prozeß gut läuft, zu einer Art von Konsens und zu einem pragmatischen Umgehen mit den Problemen führen kann.

Ich nehme einen Bereich, in dem ich persönlich gearbeitet habe als Beispiel, um Ihnen deutlich zu machen, was ich meine. Es handelt sich um Berlin. Herr Sommer hat zu Recht darauf hingewiesen, daß Berlin uns mehrmals fast an den Rand eines Krieges gebracht hat. Nach dem Bau der Mauer 1961 sind viele Vorschläge gemacht worden, wie man das sogenannte "Berlin-Problem" behandeln sollte. In Wahrheit gab es gar kein Berlin-Problem - auch heute gibt es keines. Was es gab, war ein europäisches Problem, das lediglich in Berlin seinen dramatischsten Ausdruck fand.

Wenn Sie sich heute die damaligen Lösungsvorschläge anschauen, so erscheinen diese uns völlig naiv. Aber damals wurden sie für ganz realistisch gehalten. Man sprach zum Beispiel von Autobahnbrücken durch die ganze DDR, so daß Berlin von der DDR hermetisch abgetrennt wäre. Man sprach von internationalen Kontrollbehörden, was zu dem gleichen Ergebnis geführt hätte. Vielleicht hat irgend jemand sogar an einen Tunnel gedacht.

Wie sind alle diese Vorschläge einzuschätzen? Es waren allesamt unpolitische Lösungsansätze. Sie gingen davon aus, daß das Berlin-Problem politisch nicht zu lösen sei; daß man keinen Weg finden

würde, West-Berlin, Ost-Berlin, die DDR, die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und alle, die sonst noch mit diesem Problem zu tun hatten, an einer politischen Lösung zu beteiligen. Der einzige Weg, so schien es, den Krieg um Berlin zu vermeiden, war, eine Glasglocke über Berlin zu stülpen und es von der DDR vollkommen abzuschließen.

Als ich meine Tätigkeit im auswärtigen Dienst begann, gab es im State Department Berge von Papieren, die solche Vorstellungen enthielten. Nur zehn Jahre später unterzeichneten wir das Viermächteabkommen. David Andersen und ich nahmen daran teil. Die Auseinandersetzung ging genau um Fragen wie: Würden Ost und West einer politischen Lösung zustimmen? Das war letztlich die Grundvoraussetzung dieser Verhandlung. Würde es zwischen den beiden deutschen Staaten Verhandlungen über geregelte Zugangswege nach Berlin geben? Würden die Sowjets bereit sein, auf die Frage der Zugangswege einzugehen? Tatsächlich ist es während der vergangenen zehn Jahre möglich geworden, sich auf politischer Ebene zu verständigen. Ergebnis der damaligen Verhandlungen war ein Abkommen im Jahre 1971, das seit nunmehr 15 Jahren Bestand hat. Es wird immer noch als eines der wichtigsten Abkommen zwischen Ost und West angesehen.

Damals hat man eine politische Lösung des Problems versucht, und ich vertrete die Auffassung, daß wir mit der KSZE etwas Ähnliches erreichen können. Das wird nicht so schnell gehen und sehr viel mehr Mühe und Frustration kosten. Anstelle eines kleinen Problems und fünf oder sechs beteiligten Parteien haben wir es hier mit der ganzen Frage der europäischen Teilung zu tun, mit dem, was ich den Bruch der europäischen Zivilisation nennen würde. Und es sind 35 Länder beteiligt, die sich zu überlegen versuchen, wie sie sich mit diesem sehr komplexen Problem befassen sollen. Aber auch hier geht es um eine hochpolitische Fragestellung.

Wir haben in unserem Gespräch nahezu einen ganzen Tag damit zugebracht, nur über ein einziges Thema zu sprechen, nämlich über die Frage des Wandels; nicht einmal darüber, wie dieser Wandel zu akzeptieren, sondern nur, wie er zu diskutieren ist und welches die Bestandteile der Veränderung sein sollen. Allein diese Tatsache zeigt, daß wir hier wirklich ein äußerst schwerwiegendes Problem angeschnitten haben, das uns wohl auch in den nächsten zehn Jahren weiter beschäftigen wird. Das ist aber kein Grund zur Frustration, und es ist auch kein Grund, mit Helsinki ungeduldig zu werden; denn wir stellen hier einen sehr breiten Rahmen her.

Was mein eigenes Land angeht, so bedaure ich natürlich - da teile ich die Besorgnis von David Anderson - das fehlende öffentliche Interesse an der KSZE in Amerika. Aber als ein Insider - ich war seinerzeit im State Department mit der Belgrader Konferenz von 1977 befaßt - muß ich sagen, daß ich über den Ausgang des Belgrader Treffens durchaus erfreut war. Wie Herr Burt eingangs sagte, ist es manchmal wichtiger, kein Ergebnis zu haben. Hätten sich die Vereinigten Staaten nicht so verhalten, wie sie es 1977 getan haben, nämlich die Frage der Menschenrechte mit Nachdruck vorzubringen, hätten wir vielleicht ein viel umfassenderes Schlußdokument gehabt, aber dieses Dokument wäre unehrlich gewesen. Es hätte die Leute irregeführt; denn es hätte nichts mit der amerikanischen Einstellung diesen Dingen gegenüber zu tun gehabt. Die Belgrader Konferenz ging also ganz in Ordnung, obgleich ich gerne zugebe, daß sie für mich selbst äußerst frustrierend war. Aber unser Verhalten spiegelte die damalige politische Lage in den Vereinigten Staaten sehr genau wider.

Auch die Madrider Konferenz machte viele der bestehenden politischen Probleme deutlich, aber es gelang - zum Teil durch die entschlossene Haltung der deutschen Seite;-, ein sehr gutes Schlußdokument zu erreichen. Das alles sind politische Ansätze.

Damit wende ich mich erneut der Frage zu: Was heißt Sicherheit? Die Sowjetunion hat dazu eine traditionelle Haltung, die uns hier deutlich vor Augen geführt worden ist. Eine Reaktion sei mir auf Herrn Bogdanow erlaubt. Wenn es tatsächlich die sowjetische Furcht vor einer Invasion durch europäische Staaten ist, die das erhöhte Sicherheitsbedürfnis bewirkt, dann sollten wir und die Sowjetunion die engsten Freunde sein. Denn die Vereinigten Staaten waren nicht nur ein enger Verbündeter der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, es ist sicher auch nicht übertrieben zu sagen: Wenn die Vereinigten Staaten der Sowjetunion damals nicht geholfen hätten, gäbe es heute möglicherweise gar keine Sowjetunion mehr. Wir haben also kein schlechtes Gewissen, wenn es darum geht, militärische Angelegenheiten mit der Sowjetunion zu behandeln. Wir wollen auch in keiner Weise die Sowjetunion bedrohen. Wir haben dazu keinen Grund.

Wir haben jedoch eine Weltsicht - und damit komme ich wieder auf die politische Frage zurück;-; die davon ausgeht, daß die Menschenrechte, die Bedingungen des menschlichen Lebens, letztlich der Frieden, am besten durch Offenheit erreicht und bewahrt werden. Jeder Versuch hingegen, das Individuum zu kontrollieren, führt direkt zum Konflikt und möglicherweise sogar zum Krieg. Diese Vision von Europa haben die Amerikaner seit 1945/46 gehabt. Sie lag auch dem Marshallplan zugrunde, der seitdem unter europäischen Intellektuellen ausgiebig diskutiert worden ist. Einige

Europäer waren überrascht, daß es auch ein eigenes amerikanisches Interesse am Marshallplan gegeben hat. Natürlich gab es das. Wir glauben, daß unseren Interessen am besten gedient wird, wenn wir ein System des offenen freien Handels und des gegenseitigen Austausches fördern.

Ich möchte daran erinnern, daß sich das ursprüngliche Angebot eines Marshallplans nicht nur an die westeuropäischen Länder richtete - damals gab es überhaupt noch nicht den Begriff Ost- und Westeuropa;-, sondern wir haben uns an ganz Europa gewandt, einschließlich der Sowjetunion. Es war die Sowjetunion, die Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen und Bulgarien untersagte, sich am Marshallplan zu beteiligen, nicht weil die Vereinigten Staaten einen Angriff planten, sondern weil der amerikanische "way of life" und der sowjetische Lebensstil grundverschieden waren. Das ist beklagenswert, aber es ist leider so.

Wenn wir uns davon frei machen wollen, was wir seit rund vierzig Jahren versuchen, müssen wir lernen, auf politischer Ebene miteinander umzugehen. Wir müssen lernen, eine solche Diskussion zu führen - das gilt auch für mein Land;-, und wir dürfen uns nicht dauernd darüber aufregen, was der eine über den anderen sagt. Wir gehen ja auch innerhalb eigener Systeme politisch miteinander um. Wir kennen die Sowjetunion gut genug, um zu wissen, daß es dort eine sehr komplexe und harte politische Diskussion gibt, wie sie auch in unserem Lande stattfindet. Wenn wir dazu in unseren eigenen Ländern fähig sind, sollten wir das auch miteinander können.

In diesem Zusammenhang ist Herrn Burts Hinweis auf die Hochtechnologie sehr wichtig. Denn im Jahre 1985 gibt es noch eine andere amerikanische Vision, die auf die Offenheit, den freien Austausch von Informationen und auf Technologie gegründet ist. Diese amerikanische Vision ist möglicherweise noch bedrohlicher für die Sowjetunion, als es die Vision von 1948 war. Denn die Hochtechnologie macht es, wie Herr Burt sagt, unmöglich, noch eine zentrale Kontrolle auszuüben, wie sie die Sowjetunion über ihre Menschen haben will. Wenn die östlichen Volkswirtschaften mit dem Westen mithalten wollen, werden sie eine Dezentralisierung zulassen müssen. Das ist keine politische Frage, sondern betrifft Überlegungen, die uns Naturwissenschaftler und Soziologen vortragen.

Ich will damit nicht sagen, daß wir einen solchen freien Austausch schon morgen oder übermorgen erreichen werden. Aber wir sollten froh darüber sein, daß es aufgrund der guten Beziehungen in den siebziger Jahren möglich war, die Schlußakte zustande zu bringen, weil sie genau einen Rahmen dafür bietet, was wir tun sollten. Zugleich müssen wir aber erkennen: Wenn wir uns nicht gegenseitig öffnen und diese Art von politischer Diskussion zulassen und uns beispielsweise über Fragen der Menschenrechte auseinandersetzen, wird sich auch in anderer Hinsicht nichts tun.

Ich kann sogar offiziell sagen, wir waren in den Wochen vor Genf darüber erfreut, daß die Sowjetunion anfang, einige Fälle vorzubringen, die sie als Menschenrechtsverletzungen in den Vereinigten Staaten ansah. Ich selbst hörte von unserem Außenminister, wie erfreut er darüber war. Wir sind bereit, uns auf diese Diskussion einzulassen; denn wir sind sicher, daß wir dabei gut aussehen werden und daß unsere Prinzipien so sind, wie wir glauben. Wenn die Diskussion aber weiterhin nach dem Motto abläuft: Laßt uns über bestimmte Prinzipien sprechen, die wir für wichtig halten, und über die anderen Dinge nicht, dann kann ich Ihnen schon jetzt sagen, daß die amerikanische Öffentlichkeit in wachsendem Maße frustriert sein wird.

Dann wird sich auch der Hinweis von David Anderson bestätigen, daß es den Amerikanern an Kenntnissen über die KSZE mangelt; denn in dem Falle wird Amerika sich nur für eine Frage interessieren, nämlich für die Menschenrechte. Wenn wir bei unseren Landsleuten in den Vereinigten Staaten die KSZE erwähnen, wissen sie häufig nicht, worüber wir reden; wenn wir aber von der Konferenz über Menschenrechte in Helsinki sprechen, wissen sie genau Bescheid. Nun, dies ist nicht unsere Schuld, und es ist auch nicht auf eine bössartige Strategie der US-Regierung zurückzuführen. Vielmehr hat die Art und Weise, wie die Sowjetunion und ihre Verbündeten mit der KSZE umgegangen sind, alles auf die Frage der Menschenrechte konzentriert.

Deshalb meine ich, wir können optimistisch sein, sofern wir die Schlußakte als das akzeptieren, was sie ist: ein Leitfadens für den politischen Austausch. Wenn wir sie in diesem Sinne benutzen, können wir durchaus eine Reihe von Fortschritten erreichen, die wir für notwendig halten.

Bogdanow

Mir ist seit langem bekannt, daß diese amerikanische Regierung überall als Retter auftritt. So hat Herr Kornblum gesagt, wären die Vereinigten Staaten nicht gewesen, gäbe es vielleicht keine Sowjetunion mehr. Nur zur historischen Richtigstellung: Die amerikanische Unterstützung an die Sowjetunion, die wir hochschätzen und nicht vergessen haben, umfaßte nur vier Prozent der gesamten sowjetischen Rüstungsproduktion. Über die Verluste an Menschen, die unser Land erlitten hat, will ich hier gar nicht

sprechen. Das sollen Herr Kornblum und die Mitglieder der amerikanischen Regierung mit ihrem eigenen Gewissen abmachen.

Wer hat die Spaltung Europas verursacht? Ich möchte Sie auf die Veröffentlichung der ersten beiden Bände einer Sammlung von Dokumenten über den Zweiten Weltkrieg, die in den Vereinigten Staaten bisher geheimgehalten wurden, aufmerksam machen. Darin sind Briefe von Botschafter Kennan, Walter Lippmann und vielen anderen bedeutenden Amerikanern abgedruckt, aus denen hervorgeht, daß die Teilung Europas auf die Vereinigten Staaten zurückgeht.

Dann zum Marshallplan. Die Sowjetunion wurde in der Tat eingeladen, sich daran zu beteiligen. Ich erinnere diejenigen, die es vergessen haben - vielleicht weiß Herr Kornblum es nicht; -, daran, daß im Jahre 1946 eine Delegation des amerikanischen Kongresses, angeführt von dem Vorsitzenden der Wirtschaftskommission, Moskau besuchte. Im Anschluß daran verfaßte sie für Präsident Truman eine Vorlage, in der es hieß, die Sowjetunion solle zur Beteiligung am Marshallplan eingeladen werden, wenn sie bereit sei, fünf Bedingungen zu akzeptieren. Welche Bedingungen waren das? Erstens: Änderung des sowjetischen Wahlsystems; zweitens: ungehinderter Zugang amerikanischer Filme, Zeitschriften und Zeitungen in die Sowjetunion; drittens: Befreiung aller sogenannten politischen Häftlinge; viertens: Zulassung amerikanischer Beobachter auf dem Territorium der Sowjetunion bei der Verteilung der Marshallplan-Gelder und fünftens: Bildung einer amerikanischen Verwaltung zur Realisierung des Marshallplans in der Sowjetunion. Auf dieser Basis sollte der Marshallplan in der Sowjetunion verwirklicht werden.

Terechow

Zu Herrn Sommer möchte ich nur sagen, daß die Kriegsgefahr, die das Ergebnis des Wettrüstens ist, fast immer von denjenigen negiert wird, die praktisch für die Fortsetzung des Wettrüstens eintreten. Wer dagegen diese Gefahr hervorhebt, sieht in der Regel die Notwendigkeit, die Aufrüstung zu stoppen und eine reale Abrüstung anzustreben. Insofern ist die Verneinung einer Kriegsgefahr meist gleichbedeutend mit einer Rechtfertigung des Wettrüstens. Das ist leider eine Tatsache.

Wenn man über die reale Situation in Europa spricht, können wir die Augen nicht davor verschließen, daß die zentrale Frage heute die Verhinderung eines Atomkrieges und einer Ausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum ist. Diese Probleme darf man nicht vernachlässigen, indem man andere in den Vordergrund rückt. Es muß klar sein, daß es nur dann gelingt, das gegenseitige Vertrauen zu festigen und die politische Atmosphäre zu normalisieren, wenn in diesen Kardinalfragen eine Übereinkunft erzielt wird. Dann kann man auch mit viel mehr Erfolg über wirtschaftliche, humanitäre und ökologische Probleme sprechen. Wenn wir es aber nicht schaffen, den Rüstungswettlauf zu stoppen, dürfte es auch kaum möglich sein, diese für die Entwicklung der Menschheit wichtigen Fragen zu lösen.

Ich möchte betonen, daß die Probleme der Sicherheit nicht nur die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten berühren; sie allein können diese Fragen nicht lösen. Das Problem des Überlebens geht alle in gleichem Maße an. Hier liegt der Schlüssel für die Erhaltung des Friedens auf unserem Planeten. An der Lösung dieses Problems müssen sich alle beteiligen.

Grundlegend für die weitere Entwicklung ist nach unserer Auffassung die Nicht-Militarisierung des Weltraums. Herr Kornblum sollte nicht so tun, als sei SDI nur ein Appell der Amerikaner an die Sowjetunion, ihr zentralisiertes System aufzugeben. Darum geht es natürlich nicht, wenn solche Pläne entwickelt werden. SDI hat auch nichts mit der Schaffung eines Verteidigungssystems zu tun, was man uns immer wieder einzureden versucht. Das sind nicht irgendwelche harmlosen Mittel, die nur die Sicherheit der Völker garantieren sollen. Hier handelt es sich um Angriffswaffen im Weltraum, deren Stationierung die strategische Lage in der Welt ohne Zweifel destabilisieren würde. Diese Wahrheit muß man sich in ihrer ganzen Tragweite vor Augen halten.

Auch die andere Seite wird dann natürlich versuchen, entsprechende Systeme zu entwickeln, um den Atomschild des Gegners wenn nötig zu durchschlagen oder diesen Schild zu zerstören. Die Entscheidung wird dabei letztlich Apparaturen anvertraut mit allen Konsequenzen, die daraus entstehen können. Das ist eine sehr gefährliche Perspektive. Wir sollten hier nicht den Eindruck erwecken, daß in Europa keine Kriegsgefahr droht. Das wäre ein gefährlicher Selbstbetrug.

Eine letzte Bemerkung. Die Schlußakte von Helsinki ist sicher kein Dokument, das irgend jemandem das Recht gibt, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, um dort Veränderungen zu bewirken. Jeder Versuch in dieser Richtung wird die Verwirklichung der Schlußakte scheitern lassen. Das Helsinki-Dokument ist seinem ganzen Inhalt nach auf Zusammenarbeit und friedliche Koexistenz ausgerichtet unter Respektierung der bestehenden Systeme und inneren

Verhältnisse eines jeden Landes. Wir mögen jeweils die Gesellschaftsordnung des anderen nicht gutheißen, aber solange zwei gegensätzliche Gesellschaftssysteme existieren, sollten wir Möglichkeiten gemeinsamen Überlebens finden.

Sir Bullard

Ich möchte eine Antwort auf die Frage von Herrn Dahrendorf geben, ob der Helsinki-Prozeß in sich selbst so wertvoll ist, daß er am Leben erhalten werden sollte, unabhängig davon, ob er Ergebnisse bringt oder nicht.

Ich meine, man sollte in der Diplomatie nicht die Bedeutung von "scene setting" und "stage management" unterschätzen. Um noch einmal Locarno zu erwähnen: Der Vertrag wurde zwar in London unterzeichnet, aber er wurde ausgehandelt in einer kleinen Schweizer Stadt dieses Namens, teilweise auf einem See in einem Boot, das den Namen "Orangenblüte" trug. Die damaligen Verhandlungsteilnehmer haben Ort und Umgebung Rechnung tragen müssen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg sind Diplomaten genauso einfallreich gewesen wie zwischen den Kriegen, um für die Organisation internationaler Konferenzen neue Wege herauszufinden, damit sie die bestmöglichen Ergebnisse zeitigen. Einige von Ihnen werden sich an die Königswinter Konferenzen erinnern. Andere haben an englisch-polnischen und englisch-sowjetischen Gesprächskreisen teilgenommen. Das beste Beispiel für eine solche Neuerung sehe ich in den regelmäßigen Konsultationstreffen der Regierungschefs und ihrer Minister zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Alle diese Treffen waren zu ihrer Zeit diplomatische Innovationen organisatorischer Art, und sie sind produktiv gewesen, auch wenn bei diesem oder jenem Treffen kein oder nur ein geringes Ergebnis erzielt wurde.

Gleiches gilt auch für Helsinki. Wenn wir heute anfangen, wäre es nicht leicht, ein Forum zu schaffen, an dem alle europäischen Staaten - mit Ausnahme Albaniens teilnehmen. Es wäre sicher nicht leicht, bestimmte Prinzipien und Verfahrensregeln zu haben wie den Gleichheitsgrundsatz, die Rotation oder den Grundsatz, daß die Konferenz außerhalb der Bündnisysteme stattfindet. Es wäre auch nicht leicht, beide Supermächte mit einzuschließen, von denen die eine überhaupt nicht europäisch und die andere, woran hier noch einmal erinnert worden ist, nur ansatzweise europäischen Charakters ist.

Anders gesagt: Die internationalen Angelegenheiten im Rohzustand stellen eine recht kalte Landschaft dar, über die stürmische Winde wehen. Und wo in der Vergangenheit Bäume als eine Art Windschutz gepflanzt worden sind, sollten wir mit dem Herausreißen, nur weil ihr unmittelbarer Wert nicht offenkundig ist, sehr vorsichtig sein.

Aber wir sollten auch die Warnungen von David Andersen beachten, daß der KSZE-Prozeß in den Vereinigten Staaten relativ unbekannt ist und die Amerikaner die Entspannung nüchterner gesehen haben als wir Westeuropäer. Ebenso hat uns John Kornblum darauf hingewiesen, daß KSZE im amerikanischen Bewußtsein fast ausschließlich Menschenrechte bedeutet. Es wäre traurig, wenn der KSZE-Prozeß nicht nur nicht richtig verstanden, sondern darüber hinaus in den Vereinigten Staaten so diskreditiert würde, wie es jetzt im Falle der UNESCO geschehen ist, möglicherweise mit dem gleichen Ergebnis. Ob die mitteleuropäischen Teilnehmer in dieser Runde gleiches von der Sowjetunion sagen würden, ist nicht meine Sache, aber es ist in der Tat so, daß ein Rückzug der Vereinigten Staaten vom KSZE-Prozeß, wenn sie ihr Interesse daran verlieren sollten, eine Tragödie wäre.

Deshalb sollte man jedes Treffen konstruktiv angehen und nicht mit der Mentalität des Grabenkrieges. Ich bin sehr entmutigt, was ich aus Budapest über die Schwierigkeiten höre, einem Schlußdokument zuzustimmen. Ich bin darüber um so mehr betrübt, weil die Konferenz auf dem Gebiet eines "Mitgliedsstaates" stattfindet, dessen Repräsentant hier eingangs eine so subtile und hoffnungsvolle Rede gehalten hat.

Rocard

Zunächst möchte ich mich zu der Frage von Herrn Dahrendorf äußern, inwieweit die KSZE auf dem Gebiet Abrüstung und Rüstungskontrolle eine Rolle spielen könnte. Ich hoffe sehr, daß in den nächsten Jahren bedeutende Fortschritte bei der Abrüstung und in der Rüstungskontrolle erzielt werden, aber der KSZE-Prozeß scheint mir dafür nicht der geeignete Rahmen zu sein. Die Schlußakte von Helsinki eignet sich sehr gut für andere Gebiete und Aufgaben; man sollte aber vermeiden, diesen heiklen Prozeß mit einer so schwierigen Sache zu überfrachten.

Seit vierzig Jahren rührt die Kriegsgefahr in der Welt mehr von nationalen Schwierigkeiten und lokalen Konflikten in der dritten Welt her als von einem schlechten Management des globalen Gleichgewichts

zwischen den Supermächten. Ich glaube, man kann den Supermächten zugestehen, daß sie die Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen vernünftig und sicher gehandhabt haben. Fortschritte auf dem Gebiet der Sicherheit und Rüstungskontrolle hängen weitgehend von der Fähigkeit der beiden Supermächte ab, sich zu verständigen, miteinander zu reden, zu diskutieren, und zwar mit so wenig Unterbrechungen wie möglich/Das deckt freilich den europäischen Bereich nicht ganz ab.

Da mein Nachbar erwähnt hat, daß Frankreich der stille Partner im westlichen Bündnis ist, möchte ich kurz in Erinnerung rufen, warum das so ist. Als Westeuropäer halten wir es wirklich für unreal und unvernünftig, die stillschweigende Hoffnung oder gar den Glauben zu hegen, jeder amerikanische Präsident könnte das europäische Territorium und die europäische Bevölkerung in gleicher Weise behandeln wie sein eigenes Land und seine eigene Bevölkerung. Wir halten es nicht für seriös und vernünftig, so zu denken. Deshalb gibt es schon ein gewisses europäisches Bewußtsein dafür, daß das Bündnis mit diesen Unterschieden, was den strategischen Schutz des amerikanischen und des europäischen Territoriums angeht, leben muß. Dazu bedarf es wahrscheinlich eines hohen Grades an westeuropäischer Übereinstimmung, der bislang noch nicht erreicht wurde. Hauptsächlich hängt es aber von den Amerikanern ab zu akzeptieren, daß das Problem diskutiert wird. Henry Kissinger selbst hat 1979 in Brüssel den entscheidenden Satz gesprochen, daß es in diesem Punkt keine absolute Automatik gäbe. Aber wir haben bisher noch keine Lösung dafür gefunden.

Gerade in den Verhandlungen über die Sicherheit in Europa müssen wir diese Fähigkeit, unsere unterschiedlichen Verantwortlichkeiten im Rahmen der Allianz zu behandeln, erweitern, um uns die Gesprächs- und Verhandlungsmöglichkeiten mit unseren östlichen Partnern zu bewahren. Dies ist ein äußerst schwieriger und komplexer Prozeß, der besondere Methoden erfordert. Die zweiseitigen Gespräche zwischen den Supermächten scheinen mir nicht auszureichen, ohne daß ich der Meinung bin, daß wir mehr Instrumente und Gesprächsforen brauchen. Wenn es nicht zu einem gewissen Vertrauensverhältnis zwischen den westlichen und östlichen Ländern und der Sowjetunion kommt und wenn das gegenseitige Mißtrauen noch ansteigt, wird es wieder gefährlich. Den besten Rahmen für derartige Gespräche bietet die Stockholmer Konferenz für Abrüstung in Europa. Sie reicht aus, und wir sollten nicht noch ein neues Forum eröffnen.

Mein zweiter Punkt betrifft die Menschenrechte. Ich fand die Diskussion dazu hochinteressant; sie bot für mich auch einige Überraschungen. Vielleicht gelingt es uns, auf diesem Gebiet den Grad der Naivität oder der gespielten Naivität beziehungsweise der Heuchelei im Umgang miteinander ein wenig zu verringern. Wie schon ausgeführt wurde, geht es in der Außenpolitik nicht ohne Ideologie ab; daher ist auch die Frage der Menschenrechte mit ideologischen Problemen belastet. Ich habe mich über Herrn Kornblums brillante Formulierung gefreut, die meine volle Zustimmung findet, daß nach unserem Weltbild - und darin stehen die Vereinigten Staaten nicht allein Menschenrechte und Frieden am besten durch Offenheit bewahrt werden. Diese Formulierung erhellt unsere Schwierigkeiten recht gut.

Um einander zu verstehen, sollten wir vielleicht unsere Strategien gegenseitig ein wenig verdeutlichen. Es gibt eine Verbindung zwischen den Menschenrechten und der soziopolitischen Organisation unserer beiden Systeme. Selbst wenn jeder seine eigenen Vorstellungen von diesen Dingen hat, kann man im Osten begreifen, daß die westlichen Länder die Ansicht vertreten, die politischen Menschenrechte - Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und so weiter, also Pluralismus - würden Fortschritte auch auf ökonomischem und kulturellem Gebiet eher ermöglichen als umgekehrt. Wir dagegen können verstehen, daß für die östlichen Länder die Sicherstellung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte eine Vorbedingung ist - so verstehe ich jedenfalls ihr gesellschaftspolitisches Modell;- , damit die volle Ausübung der politischen Rechte die Stabilität des Systems nicht in Frage stellt.

Ich gestehe freimütig, daß ich ein westlicher Bürger aus Überzeugung bin. Ich glaube nicht, daß Ihre Methode funktionieren wird, aber das ist meine subjektive Auffassung. Objektiv haben wir es mit dem Helsinki-Abkommen zu tun. Was bedeutet die Vereinbarung von Helsinki? Ich kann mir nicht vorstellen, daß diejenigen, die die Schlußakte unterzeichnet haben, wirklich aufrichtig waren. Nach meiner Meinung ist die Helsinki-Schlußakte kein so großartiger Schritt in Richtung Vertrauen. Beide Seiten stimmten lediglich darin überein, daß die Schlußakte ihnen einige Instrumente an die Hand gab, um beiden Gesellschaftssystemen gleichermaßen Fortschritte auf Kosten des anderen zu ermöglichen.

Dabei handelt es sich im wesentlichen um zwei Instrumente. Das erste ist die juristische Bedeutung der Schlußakte mit ihrer politischen Autorität vor allem im Hinblick auf die öffentliche Meinung. Anhand des Textes läßt sich beurteilen, ob ein Land die Verpflichtungen erfüllt hat, die schwierige Balance zwischen politischen Menschenrechten sowie ökonomischen und sozialen Rechten herzustellen. Das

ist zugegebenermaßen der schwächste Punkt; denn die Rigidität der Strukturen und das Mißtrauen sind trotz Helsinki unverändert geblieben.

Das zweite Instrument heißt Austausch. Und da hat es mich doch überrascht, daß es in unserem Gespräch über "Zehn Jahre Helsinki - die Herausforderung bleibt" keinen Hinweis auf Korb 2 gab. Denn beide Seiten, Ost wie West, verbanden doch mit Korb 2 bestimmte Erwartungen. Der Osten glaubte, daß eine Zunahme des Warenaustausches eine beträchtliche Steigerung des Lebensstandards erlauben würde und daß mit der Erfüllung ökonomischer und sozialer Rechte sogar Fortschritte bei den politischen Menschenrechten in ihrem System möglich wären. Hingegen gab es im Westen die Vorstellung, daß ein steigender Warenaustausch gleichsam automatisch auch den Austausch von Menschen und Ideen fördern würde.

Wie weit sind wir mit diesen Instrumenten gekommen? An der Konfrontation bei den Menschenrechten hat sich nicht sehr viel geändert. Aber das war zu erwarten. Ich gehöre nicht zu jenen, die sich dadurch betrogen fühlen. Es ist ein Prozeß, der über Jahrzehnte geht, und wir müssen akzeptieren, daß er nur langsam vorankommt. Wenn wir das anerkennen, kann auch niemand sagen, wir wären so naiv anzunehmen, daß allein die Schlußakte bereits in der Lage wäre, die Beziehungen zwischen den Ländern in der Frage der Menschenrechte unmittelbar zu beeinflussen.

Als Instrumente standen, wie gesagt, Austausch sowie juristische und politische Aussagen des Textes zur Verfügung. Gegenwärtig befinden wir uns in einer Situation, in der die Aussicht auf eine Zunahme des Austausches gering ist. Wenn ich die Prognosen vieler Institute über die wirtschaftliche Entwicklung richtig interpretiere, erwartet man eher eine Stagnation. Die Überbewertung des Dollars nötigt viele osteuropäische Länder aus finanziellen Gründen, ihren Handelsaustausch mit dem Westen einzuschränken und statt dessen einen zunehmenden Teil mit der Sowjetunion abzuwickeln. Wenn diese Prognose stimmt, ist das genau der falsche Weg, wenn man bedenkt, wie die Schlußakte ausgelegt ist.

Sicher wäre Korb 2 und die damit verbundenen Notwendigkeiten ein geeignetes Feld, um einige Fragen aufzuwerfen, aber wir können hier nicht die allgemeine Entwicklung des Dollars reflektieren. Nach wie vor ist der Dollar die Weltwährung.

Ein zweites Beispiel bezieht sich auf die Handelsgespräche und die Vereinbarungen bei den Rohstoffen. Meine praktischen Erfahrungen auf diesem Gebiet habe ich mit der Landwirtschaft gemacht. Mir ist zum Beispiel auf dem Zuckermarkt aufgefallen, daß Kuba mit der Sowjetunion langfristige Vereinbarungen mit stabilen Preisen trifft und seine Überschüsse für kurzfristige und hochspekulative Aktionen gebraucht, um von den Preisschwankungen auf dem kapitalistischen Markt sofort zu profitieren, aber ohne jede Sicherheit. Ähnliche Dinge findet man bei den Weizenpreisen und wahrscheinlich sogar im Ölgeschäft.

Ließen sich nicht, ausgehend von Korb 2, gemeinsame, dauerhafte Bedingungen formulieren, um den Warenaustausch zu verbessern? Dies könnte vielleicht ein Gebiet sein, um im Geiste von Helsinki Fortschritte zu erzielen und uns dabei der Instrumente zu bedienen, die ausgewählt wurden, um diese Fortschritte zu erreichen.

Batenin

Ich bin enttäuscht darüber, daß trotz all der Vorschläge seitens der politischen und militärischen Kreise der Sowjetunion, auf die ich hingewiesen habe, Präsident Reagan verkündet, das breitangelegte Programm einer Raketenabwehr aus dem Weltraum werde durchgeführt. Die militärischen Kreise der Vereinigten Staaten haben mit der Realisierung begonnen. Wenn wir in Verbindung mit dem Prozeß der Entspannung und Abrüstung in Europa von der Festigung des Vertrauens zwischen den europäischen Staaten und zwischen den beiden militärpolitischen Bündnissen NATO und Warschauer Pakt reden, müssen wir auch über den Einfluß des SDI-Programms auf die politische Stabilität der heutigen Welt sprechen.

Hier wurde die Auffassung vertreten, der wachsende Einfluß neuer Technologien sei das wichtigste Element der Entwicklung seit 1975. Herr Schmidt hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die neuen Technologien wesentlich für die Lage, in der wir uns heute befinden, verantwortlich sind. Worauf es ankommt, ist, unser politisches Denken im Hinblick auf die Schaffung neuer Waffensysteme zu ändern.

Obwohl das SDI-Programm als ein Instrument der Verteidigung proklamiert wird, hat es in Wirklichkeit offensiven Charakter. Denn die Realisierung dieses Programms beginnt mit der Plazierung von Angriffswaffen im Weltraum, also mit Waffen Laser-, Strahlen-, elektromagnetischen und thermonuklearen Waffen;- die dazu dienen, Materie - und damit auch den Menschen - zu zerstören.

Zweitens erschließt dieses Programm den Weltraum als neuen Kriegsschauplatz. Offenbar verfolgen die Vereinigten Staaten damit das Ziel, ihre Unverwundbarkeit zu sichern für alle Fälle, in denen sie militärische Gewalt einsetzen. Das beschränkt sich nicht notwendigerweise auf Kernwaffen, sondern gilt auch für den Einsatz konventioneller Waffen. In jedem Falle soll die Stationierung von Waffen im Weltraum die Unverwundbarkeit der Vereinigten Staaten garantieren und ihr die Handlungsfreiheit in allen Situationen bei der Anwendung militärischer Gewalt sichern.

Weiterhin zielt das Programm darauf ab, im Weltraum ein waffentechnisches System zu etablieren, das den USA die globale militärstrategische Überlegenheit sichert und das jene Mängel überwindet, die heute in militärstrategischer Hinsicht noch bestehen. Regionale Einflüsse beispielsweise wären auf diese Weise ausgeschaltet, weil der Weltraum eine globale Sphäre ist.

Auch wenn man uns seitens der USA immer wieder einzureden versucht, SDI sei kein System von Erstschlagswaffen, ist dieses dennoch der Fall. Die Bedeutung des Systems als Erstschlagswaffen ist vom militärischen Standpunkt kaum abzuschätzen. Es wird aber zweifellos beide Seiten schon in der Entstehungsphase nachhaltig beeinflussen. Dabei kann ich jetzt auf die technischen Einzelheiten nicht näher eingehen.

Wie sehen die politischen Aspekte aus? Ich habe bereits gesagt, wenn das Programm realisiert werden sollte, würde es die gesamte Situation destabilisieren. Damit würde sich zugleich die Kriegsgefahr für die moderne Zivilisation in verhängnisvoller Weise erhöhen. In historischer Perspektive verhalten wir uns im Grunde noch wie die Höhlenmenschen, wenn wir glauben, das letzte Mittel zur Lösung von Konflikten sei militärische Gewalt, wofür man die ganze Kriegsmaschinerie benötigt.

Wie sieht die zukünftige Entwicklung des SDI-Programms aus? Die Waffenentwicklung wird circa 10 bis 15 Jahre in Anspruch nehmen. Dann wird es 15 bis 20 Jahre dauern, um diese Waffen zu stationieren. Weitere 20 bis 30 Jahre lang wird an der Erweiterung und Unverwundbarkeit des Systems gearbeitet werden. Etwas Vergleichbares, was die Kosten und Effektivität angeht, gibt es bisher auf der Erde nicht. Über einen Zeitraum von 50 bis 60 Jahren würden wir in ein Wettrüsten unvorstellbaren Ausmaßes hineingezogen.

Das Programm schließt auch den Einsatz von Kernwaffen in normalen Konflikten nicht aus, wie Vertreter der amerikanischen Administration offen zugeben. Solange nämlich nicht bewiesen ist, daß dieser Schild undurchdringlich ist, bleibt die atomare Bewaffnung unabdingbar. Mit anderen Worten: Ein Teil der für den Weltraum entwickelten exotischen Waffensysteme wird auf der Erde verbleiben; ein anderer Teil gelangt in den Weltraum und damit automatisch auch Kernwaffen.

Aus der Sicht der Schlußakte von Helsinki möchte ich sagen: Ohne Abrüstung kann es kein Vertrauen und keine Entspannung geben. Das SDI-Programm ist nach unserer Auffassung das größte Hemmnis auf dem Wege zu Frieden und Zusammenarbeit in Europa. Da beabsichtigt ist, die Europäer in diese neue, militärische Technologie miteinzubeziehen, könnte sich dieses Programm als eine der folgenschwersten Entscheidungen für die Europäer darstellen.

Anderson

Nachdem wir das Thema SDI in dieser Diskussion bisher so gut wie gar nicht berührt hatten, ist es nunmehr von unseren russischen Freunden noch einmal beredt angesprochen worden, insbesondere von Herrn Batenin eben, den man geradezu in die USA einladen sollte, um die zahlreichen Kritiker des SDI-Programms, die es dort ja gibt, zu unterstützen. Es mag ihn überraschen, wenn ich ihm sage, daß ich mit ihm von ganzem Herzen übereinstimme. Ich halte SDI in der Tat für ein äußerst destabilisierendes System. Nach meiner Auffassung sollte in dieser Richtung weder geforscht, noch sollte SDI installiert werden.

Dazu muß ich allerdings die Frage stellen, wie die gegenwärtige Administration zu SDI gekommen ist. Dafür muß man etwa 10 Jahre zurückgehen, zu der Zeit der KSZE-Konferenz. Tatsache ist nämlich, daß die Sowjets damals bereits ein eigenes SDI-Forschungsprogramm begannen. Ich kann mich erinnern - ich arbeitete 1977/78 für Außenminister Vaneev-, daß die US-Regierung vor der Frage stand, ob sie in den sogenannten SCC-Treffen, dem Konsultationskomitee, die offensichtlichen sowjetischen Verletzungen der Rüstungskontrollübereinkommen auf den Tisch bringen sollte. Das Thema wurde von uns nur sehr sachte angetippt, was aber ohne Wirkung blieb. Die Sowjets setzten ihre Laserforschungen fort. Deshalb sollte es die Sowjets eigentlich nicht überrascht haben, daß die Amerikaner schließlich reagierten, was dann durch Präsident Reagan geschah.

Einen Eindruck habe ich in diesem Gespräch hier gewonnen, daß wir nämlich weiterhin von einem tiefen Mißtrauen zwischen den zwei Systemen geplagt werden. Es liegt auf der Hand - das ist bei den

meisten Äußerungen unserer sowjetischen Kollegen deutlich geworden;- , daß sie von einem tiefen Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten und dem westlichen System erfüllt sind. In der Frage der Menschenrechte gibt es gewiß keine Übereinstimmung.

Nach dem, was ich hier gehört habe, sind wir heute ebenso weit voneinander entfernt wie vor zehn oder sogar vor zwanzig Jahren. Und abgesehen von dem tiefen Mißtrauen gibt es auch erhebliche Mißverständnisse zwischen uns. Ich weiß manchmal nicht, ob sie gewollt sind oder nicht. Herr Bogdanow argumentierte recht geschickt, er glaube, die Vereinigten Staaten seien so gerissen, die sowjetische Seite zu irritieren, indem sie sich selbst konfus gäben. Ich kann Ihnen versichern, daß es in der US-Regierung keine Abteilung gibt, die dafür zuständig ist, den Gegner durcheinanderzubringen. Wir sind ein höchst "konfuses" Land, und unsere verschiedenen Ansätze in Fragen der Rüstungskontrolle gegenüber der Sowjetunion sind Dinge, in denen in den Vereinigten Staaten selbst keine Einmütigkeit herrscht.

Es wäre mir gar nicht recht, wenn Herr Bogdanow diese Tagung mit dem Eindruck verläßt, daß es auf unserer Seite schlicht Cleverneß ist; so clever sind wir einfach nicht; übrigens auch die Sowjets nicht. Hier kommt teilweise ein Mißverständnis ins Spiel. Ich entschuldige mich, daß dies jetzt zu einem Dialog zwischen den Supermächten gerät. Aber ich meine, daß jede der Supermächte dahin tendiert, der anderen Seite einen Grad von Intelligenz und Einmütigkeit der Politik zuzuschreiben, die einfach nicht vorhanden sind. Es ist eine traurige Tatsache, aber wir müssen uns eingestehen, daß wir uns nicht sehr gut verstehen. Dabei geht es nicht darum, ob Herr Reagan Herrn Gorbatschow versteht. Das Problem geht weit über persönliche Dinge hinaus. Wir haben es hier mit tiefgreifenden Unterschieden des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systems zu tun.

Herr Teltschik erwähnte die gesamte Problematik des militärischen Gleichgewichts. Ich komme gerade aus Jugoslawien, wo ich die Jugoslawen zu überzeugen versucht habe, daß sich dieses Gleichgewicht zugunsten der Sowjetunion und des Warschauer Paktes verschoben hat. Ich pflegte den Außenminister alle halbe Jahr einmal zu besuchen und über Gleichgewichtsfragen zu sprechen. Er ließ mich nie mehr als einen Satz sagen, um dann seine Schublade zu öffnen und die sowjetische Version der Bedrohung herauszuziehen, was seine Erwiderng auf meine Einlassung war. Ich bin sicher, daß es dem sowjetischen Botschafter, dem Genossen Rodionov, umgekehrt genauso ergangen ist, als er in Belgrad war.

Ich kümmere mich wirklich nicht sehr um Fragen des Gleichgewichts. Ich weiß nur, daß beide Seiten viel zu viele Waffen haben. Ich wünschte, man würde sie verringern. Ich dachte immer, das sei ein vernünftiger Ansatz, der beiden Seiten in dem Maße einsichtig wird, wie wir uns der Rüstungskontrolle nähern. Ich möchte die Sowjets bitten, ein wenig über die Aussichten einer wirklichen Rüstungskontrolle nachzudenken. Wir bemühen uns darum. Im März 1977 kam Cyrus Vane mit einem praktikablen Abrüstungsvorschlag, der in den Vereinigten Staaten aufs heftigste kritisiert wurde. Die Sowjets warfen diesen Vorschlag buchstäblich aus dem Fenster. Nach acht Jahren kommen wir nun darauf zurück, das heißt, wir haben acht Jahre vertan. Dafür mache ich die sowjetische Kurzsichtigkeit verantwortlich, die auch in diesem Punkt die amerikanischen Absichten fehleinschätzt.

Am Ende dieses Gesprächs habe ich das Gefühl, daß die kleineren europäischen Staaten im Rahmen der KSZE vielleicht einen größeren Grad der Beweglichkeit innerhalb der beiden Blöcke erreicht haben. Ich begrüße das und vertraue darauf, daß sich das fortsetzt. Ich erwarte keine großen Durchbrüche, und es kann gut sein, daß der ganze Prozeß, wie viele in dieser Runde gesagt haben, Jahre brauchen und nur in kleinen Schritten vorankommen wird. Wir Amerikaner würden Fortschritte begrüßen, aber es wird sich wohl kaum etwas daran ändern, daß zwischen den beiden Seiten Mißverständnisse und Mißtrauen weiterbestehen bleiben.

Tichwinskij

Ich möchte nur mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß die meisten westlichen Teilnehmer dieses Treffens nicht darüber gesprochen haben, was die Länder, die unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen angehören, im Rahmen des Geistes von Helsinki vereinigen könnte, sondern ihr Hauptaugenmerk auf zweitrangige Fragen richteten und von der Hauptfrage abwichen, wie die Gefahr zu beseitigen ist, die über der Menschheit schwebt, nämlich die Vernichtung des Lebens auf der Erde.

Unsere westlichen Kollegen lenkten ihre Aufmerksamkeit auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns, hauptsächlich auf die Frage der Menschenrechte. Nur Herr Rocard hat den Korb zwei erwähnt. Dabei gehört zum Helsinki-Prozeß als Voraussetzung bekanntlich die allseitige Entwicklung der wirtschaftlichen, Handels-, technischen und wissenschaftlichen Verbindungen. In der Genfer Abschlusserklärung kamen Präsident Reagan und M. S. Gorbatschow darin überein, die

sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auf diesem Gebiet zu entwickeln: Ausbau wissenschaftlicher Kontakte, Austausch von Professoren, Wissenschaftlern, technischen Verfahren.

Warum können wir in Europa im Rahmen des Helsinki-Prozesses nicht gemeinsame Weltraumforschungen intensivieren, wie das beispielsweise von uns mit Frankreich auf bilateraler Grundlage geschieht? Warum können wir nicht gemeinsame Forschungsarbeiten zur Bekämpfung von Krebskrankheiten führen? Es gibt viele andere wissenschaftliche und technische Probleme, bei denen sich die Erfahrungen der sozialistischen und der anderen europäischen Länder zum Nutzen der Menschheit vereinigen ließen. Das ist es, worüber wir mehr sprechen und nachdenken müßten.

Ein besonders interessantes Projekt ist die Bewältigung der Kernenergie. Das Akademiemitglied Kurtschatow hielt vor einigen Jahren in London ein Referat, wo er darüber sprach, wie diese enorme Aufgabe gelöst werden kann, um die Menschheit von ihren Energiesorgen zu befreien. An solche Dinge hätten wir im Rahmen des Helsinki-Prozesses viel mehr denken müssen.

Herr Anderson hat gerade darüber gesprochen, daß wir einander schlecht kennen. Ich stimme ihm zu; wir kennen einander in der Tat schlecht. Bei Ihnen wird von jeder neuen Administration all das abgelehnt, was deren Vorgänger unternommen haben, und alles beginnt wieder von neuem. In der Sowjetunion und in den sozialistischen Ländern lassen wir uns von konkreten wissenschaftlichen Programmen leiten, die von unseren Parteitag beschlossene werden. Und trotz Ihrer Behauptung, der Pluralismus sei gut und das Einparteiensystem schlecht, liegen unsere Absichten offen zutage. Sie können das Programm der KPdSU studieren. Es verkündet der ganzen Welt unsere Absichten, die von Friedenbestrebungen getragen sind: Wir wollen keinen Krieg; wir wollen Zusammenarbeit zwischen den Völkern, wir wollen in Frieden leben und zum Wohl der Menschen arbeiten. Das ist der Hauptinhalt, wie wir an die Frage der Menschenrechte herangehen.

Im April dieses Jahres war ich in Japan auf einem Symposium, das die Möglichkeiten von vertrauensbildenden Maßnahmen erforschen sollte, um die Sicherheit im Pazifik und in Ostasien zu gewährleisten. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich zum Abschluß unserer Gespräche die Überzeugung gewonnen habe, die positiven Erfahrungen des Helsinki-Prozesses könnten auch auf andere Regionen angewandt werden. Von diesem Standpunkt aus sind unsere heutigen Gespräche von großem Interesse. Auf dem von der Zeitung "Jumiuri" und der George-Washington-Universität in Amerika organisierten Symposium waren Vertreter der Sowjetunion, der Volksrepublik China, Südkoreas, der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans zugegen. Dort wird mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, was in Helsinki geschieht. Man hofft, aus den europäischen Erfahrungen nützliche Materialien und Ideen gewinnen zu können, damit auch im Fernen Osten Sicherheit und Frieden herrschen. Kurz gesagt, wir sind ein Teil dieses Helsinki-Prozesses und zugleich ein Teil des globalen Prozesses.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß wir trotz aller sehr ernsthaften Meinungsverschiedenheiten, wie sie auch in Genf betont wurden, optimistisch in die Zukunft blicken.

Meyer-Landrut

Wir erleben in diesen Tagen eine für die internationale Politik bedeutungsvolle Zeit. Der Genfer Gipfel hat die überragende Rolle der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen für das West-Ost-Verhältnis und die Wichtigkeit persönlicher Begegnungen der verantwortlichen Politiker beider Staaten auf höchster Ebene deutlich werden lassen. Die Bundesregierung ist seit langem nachdrücklich für ein solches Treffen eingetreten. Wir sind mit dem Ergebnis dieser ersten Begegnung, der weitere folgen müssen, nicht unzufrieden. Es kommt jetzt darauf an, die Impulse des Gipfels - auch über den Bereich bilateraler Sicherheits-, Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen hinaus - für das West-Ost-Verhältnis in seiner ganzen Breite nutzbar zu machen. Davon war in verschiedenen Beiträgen hier die Rede.

Die West-Ost-Beziehungen bestehen aber nicht nur aus amerikanisch-sowjetischen Gipfelbegegnungen. Vielmehr haben gerade in den letzten, zum Teil recht schwierigen Jahren die Europäer in West und Ost einen wesentlichen Beitrag geleistet, um ihre Verantwortung in dieser Hinsicht wahrzunehmen. Ihr wichtigstes Instrument war und bleibt dabei der KSZE-Prozeß.

Dieses Symposium steht unter dem Titel "10 Jahre Helsinki - die Herausforderung bleibt". Am 1. August 1985, beim Außenministertreffen aus Anlaß des 10. Jahrestages der KSZE-Schlußakte in Helsinki, haben die Teilnehmerstaaten sich dieser Herausforderung gestellt. Trotz großer Unterschiede in der Beurteilung der Lage und in der Bewertung des in den vergangenen 10 Jahren Erreichten, stimmten die Teilnehmerstaaten in einem entscheidenden Punkt überein: im ausdrücklichen Bekenntnis zur Fortsetzung des KSZE-Prozesses. Es gab keine

Meinungsverschiedenheiten darüber, daß dieser Prozeß für das Schicksal und die weitere Entwicklung Europas von zentraler Bedeutung ist. Dieser Konsens ist wichtig; darauf muß weiter aufgebaut werden. Ausdrücklich fand der KSZE-Prozeß durch den Hinweis auf die Stockholmer Verhandlungen Eingang in das Genfer-Gipfel-Kommuniqué.

Beim Zustandekommen der KSZE hat die Bundesrepublik Deutschland, so meine ich, eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Die Ost-Verträge waren Voraussetzung für die Schlußakte von Helsinki. Ebenso stand das Viermächteabkommen über Berlin in engem Zusammenhang mit der Einberufung der Konferenz. Diese Verbindung zwischen der KSZE und den Verträgen über einen Modus vivendi in der Mitte Europas ist charakteristisch und prägend für den ganzen Prozeß, dessen Erst- und Einmaligkeit in dem systemüberschreitenden Charakter der zugrundeliegenden Vereinbarungen, in dem Willen zur Zusammenarbeit über ideologische Grenzen hinweg liegt. Der KSZE-Prozeß ist kein Instrument zum Umsturz von Systemen; er geht vielmehr von den Tatsachen aus. Dafür war und bleibt die Anerkennung der Anwesenheit und Mitsprache der Vereinigten Staaten und Kanadas auf dem europäischen Kontinent ebenso erforderlich wie die Berücksichtigung des überlebenswichtigen Interesses, Konflikte an den Trennlinien zwischen West und Ost, so insbesondere in Deutschland und in Berlin, zu beseitigen.

Die KSZE-Schlußakte ist kein Friedensvertrag. Sie hat nichts festgeschrieben und erledigt. Sie hat den nach 1945 vollzogenen Bruch zwischen Ost und West in Europa nicht ungeschehen machen und die Widersprüche der Systeme und Ideologien in Europa nicht aufheben können. Sie hat aber auch nichts verschüttet. Die Formulierungen der Schlußakte über den friedlichen Wandel ebenso wie die Aussagen zur Selbstbestimmung stehen im Einklang mit den langfristigen Zielen der Bundesrepublik Deutschland, deren Verwirklichung nicht im nationalen Alleingang, sondern nur im europäischen Rahmen und für die Bundesrepublik Deutschland nur im Frieden und in der festen Einbindung in der westlichen Gemeinschaft möglich ist.

Die Schlußakte ist keine Positionsbeschreibung, sie ist eine Kursbestimmung. Die eigentliche, die fortbestehende Herausforderung der KSZE liegt in ihren in die Zukunft gewandten Verpflichtungen. Die KSZE ist ein Prozeß, der auf friedlichen Wandel gerichtet ist. Deshalb enthält sie dynamische Prinzipien wie das Streben nach Entwicklung der Zusammenarbeit, des Austauschs von Gütern, kulturellen Werten und Informationen, Entwicklung der Kontakte zwischen den Menschen und die Lösung humanitärer Fragen sowie die Vertrauensbildung. Die Verabschiedung der Schlußakte war der erste Schritt einer Entwicklung, die nach und nach Verhältnisse anbahnen soll, unter denen sich ein offeneres und freieres Zusammenleben der europäischen Völker in einer dauerhaften Ordnung des Friedens, des Rechts und der Zusammenarbeit entfalten kann.

Naturgemäß zählt für uns Deutsche vor allem die Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses in der Mitte Europas. Hier können wir feststellen: Im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gibt es trotz grundsätzlicher Unterschiede in den Auffassungen und ungelöster Probleme inzwischen Übereinstimmung in einer ganz wesentlichen Frage, nämlich dem Bekenntnis zu unserer Verantwortungsgemeinschaft, die einen gemeinsamen deutschen Beitrag zur Stabilität in Europa darstellt. Wir hoffen, durch Bereitschaft zum Dialog und durch Zusammenarbeit weiter voranzukommen. Diese Erwartung stützt sich auf die Schlußakte, die mit der Einsicht Ernst macht, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten den Menschen nutzt, daß aber die staatlichen Beziehungen nur dauerhaft verbessert werden können, wenn auch das Wohl der Menschen in diese Entwicklung einbezogen wird.

Das entscheidend Neue an der KSZE ist ihre menschliche Dimension. Die Schlußakte ist - und darin liegt eine weitere bleibende Herausforderung - mehr als ein weiteres Regierungsdokument. Sie geht vielmehr jeden einzelnen an. Hier sind die Regierungen nicht nur bei Regierungen im Wort, sondern gegenüber ihren eigenen Bevölkerungen und den Menschen in allen KSZE-Teilnehmerstaaten.

Wir können feststellen, daß - alles in allem - die Menschen leichter und zahlreicher zwischen den west- und osteuropäischen Staaten reisen konnten. Der wirtschaftliche Austausch zwischen West und Ost in Europa hat erheblich zugenommen. Korb 2, der Grundsatzfragen des systemüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs behandelt und praktische Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit in den Gebieten Handel, industrielle Kooperation, Wissenschaft und Technik, Umwelt, Verkehrswesen und Tourismus enthält, wird allmählich erschlossen. Kulturelle Begegnungen zwischen West und Ost haben begonnen, etwas mehr von dem großen geistigen Potential zu beleben, das die gemeinsame Vergangenheit Europas für uns bereithält. Beim KSZE-Kulturforum in Budapest, das in diesen Tagen zu Ende geht, hat die kulturelle Identität Europas durch die Beiträge der kulturell führenden Persönlichkeiten aus allen Teilnehmerstaaten eine eindrucksvolle Bestätigung erfahren.

Statistische Angaben allein können die wirklichen Veränderungen seit der Unterzeichnung der Schlußakte nur unvollständig wiedergeben. Das bedeutsamste Ergebnis liegt im Einfluß der Schlußakte auf das Bewußtsein der Menschen und den daraus resultierenden Wirkungen für die langfristige Gestaltung der Beziehungen in Europa.

Bei den bleibenden Herausforderungen muß ein weiterer Kernbegriff des KSZE-Prozesses erwähnt werden: die Vertrauensbildung. Es gibt kaum einen Begriff, der für die internationale Politik so anregend und weit über den Sicherheitsbereich hinaus befruchtend gewirkt hat. Die KSZE ist insgesamt als ein umfassender Versuch der Vertrauensbildung in Europa beschrieben worden. Die Teilnehmerstaaten müssen sich der bleibenden Herausforderung der Vertrauensbildung stellen - und zwar über den Bereich der Sicherheit hinaus, durch die Erfüllung aller im KSZE-Rahmen übernommenen Verpflichtungen. Das Verhalten eines Staates gegenüber seinen eigenen Bürgern, gegenüber Bürgern fremder Nationalität in seinem Land und gegenüber seinen Nachbarn ist ein wichtiges Kriterium für den Abbau von Bedrohungsvorstellungen anderer Staaten. Nirgendwo sonst können so schnell und überzeugend Zeichen des guten Willens zur Verbesserung der internationalen Lage und zum friedlichen Zusammenleben der Staaten gesetzt werden wie bei der Beachtung der Menschenrechte.

Blieben wir bei der Vertrauensbildung. In "Wallensteins Tod" sagt Oberst Wrangel: "Das Vertrauen wird kommen, hat jeder nur erst seine Sicherheit." Schiller gehörte nicht zu den Unterzeichnern der Schlußakte. Die Weisheit aber ist alt. Auch die Schlußakte geht von dem Grundsatz aus, daß ganz Europa einen gleichen und unteilbaren Anspruch auf Sicherheit und kein Land ein Anrecht auf einen höheren Sicherheitsstatus als die anderen hat. Nur wenn wir entsprechend diesen Grundsätzen handeln, können die Völker in dauerhaftem Frieden, frei von Bedrohung oder Beeinträchtigung ihrer Sicherheit leben. Dabei werden wir uns darum bemühen müssen, den Umfang der Mittel, die unsere Sicherheit garantieren, in Ost und West Schritt für Schritt auf allen Seiten gleichwertig zu reduzieren.

Die Einbindung der beiden Großmächte in den KSZE-Prozeß bleibt angesichts der macht- und sicherheitspolitischen Realitäten in Europa unverzichtbar. Das Bedeutsame an der KSZE ist darüber hinaus die gleichberechtigte Mitwirkung aller europäischen Staaten. Die KSZE hat ein Dialogforum geschaffen, das Mitsprache und Mitwirkung auch der kleineren und mittleren Staaten in Europa innerhalb und außerhalb der Bündnisse nicht nur legitimiert, sondern geradezu fordert. Es waren die mittleren und kleineren Staaten Europas, die den Inhalt der Schlußakte wesentlich mitgestalteten; es sind diese Staaten, denen der KSZE-Prozeß vermehrte Mitwirkungs- und Mitspracherechte in den Fragen der Zukunft des Kontinents eröffnete. Diese Mitwirkungsmöglichkeiten der kleineren und mittleren Staaten werden auch und insbesondere von der Gruppe der Neutralen und Nichtgebundenen als Chance und Herausforderung verstanden, die sie im Sinne des Ausgleichs und der Findung konsensfähiger Kompromisse im allseitigen Interesse in den vergangenen 10 Jahren mit großer Verantwortung wahrgenommen haben.

Die KSZE-Folgetreffen von Belgrad und Madrid haben die Vitalität des KSZE-Prozesses trotz unlegbarer Rückschläge unter Beweis gestellt. Dort wurde nicht nur die Verwirklichung der Bestimmungen der Schlußakte überprüft. Vielmehr wurden zahlreiche Konferenzen und Expertentreffen vereinbart, um zu sachlichen Fortschritten in vielen Bereichen zu kommen. Das Spektrum der vereinbarten KSZE-Veranstaltungen reicht von Expertentreffen über friedliche Streitbeilegung, über Menschenrechte und Grundfreiheiten und über menschliche Kontakte zu einem wissenschaftlichen Forum in Hamburg und dem gegenwärtig laufenden Kulturforum in Budapest; nicht zu vergessen die auf Anregungen der Schlußakte beruhenden Bemühungen im ECE-Rahmen zur Verbesserung des Schutzes unserer Umwelt.

Der sicherheitspolitische Dialog im Rahmen der KSZE wurde durch das Mandat über die Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) erweitert. Bei der Eröffnung der KVAE im Januar 1984 in Stockholm befanden sich die West-Ost-Beziehungen in einer besonders schwierigen Phase. In dieser Situation war die Eröffnung dieser Konferenz unter der durch die Bundesregierung vorgeschlagenen Teilnahme der Außenminister von besonderer Bedeutung und hatte Signalwirkung. Sie gab Gelegenheit, deutlich zu erkennen, welche Bedeutung der KSZE-Prozeß für die Stabilisierung und die positive Fortentwicklung der West-Ost-Beziehungen hat.

In Stockholm geht es nach dem Mandat von Madrid darum, konkrete und substantielle Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu vereinbaren. Die 35 Staaten haben sich zum Ziel gesetzt, dadurch der Pflicht der Staaten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen zu enthalten, Wirkung und Ausdruck zu verleihen. Wir sind bereit, im Zusammenhang mit derartigen, der Konkretisierung des bestehenden Gewaltverbotes dienenden

Maßnahmen das völkerrechtliche Gewaltverbot selbst erneut zu bekräftigen. Wir haben an seiner fortdauernden, uneingeschränkten und allseits beachteten Geltung ein eigenes vitales Interesse. Wir beobachten mit Genugtuung, daß es inzwischen gelungen ist, eine zur Erzielung konkreter Resultate geeignete und auf derartige Resultate hin konzipierte Arbeitsstruktur zu schaffen. Unser Ziel ist es weiterhin, bis zur Folgekonferenz in Wien im November 1986 ein befriedigendes Ergebnis in Stockholm zu erreichen.

"10 Jahre Helsinki - die Herausforderung bleibt." Zahlreiche in der KSZE angelegte Möglichkeiten sind bisher noch nicht oder nicht ausreichend genutzt. Der KSZE-Prozeß ist langfristig angelegt und dynamisch konzipiert. Damit er diese Eigenschaften behält, ist es allerdings erforderlich, daß alle Teile der Schlußakte im Bewußtsein ihrer wechselseitigen Interdependenz verwirklicht werden. Es geht nach wie vor sowohl um die Sicherheit als auch um die Menschenrechte, die politische wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir brauchen Kooperation bei Technologie, Wissenschaft und Umweltschutz, aber auch bei Information und Kultur, und wir wollen sowohl vertrauensbildende Maßnahmen als auch menschliche Erleichterungen.

Der KSZE-Prozeß ist geeignet, auch neuartige Aufgaben zu bewältigen. Der programmatische Rahmen der Dokumente von Helsinki und Madrid gibt ausreichend Spielraum für Initiativen, die sich aus den Umwälzungen im sozialen und wirtschaftlichen Gefüge des Kontinents ergeben. Die dramatische Entwicklung der Umweltschäden oder die Gefahren des Terrorismus haben die Aufmerksamkeit auf neue Prioritäten gelenkt. Keine dieser Bedrohungen macht Halt vor Staats- oder Bündnisgrenzen. Auf allen diesen Gebieten sind gemeinsame Schutz- und Gegenmaßnahmen erforderlich. Ich bin davon überzeugt, daß der Austausch von Erkenntnissen auf diesen Gebieten an Bedeutung gewinnen wird. Im Handel, in der industriellen Kooperation, bei der Zusammenarbeit in Technik und Wissenschaft gibt es Felder unausgeschöpfter Möglichkeiten.

Die Herausforderung bleibt also. Wir müssen ihr in einer gemeinsamen Anstrengung gerecht werden.

Dahrendorf

Eine Diskussion ist immer auch durch das interessant, was sie auslöst. Manche der ausgelassenen oder nur am Rande behandelten Themen sind in der letzten halben Stunde wenigstens erwähnt worden. Korb 2 könnte den Bergedorfer Kreis durchaus einmal als ein eigenes Thema beschäftigen.

Natürlich haben wir hier auch manches empfindliche Thema behandelt. Mich hat dabei besonders interessiert, wie empfindlich man nach wie vor reagiert, wenn auf geschichtliche Ereignisse verwiesen wird. Auch das ist eine Erkenntnis, die ich aus dieser Diskussion mitnehme.

Wenn ich an frühere Diskussionen zu ähnlichen Themen zurückdenke, muß ich doch feststellen, daß es einen enormen Fortschritt gibt, was die Fülle und die Konkretheit der Punkte angeht, die hier erörtert werden konnten. Das gilt auch für die Direktheit des Stils. Damit meine ich übrigens nicht nur, daß man übereinkommt, verschiedener Meinung zu sein. Diese Art Übereinstimmung ist sicher ganz nützlich; wenn wir aber miteinander weiterkommen wollen, müssen wir zumindest den Versuch unternehmen, einander von unseren Positionen zu überzeugen. Wir müssen unsere Argumente mit aller Deutlichkeit vorbringen auch in der Absicht, den anderen vielleicht zu einem weiteren Schritt zu bewegen. Das ist hier durchaus geschehen und positiv zu bewerten.

Bergedorfer Gesprächskreise haben nur das Ergebnis, das die Teilnehmer als einzelne mit nach Hause nehmen. Hier werden keine Beschlüsse gefaßt, und es wird nicht der Versuch unternommen, eine gemeinsame Position zu definieren, wo es sie nicht gibt. Was mich betrifft, so nehme ich vieles aus dieser Diskussion mit. Dafür sage ich Dank, auch für die Disziplin in der Diskussion, die Intensität der Beiträge und für den Ernst, mit dem Sie alle an diesen anderthalb Tagen teilgenommen haben.

Körber

Am Ende dieses Ost-West-Gespräches möchte ich einige Punkte, die mir wichtig erscheinen, kurz zusammenfassen.

Erstens: Es hat sich gezeigt, daß der Genfer Gipfel in der vergangenen Woche den Boden für unsere Diskussion gut vorbereitet hat. Nach Jahren der Sprachlosigkeit zwischen den beiden Supermächten ist die Bereitschaft zum Dialog erneuert worden und hat damit das gesamte Ost-West-Klima positiv beeinflusst. Davon haben auch wir auf unserer Tagung profitiert.

Es ist hier mehrfach von beiden Seiten darauf hingewiesen worden, daß die Fortsetzung beziehungsweise der Neubeginn der Entspannungspolitik ohne die Dialogbereitschaft und

Dialogfähigkeit der beiden Weltmächte keine Chance hat. Ich meine, daß wir uns in dieser Hinsicht seit Genf wieder berechtigte Hoffnungen machen können.

Zweitens: Nicht minder wichtig ist für mich die Erkenntnis, daß der Entspannungsprozeß in Europa wesentlich von den kleinen und mittleren Staaten in Ost und West mit bestimmt wird. In einer Zeit, als die Großen sich gegenseitig anschwiegen, haben die Kleinen dafür gesorgt, daß der Gesprächsfaden nie ganz abgerissen ist; und sie haben konstruktive Beiträge geleistet, um eine Fortsetzung des Helsinki-Prozesses zu ermöglichen. Das haben wir auch hier gestern und heute in eindrucksvoller Weise feststellen können. Insofern ist die KSZE in der Tat ein politisches Forum für 35 gleichberechtigte Staaten und nicht nur eine Veranstaltung der Supermächte.

Drittens: Die Helsinki-Konferenz, die vor 10 Jahren mit der Annahme der Schlußakte beendet wurde, war weniger ein Abschluß als vielmehr ein Versprechen, Schritt für Schritt den Entspannungsprozeß in Europa voranzubringen. Die Schlußakte bildet dafür eine geeignete Meßlatte, um festzustellen, wo wir gegenwärtig stehen und welche Wegstrecke wir in Europa noch vor uns haben. Insofern wurde hier der Prozeßcharakter der Entspannungspolitik zu Recht unterstrichen.

Deshalb sollten wir auch, wie mehrfach gesagt wurde, die Erwartungen weniger auf spektakuläre Entwicklungssprünge in unseren Beziehungen richten als vielmehr auf kleine Fortschritte - etwa in Fragen der Rüstungskontrolle, der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit oder in humanitären Angelegenheiten.

Viertens: Als ein besonders wichtiges Kapitel in unserer Debatte sehe ich die Diskussion über die Frage der Menschenrechte an. Letztlich kann alles politische Handeln daran gemessen werden, welche individuellen Entfaltungsmöglichkeiten dem einzelnen Bürger gewährt werden. Es überrascht nicht, daß hier die Akzente auf östlicher und auf westlicher Seite unterschiedlich gesetzt werden, wie vor allem die Debatte zwischen Herrn Poppe und Herrn Weidenfeld gezeigt hat. Es ist deutlich geworden, daß in dieser Frage eine Annäherung der Standpunkte schwierig bleibt. Ich halte es aber für einen Vorteil unseres Gespräches, daß wir den Dissens zwischen uns deutlich formuliert und damit den Grad an Heuchelei, von dem Herr Rocard sprach, verringert haben.

Bemerkenswert erscheint mir, daß der Absolutheitsanspruch der Weltanschauungen östlicher und westlicher Prägung von beiden Seiten relativiert worden ist. Dies mag auf östlicher Seite schwerer fallen; denn der westliche Begriff des Pluralismus schließt ja immer schon unterschiedliche Wege zur Wahrheit ein. Insofern möchte ich auch Herrn Dobrosielski zustimmen, daß es in den nächsten Jahrzehnten nicht darum geht, ob das eine System das andere besiegt; ich hoffe vielmehr, daß sich beide Systeme so entwickeln werden, daß sie friedlich neben- und miteinander leben können.

Damit beenden wir unsere zweitägige Diskussion und beschließen unsere Tagung mit einem Empfang im Deutschen Bundeshaus.

Jenninger

Meine Damen und Herren, verehrter Herr Körber!

Ich freue mich, daß ich Gelegenheit habe, Sie am Ende Ihres wichtigen Ost-West-Gespräches hier im Deutschen Bundeshaus begrüßen zu dürfen. Das Thema "10 Jahre Helsinki - die Herausforderung bleibt", das Sie sich gewählt haben, ist angesichts des gerade zu Ende gegangenen Genfer Gipfeltreffens von besonderer Aktualität, und ich beglückwünsche Sie zu dem Spürsinn, den Sie mit dieser Tagung und dem Thema bewiesen haben.

Ich meine aber, dies ist ein Kennzeichen des Bergedorfer Gesprächskreises überhaupt, dessen Veröffentlichungen ich als Politiker schon seit vielen Jahren aufmerksam verfolge. Ich habe immer wieder festgestellt, wenn ich meine Kollegen im Bundestag aufsuche, daß auf ihren Schreibtischen die Bergedorfer Protokolle zu finden sind. Wir als Politiker sind ja heute leider nicht mehr in der Lage, zu jeder entscheidenden Sachfrage umfangreiche Literatur zu bewältigen. Hier bieten uns die Protokolle in umfassender und zugleich differenzierter Weise Problemeinsichten an, die besonders auch den internationalen Kontext berücksichtigen. In gewissem Sinne spiegeln sie den Argumentationsstand in der Bundesrepublik Deutschland wider.

Ich meine, diese private Initiative von Ihnen, lieber Herr Körber, ist heute aus der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken. Mit der Auswahl seiner Themen beweist der Bergedorfer Kreis ein hohes Maß an politischer Sensibilität. Besonders auf dem Felde der Ost-West-Beziehungen sind Gespräche, die das gegenseitige Verstehen fördern, die versuchen, Brücken zu schlagen, lebenswichtig für ein friedliches Zusammenleben der Systeme.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen für Ihren Besuch Dank sagen.

Körper

Verehrter Herr Präsident! Für Ihren freundlichen Empfang und die Würdigung des Gesprächskreises möchte ich Ihnen aufrichtigen Dank sagen. Unser zweitägiges Gespräch mit Experten aus Ost und West hat bei allen Gegensätzen gezeigt, daß der viel beschworene Geist der Verständigung von Helsinki lebendig ist, daß ihm aber ständig "Sauerstoff" zugeführt werden muß, damit die Kontakte intensiviert und dadurch der internationale Kreislauf stabilisiert wird. Wir hoffen, mit unseren Ost-West-Gesprächen dazu einen Beitrag zu leisten.